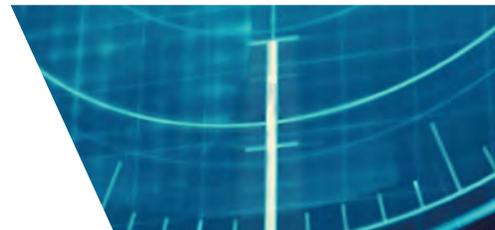


verteidigungspolitik.at

Risikobild 2023

Krieg um Europa



verteidigungspolitik.at

Risikobild 2023

Krieg um Europa

Wien, 2022

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung oder den Institutionen, für die sie tätig sind.

Impressum

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesministerium für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Bundesministerium für Landesverteidigung
Roßbauer Lände 1
1090 Wien

Projektleitung: Hermann Meyer, MA MA MSD
Redaktion: Mag. Walter Matyas
Layout: Raphael Spötta, BA MA
Fotos und Grafiken: Heeres-Bild- und Filmstelle,
Institut für Militärisches Geowesen und Shutterstock
Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien

Erscheinungsjahr: 2022

ISBN: 978-3-902275-55-4

Inhalt

1

Einleitung.....	8
------------------------	----------

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner	10
----------------------	----

Jenseits von Clausewitz

Peter Sloterdijk	12
------------------------	----

Risiken im Blick

Peter Vorhofer.....	18
---------------------	----

Eine Sicherheitsordnung im Umbruch

Arnold H. Kammel.....	30
-----------------------	----

2

Globale Risiken und Herausforderungen.....	40
---	-----------

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger.....	42
----------------------------	----

Konvergenz der Krisen

Patrick Müller	46
----------------------	----

Strategische Konkurrenz zwischen den USA und China

Alfred Gerstl	50
---------------------	----

Die indopazifische Strategie der USA und ihre Bedeutung für die Region

Susanne Weigelin-Schwiedrzik.....	55
-----------------------------------	----

Die Rolle der USA in Europa nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Herfried Münkler.....	60
-----------------------	----

Nuklearstrategische Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine	
Liviu Horovitz.....	64
Vulnerabilität des Welthandels und der Lieferketten	
Inga Heiland.....	68
Instabilität der Finanzsysteme aus sicherheitspolitischer Perspektive	
Klaus Weyerstraß.....	73
Geo- und sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels	
Christian Kimmich.....	77
3	
Krisen und Konflikte im Umfeld Europas.....	82
Das sicherheitspolitische Umfeld Europas	
Günther Barnet.....	84
Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine	
Franz-Stefan Gady.....	92
Bosnien und Herzegowina – abermals am Scheideweg	
Predrag Jureković.....	96
Chinas Vormarsch auf dem Westbalkan	
Vedran Dzihic.....	100
Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei	
Cengiz Günay.....	105
Entwicklungen im Libanon	
Stephan Reiner.....	110
Israels Sicherheitspolitik	
Michaël Tanchum.....	114
Iran zwischen Eskalation und Evolution	
Walter Posch.....	120

Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Kräfte	
Thomas Ruttig.....	124
Nordafrika zwischen Stagnation und Turbulenz	
Canan Atilgan	129
Destabilisierung und Staatszerfall in Westafrika	
Melissa Mujanayi.....	134
4	
Risiken und Herausforderungen für die EU	140
Der Krieg in der Ukraine	
Ronald Vartok.....	142
Russlands hybrider Kopfkrieg	
Florence Gaub und Sarah Kiparski	147
Die Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland	
Filip Medunic.....	151
Die EU als objektiver Sicherheitsakteur	
Sven Biscop	155
Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen NATO und EU	
Bastian Giegerich.....	161
Die Zukunft der Energie- und Rohstoffsicherung in Europa	
Miriam Kraus	166
Chancen und Risiken der EU-Erweiterungsbestrebungen	
Barbara Lippert	170
Flucht in Europa, Flucht nach Europa	
Gerald Knaus	175

5	
Risiken und Herausforderungen für Österreich.....	180
Risiken und Herausforderungen für Österreich	
Silvia Angerbauer.....	182
Der Strategische Kompass der EU	
Klaus Anderle.....	189
Die Neutralität der Schweiz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine	
Pálvi Pulli	193
Neutralität zeitgemäß interpretiert	
Michael Jonsson.....	197
Streitkräfteentwicklung in Europa	
Bruno Günter Hofbauer.....	203
Militärische Konflikte und ihre Auswirkungen auf Österreich	
Georg Podlipny.....	208
Risiko Raketenangriffe	
Philipp Eder.....	213
Massenvernichtungswaffen	
Raphael Spötta.....	217
Drohnen und Drohnenabwehr	
Markus Reisner	221
Herausforderungen im und aus dem Cyberraum	
Hermann Kaponig	225
Terrorismus: Risiken und Bedrohungen für Österreich	
Peter R. Neumann	230
Ein Sturm – viele Boote	
Martin Schenk.....	234

Wirtschaftliche Resilienz Österreichs und Europas	
Mariana Kühnel.....	239
Blackout-Risiko vor dem Hintergrund der Energiekrise	
Gerhard Christiner und Kurt Misak	245
Militärmedizinische Lehren aus der Pandemie	
Andreas Kaltenbacher	250
Autorinnen und Autoren	

1

Einleitung







Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Kludia Tanner

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Erfordernis umfassender Sicherheitsvorsorge drastisch vor Augen geführt. Nach dem 24. Februar 2022 mussten wir vieles neu beurteilen – auch unser Risikobild. Es zeigt sich, dass der Angriff auf die Ukraine Auswirkungen in fast allen Regionen der Welt und in fast allen Lebensbereichen hat. Und die hybriden Angriffe Russlands auf europäische Staaten haben die Verletzlichkeit zuvor als stabil erachteter Strukturen und Systeme erwiesen. Daher müssen neben den Sicherheitsarchitekturen und Verteidigungskapazitäten auch Wirtschaftskreisläufe, Infrastrukturen und Gesellschaftsdynamiken sicherheitspolitisch fokussiert werden.

In diesem Sinn ist der in meinem Ressort angesiedelte Risikobildprozess breit ausgelegt. Die vorliegende Publikation baut auf diesem Risikobild auf und analysiert hier auch die Auswirkungen des Krieges gegen die

Ukraine im Rahmen der Beiträge zu den zentralen sicherheitsrelevanten Themen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Wichtigkeit einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Integration in der Europäischen Union verdeutlicht. Nahezu keine der aktuellen großen Herausforderungen kann im nationalen Alleingang begegnet werden. Österreich wird seine Beiträge zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU laufend nachschärfen, und es werden weiterhin maßgebliche Beiträge zu Missionen und Operationen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements erforderlich sein.

Der Krieg in und um Europa macht auch deutlich, dass eine gut aufgestellte Landesverteidigung für einen neutralen Staat von existenzieller Bedeutung ist. Neben hybriden Bedrohungen hat nun auch wieder die konventionelle Kriegsführung an Bedeutung gewonnen. Es bedarf einer Rückbesinnung zum militärischen Schutz der österreichischen Souveränität gegen konventionell agierende Kräfte. Dies erfordert auch eine Konsolidierung der robusten militärischen Komponenten. Die im Verfassungsrang stehende Umfassende Landesverteidigung muss als gesamtstaatliche Kernaufgabe wieder an Bedeutung gewinnen und an den neuen Herausforderungen orientiert weiterentwickelt werden.

Im Bereich der Landesverteidigung muss das Ziel sein, ein modernes Österreichisches Bundesheer zu haben, das in der Lage ist, aktuellen und zukünftigen Bedrohungen zu begegnen, um unser Land und seine Bevölkerung entsprechend zu schützen. Dafür ist ein massiver Fähigkeitsaufbau notwendig, und den Grundstein dafür haben wir mit einem gesteigerten Verteidigungsbudget gelegt.

Mein Dank gilt den Autorinnen und Autoren dieser Risikoanalyse, aber auch den Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Landesverteidigung für die professionelle Betreuung einer Publikation, die sich gleichermaßen an Fachleute, Diplomatie, Politik, Militär, Medien und an die interessierte Öffentlichkeit richtet. Ich bin überzeugt, dass der vorliegende Band einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins in Österreich leisten wird.



© HBF/Daniel Trippolt

Jenseits von Clausewitz

Krieg, Frieden und Waffenruhe im Zeitalter des Virtuellen

Peter Sloterdijk

Der 24. Februar 2022 wird die Geschichte nachhaltig prägen. Wladimir Putin hat gezeigt, dass der Friede in Europa, der nach 1945 erarbeitet wurde, nicht von Dauer ist. Es braucht ein Neudenken der Verhältnisse, die gleichfalls neue (hybride) Elemente der modernen Kriegsführung zu berücksichtigen haben. Die aktuellen Ereignisse sind nichts Neues – der Unterschied zum 20. Jahrhundert besteht lediglich darin, dass sich die Deutlichkeit erhöht hat, wodurch auch Europa gefordert ist, seine Lehren zu ziehen.

Der Wandel des Krieges

Bereits heute steht außer Zweifel, dass sich das Datum des 24. Februars 2022 in die Annalen sowohl der europäischen als auch der universalen

Geschichtsschreibung irreversibel eingeprägt hat. Mit Wladimir Putins Erteilung des Befehls an seine an den nördlichen und östlichen Grenzen der Ukraine verteilten großen Verbände zum Einmarsch in das Territorium des Nachbarlandes ereignete sich etwas, das man unter den Bedingungen des langen europäischen Friedens nach 1945 für mehr oder weniger unmöglich gehalten hatte. Was dabei besonders ins Gewicht fiel, war nicht nur der eklatante Bruch des Völkerrechts seitens des Aggressors, es war vielmehr die offene Regression in den Modus operandi der Staatenkriege, die zwischen dem Zeitalter Ludwigs XIV (1643–1715) und dem Dritten Reich (1933–1945) das Auf und Ab europäischer Hege- monial- und Imperialpolitik bestimmt hatten.

Der Vorgang war umso befremdlicher, als sich in ihm Elemente des traditionellen Staatenkrieges – wie der koordinierte Vormarsch von Truppen in gegnerisches Gelände – mit Aspekten des totalen Krieges, das heißt des nihilistischen Terrors vermischten, insbesondere mit dem unsoldatischen massiven Beschuss ziviler Ziele, darunter dicht besiedelte Städte, durch weitreichende Artillerie, sogar durch Raketen. In solchem Verhalten drückt sich die Absicht aus, den Konflikt nicht nur mittels militärisch definierter Aktionen von Truppen an Kampffronten zu gewinnen, sondern vor allem durch Terroranschläge, Sabotage, Verunsicherung und Einschüchterung der Zivilbevölkerung. Es gehört wesentlich zu dieser Art von vernichtungs- und unterwerfungsorientierter Kriegsführung, dass sie sich nicht an konkreten Kampferegebnissen orientiert, sondern an ideologisch definierten, prinzipiell unerreichbaren Kriegszielen.

Dem hybriden, zugleich anachronistischen und mit modernsten Mitteln geführten Angriffskrieg ist die Neigung zur langwierigen Austragung inhärent. Der Angreifer wird kaum zu bewegen sein, sich mit Teilergebnissen zufriedenzugeben, indessen die angegriffene Seite schwerlich ein anderes Resultat als die vollständige Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität gelten lassen kann. Unter diesen Prämissen und bei anhaltender moralischer und materieller Nicht-Erschöpfung beider Seiten ist ein prolongierter militärischer Konflikt zu erwarten; allenfalls durch unvorhergesehene Wendungen des Konfliktverlaufs könnten Lagen eintreten, in denen diplomatische Interventionen mit Erfolgsaussichten binnen kürzerer oder mittlerer Fristen wieder denkbar würden.

Neuorientierung aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

Der unerwartete russische Angriffskrieg auf die Ukraine vor den Haustüren der Ost-, Mittel- und Westeuropäerinnen und -europäer, ob man ihn nun als anachronistisch beurteilt oder nicht, ruft unverzüglich eine Reihe von Fragen wach, die die Sicherheit der Europäerinnen und Europäer sowie ihrer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Garantien betreffen, die mentalen und kulturellen Grundlagen derselben inbegriffen. Als Konfliktbeobachterinnen bzw. -beobachter sind sie mehr oder weniger unfreiwillig in eine Position versetzt worden, in der sie angesichts der Tag für Tag geschehenden und berichteten Feindseligkeiten die Wirklichkeit des aktuellen Krieges studieren und die Angemessenheit der eigenen Arsenale an Fällen unerwünschter Verstrickungen überprüfen müssen. Klänge es nicht etwas leichtsinnig, könnte man sagen, die Weltlage mache aus den Bürgerinnen und Bürgern des Westens Gasthörerinnen und Gasthörer an einer Fakultät für Kriegs- und Friedensstudien. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie diese Fächer objektiv und sachlich belegen werden; durch die räumliche Nähe zum Geschehen, durch humane Intuitionen, durch historische Hypothesen und aufgrund kultureller Affinitäten nehmen sie in ihren größten Mehrheiten für die angegriffene Seite Partei, ja, sie versuchen, durch Einfühlung in deren Agieren Lehren für ihr eigenes Verhalten bei einer analogen Eventualität zu gewinnen, wie gering auch immer man deren Wahrscheinlichkeit beurteilen mag.

Die Lehren für Europa

Was Europäerinnen und Europäer durch die aktuellen Ereignisse über den Krieg der Gegenwart lernen, kann nach der Beobachtung an den Gewalthandlungen des 20. Jahrhunderts nichts von Grund auf Neues sein, jedoch prägt sich das Bekannte nun mit schärferer Deutlichkeit und erhöhter Dringlichkeit ein. An erster Stelle drängt sich die Erfahrung auf, wonach es im aktuellen bzw. postmodernen Krieg mehr denn je auf Intelligence, das heißt auf Techniken der Abhörung, der visuellen Überwachung oder der strategischen Vorwegnahme feindlicher Operationen ankommt; dies gilt auch für die Koordination der eigenen Aktionen. Es wäre voreilig, hieraus auf eine prinzipielle Dematerialisierung des Krieges zu schließen. Es trifft jedoch zu, dass neben dem klassi-

schen territorialen Kriegstheater ein neuer Schauplatz aufgetaucht ist, den man unter Vorbehalt auch als „das elektronische Schlachtfeld“ bezeichnen könnte.

Weniger neu ist die weiterhin große Bedeutung von Desinformationskampagnen, mit deren Hilfe versucht wird, in der Öffentlichkeit des zum Feind erklärten gegnerischen Systems Fehltritte zu streuen, die bis zum Realitätsverlust reichen. Während sowohl der klassische als auch der totale Krieg von Propaganda in Wort, Bild und Ton intensiven Gebrauch machten, und während die verfeindeten Systeme vormals stark auf Ideologien im Sinn von geplanten Illusionen mit wahrheitsförmigem Äußerem rekurrten, hat die aktuelle mentale Kriegsführung auf die massive Erzeugung von Fake News und offenen Lügen umgestellt. Deren Haupteffekt besteht nicht darin, die gegnerische Bevölkerung an die ihr vorgesetzten Behauptungen glauben zu machen, etwa, dass die Leichen auf den Straßen von Butscha bei Kiew in Wahrheit Schauspielerinnen oder Schauspieler gewesen seien, die bei der Produktion russlandfeindlicher Bilder posierten. Ihre Wirkung drückt sich vielmehr in einer lang anhaltenden Zerrüttung des Realitätssinns aus, die man als eine erste Stufe auf dem Weg zur Unterwerfung unter die weltbildlichen Fiktionen der gegnerischen Macht zu deuten hätte.

Kriegsrhetorik

Dass der postmoderne Krieg wie sein direkter Vorgänger in den Praktiken des 20. Jahrhunderts immer auch ein Krieg der Worte, das heißt ein Austausch von verbalen Feindseligkeiten bleibt, liegt in der Natur der Dinge. Wenn es ein Novum auf diesem Felde geben sollte, so zeigte es sich in der Anordnung der russischen Führung, wonach die massiven militärischen Maßnahmen gegen die Ukraine im internen Sprachgebrauch nicht „Krieg“ heißen durften, sondern als „Spezialoperation“ zu bezeichnen waren. Freilich hat auch das Pentagon in den vergangenen Jahrzehnten seine militärischen Interventionen in diversen Krisengebieten bevorzugt als „Operations“ präsentiert. Im Fall Russlands zeigte sich, dass trotz langer propagandistischer Vorbereitung auch in diesem Land mit Widerstand gegen den Gebrauch der Kriegssprache gerechnet werden musste, ein Widerstand, der bislang nur durch verbale Camouflage und die üblichen polizeistaatlichen Repressionen neutralisiert werden konnte.

Merkmale und Auswirkungen des Krieges

Das stärkste Merkmal des Krieges in seiner aktuellen Ausprägung – der sich immer deutlicher als Krieg jenseits von Clausewitz erweist – manifestiert sich in der zunehmenden Schwierigkeit, seinen genauen Ort zu bestimmen. Zwar zeigen die Karten der Militärgeografinnen und -geografen von Tag zu Tag aktualisierte Übersichten über die Frontverläufe; sie betreffen den traditionellen territorialen Aspekt kriegerischen Geschehens. Im Ganzen jedoch vollzieht sich der Krieg gleichzeitig auf einer Vielzahl von lateralen Schauplätzen, in fernen Häfen, auf Flugplätzen und Bahnhöfen weit außerhalb der Kampfgebiete, vor allem in Konferenzräumen, wo unter dem Titel „Sanktionen“ kriegsbegleitende Maßnahmen mit weltweiten Folgen für den Waren- und Personenverkehr beschlossen werden. Handelsblockaden machen deutlich, in welchem Maß Rohstoffe und andere Produkte als Waffen eingesetzt werden können. Er vollzieht sich in massiven grenzüberschreitenden Flüchtlingsbewegungen; durch sie werden demokratische Tugenden wie jener der Solidarität und der Gastfreundschaft bei den aufnehmenden Ländern vor schwere, wenngleich in der Summe doch lösbare Aufgaben gestellt. Er vollzieht sich vor allem – jenseits der Elementarbereiche von Land, Meer und Luft – in dem neuen Datenverkehrsraum, den man den „Cyberspace“ im weiteren Sinn nennt. Dessen hervorstechendes Merkmal, die Hyperlokalität, weitet sich unvermeidlich auf die Flüsse und Verwaltungen von Daten in gegnerischen Zonen aus. Es liegt in der Natur dieser Technik, dass sie gegen invasive Störungen nicht völlig abgedichtet werden kann.

Im Cyberkrieg setzt sich eine Tendenz fort, die sich bis in die Frühzeit der Menschheit zurückverfolgen lässt. Man könnte sie die artilleristische Konstante nennen. Das artilleristische Prinzip ist der Wurf, der mit der Fähigkeit, aus der Ferne zu schaden, begabt ist. Es manifestiert sich schon in archaischer Zeit, in der erst durch das Auftreten von Defensivwerkzeugen wie Schild und Palisade ein Unterschied zwischen Jagd und Krieg zu statuieren war. Das Prinzip „Schaden aus der Ferne“ – möglicherweise in sehr alter Zeit durch die Ersetzung von Schadenzauber durch Wurfwaffengebrauch entstanden – zieht sich durch die gesamte Zivilisationsgeschichte. Sein Wirkungsmaximum erreicht es in der Ära der Raketenartillerie, bei der der Geber eines Feuerbefehls sich oft nicht mehr in physischer Nähe zum Schlachtfeld aufhält. Zur artilleristischen Hyperlokalität ist seit einem halben Jahrhundert die digitale Hyperlokalität hinzugekommen. Beide stellen moderne Militärs, sofern sie sich

als Agenturen der Kriegsvermeidung verstehen, vor die Aufgabe, die Schachzüge des tele-malignen Denkens und Handelns vorherzusehen. Es bleibt ihre Mission, dem Willen zum Schädigen aus der Ferne durch geeignete Gegenzüge präventiver und defensiver Natur zu begegnen.

Keynotes

- Die Ereignisse seit dem 24. Februar 2022 waren befremdlich, da sich Elemente des traditionellen Staatenkriegs mit Aspekten des totalen Kriegs vermischten.
- Dem hybriden, zugleich anachronistischen und mit modernsten Mitteln geführten Angriffskrieg ist die Neigung zur langwierigen Austragung inhärent.
- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ruft unverzüglich eine Reihe von Fragen wach, die die Sicherheit der Europäerinnen und Europäer sowie ihrer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Garantien betreffen.
- Ein Novum zeigt sich eindeutig in der Rhetorik, die nicht mehr explizit von einem „Krieg“, sondern von einer „Spezialoperation“ spricht.
- Eine genaue Ortsbestimmung wird immer schwieriger, da sich eine Vielzahl lateraler Schauplätze außerhalb des eigentlichen Kampfgebietes ergibt.



Risiken im Blick

Peter Vorhofer

Wie kann man sich auf Risiken vorbereiten, die man noch nicht kennt? Das Risikobild des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) dient genau dieser Absicht. Dieses Risikobild dient der strategischen Vorausschau und stellt die wesentlichen zu erwartenden Risiken für die kommenden ein bis zwei Jahre wissenschaftlich fundiert und faktenbasiert dar. Dies ermöglicht die Vorausplanung für das Österreichische Bundesheer (ÖBH). Insgesamt ist das Risikobild jedoch nur ein erster Schritt, dem notwendigerweise Ableitungen und Vorbereitungsmaßnahmen folgen müssen.

Die altbekannte und seit Jahrzehnten gewachsene Sicherheitsordnung in Europa ist durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zusammengebrochen. Die daraus resultierende profunde Wirtschaftskrise aufgrund massiv gestiegener Energiepreise trifft eine Ökonomie, die sich noch nicht vollständig von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erholt hat. Eine weitere Gesundheitskrise durch eine neue Mutation des COVID-Erregers ist möglich und würde auf eine Gesellschaft treffen, in der es zu sozialer Stratifikation, wachsender Ungleichheit und zuneh-

menden sozialen Spannungen kommt. Dies ist die Lage, in der das aktuelle Risikobild des BMLV für das Jahr 2023 eingebettet ist.

Das Ziel der vorliegenden Publikation ist jedoch nicht nur die Darlegung verschiedener Risiken oder möglicher Entwicklungen. Sicherheitspolitik kann und darf nicht aufgrund von diffusen Ängsten oder Vermutungen formuliert werden. Mit der vorliegenden Publikation „verteidigungspolitik.at: Risikobild 2023 – Krieg um Europa“ will das BMLV eine möglichst objektive und faktenbasierte Darstellung der für Österreich und Europa in den kommenden ein bis zwei Jahren erwartbaren sicherheitspolitisch relevanten Entwicklungen vorlegen. Mit dieser Publikation leistet die Direktion für Verteidigungspolitik und internationale Beziehungen zudem einen Beitrag zum sicherheitspolitischen Analyseprozess.

In diesem Band beleuchten namhafte österreichische und internationale Expertinnen und Experten ihrer jeweiligen Fachbereiche aus verschiedenen Blickwinkeln konkrete, im Risikobild des BMLV enthaltene Risiken. So entsteht ein profundes Verständnis dieser jeweiligen Risiken und ihrer Zusammenhänge. Zudem ermöglichen es diese Analysen, das Eintreten negativer Entwicklungen bestmöglich zu antizipieren, potenziell zu verhindern und sich bietende Chancen zur proaktiven Gestaltung des sicherheitspolitischen Umfelds Österreichs bestmöglich zu nutzen. Denn klar muss sein: Ein Verständnis der Komplexität sicherheitspolitischer Zusammenhänge ist die Voraussetzung für vorausschauendes und strategisches sicherheits- und verteidigungspolitisches Handeln und damit für die Sicherheit Österreichs.

Dies kann jedoch keine Aufgabe sein, die das BMLV auf sich gestellt wahrnehmen kann. Um eine verantwortungsbewusste, vorausschauende und proaktive Sicherheitspolitik gestalten zu können, ist vor allem die gesamtstaatliche Zusammenschau von zentraler Bedeutung. Nur ein gesamtstaatliches, ressortübergreifendes strategisches Handeln bietet in der aktuell unsicheren geopolitischen Lage – verursacht durch einen Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs, eine noch immer nicht überwundene COVID-19-Pandemie und eine sich stark im Wandel befindliche geopolitische Mächtikonstellation – jenes professionelle sicherheitspolitische Vorgehen, das die österreichische Bevölkerung verdient.

2022 – Lagen wir richtig?

Das zurückliegende Jahr 2022 stand im Zeichen diverser sicherheitspolitischer Herausforderungen, einerseits für das BMLV, andererseits für die Republik insgesamt. Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine wurde der bislang als selbstverständlich erachtete Friede in Europa in sein Gegenteil verkehrt. Der sogenannte „Krieg vor unserer Haustüre“ und seine Folgen, etwa die Versorgungs- und Energiekrise oder der Anstieg der Flucht- und Migrationszahlen, können als eine der schwerwiegendsten Herausforderungen unserer Zeit erachtet werden.

Entgegen manchen Behauptungen ist die COVID-19-Pandemie ebenfalls noch nicht vorbei, sie ist lediglich in den Hintergrund getreten. Auch die potenziell verheerenden Folgen des Klimawandels dürfen nicht ignoriert werden. Diese stellen uns bereits jetzt vor große Herausforderungen. Hinzu kommen Risiken, die bereits mit dem Risikobild der vergangenen Jahre prognostiziert wurden und bereits eingetreten sind oder sich verschärft haben. Beispielhaft dürfen hier die militärische Eskalation im Ukraine-Konflikt, die Destabilisierung Westafrikas bzw. des Nahen Ostens und die Verschärfung des Konflikts in der Golfregion genannt werden. Anhand dieser Beispiele zeigt sich deutlich, wie essenziell eine faktenbasierte, strategische Vorausschau, das kontinuierlich aktuell gehaltene Risikobild sowie die daraus resultierenden Ableitungen des BMLV sind.

Wie valide sind wir?

Das Risikobild ist eine systematische Darstellung jener sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Risiken, die sich unmittelbar auf die österreichische und europäische Sicherheitsordnung auswirken. Die Basis hierfür bilden sogenannte Umfeldszenarien. Diese beschreiben denkbare, alternative Situationen bzw. Szenarien, die auf Österreich zukommen könnten. Umfeldszenarien sind also grundsätzlich mögliche Zukunftsalternativen. Diese sind auf einen Zeithorizont von bis zu 15 Jahren ausgelegt und ergeben ein Bild für das mögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeld unseres Landes. Anhand der Entwicklung strategischer Schlüsselfaktoren, die ständig mithilfe eines Monitorings überwacht werden, wird eine Einschätzung vorgenommen, in welche Richtung sich der Zukunftsraum entwickelt. Es wird also eingeschätzt, welche Zukunftsalternative am wahrscheinlichsten ist.

Hieraus werden Risiken, Herausforderungen, aber auch Chancen abgeleitet. Das dieser Publikation zugrunde liegende Risikobild stellt also mögliche zukünftige Ereignisse dar, die nachteilige Auswirkungen auf die österreichische Sicherheit haben können. Das Erkennen dieser Risiken ermöglicht das Ergreifen aktiver Gegenmaßnahmen. Im Idealfall soll verhindert werden, dass diese Risiken Realität werden. Für das BMLV bedeutet das, dass daraus für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger Handlungsoptionen für eine langfristige Entwicklung des Österreichischen Bundesheers aufbereitet werden. Durch die Generierung unterschiedlicher Streitkräfteprofile und Fähigkeiten soll das ÖBH zukunftsrobust aufgestellt werden. Gleichzeitig muss aber auch die österreichische Bevölkerung über diese möglichen Bedrohungen informiert werden, um ein möglichst gemeinsames Verständnis über jene Maßnahmen zu erzielen, die zur Risikoabwehr notwendig sind.

Dieses Risikobild kann nicht tagesaktuell sein. Vielmehr unterliegt es einem kontinuierlichen Monitoring-Prozess und soll große Entwicklungslinien darstellen. Szenarien werden erstellt, wobei in Alternativen gedacht werden muss. Durch das Monitoring können diese Szenarien in zunehmendem Detaillierungsgrad betrachtet und Trends abgeleitet werden. Dadurch werden mögliche neue Entwicklungen erfasst, in weitere Überlegungen miteinbezogen und gegebenenfalls Nachbesserungen vorgenommen. Das Szenario, das vom BMLV als am wahrscheinlichsten beurteilt wird, wird als „Trendszenario“ bezeichnet und vor dem Hintergrund mehrerer Systemebenen entwickelt.

Interdependenzen als Folge der Globalisierung

Je nachdem, wie und wo sich ein Risiko auswirkt, findet es sich auf unterschiedlichen Systemebenen wieder. So wäre etwa die Pandemie ein Risiko der „Globalen Systemebene“, der russische Angriffskrieg in der Ukraine ein Risiko im „Umfeld der EU“, und ein Blackout würde potenziell die europäische bzw. die österreichische Systemebene betreffen. Hier wird deutlich, dass die vier Systemebenen – die „Globale Systemebene“, das „Umfeld der EU“, die „Systemebene Europäische Union“ und die „Systemebene Österreich“ – nicht völlig isoliert voneinander betrachtet werden können. Risiken wirken sich auf unterschiedliche Systemebenen aus und diese sind wiederum miteinander verschränkt.

Das bereits als manifest zu bezeichnende Risiko „Krieg in der Ukraine“ auf der Systemebene „Umfeld der EU“ wirkt sich auch auf andere Systemebenen aus. Auf der Systemebene „Österreich“ sind mit steigenden Heizkosten, Lebensmittelpreisen oder Migrationszahlen Auswirkungen des Krieges unmittelbar zu bemerken. Weiters ist anhand des Krieges in der Ukraine ein teilweises Versagen internationaler Ordnungsstrukturen auf der „Globalen Systemebene“ sichtbar geworden, da etwa der UN-Sicherheitsrat durch das russische Veto blockiert ist. Dies wirkt sich möglicherweise auf Missionen im Umfeld der EU und damit auf dessen Stabilität aus, etwa am Westbalkan. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Systemebene „Europäische Union“, beispielsweise durch die Erosion des europäischen Wirtschafts- und Sozialstaatsmodells.

Dies zeigt deutlich, dass sich einzelne Risiken auf verschiedene Art und Weise aufeinander und auf unterschiedliche Systemebenen auswirken. Die einzelnen Risiken befinden sich miteinander in einer Wechselwirkung. Ändert sich ein Risiko, hat das Auswirkungen auf andere Systemebenen und potenziell auch auf das Gesamtsystem. Nicht alle dieser Risiken sind durch Österreich unmittelbar beherrsch- oder beeinflussbar. Allerdings ist es unerlässlich, dass auch diese Risiken im Blick behalten werden, sodass deren Auswirkungen zumindest teilweise vorbereitet entgegengewirkt werden kann. Wir dürfen diese Abläufe nicht negieren, da jede und jeder einzelne von uns Österreicherinnen und Österreichern letzten Endes auch von diesen potenziell betroffen sein könnte. Im Folgenden werden drei Risiken aus dem Risikobild herausgegriffen und näher beleuchtet, um die Tragweite deren möglichen Eintretens zu veranschaulichen.

Systemkonkurrenz zwischen den USA und China

Ein von Österreich nur gering beeinflussbares Risiko stellt der Systemkonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China dar. Dieser ist vordergründig ein Konflikt zwischen einer demokratischen und einer autokratischen System- und Gesellschaftsordnung, was in erster Linie von den USA betont wird, womit diese im Umgang mit europäischen Staaten auf eine „Alliance of Democracies“ abstellen. China hingegen wirft den USA vor, es im internationalen System zu diskreditieren und seine Entwicklung zu hemmen. Allerdings äußert sich dieser Großmachtkonflikt auch auf anderen Ebenen. In Wirtschaft, Militär, Diplomatie und Kultur

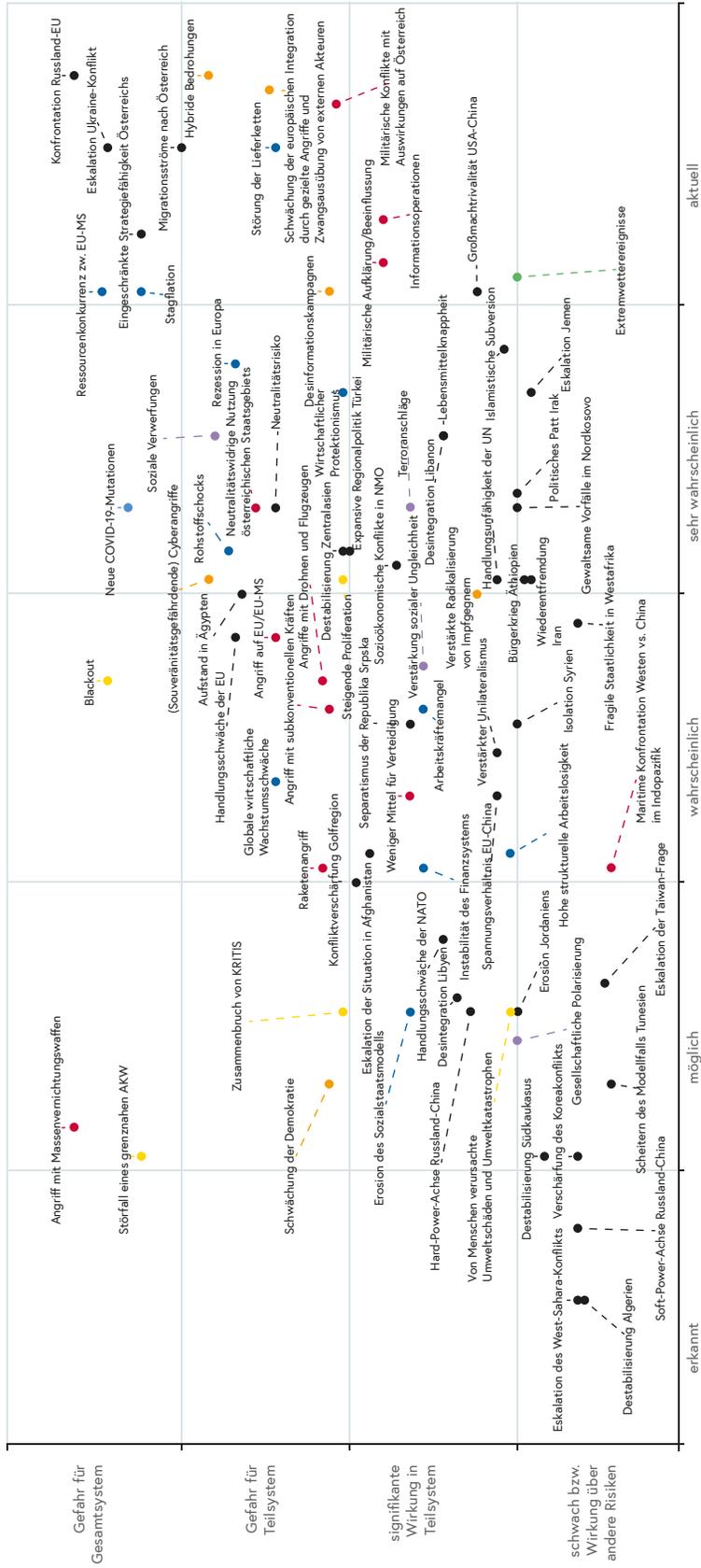
bestimmt das Nullsummendendenken: Ein Erfolg für Beijing sei automatisch ein Misserfolg für Washington und umgekehrt.

Auf Europa und Österreich wirkt sich dies insbesondere im Bereich der Hochtechnologie und der internationalen Normensetzung aus. Während die USA die Halbleiterproduktion kontrollieren und China den Zugang zu US-Hochtechnologie verweigern, ist China im Bereich der Batterieproduktion führend, was direkte Auswirkungen auf die E-Mobilität und die Photovoltaik hat. Bereits jetzt kommt es zu Sanktionen gegen chinesische Technologieunternehmen wie etwa Huawei, womit in Zukunft verstärkt zu rechnen sein wird. China indes nutzt sein internationales Gewicht, um technische Standards zu setzen und technologische Kooperationsnetzwerke auszubauen. Das beeinflusst bereits jetzt den europäischen Wissenschaftsbetrieb, und es ist damit zu rechnen, dass dieser Konflikt in Zukunft verstärkt die Entwicklung kritischer Infrastruktur auch in Europa beeinflussen wird.

Es droht also eine neuerliche Bipolarisierung des internationalen Systems. China bringt sich verstärkt in internationalen Organisationen und Gremien ein, beispielsweise beim Peacekeeping der Vereinten Nationen oder bei der UNIDO, und versucht, die internationale Ordnung in seinem Sinne umzugestalten. Darauf reagieren die USA mit dem Versuch, Änderungen an der internationalen Ordnung zu verhindern. Das äußert sich etwa in Konflikten in und um verschiedene geografische Räume, etwa den indopazifischen Raum oder die Arktis.

Für Europa und Österreich hat eine solche Entwicklung ganz konkrete, nachteilige Auswirkungen. So wirkt sich die Systemkonkurrenz zwischen den USA und China möglicherweise auf die Verfügbarkeit seltener Erden aus China aus. Das bedeutet Engpässe, etwa bei der Produktion von (Unterhaltungs-)Elektronik. Gegebenenfalls müsste sich Europa in neue Abhängigkeitsverhältnisse, etwa vom afrikanischen Kontinent begeben, um diese Engpässe auszugleichen. Zudem mag eine Verschärfung dieses Systemkonflikts potenziell auch bedeuten, dass seitens Europas mehr militärische Unterstützung durch die USA eingefordert wird, was letztlich erhöhte Ausgaben für den Rüstungsbereich erfordern würde.

Auszug aus dem Risikobild 2023



Eintrittswahrscheinlichkeit 1–2 Jahre

Erläuterung der Grafik

Auf der X-Achse wird die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos dargestellt, auf der Y-Achse die Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Die Auswirkungen sind wie folgt unterteilt:

- **Schwach bzw. Wirkung über andere Risiken:** Die negativen Auswirkungen einzelner Risiken sind deutlich erkennbar. Die Schäden sind noch gering, aber das Eskalationspotenzial ist hoch, auch durch den Zusammenhang mit anderen Risiken.
- **Signifikante Wirkung in Teilsystem:** Innerhalb eines oder mehrerer Teilsysteme kommt es zu Ereignissen, die zwar schwere Schäden verursachen, aber die Resilienz des Teilsystems noch nicht gefährden.
- **Gefahr für Teilsystem Österreichs:** Zumindest ein Teilsystem ist gestört oder dysfunktional, aber die Resilienz des Gesamtsystems ist noch gewährleistet.
- **Gefährdung für Gesamtsystem:** Die Resilienz Österreichs ist aufgrund der Dysfunktionalität eines oder mehrerer Teilsysteme massiv gefährdet.

Differenzierung der Risikokategorien (farblich)

- Ökonomische Risiken: **Dunkelblau**
- Ökologische Risiken: **Grün**
- Politische Risiken: **Schwarz**
- Technologische Risiken: **Gelb**
- Hybride Risiken: **Orange**
- Militärische Risiken: **Rot**
- Soziale Risiken: **Violett**
- Sonstige Risiken: **Hellblau**

Abkürzungen

EU-MS	Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
KRITIS	Kritische Infrastruktur
NMO	Naher und Mittlerer Osten
UN	Vereinte Nationen (United Nations)

Ressourcenkonkurrenz zwischen EU-Mitgliedsstaaten

Zunehmende Ressourcenknappheit ist ein Faktor, der Konflikte zwischen Staaten, auch zwischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu erzeugen imstande ist. Dies wurde während der Hochphase der COVID-19-Pandemie Ende 2020 mit dem Konflikt um Impfstoff deutlich. Die Vulnerabilität der Handelsketten, offengelegt durch die Blockade des Suezkanals durch das Frachtschiff „Ever Given“ im März 2021 und die massive Steigerung der Energiepreise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab Februar 2022, zeigt, dass es in Zukunft zu einer fortschreitenden Verknappung der Ressourcen kommen kann.

Verschärft sich diese Ressourcenverknappung weiter, ist auch Konkurrenz der EU-Mitgliedsstaaten untereinander nicht ausgeschlossen. Protektionistische Maßnahmen sind denkbar, ebenso wie eine Stärkung von euroskeptischen Kräften und damit eine Schwächung der inneren Kohäsion der Union. Weiters könnte die Energieerzeugung vor dem Hintergrund einer Dekarbonisierung der Europäischen Union zu einem inhereuropäischen Konkurrenzkampf um knappe Ressourcen beitragen.

Die Folgen eines solchen Konkurrenzkampfs würden sich auf viele verschiedene Arten zeigen. Einerseits wäre damit zu rechnen, dass auf die günstigste verfügbare Form der Energieproduktion gesetzt wird, auch wenn diese nicht die umwelt- bzw. klimafreundlichste ist. Staaten, die Transportwege kontrollieren, würden damit de facto Rohstoffe wie Erdöl oder Erdgas und somit die Energieerzeugung kontrollieren. Dies würde sich gleichsam im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und somit der militärischen Zusammenarbeit auswirken. Die Streitkräfte von Staaten würden in solch einer Situation verstärkt dazu eingesetzt werden, Ressourcen vorzuhalten und noch stärker als strategische Reserve dienen als bisher. Dass diese Aufgabe jedoch von Streitkräften nicht umfassend erfüllt werden kann, macht bereits im Vorfeld weitsichtiges Handeln erforderlich.

Militärische Aufklärung und Beeinflussung

In dieser ohnehin bereits komplexen internationalen Lage gilt es ebenso, Informationsoperationen auf österreichischem Staatsgebiet entgegenzuwirken. Schlimmstenfalls werden das österreichische Staatsgebiet, seine militärischen Einrichtungen und seine kritische Infrastruktur unterwandert, zweckentfremdet – und Schwachstellen gezielt genutzt. Das würde antagonistischen Akteuren nicht nur die Möglichkeit verschaffen, das österreichische Staatsgebiet neutralitäts- und damit verfassungswidrig zu nutzen, es bietet möglicherweise auch Einfallstore in die Netzwerke und Versorgungs- bzw. Kommunikationslinien anderer europäischer Staaten. Diese Informationsoperationen betreffen in erster Linie die kritische Infrastruktur.

Gleichzeitig kommt es immer häufiger zu Desinformationskampagnen bzw. Beeinflussung. Unter Ausnutzung der zunehmenden sozialen Stratifikation wird der Unmut betroffener Bevölkerungsteile geschürt und im Anlassfall zur Eskalation genutzt. Das richtet sich gegen das demokratische System und das ÖBH. Extremistische Gruppen werden potenziell unterstützt – durch Finanzierung, Ausbildung oder Informationsbereitstellung. Sofern sich diese Unterstützung auch militärisch äußert, entsteht möglicherweise ein Szenario, in dem das staatliche Gewaltmonopol gefährdet ist, was wiederum den Verteidigungsfall auslösen könnte.

Derartige Entwicklungen sind heute schon zu beobachten. Bereits jetzt kommt es zu einer Unterstützung verfassungsfeindlicher Tendenzen in Randgruppen durch Dritte. Diese werden mit fehlerhaften Informationen versorgt und als Instrument für Propaganda genutzt. Staatliche Institutionen sollen unterminiert werden. Hier erwächst für das ÖBH ein verfassungsgemäßer Auftrag: Nach Artikel 79 des Bundes-Verfassungsgesetzes obliegt dem Bundesheer nach Maßgabe der zivilen Gewalt der „Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten“ der Einwohnerinnen und Einwohner

Ausblick auf das Jahr 2023

Diese exemplarisch dargestellten Risiken umfassen nur einen relativ geringen Anteil jener Risiken, die Auswirkungen auf Österreich haben können. Diese sich verändernden Risiken erzeugen Anpassungsdruck auf das BMLV und das ÖBH. Bereits in den kommenden Jahren und Jahrzehnten muss sich das ÖBH auf ein geändertes Einsatzprofil einstellen.

Hinzu kommen Megatrends wie der Klimawandel. Steigende Temperaturen, immer stärker werdende Hitzewellen, Dürreperioden, Wassermangel im globalen Süden und kritische Engpässe bei der Landwirtschaft erzeugen zum Teil existenzbedrohende Krisen. Auf der globalen Systemebene erzeugt der Klimawandel gänzlich neue Bedrohungsfelder und Szenarien. Ein Beispiel hierfür sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die Geopolitik. Durch etwa die Eisschmelze im Nordpolarmeer bzw. der Arktis entstehen nicht nur potenziell neue Handelswege. Es werden dort bereits seit längerem große Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie seltene Erden vermutet. Infolgedessen ist mit verstärkten Konflikten um die Kontrolle dieser Handelswege und Ressourcen zu rechnen. Auch durch den Anstieg des Meeresspiegels entstehen neue Konfliktherde, wenn nicht nur Staaten, sondern ganze Regionen destabilisiert werden.

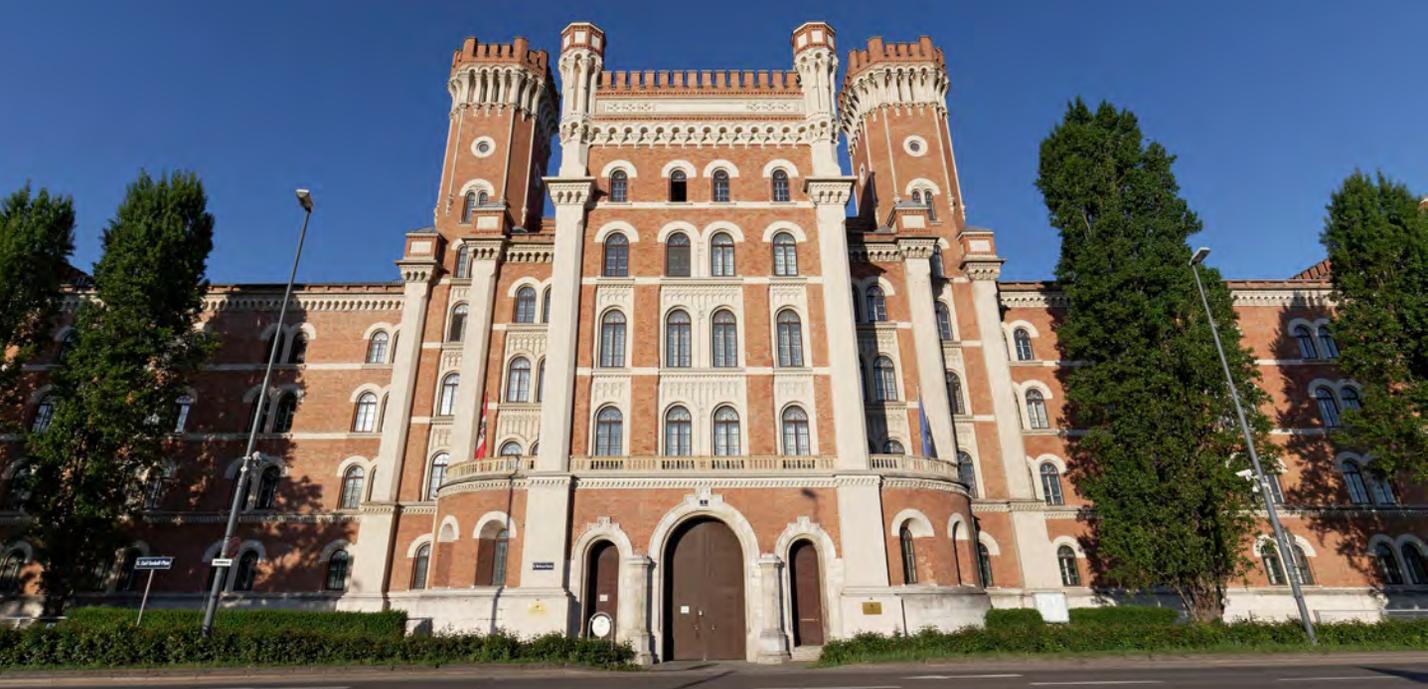
Für das ÖBH bedeutet das, dass es sich einerseits vermehrt auf Einsätze vorbereiten muss, die in ungünstigen klimatischen Verhältnissen durchzuführen sind und die auch geopolitische Ursachen haben können. Andererseits ist es erforderlich, den eigenen ökologisch-klimatischen Fußabdruck zu reduzieren. In diesem Zusammenhang zu sehen ist die in den vergangenen Jahren ausgearbeitete Policy „Klima und Verteidigung“ des BMLV. Eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes des ÖBH bedarf daher entsprechend klimafreundliche Investitionen in die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Der Risikobild-Prozess unterliegt kontinuierlicher Prüfung, Nachbesserung und Anpassung. Österreich verfügt mit der Strategischen Vorausschau des BMLV über einen fundierten und bewährten Prozess. Um diesen so treffsicher wie möglich zu gestalten, arbeitet das BMLV mit nationalen und internationalen Expertinnen und Experten sowohl aus dem zivilen als auch aus dem militärischen Bereich eng zusammen. Nur so entsteht eine 360-Grad-Rundumsicht, die es ermöglicht, verschiede-

ne Blickwinkel auf unterschiedliche Entwicklungen zu erhalten. Und nur so ist es möglich, die richtigen Schlüsse für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung zu ziehen.

Keynotes

- Durch den Krieg in der Ukraine und die internationale Systemkonkurrenz zwischen den USA und China erodiert die europäische und internationale Sicherheitsordnung.
- Die Auswirkungen der Veränderungen treffen jede Staatsbürgerin und jeden Staatsbürger und können nur gesamtstaatlich gelöst werden.
- Geopolitische Veränderungen werden immer stärker zu bestimmenden Faktoren.
- Die Globalisierung bringt immer einen großen Teil an Unsicherheit mit sich.
- Das Risikobild des BMLV zeigt die wichtigsten Risiken der en ein bis zwei Jahre auf. Es unterliegt einem kontinuierlichen Monitoring-Prozess.
- Einzelne Risiken stehen zueinander in einer Wechselwirkung und wirken sich auf unterschiedliche Systemebenen aus.
- Die Risiken im Risikobild ermöglichen eine faktenbasierte und wissenschaftlich fundierte Gestaltung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Eine Sicherheitsordnung im Umbruch

Verteidigungspolitische Ableitungen

Arnold H. Kammel

Die Welt unterliegt in hohem Ausmaß einem disruptiven Wandel, der Österreich und Europa auch 2023 enorm herausfordern wird. Diese Veränderungen können nicht alleine bewältigt werden. Wechselseitige internationale und europäische Solidarität sind der Schlüssel zu Resilienz und müssen daher im Zentrum der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen. Der Wiederaufbau robuster militärischer Fähigkeiten und Kapazitäten für Krisenmanagement und- Verteidigung ist der eigenständige Kern der verteidigungspolitischen Ausrichtung; gesamtstaatliche und europäische Kooperation das leitende Prinzip für eine umfassende Krisenvorsorge.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat wesentliche Dynamiken der Erosion der globalen Ordnung nach 1989 nochmals sprunghaft

katalysiert. Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht daher – ebenso wie jene der Europäischen Union – vor enormen Herausforderungen. Doch auch abseits dieses Krieges stehen Österreich und die EU vor gewaltigen Aufgaben bei der Bewältigung der teilweise chaotisch verlaufenden Transformationen des internationalen Systems.

Die bis vor wenigen Jahren geltenden Dogmen von der Unwahrscheinlichkeit großer konventioneller Kriege durch die ökonomische Interdependenz der Akteure sowie dem mehrheitlich positiven Einfluss der Globalisierungseffekte – verbunden mit breitem Wirtschaftswachstum auch in weniger entwickelten Teilen der Welt und damit der Reduktion von Armut und Hunger und damit verbunden erhöhten Stabilität – haben sich in ihrer Absolutheit als falsch herausgestellt. Kritik wurde bereits davor geäußert, mit Verweis auf die sich aus zunehmender Digitalisierung und Vernetzung aller Lebensbereiche ergebenden Gefahren und den sich daraus ergebenden Vulnerabilitäten. Auch der voranschreitende Klimawandel, als eines der Risiken auf globaler Ebene, wurde zwar als Herausforderung erkannt, aber nur mangelhaft adressiert. Insbesondere im Umfeld Europas hat dies bestehende Instabilitäten negativ beschleunigt.

Die mehrheitlich wirtschaftlich bestimmte Ordnung dominierte politische Prozesse, verringerte die Handlungsspielräume der Staaten sowie internationaler Institutionen und reduzierte den Multilateralismus überwiegend auf eine Freihandelsdoktrin ohne tatsächlich Gleichberechtigung zu fairen Marktzugängen zu gewähren oder die negativen Effekte auf Umwelt und Menschen in allen Regionen der Welt gleich zu bepreisen, wie das im sogenannten Westen im Zuge der Verwirklichung von ökosozialen Standards geschehen ist. Die sich aus dieser Situation ergebenden Effekte der Produktionsverlagerung und Kostenreduktionsbemühungen (mittels relativ unterpreisiger Rohstoff- und Energiegewinnung) hat einerseits Abhängigkeiten zu autoritären Systemen für Im- und Exporte Europas kreiert und andererseits die Eigenversorgungsfähigkeit reduziert bzw. die Innovationsdynamik übermäßig reduziert.

Die bereits unter den US-Regierungen Obama und Trump intensivierten Abkoppelungsbestrebungen von Europa, sowie jene Großbritanniens, sind eine Antwort auf die sich mittlerweile als „multipolare Unordnung“ darstellende Welt. Europa ist von dieser Entwicklung negativer berührt als die USA. Ideologisch ist es Teil der westlichen Wertegemeinschaft und ökonomisch bleibt es viel stärker abhängig von seiner Nachbar-

schaft, insbesondere in Bezug auf Rohstoffe, Energie und Marktzugängen in Afrika und Asien als der amerikanische Kontinent – auch, wenn sich durch den Krieg gegen Russland neue Abhängigkeiten, etwa zu den USA und Kanada, ergeben werden.

Vor diesem Hintergrund ist die permanente Beurteilung der Sicherheitslage (diese schließt im Verständnis des Begriffes von „umfassender Sicherheit“ wirtschaftliche und soziale Aspekte genauso mit ein) der Europäischen Union sowie Österreichs anhand von Risiken zwingend erforderlich. Massiv gestiegene Energiepreise, die nicht nur die Haushalte direkt treffen, sondern auch indirekt die De-Industrialisierung Europas negativ vorantreiben, gefährden den Wohlstand. Dies ist ein für jeden sichtbares Ergebnis. Der soziale Frieden in Österreich und die Gestaltungsmöglichkeit der EU durch finanzielle Mittel wird durch die einhergehende Inflation sehr gering.

Entscheidend für die verteidigungspolitische Bewertung ist der Bedeutungsanstieg der (auch) konventionellen Kriegsführung als Teil hybrider Auseinandersetzungen. Krieg als Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen wird in vielfacher Form wieder in Kauf genommen. Multilateralismus und Völkerrecht stehen wie selten zuvor infrage. Dies ist insbesondere für einen darauf ausgerichteten Akteur wie Österreich besonders schwierig. Der idealistischen Vorstellung von Frieden durch Zusammenarbeit und präventiver Reduktion von Gewalt steht der realistische Ansatz konfliktbereiter und interessengesteuerter Mächte und revolutionärer Bewegungen gegenüber.

Globale Konflikt dynamiken

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das europäische Sicherheitsgefüge und speziell die politisch-strategische Lage in Osteuropa dramatisch verändert. Nachdem dieser Krieg mit hoher Wahrscheinlichkeit auf mehreren Ebenen weiter geführt werden wird, ist die Europäische Union gefordert, rasch umfassende Lösungen zur Stabilisierung gefährdeter Länder in allen Regionen des Interesses sowie hinsichtlich der eigenen Verletzbarkeit zu finden. Abhängig vom Kriegsverlauf sind unterschiedliche Entwicklungspfade in der Konfliktintensität mit und durch Russland denkbar. Das darin enthaltene Konfliktpotenzial soll eine direkte Konfrontation nach Bestreben des Westens und Chinas

verhindern helfen. Weitgehende Destabilisierungsversuche in fragilen Ländern an der Peripherie Europas (hier zum Beispiel der Westbalkan bzw. auch Afrika) im Rahmen einer destruktiven Globalstrategie Russlands sind, sofern nicht ein innerer geordneter Wandel erfolgt, höchst wahrscheinlich und werden bestehende Risiken – wie etwa Migration oder Terrorismus und weitere – deutlich negativ verschieben. Darüber hinaus erfordert auch das von Russland wohl unterstützte Söldnermodell der Gruppe Wagner umfassende europäische Antworten und klare rote Linien, die aber eher in der Unterbindung dieses Geschäftsmodells zu finden sein müssen und weniger in einem europäischen Rückzug aus Krisenregionen im europäischen Umfeld.

Nicht übersehen werden sollte, dass Europa abseits der vorerst hohen Kohärenz im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine in wesentlichen anderen Fragen eher gespalten ist und viele Nationalstaaten sich z.B. durch energiepolitische Alleingänge oder bei der Bewältigung irregulärer Migrationsströme abzusichern versuchen. Die Brüsseler Institutionen scheinen vielen zur raschen Lösung anstehender Herausforderungen nicht geeignet, weshalb insbesondere die Kleinstaaten wie Österreich gefordert sind, sich in diesem Spannungsfeld zwischen gemeinsamen Lösungen und individuellen Herangehensweisen zu positionieren. Auch mit den USA herrscht nicht überall Einigkeit, wie die Risiken im Umfeld der EU adressiert werden sollen und wem dabei welche Verantwortung zukommt. Mittelfristig könnten sich daraus Abweichungen ergeben, die die Fähigkeit zum autonomen Handeln Europas mehr denn je erfordern.

Selbst China und andere regionale Mächte mit autoritären Gefügen, wie u.a. der Iran und die Türkei, sind von den Auswirkungen der Umbrüche betroffen. Sowohl die Folgen der COVID-19-Pandemiebekämpfung (einschließlich der Lieferkettenunterbrechungen), Inflation, Sanktionsregime sowie kostspielige Machtprojektionen zur Sicherstellung von Ressourcen und Transportrouten haben die Spielräume für „Befriedung durch Wohlstand“ im Inneren dramatisch reduziert. Soziale und politische Unruhen sowie Demonstrationen werden diese Systeme herausfordern, wobei diese auch durch ihr Engagement in regionale Konflikte gebunden sind. Die Eskalation solcher Auseinandersetzungen mit „äußeren Feinden“ dient für sie weiterhin zur Legitimation, woraus sich weitere Verschärfungen dieser ergeben könnten. Ein revolutionärer Zerfallsprozess dieser Mächte zeichnet sich 2023 nicht ab.

Diese globale Unordnung erfordert aber auch einen neuen Umgang im Rahmen internationaler Organisationen. Es ist auf absehbarer Zeit wohl davon auszugehen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch die unterschiedliche Interessenslage weitgehend in seiner Handlungsmacht beschränkt bleibt. Gerade mit Blick auf allfällige Mandatsverlängerungen wirft dies für das internationale Krisenmanagement erhebliche Fragen auf und stellt die EU vor die Herausforderung, in alternativen Szenarien zu denken. Beispielhaft darf hier die Operationalisierung von Art. 44 EUV genannt werden, der die Durchführung einer seitens der EU mandatierten Mission durch eine Gruppe an Mitgliedsstaaten vorsieht.

Für Österreich bedeutet das, dass diese Entwicklungen einer gesamtstaatlichen Beurteilung und Strategieentwicklung bedürfen, die in den beiden primären Handlungsrahmen – der Gemeinsamen Sicherheits und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union sowie den Vereinten Nationen – umzusetzen sein werden. Der Spielraum zwischen europäischen Entwicklungen sowie verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen wird geringer und bedarf einer klugen Interpretation im Einzelfall sowie entsprechender strategischer Kommunikation nach innen wie nach außen.

Die Notwendigkeit verteidigungspolitischer Kooperationen

Verteidigungspolitische Kooperationsmöglichkeiten Österreichs sind durch den vorgegebenen Rechtsrahmen klar definiert, wobei hier neben den Bestimmungen des Neutralitäts-BVGs insbesondere auch die sich aus Art. 23j B-VG im Zusammenhang mit Art. 42 EUV ergebenden Möglichkeiten zu erwähnen sind. Gerade der Krieg in der Ukraine hat zu einer Veränderung der europäischen Sicherheitsarchitektur geführt, da neben der Integration Dänemarks in die Strukturen der GSVP insbesondere der bevorstehende NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands dazu führt, dass nunmehr 97 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung in NATO-Staaten lebt und für diese das Bündnis zentral für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. Mit Österreich werden die drei „Inseln“ Irland, Zypern und Malta „nur“ der EU angehören, wobei sich insbesondere die geografische Lage dieser drei Staaten fundamental von jener Österreichs unterscheidet.

Dies bedingt, dass nunmehr auch in Europa ein klarer Schwenk im Bereich der Verteidigungspolitik in Richtung NATO erfolgen wird und Österreich eher früher als später gefordert sein wird, seine verteidigungspolitische Position für alle Partner verständlich zu erklären. Gleichzeitig wird die Kooperation unter den vier neutralen bzw. allianzfreien EU-Mitgliedstaaten zunehmen müssen, um hier den eigenen Interessen entsprechend Gehör zu verschaffen.

Gerade im Bereich der Beschaffungen wird es für Österreich essenziell sein, mit bewährten Partnern, wie beispielsweise Deutschland und Italien noch enger zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus gewinnen auch regionale Kooperationsformate, wie beispielsweise die WestbalkanInitiative des ÖBH, die Zentraleuropäische Verteidigungskooperation (Central European Defence Cooperation – CEDC), deren Vorsitz Österreich 2022 innehatte, sowie multilaterale Vereinbarungen (Eurocorps, Framework Nations Concept) für Österreich an Bedeutung.

Durch die steigenden Verteidigungsbudgets in allen EU-Mitgliedstaaten und den damit verbundenen Nachfragedruck wird es für Österreich wohl nur im europäischen Verbund möglich sein, in größere Beschaffungsvorhaben miteinzusteigen. Dabei gilt, nach Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten, dass hier rasch auch Bereitschaft zu Regierungskooperationen signalisiert und auf typische österreichische Versionen verzichtet wird. Darüber hinaus werden sich die aus dem EU-Recht ergebenden neuen Möglichkeiten gemeinsamer Beschaffung rasch mitzudenken sein und neuen Initiativen sollten zumindest einer seriösen Prüfung einer möglichen Beteiligung unterzogen werden, wobei der spezielle Charakter der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigt werden muss. Wichtig ist dabei rasches Handeln, da eine spätere Aufnahme in derartige Projekte wohl mit einem erheblich höheren Kostenanteil verbunden wäre.

Österreich hat sich bereits in der Vergangenheit als verlässlicher Partner im EU-Rahmen positioniert und auch die Ausarbeitung des Strategischen Kompasses als wesentlichem Grundlagendokument mitvorangetrieben. Es gilt hier nun, die im Kompass vorgesehenen konkreten Aktivitäten und Aufgaben mit Leben zu erfüllen und hier auch den österreichischen Beitrag entsprechend zu leisten und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU im Lichte der Verträge weiterzuentwickeln und zu vertiefen.

Gesamtstaatlichkeit als Verantwortung

Abgeleitet von einer gemeinsamen gesamtstaatlichen und möglichst europäisch integrierten Sichtweise auf die im Risikobild dargestellten Herausforderungen sowie entsprechender strategischer Handlungsoptionen gilt es, das abgestimmte Handeln in Österreich und mit europäischen Partnern zu stärken. Gerade die nähere Betrachtung der Wirkungsketten legt nahe, dass Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht ohne Wirtschafts-, Energie-, Gesundheits- und Sozialpolitik gedacht werden können – und umgekehrt.

Es ist daher die politische Verantwortung, Prozesse und Strukturen so zu gestalten, dass Politikfelder übergreifende Analyse, Beratung, Strategieentwicklung, Fähigkeitsaufbau, anlassbezogene Umsetzung und Kommunikation verbessert werden. Die Schaffung der dafür notwendigen Strukturen und Verfahren ist daher weiter zu intensivieren.

Umfassende Landesverteidigung

Als Konsequenz dessen, dass kein Politikfeld für sich alleine die gegenwärtigen Herausforderungen lösen wird können, braucht es nicht nur verstärkte gesamtstaatliche Zusammenarbeit. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, wie Österreich seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik denken kann und denken sollte, fußen verfassungsrechtlich auf einem statischen Konzept des Jahres 1975: im Staatsziel der Umfassenden Landesverteidigung. Deren konzeptionelle Weiterentwicklung, die proaktive Umfassende Sicherheitsvorsorge, die zentraler Bestandteil der geltenden Österreichischen Sicherheitsstrategie aus 2013 ist, hat bis dato die rechtliche Wirkungsmacht nicht erzeugen können. Gemäß den Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates und der Bundesregierung wird es notwendig sein, die Verfassungsrealität dynamisch weiter zu entwickeln und die Gedanken von Prävention und Krisenvorsorge in den Handlungsrahmen der ULV zu integrieren. Die Staatszielbestimmung des „umfassenden Umweltschutzes“ gilt es über Österreich hinaus auf die Ebene des globalen Klimawandels zu heben und zu integrieren.

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung kommt, neben der Unterstützung der anderen Handlungsfelder der ULV/USV, der primäre Auftrag der Sicherstellung der militärischen Landesverteidigung zu. Ziel

muss ein Österreichisches Bundesheer sein, das dazu in der Lage ist, allen kommenden Herausforderungen zu begegnen – seien sie hybrider oder konventioneller Natur. Im Fokus müssen dabei drei Säulen stehen: erstens die Abwehr überwiegend nicht-konventionell vorgehender Gegner im Zuge einer Schutzoperation auf eigenem Territorium, zweitens die fokussierte Stabilisierung des Umfelds Österreichs und der EU sowie drittens die Fähigkeit zum Schutz der Souveränität Österreichs gegen konventionelle Angriffsmittel. Hierbei gilt es, die sich aus dem Strategischen Kompass der EU und der generellen Dynamisierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergebenden Notwendigkeiten auch entsprechend mitzudenken und in die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzubringen, um hier auch rasch auf allfällige europäische Initiativen entsprechend reagieren zu können und den österreichischen Beitrag im europäischen Kontext zu definieren.

Darüber hinaus müssen vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Klimawandels auch ökologische Aspekte der Landesverteidigung einen Platz finden. Gerade im Zuge der Ausarbeitung des Strategischen Kompasses ist es Österreich gemeinsam mit Luxemburg gelungen, die Bedeutung des Klimawandels als Bedrohungsmultiplikator entsprechend zu verankern. Der Kampf um natürliche Ressourcen und die Nutzung von Energieressourcen für politische Zwecke im Kontext der Dekarbonisierung und die ressourcenschonendere und kreislauforientierte Ausrichtung sind mit spezifischen Sicherheits Herausforderungen verbunden, wie beispielsweise der Zugang zu kritischen Rohstoffen, die Nachhaltigkeit von Wertschöpfungsketten sowie wirtschaftliche und politische Veränderungen infolge der Abkehr von fossilen Brennstoffen. Dies stellt nicht nur die Resilienz der österreichischen Volkswirtschaft, sondern aller EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen vor neue große Herausforderungen.

Herausforderungen für die Sicherheitsvorsorge

Das dieser Publikation zugrundeliegende Risikobild zeigt Art und Schadensschwere jener Risiken auf, mit denen Österreich voraussichtlich konfrontiert sein wird. Nicht nur die Konfrontation mit Russland und dessen hybride Maßnahmen sowie eine Verschärfung der Konflikte im südlichen und östlichen Krisenbogen sind zu erwarten. Es haben sich militärische Risiken signifikant verschärft, und auch die Folgen des Kli-

mawandels, die bereits jetzt zu spüren sind, stellen Österreich vor große Herausforderungen.

Da militärstrategische Risiken wieder an Bedeutung gewinnen, muss auch die Fähigkeit zur effektiven Kampfführung im Zentrum der Bemühungen des ÖBH stehen. Es bedarf einer neuerlichen Hinwendung zum militärischen Schutz der österreichischen Bevölkerung und staatlichen Souveränität. Daher ist eine rasche Steigerung der robusten militärischen Fähigkeiten alternativlos. Gleichzeitig muss klar sein, dass die militärische Landesverteidigung nicht isoliert von europäischen Entwicklungen und internationalen Partnern betrachtet bzw. bewerkstelligt werden kann.

Der Verteidigung vorgeschaltet erfordern die Konflikte im europäischen Umfeld auch weiterhin des proaktiven Einsatzes des ÖBH zur Stabilisierung und Krisenvorsorge durch Auslandseinsätze und Unterstützungsprojekte. Diese gehen – Stichwort Gesamtstaatlichkeit – Hand in Hand mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe und der Außenwirtschaftspolitik zur Schaffung von Resilienz vor Ort. Der Fokus wird hier weiterhin auf dem Westbalkan, aber auch auf Maßnahmen im Nahen und Mittleren Osten in Afrika sowie im Schwarzmeerraum liegen. Nur durch diesen gesamtheitlichen Ansatz kann es gelingen, Sicherheit und Stabilität im europäischen Umfeld im Interesse Österreichs zu generieren.

Keynotes

- Die Dynamik der Konkurrenz globaler Großmächte und sicherheitsrelevante Megatrends wie der Klimawandel sind Herausforderungen, denen ein Staat wie Österreich nicht alleine begegnen kann.
- Militärstrategische Risiken nehmen deutlich zu. Das ÖBH muss entsprechend reagieren und sollte die konventionelle Einsatzführung wieder stärker in den Fokus rücken.
- Eine rasche Steigerung der militärischen Fähigkeiten ist alternativlos. Gleichzeitig müssen wir verstärkt mit europäischen und internationalen Partnern kooperieren.
- Konfliktsituationen im europäischen Umfeld stellen auch Österreich vor große Herausforderungen. Zum Schutz Österreichs und seiner Bewohnerinnen und Bewohner ist hier ein proaktiver, gesamtstaatlicher Einsatz geboten.
- Die Umfassende Landesverteidigung sollte wieder mit Leben erfüllt, neu gedacht und interpretiert und durch ökologische Ambitionen ergänzt werden.

2

Globale Risiken und Herausforderungen







Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger

Wir leben in einer Zeit, in der man die globalen Risiken und Herausforderungen nicht suchen muss, sondern in jedem Aspekt des täglichen Lebens erkennen kann. Die multiplen Krisen, die miteinander in Wechselwirkung stehen, überschreiten die Kapazitäten der einzelnen Nationalstaaten und bedeuten auch für Österreich die dringende Notwendigkeit einer engen internationalen Kooperation (vgl. den Beitrag Müller). In diesem Kapitel geht es um Risiken und Herausforderungen in den Themengebieten Wirtschaft, liberale Weltordnung, Klima und Sicherheitspolitik.

Wirtschaftliche Probleme haben Lösungen

Das Wiederauferstehen der Geopolitik, auch im Hinblick auf die Klimakrise, wie der Beitrag Kimmich zeigt, findet in einer Zeit statt, in der die Globalisierung infrage gestellt bzw. deren Rückabwicklung von man-

chen Akteuren angestrebt wird. Die mangelnde Resilienz der Liefer- und Wertschöpfungsketten, die vor allem durch die COVID-19-Pandemie und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine auch für die allgemeine Bevölkerung ersichtlich wurde, und die Angst vor Versorgungsknappheit befeuern die Argumente der Renationalisierung von Güterproduktion. Das grundlegend erfolgreiche wirtschaftliche Prinzip der Spezialisierung sollte jedoch nicht auf Basis dieser Befürchtungen ausgesetzt werden, im Gegenteil: Die Lehren der Krisenzeit sollten eine Risikodiversifikation und die Minimierung systemischer Anfälligkeiten zur Folge haben (vgl. den Beitrag Heiland). Die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit haben zwei Hauptwurzeln: eine umfassende Krise der internationalen liberalen Weltordnung und die Klimakrise, die auch die letzten Leugnenden langsam einholt.

Das Ende der liberalen Weltordnung?

Der 24. Februar 2022 wird in die Geschichte als der Tag eingehen, an dem die Fassade der Nachkriegsordnung gebröckelt ist. Was passiert, wenn sich eines der fünf ständigen Mitglieder (P5) im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) nicht an die Regeln hält? Die UN sehen sich mit einem Problem konfrontiert, das im Rahmen der geltenden Regeln nicht lösbar scheint. Trotz der bisherigen Brüche des Völkerrechts durch andere P5-Nationen kehrte man im Sicherheitsrat irgendwann trotzdem wieder zur Tagesordnung zurück; ob das diesmal nach Kriegsende auch der Fall sein wird, lässt sich bezweifeln. Es ist bereits ein verschärfter Konkurrenzkampf im internationalen System zu erkennen, bei dem sich die Zugehörigkeiten vor allem nach Regierungsform – Demokratien vs. autokratische Staaten – richten (vgl. den Beitrag Weigelin-Schwiedrzik).

Entschärfung der Klimakrise durch den Krieg?

Die Energiekrise, die durch den Krieg in der Ukraine massiv verschlimmert wurde, könnte auf lange Sicht einen positiven Einfluss auf die Klimakrise haben. Durch die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland wurde die Problematik der Energieabhängigkeit deutlich spürbar, auch in den Haushaltsausgaben von Privatpersonen. Dass die EU nicht in der Lage ist, sich selbst mit Energie zu versorgen, war ein offenes Geheimnis, jedoch musste man dieses Jahr in Brüssel schmerzhaft erkennen,

welche Konsequenzen eine solche Abhängigkeit von außen – aber vor allem von einem autoritären Regime wie Russland unter Wladimir Putin – haben kann. Unter akutem Zugzwang wurden auch Entscheidungen wie die Wiederinbetriebnahme von Kohlekraftwerken getroffen, die zwar in der Momentaufnahme keinen guten CO₂-Fußabdruck hinterlassen, aber in weiterer Folge zwangsweise zu einer (grünen) Energiewende führen; das Abwenden von (russischem) Gas ist dabei der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung, der unter anderen Umständen vermutlich viel länger gedauert hätte. Wie bereits erwähnt führt eine Diversifizierung der Ressourcenanschaffung auch zu mehr systemischer Sicherheit.

Sicherheitspolitik

Für Europa besteht angesichts der aktuellen Herausforderungen ein dringender Handlungsbedarf zur Erarbeitung einer nachhaltigen Sicherheitspolitik. Dafür gibt es verschiedene Ansätze, die in diesem Kapitel besprochen werden. Aus heutiger Sicht teilen sich die Möglichkeiten in vier Kategorien, die unterschiedlich zu bewerten sind:

Das Basieren eines friedvollen Miteinanders auf intensive wirtschaftliche Verflechtung hat sich am Beispiel des russischen Angriffskrieges als nicht nachhaltig erwiesen (vgl. den Beitrag Münkler). In den europäischen Wirtschaftsbeziehungen ist Russland schon seit dem Zerfall der Sowjetunion ein wichtiger Partner, nun wurde durch die Sanktionen ersichtlich, wie schnell eine drastische politische Entscheidung zur Minimierung der Handelsbeziehungen führen kann.

Sich auf eine (nukleare) Schutzmacht in Form der USA zu verlassen bedeutet für Europa, sich wieder auf eine andere Art abhängig zu machen. Damit unterwirft man sich dem (hoffentlich) guten Willen einer anderen Macht des Systems und ist beim Nicht-Nachkommen der Pflichten dieser Macht der anderen Seite quasi schutzlos ausgeliefert.

Der Aufbau militärischer Fähigkeiten ist ein wichtiger Aspekt einer nachhaltigen Sicherheitspolitik, wird aber ungenügend umgesetzt. Durch die Darstellung der multiplen Krisen sollte klar sein, dass dies nicht alleine auf nationaler Ebene zu bewältigen ist.

Die beste Möglichkeit einer nachhaltig erfolgreichen europäischen Sicherheitspolitik sind Allianzen, bei denen verlässliche Partner gleichberechtigt sind. Im Hinblick auf die geopolitischen Faktoren ergibt sich die Notwendigkeit einer vertieften Allianz zwischen der EU und den USA, da die EU alleine zu schwach ist, um sich als unabhängiger Akteur im internationalen System zu profilieren (vgl. den Beitrag Gerstl).

Erfordernis internationaler Kooperation

Die globalen Risiken und Herausforderungen unserer Zeit stellen mit ihren vielen Dimensionen eine umfassende Bedrohung dar: vom Klimawandel über die Instabilität der Finanzsysteme (vgl. den Beitrag Weyerstraß) zur Möglichkeit einer nuklearen Eskalation des fortwährenden Krieges in Europa (vgl. den Beitrag Horovitz). Kein Land der Welt kann diese Krisen alleine bewältigen – es braucht eine verlässliche internationale Kooperation, die für das friedliche Fortbestehen der Staatengemeinschaft eintritt und bereit ist, die wichtigsten gemeinsamen Güter zu verteidigen. Österreich wird seinen Platz in dieser Allianz finden.

Keynotes

- Miteinander in Wechselwirkung stehende Krisen überschreiten die Kapazitäten einzelner Nationalstaaten und bedeuten auch für Österreich die dringende Notwendigkeit einer engen internationalen Kooperation.
- Es ist ein verschärfter Konkurrenzkampf im internationalen System zwischen demokratisch und autokratisch verfassten Staaten zu erkennen.
- Die europäische Sicherheitspolitik ist auf das Bilden von Allianzen mit verlässlichen Partnern angewiesen. Nur so kann nachhaltig erfolgreiche europäische Sicherheitspolitik funktionieren.
- In Hinblick auf die geopolitischen Faktoren ergibt sich die Notwendigkeit einer vertieften Allianz zwischen der EU und den USA.



Konvergenz der Krisen

Patrick Müller

Die internationale Politik befindet sich in einem strukturellen Wandel, der von multiplen Krisen geprägt ist. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, die COVID-19-Pandemie sowie die fortwährende Klimakrise bedeuten auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten große Herausforderungen, die ihren inneren Zusammenhalt auf die Probe stellen. Resilienz, Diversifizierung und eine politikfeldübergreifende Stärkung der strategischen Autonomie der EU in enger Kooperation mit der NATO sind für die Krisenbewältigung der EU zentral. Gleichzeitig bedarf es weiterhin der Möglichkeit zur Kooperation.

Die internationalen Beziehungen sind gegenwärtig von multiplen Krisen geprägt, die miteinander in Wechselwirkung stehen. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, die COVID-19-Pandemie sowie die fortwährende Klimakrise stellen die internationalen Beziehungen vor gewaltige Herausforderungen. Die Bewältigung dieser Krisen findet vor dem Hintergrund eines strukturellen Wandels in den internationalen Beziehungen statt, wobei die liberale Weltordnung seit längerem unter Druck geraten ist.

Nach dem Ende des Kalten Krieges dominierte die Erwartung, Konflikte und Krisen könnten durch institutionalisierte, multilaterale Kooperation und eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen geregelt und die Anwendung militärischer Mittel könne beschränkt werden. Im Zuge von Machtverschiebungen im internationalen System kommt es allerdings vermehrt zur Konkurrenz um politische Einflussosphären, um die Kontrolle von Rohstoffen und Handelsrouten sowie um Märkte. Die wachsende Rivalität zwischen den USA und China sowie Russlands aggressiver Revisionismus zeigen das Konfliktpotenzial eines sich verschärfenden Systemwettbewerbs zwischen westlichen Demokratien und autokratischen Staaten.

Die Konfliktaustragung wird dabei nicht mehr vorrangig durch wirtschaftliche Mittel und die Etablierung gemeinsamer Normen und Standards betrieben, es kommt auch vermehrt zur Projektion militärischer Macht, die mit digitalen Mitteln flankiert wird. Die machtpolitische Konkurrenz ereignet sich dabei in einer hochgradig globalisierten, digitalisierten und vernetzten Welt, in der nicht zuletzt aufgrund multipler Krisen die Sorge um wechselseitige Verwundbarkeiten gegenüber den Vorteilen der Globalisierung zunehmend in den Fokus gerät.

Multiple Krisen, Interdependenz und Globale Herausforderungen

Gleichzeitig stellt Russlands Angriff auf die Ukraine seit Februar 2022 eine gefährliche sicherheitspolitische Krise mit weiterem Eskalationspotenzial dar. Putins Angriffskrieg hat zentrale Regeln und Prinzipien der liberalen Weltordnung verletzt und wird von westlichen Staaten als Angriff auf die Demokratie gewertet. In EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Schweden oder Finnland, deren sicherheitspolitische Kultur zivilen Mitteln besondere Bedeutung in den internationalen Beziehungen beimisst, wurde die Debatte um eine außen- und sicherheitspolitische Trendwende befeuert. Neben ihrer militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung haben westliche Staaten zudem umfassende Sanktionen gegenüber Russland beschlossen. Russland setzt dagegen die Energieabhängigkeit vieler EU-Mitgliedstaaten von fossilen Energieträgern als Waffe ein. Dies stellt EU-Staaten vor erhebliche Herausforderungen und befeuert die Sorge um Energie- und Nahrungsmittelsicherheit in der Welt. Zudem sind Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, wobei

der Union eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zukommt. Diese Herausforderungen stellen auch den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt in der EU und in ihren Mitgliedstaaten auf die Probe.

Daneben muss sich die internationale Politik der Bewältigung langfristiger Krisen widmen. Eine der wichtigsten Herausforderungen stellt dabei die Klimakrise dar. Die größten Risiken des fortschreitenden Klimawandels ergeben sich für Afrika, den Nahen Osten und Lateinamerika. Doch auch in Europa gibt es bereits weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheit, die Umwelt und die Wirtschaft. Gerade in der EU wird die Debatte um die Energiewende angesichts des Ukraine-Krieges zunehmend auch unter den Gesichtspunkten von strategischer Autonomie, Differenzierung und Resilienz geführt. Kurzfristige energiepolitische Maßnahmen wie die verstärkte Nutzung von Kohle werden sich dabei negativ auf die ökologischen Ziele der Energiewende auswirken. Dagegen können Anstrengungen, die darauf zielen, Energiesicherheit langfristig durch den verstärkten Ausbau von erneuerbaren Energien zu fördern, positiv auf die Klimabilanz wirken.

Anforderungen für europäische und österreichische Politik

Die Herausforderungen, die sich aus multiplen, komplexen Krisen in einer Welt im Wandel ergeben, übersteigen die Problemlösungskraft einzelner europäischer Nationalstaaten. Die Einhegung globaler Gesundheitsrisiken, die Neuschaffung einer tragfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur sowie die Bewältigung der Klimakrise bedürfen neben nationalen Anstrengungen auch multilateraler Kooperation auf europäischer und globaler Ebene. Gleichzeitig muss Sicherheitspolitik aufgrund der Wechselwirkung der dargestellten Trends und Krisen umfassend gedacht und vernetzt konzipiert werden. Dies beinhaltet eine verstärkte Koordination verschiedener sicherheitsrelevanter Politikbereiche und eine umfassende sicherheitspolitische Strategie.

Für Österreich bedeutet dies, dass es seine Rolle in einer sich im Wandel befindenden europäischen Sicherheitspolitik finden und neu definieren muss. Zudem bedarf es einer differenzierten Antwort auf komplexe Probleme und Zusammenhänge in einer weiterhin stark vernetzten und

globalisierten Welt. Resilienz, Diversifizierung und eine politikfeldübergreifende Stärkung der strategischen Autonomie der EU in enger Kooperation mit der NATO sind wichtig. Dies sollte aber nicht zu einer undifferenzierten Entkoppelung unterschiedlicher Blöcke führen. Vielmehr bedarf es gleichzeitig der Möglichkeit zur Kooperation, gerade in Bezug auf globale Gemeingüter wie ein stabiles Klima. Für die Beziehungen mit Ländern wie China ist dabei eine differenzierte Einordnung als Partner, Wettbewerber und Systemkonkurrent zentral.

Keynotes

- Die internationalen Beziehungen sind gegenwärtig von multiplen Krisen geprägt, die miteinander in Wechselwirkung stehen. In einer hochgradig globalisierten, digitalisierten, und vernetzten Welt zeigt sich die daraus resultierende Verwundbarkeit.
- Multiple Krisen finden vor dem Hintergrund eines strukturellen Wandels in den internationalen Beziehungen statt, wobei die liberale Weltordnung unter Druck geraten ist und der machtpolitische Wettbewerb zwischen zentralen Akteuren zunimmt.
- Resilienz, Diversifizierung und eine politikfeldübergreifende Stärkung der strategischen Autonomie der EU in enger Kooperation mit der NATO sind für die Krisenbewältigung der EU zentral. Gleichzeitig bedarf es weiterhin der Möglichkeit zur Kooperation.
- Sicherheitspolitik muss in einer komplexen, interdependenten und zunehmend krisenanfälligen Welt umfassend gedacht und vernetzt konzipiert werden. Dies beinhaltet eine verstärkte Koordination verschiedener sicherheitsrelevanter Politikbereiche und eine umfassende sicherheitspolitische Strategie.



Strategische Konkurrenz zwischen den USA und China

Alfred Gerstl

Der Wettstreit zwischen den USA und China wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen, wobei der indopazifische Raum den zentralen Schauplatz darstellt. Insbesondere im Südchinesischen Meer bricht Beijing das Völkerrecht und verändert den Status quo. Die Europäische Union kann aufgrund ihrer limitierten Machtmittel keine eigenständige Rolle im Wettbewerb der Supermächte spielen, sondern wird strategisch enger mit den USA zusammenarbeiten. Weder für die EU noch für Österreich ist eine weltanschauliche Neutralität in dieser Rivalität vorstellbar.

Brennpunkt Indopazifik

Seit der Präsidentschaft von Donald J. Trump hat sich der geopolitische Wettstreit zwischen den USA und China markant verschärft. In der neuen Sicherheitsstrategie der Biden-Administration wird China als einziger Rivale bezeichnet, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch zunehmend über die wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und technologischen Mittel dazu verfügt. Wie bereits unter Barack Obama setzt Washington verstärkt auf bi- und multilaterale Partnerschaften, um Chinas Einfluss einzudämmen. Beispielhaft dafür ist das neue trilaterale Militärbündnis zwischen Australien, Großbritannien und den USA (AUKUS). Dabei wird das Narrativ eines Wettstreits zwischen demokratisch und autoritär gesinnten Staaten immer stärker betont.

Die Rivalität der Supermächte wird zwar primär in der Großregion Indopazifik ausgetragen, doch ihre Dynamik ist global spürbar. Spätestens seit der Lancierung der „Belt and Road Initiative“ (BRI) durch Präsident Xi Jinping im Jahr 2013 ist Chinas wirtschaftlicher und politischer Einfluss auch in Lateinamerika, im Mittleren Osten, in Afrika und nicht zuletzt in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft in Mittelosteuropa und dem Westbalkan spürbar gewachsen.

Im Indopazifik sind die drei zentralen Brennpunkte Taiwan, das Südchinesische Meer und die Koreanische Halbinsel, wobei aktuell Taiwan im Zentrum steht. Im Falle des Südchinesischen Meeres weigert sich Beijing beharrlich, den Schiedsspruch des Internationalen Schiedshofes in Den Haag vom Juli 2016 anzuerkennen. In diesem wird Chinas Anspruch auf knapp 90 Prozent des Territoriums des Südchinesischen Meeres zurückgewiesen, da er nicht im Einklang mit dem Seerecht stehe. China wird deshalb in seiner Nachbarschaft immer stärker als revisionistische Macht wahrgenommen. Entsprechend betonen die USA, Japan, Indien, Australien, die Europäische Union, aber auch die Assoziation südostasiatischer Nationen (ASEAN) die Bedeutung eines freien, offenen und regelbasierten Indopazifiks.

Neue Seidenstraße und regionale Foren

Rhetorisch übt Beijing regelmäßig Kritik an der bestehenden, angeblich von den USA dominierten Weltordnung. China hat zwar keine Alliierten, doch spielen bilaterale Partnerschaften und von Beijing (mit)gegründete multilaterale Foren und Institutionen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung seiner Außenpolitik.

Afrika, aber auch Europa sind Beispiele dafür, dass China multilaterale Institutionen etabliert hat, um die Zusammenarbeit mit anderen Regionen zu stärken. Die konkrete Ausgestaltung der Kooperation erfolgt dem gemeinsamen Überbau zum Trotz vorwiegend bilateral zwischen China und dem jeweiligen Mitglied. Im Falle Afrikas handelt es sich um das Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC), im Falle Europas um das 16+1-Format, einem Kooperationsformat zwischen China und Mittelost- und Südosteuropa. Zudem hat China sein Engagement in zwei anti-westlichen Organisationen verstärkt, nämlich der Shanghai Cooperation Organization (SCO) und der BRICS-Gruppe. Jedoch bestehen zwischen den Mitgliedern strategische Rivalitäten.

Chinas „Neue Seidenstraße“ ist ein komplexes geopolitisches und geoökonomisches Projekt zur Ausweitung seines Einflusses, wobei der Ausbau von Infrastruktur und Konnektivität Mittel zum Zweck ist. Bereits ein Jahrzehnt vor der BRI wurden chinesische Staatsunternehmen auf dem afrikanischen Kontinent aktiv. Seitdem investieren sie massiv im Rohstoffsektor und errichten oder modernisieren Straßen, Eisenbahnverbindungen und Häfen, häufig mit chinesischen Arbeitskräften. Chinas wirtschaftlicher und politischer Einfluss hat auf Kosten des Westens signifikant zugenommen, wobei Beijing oft neokoloniales Gebaren vorgeworfen wird.

Enttäuschte Erwartungen in Mittelosteuropa

Die Gründung des 16+1-Formats im Jahr 2012 weckte Befürchtungen hinsichtlich Beijings wachsender Macht in Europa. Zunehmende Kritik sowie der Austritt der baltischen Staaten veranschaulichen jedoch, dass Chinas Einfluss in den meisten 16+1-Ländern zurückgeht. Der Grund sind enttäuschte, in der Regel allerdings überzogene Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Vorteile von 16+1.

Hinzu kommt, dass die genannten Staaten sich zuletzt Taiwan politisch stärker angenähert haben, das insbesondere nach Russlands Invasion der Ukraine geschickt die gemeinsamen demokratischen Werte hervorhebt. All dies dürfte dazu führen, dass 16+1 zwar seitens Chinas nicht formell beendet, seine politische Bedeutung jedoch sukzessive abnehmen wird.

Europa als Partner der USA im Wettstreit mit China

Die Konflikte im indopazifischen Raum betreffen auch unmittelbar die vitalen Interessen der EU. Brüssel ist im Indopazifik ein bedeutender wirtschaftlicher Akteur, der sicherheitspolitisch jedoch insbesondere nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU nur über geringe Machtprojektionsmöglichkeiten verfügt. Es mag zwar angesichts des Strebens nach strategischer Autonomie politisch wünschenswert sein, dass sich die EU im Wettstreit zwischen den USA und China als eigenständiger Akteur positioniert, dies ist jedoch angesichts fehlender Einflussmöglichkeiten unrealistisch.

Zudem verbindet Brüssel und Washington das gemeinsame Eintreten für Demokratie und Menschenrechte zu stark, als dass die EU wie zahlreiche indopazifische Staaten eine Hedging-Strategie verfolgen könnte. Deren Kernelement ist, strategische Ambiguität zu signalisieren, um gleichermaßen mit China und den USA enge wirtschaftliche und/oder sicherheitspolitische Beziehungen zu pflegen. Eine Schaukelpolitik zwischen den USA und China würde den europäischen Interessen und Werten widersprechen.

Keynotes

- Die USA betrachtet China als den einzig ernstzunehmenden Rivalen auf globaler Ebene, wobei der Indopazifik der Hauptschauplatz der Konfrontation bleiben wird.
- Chinas Einfluss in Mitteleuropa und am Westbalkan wird in den nächsten Jahren weiter abnehmen, da das Gros der europäischen Mitglieder immer China-kritischer und Taiwan-freundlicher ausgerichtet ist.
- Die EU ist geopolitisch und militärisch zu schwach, um sich als eigenständiger und unabhängiger Akteur zwischen den USA und China positionieren zu können. An einer engeren politischen Anlehnung an Washington wird dem Wunsch nach strategischer Autonomie zum Trotz kein Weg vorbeiführen.
- Österreich wird, so wie die EU, weiterhin mit China vor allem wirtschaftlich eng kooperieren. Dies sollte Wien jedoch nicht daran hindern, die Verletzung von Menschenrechten und des Völkerrechts durch China offen anzusprechen.



Die indopazifische Strategie der USA und ihre Bedeutung für die Region

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Im Februar 2022 veröffentlichte das US-Außenministerium seine Strategie für die indopazifische Region. Das Papier nimmt Gedanken auf, die seit 2007 vom früheren japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe vorgetragen worden sind. Es ist als Versuch zu verstehen, die zunehmenden Ansprüche der Volksrepublik China, die indopazifische Region maßgeblich beeinflussen zu können, zurückzuweisen und Allianzen zur Eindämmung Chinas zu schmieden. Während die traditionellen Alliierten der USA, darunter Japan, Australien, Südkorea, aber auch die EU, auf die Vorstellungen der USA positiv reagierten, verlangen Indien und ein Teil der kleineren Länder in der Region, dass eine Blockbildung nach dem Vorbild des Kalten Krieges vermieden wird. Sie nennen ihr Konzept „inklusiv“ und wollen die Region mit und nicht gegen China gestalten. Dabei wird das Konzept der Multipolarität herangezogen und nicht zuletzt auch von Russland als Möglichkeit propagiert, unterschiedli-

che Machtkonstellationen auszubalancieren. Die Zurückweisung der US-Strategie durch China nimmt diese Hoffnungen und Bedenken geschickt auf.

Das Strategiepapier der USA

Die USA definieren die indopazifische Region als einen Raum, der an der pazifischen Küste der USA beginnt und den ganzen Indischen Ozean umfasst. Sie verweisen auf ihr vitales Interesse an der Region, nicht nur, weil hier mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung beheimatet ist und zwei Drittel des weltweiten BIP erwirtschaftet werden, sondern auch weil die Region Sitz der sieben größten Armeen weltweit ist. Die USA haben in keiner Region der Welt so viele Truppen wie im indopazifischen Raum stationiert. Nun sei die amerikanische Präsenz noch mehr als zuvor gefordert, da China sich als Welthegeemon durchsetzen wolle. Dieser Herausforderung sei nur durch eine kollektive Anstrengung zu begegnen. Dabei käme es nicht darauf an, China zu ändern, es gelte vielmehr, das strategische Umfeld so zu gestalten, dass es nicht zum Vorteil Chinas, sondern zum Vorteil der USA und ihrer Alliierten gereiche.

Das Strategiepapier aus den USA ist eindeutig formuliert. Das Ziel aller Maßnahmen ist letztlich die Verhinderung einer dominanten Position Chinas in der Region, da diese automatisch beinhalten würde, dass China seinen Hegemonialanspruch auf die ganze Welt ausdehnen könnte. Offenbar als Reaktion auf kritische Stimmen in der Region versucht sich das Papier in einer sehr inklusiven Argumentationsweise, indem man von anderen Ländern geäußerte Vorstellungen in die eigene Strategie ostentativ integriert. So wird nicht zuletzt auch auf das entsprechende Papier der EU verwiesen und dessen Forderung aufgenommen, dass die Vorgangsweise in der Region langfristig angelegt, prinzipienfest und in demokratischer Resilienz verankert sein müsse.

Ursprünglich japanische Idee

In Ostasien wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der frühere japanische Ministerpräsident Shinzo Abe der eigentliche Architekt der heute von der Biden-Administration verfolgten Politik im indopazifischen Raum

sei. Bereits im Jahr 2007 habe er in einer viel beachteten Rede vor dem indischen Parlament vom „Zusammenfluss“ der beiden Ozeane gesprochen, ohne jedoch den Begriff Indopazifik bereits gebraucht zu haben. Seit 2016 gilt die Doktrin vom „freien und offenen Indopazifik“ als offizielle Ausrichtung der japanischen Außenpolitik. Diese auch „Abe-Doktrin“ genannte Ausrichtung verbindet geoökonomischen Pragmatismus mit geopolitischen Sicherheitserwägungen und dem Versuch, einen Konsens über regelbasiertes Verhalten in der Region herzustellen.

Japan ist in seiner Sicherheit von den USA abhängig, doch ökonomisch ist China seit 2007 Japans wichtigster Handelspartner. Eine schnelle Abkoppelung von China gilt als unmöglich. So sehr Japan China als Bedrohung seiner Sicherheit begreift, es besteht auf einer „strategischen Autonomie“ im Umgang mit China und versucht, seine wachsende Bedeutung für die Umsetzung US-amerikanischer Interessen in der Region zu nutzen, um die seit langem als unangemessen wahrgenommene Asymmetrie in den US-japanischen Beziehungen zumindest partiell zu überwinden.

Japan legt großen Wert darauf, den Anspruch Indiens, seine strategische Autonomie zwischen den USA, China und Russland zu bewahren, in seine Pläne einzubinden und die Belange des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zu berücksichtigen. Bis zum Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine pflegte Japan gute Beziehungen zu Russland und kam damit dessen Begehren entgegen, in der Region mit Japan und Indien zwei Partner zu finden, die in der Lage sind, die wachsende Asymmetrie in den sino-russischen Beziehungen auszugleichen. Dies ist nun mit Japans Beteiligung an den Sanktionen gegen Russland vorerst nicht mehr möglich.

Die Reaktion Chinas

Wie Russland so lehnt auch China den Begriff Indopazifik ab. Stattdessen spricht Außenminister Wang Yi in seiner Bemerkung zum Strategiepapier der USA von der „asiatisch-pazifischen Region“. Die Strategie der USA versuche, die seit Jahrzehnten gewachsenen Institutionen der Zusammenarbeit in der Region, allen voran ASEAN, durch Cliquenbildung zu ersetzen. Die Länder in der Region wollten sich aber einer Blockbildung in den internationalen Beziehungen nicht unterwerfen.

Nicht erwähnt wird in der Stellungnahme, dass die USA nun behaupten, China wolle als alleinige Hegemonialmacht fungieren. Diese Selbstpositionierung hat man in China bisher vermieden und anstelle dessen davon gesprochen, mit den USA gemeinsam die Verantwortung für die Welt übernehmen zu wollen. Die USA wiederum sprachen in der Vergangenheit lediglich davon, dass China die einzige Macht sei, die Amerika herausfordern kann. Doch noch vermeidet China, offen die Machtfrage zu stellen. Anstelle dessen nimmt es den Begriff Multipolarität wieder auf und begegnet der Zuspitzung in den Beziehungen zu den USA mit einem Schulterchluss zwischen China und Russland, das als wichtigster Verfechter der Multipolarität in der Region gelten kann.

Dass die USA in der Taiwanfrage, aber auch in der Auseinandersetzung um das Südchinesische Meer keine Zurückhaltung mehr obwalten lassen, ist darauf zurückzuführen, dass sie die Auseinandersetzung mit China im indopazifischen Raum für letztlich entscheidend halten. Nur wenn sie sich hier gegen die Ansprüche Chinas durchsetzen können, wird es ihnen gelingen, ihre Dominanz in der Region und in der Welt zu bewahren. Doch noch sind die Allianzen nicht so geschmiedet, dass die USA sich der uneingeschränkten Unterstützung in der Region sicher sein können. Umso mehr versuchen sie, durch Ausweitung des Raums auf den Indopazifik in seiner maximalen Ausdehnung und durch Hinzunahme von Alliierten aus Europa ein Gegengewicht zur wachsenden Dominanz Chinas aufzubauen.

Keynotes

- Für die USA umfasst die indopazifische Region jenes Gebiet, das an der pazifischen Küste der USA beginnt und den gesamten Indischen Ozean inkludiert.
- Das Truppenkontingent der USA ist nirgends so hoch wie im indopazifischen Raum.
- Japan ist in Sachen Sicherheit von den USA abhängig, ökonomisch ist aber China sein wichtigster Handelspartner. Eine schnelle Abkoppelung von China gilt als unmöglich.
- China lehnt ebenso wie Russland den Begriff Indopazifik ab und spricht stattdessen von einer „asiatisch-pazifischen Region“.
- Die USA sehen in der Taiwanfrage die letztlich entscheidende Auseinandersetzung mit China. Nur wenn sie sich gegen China durchsetzen können, untermauert das ihre Dominanz in der Region.
- Durch die Ausdehnung des indopazifischen Raumes und unter Zuhilfenahme Alliiertes aus Europa wollen die USA ein Gegengewicht zu China schaffen.



Alexandros Michailidis/Shutterstock

Die Rolle der USA in Europa nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Herfried Münkler

Die USA sind nach einer Absenz von etwa zwei Jahrzehnten in die europäische Sicherheitspolitik zurückgekehrt, und es spricht vieles dafür, dass sie auch nach dem Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine darin verbleiben werden. Als globale Ordnungsmacht sind die USA auf zuverlässige Verbündete angewiesen, und in dieser Rolle sind die Europäerinnen und Europäer für sie ebenso unersetzlich, wie es die USA als nukleare Schutzmacht für Europa sind.

Der Rückzug der USA aus der europäischen Sicherheitspolitik

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem damit verbundenen Rückzug eines Großteils der zuvor in Europa stationierten US-Truppen sind die USA in den späten 1990er Jahren noch einmal in die europäische Sicherheitspolitik zurückgekehrt, als sie politisch wie militärisch die Führungsrolle bei der Beendigung der jugoslawischen Zerfallskriege übernahmen. Danach haben sie ein im wesentlichen befriedetes Europa nur noch als logistisches Drehkreuz für Militäroperationen im afrikanischen und vorderasiatischen Raum genutzt, ohne in der europäischen Sicherheitspolitik – sieht man einmal vom nuklearen Schutzschirm ab – eine sonderlich aktive und sichtbare Rolle zu spielen. Die Erwartung der US-Administrationen von Clinton über Bush, Obama und Trump bis Biden war und ist, dass die europäischen NATO-Partner die für ihre militärische Sicherheit erforderlichen Fähigkeiten selbst bereitstellen.

Dementsprechend wurde aus Washington immer wieder auf die Einhaltung der Vereinbarung gedrängt, wonach die NATO-Mitgliedsländer zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben zur Verfügung stellen. Die Nichteinhaltung dieser Marge durch einige Länder auf der einen und die unklaren Aussagen von US-Präsident Trump zu den amerikanischen Beistandsverpflichtungen für Europa auf der anderen Seite haben zwischenzeitlich zu einem Auseinanderdriften des europäischen und des amerikanischen Teils der NATO geführt, was den Fortbestand des Militärbündnisses als Garant der Sicherheit Europas infrage gestellt hat.

Die Wiederauferstehung des „Westens“

Mit dem Beginn der Präsidentschaft Joe Bidens hat sich das wieder geändert, und seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, ist die NATO wieder der zentrale sicherheitspolitische Akteur in Europa. Auch die USA spielen dabei erneut eine zentrale Rolle: durch die Vorverlegung von Kampfverbänden nach Ostmittel- und Südosteuropa, vor allem aber durch ihre Unterstützung für die Ukraine. Die Rolle der USA besteht hier vor allem in der eines Vorreiters und Taktgebers bei der Aufrüstung der Ukraine mit den Waffen, die zu liefern Europa lange gezögert hat. Selbst russischen Pres-

sionen gegenüber weniger vulnerabel, haben die USA die zögerlichen Europäerinnen und Europäer vorangezogen. Man kann davon ausgehen, dass sie in dieser Rolle auch zukünftig unersetzlich sind.

Demgemäß stellt sich die Frage, ob die Rückkehr der USA in die europäische Sicherheitspolitik ein zeitlich befristetes Intermezzo darstellt oder auf eine dauerhafte Erneuerung der sicherheitspolitischen Allianz zwischen Europa und Nordamerika hinausläuft. Letzten Endes wird die Antwort auf die Frage nach der Wiederauferstehung des „Westens“ von dem sicherheitspolitischen Nutzen abhängen, den sowohl Europa als auch die USA voneinander haben. Mit Blick auf die Europäerinnen und Europäer ist dies mit dem Aufbau von Fähigkeiten zur konventionellen Abschreckung Russlands verbunden, im Hinblick auf die USA ist es von der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit ihrer Schutzzusagen für Europa abhängig.

Nach dem Scheitern des von vielen europäischen Ländern präferierten Modells einer Sicherheit durch wirtschaftliche Verflechtung, wie es auch gegenüber Russland praktiziert wurde, ist der Aufbau von militärischen Fähigkeiten zur Abschreckung erneut zum Hauptinstrument der Sicherheitspolitik geworden. Die Relevanz wirtschaftlicher Macht bei der Einbindung eines potenziell revisionistischen Akteurs in die Friedensordnung ist geschwunden, und militärische Macht spielt in Fragen der äußeren Sicherheit wieder eine deutlich größere Rolle. Mit der längerfristig angelegten Entkoppelung Russlands vom transatlantischen Wirtschaftskreislauf hat sich die energiepolitische Abhängigkeit Europas von Russland zu den USA hin verschoben. Das dürfte zu einer Angleichung der Handelsbilanzen von USA und EU führen, womit ein Streitpunkt in den beiderseitigen Beziehungen entfallen wird. Das gilt ebenso für die Rüstungsaufwendungen europäischer Staaten, die unter dem Eindruck des aggressiven russischen Auftretens und den gegen sie gerichteten russischen Drohungen mittelfristig weiter ansteigen werden.

USA und Europa: aufeinander angewiesen

Auch nach der Beendigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die eher auf eine Einstellung der Kampfhandlungen als auf einen stabilen Frieden hinauslaufen dürfte, wird die Schwarzmeerregion mit der Ukraine im Norden, der Türkei im Süden und den zahlreichen Konflikten der Kaukasusstaaten im Osten eine fortbestehende sicherheits-

politische Herausforderung bleiben. Das wird umso mehr der Fall sein, als der westlich an die Schwarzmeerregion angrenzende Balkanraum ebenfalls als Zone der politischen Instabilität mit dem Risiko innergesellschaftlicher wie zwischenstaatlicher Kriege angesehen werden muss. Wie ein Balken permanenter Kriegsgefahr ragt der geopolitische Raum vom Kaukasus bis zum Westbalkan nach Europa herein, und gerade hier werden die EU-Staaten auf eine sicherheitspolitische Unterstützungs-, wenn nicht gar Führungsrolle der USA angewiesen bleiben.

Umgekehrt ist in den USA die Vorstellung wieder zentral, wonach ihre globale Position wesentlich durch verlässliche Verbündete, besonders jene in Europa, gestärkt wird. In Anbetracht eines sich formierenden Blocks der autoritären Regime mit Russland und China im Zentrum sind die USA als globale Ordnungsmacht zunehmend auf europäischen Rückhalt angewiesen, und die sich abzeichnende Einbeziehung europäischer Streitkräfte in die Bildung eines Militärbündnisses zur Eindämmung Chinas in Ost- und Südostasien zeigt, dass es in sicherheitspolitischer Hinsicht Interessen wie Fähigkeiten gibt, die sich wechselseitig ergänzen und verstärken. Das ist die Perspektive, in der sich Europa aus der Rolle eines sicherheitspolitischen Mündels der USA herausarbeiten und zu einem tendenziell gleichgewichtigen Partner entwickeln kann – eine Konstellation, in der die Erwartung der gegenseitigen Verlässlichkeit deutlich besser begründet ist als in einem einseitigen Investment der USA in die europäische Sicherheit.

Keynotes

- Die Entkoppelung Russlands vom transatlantischen Wirtschaftskreislauf wird zu einer energiepolitischen Abhängigkeit Europas von Nordamerika führen.
- Gegenüber einem aggressiv auftretenden Russland sind die europäischen NATO-Partner auf den nuklearen Schutzschirm der USA angewiesen.
- Die größte sicherheitspolitische Herausforderung Europas ist der geopolitische Raum vom Kaukasus bis zum Westbalkan.
- Bei einer gegen China gerichteten Eindämmungspolitik sind die USA auf Europa angewiesen.
- Die neue globale Blockbildung von liberaldemokratischen Ordnungen einerseits und autoritären Regimen andererseits wird den transatlantischen Zusammenhalt nachhaltig beeinflussen.



Paul R. Jones/Shutterstock

Nuklearstrategische Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Liviu Horovitz

Der Kreml bedient sich des russischen Nukleararsenales, um seinen Eroberungskrieg in der Ukraine gegen fremde Einwirkung abzusichern. So fördern Russlands nukleare Drohungen Misstrauen und Instabilität. Jedoch ist das nukleare Regime trotz seiner Probleme widerstandsfähig.

Die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) scheiterte im August 2022 am russischen Veto. Verhandlungen zwischen Moskau und Washington über die Zukunft strategischer Waffen sind ausgesetzt. Ein neues Abkommen zur Begrenzung des iranischen Atomprogramms scheint nicht oder in nur bedingt zufriedenstellender Form erreichbar zu sein. Man könnte mei-

nen, Russlands Eroberungskrieg zerstöre die nukleare Ordnung. In der Tat hat der Krieg eine klare nukleare Dimension. Die Strukturen, Regeln und Normen, die das nukleare Regime ausmachen, sind jedoch bislang robust. Dies könnte sich aber bei einem ungünstigen Ausgang des Konflikts radikal verändern.

Auswirkungen von Russlands Nukleardrohungen

Atomwaffen nehmen eine zentrale Rolle in Russlands Krieg ein. Schon am Tag der Invasion drohte Präsident Wladimir Putin jenen, die Russland zu „behindern“ versuchen, mit nie dagewesenen Konsequenzen. Dutzende nukleare Signale folgten. Hauptziel der russischen Drohungen war es, eine direkte militärische Intervention der NATO abzuschrecken. Zudem verfolgte der Kreml eine Reihe von Nebenzielen, etwa westliche Unterstützung für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland einzuschränken und die ukrainische Führung einzuschüchtern. Während das Hauptziel augenscheinlich erreicht wurde, da der Westen von Anfang an nicht beabsichtigte, Kriegspartei zu werden, sind die Erfolge bei Moskaus Nebenzielen eher bescheiden.

Der Ausgang des Krieges ist bislang nicht abzuschätzen. Russland verletzt mit seinem Eroberungsversuch die Regeln sowohl des nuklearen Miteinander als auch der regelbasierten internationalen Ordnung. Dem stellt sich vor allem der Westen entgegen. Sollte Russland aber den Krieg gegen die Ukraine gewinnen, so wären die Konsequenzen nicht nur für die nukleare, sondern auch für die globale Ordnung dramatisch. Die Führung von Eroberungskriegen unter dem Schutzschirm nuklearer Arsenale könnte sich damit etablieren. Sollte Russland gar Atomwaffen in der Ukraine einsetzen, würde dies zudem Grundannahmen des jetzigen internationalen Systems in Frage stellen. Unsicherheit, wechselnde Allianzen, nukleare Proliferation und Instabilität wären schwer zu vermeiden.

Von extremen Szenarien sind wir heute (noch) weit entfernt. Einerseits schwächt Moskaus Bruch seiner Versprechen im Rahmen des nuklearen Regimes das Vertrauen nicht-nuklearer Akteure in Zusicherungen von Atomstaaten, sie nicht anzugreifen. Auch tritt der Krieg grundlegende internationale Normen, insbesondere das Gewaltverbot, mit Füßen. Andererseits unterstützt eine robuste Koalition von Partnern die Ukraine dabei, Russlands Pläne zu durchkreuzen. Diese Staaten akzeptieren sig-

nifikante Kosten, um Moskau aufzuhalten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die führende Rolle der USA, deren Wille, das internationale System zu stärken, oft angezweifelt wurde. Mit diesen umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen wächst das generelle Vertrauen in die nukleare und globale Ordnung wieder, was mittelfristig zu mehr Berechenbarkeit und Stabilität führt.

Widerstandsfähige Ordnung

Strategische Nuklearverhandlungen zwischen Russland und den USA waren schon vor dem Krieg schwierig, werden aber auch in Zukunft notwendig bleiben. Der Aufstieg Chinas und die damit einhergehenden Nuklearambitionen Beijings, die polarisierte politische Lage in Washington und die konventionelle Unterlegenheit Russlands gegenüber der NATO haben Bemühungen um Rüstungskontrolle erschwert. Hinzu kommt nun eine weitere konventionelle Schwächung Russlands und folglich eine erhöhte Abschreckungserwartung an das eigene Nukleararsenal. Trotz dieser Hindernisse werden beide Seiten aus strategischen, taktischen und politischen Gründen an Rüstungskontrolle interessiert bleiben – auch wenn zukünftige Rüstungsbeschränkungen wahrscheinlich eher informelle, nichtvertragliche Formen annehmen werden.

Bemühungen im Bereich der nuklearen Nichtverbreitung bleiben schwierig, werden vom Krieg aber sowohl behindert als auch befördert. Bislang erzeugt der Konflikt in der Ukraine kaum zusätzliche Proliferationsanreize. Akteure, die Nuklearwaffen anstreben, tun dies weiterhin. Die Einstellung anderer wird das Geschehen in der Ukraine nur bedingt beeinflussen. Auch wird sich wenig daran ändern, dass an Nichtverbreitung interessierte Staaten in den letzten Jahrzehnten Maßnahmen vor allem zusammen mit engen Verbündeten treffen, da im multilateralen Rahmen Einigungen kaum möglich sind. Vielleicht wird der Krieg aber einige Staaten dazu bewegen, ihre Trittbrettfahreinstellung gegenüber der globalen Ordnung, die ihnen große Vorteile beschert, zu revidieren. Das wäre positiv für multilaterale Anstrengungen.

Die gemischten Auswirkungen des Konfliktes in der Ukraine sind schon jetzt im Rahmen des NPT ersichtlich. In den letzten Jahren haben die meisten Nicht-Atomwaffenstaaten die Stabilität des Vertragswerks als gegeben betrachtet und neue Abrüstungsschritte gefordert. Die letzte

Überprüfungskonferenz des NPT zeigte jedoch, dass globale Spannungen neue Prioritäten begünstigen. Eine überwältigende Mehrheit der Vertragsstaaten zeigte sich bereit, die Grundsätze des NPT auch ohne Abrüstung erneut zu unterschreiben. In der gegenwärtig angespannten Sicherheitslage scheinen sich somit viele Staaten auf die Grundsätze des Vertrags zurückzubedenken. Der Fokus könnte folglich zukünftig wieder mehr auf Nichtverbreitung liegen.

Notwendige Anpassungen

Österreich sollte sich auf eine zunehmend komplexe strategische Lage einstellen. Bis vor kurzem war nicht nur ihre Sicherheit, sondern auch die Stabilität der regionalen und globalen Architekturen gewährleistet. Sowohl Österreichs NATO-Nachbarn als auch die drei Nuklearwaffenstaaten im transatlantischen Bündnis waren offen für Abrüstungsdiskussionen in multilateralen Rahmen. Die dramatische Verschlechterung der regionalen und globalen Sicherheitslage wird nun aber in vielen Hauptstädten Druck erzeugen, Nukleararsenale zu vergrößern und erweiterte Abschreckung zu stärken. Das nukleare Regime kann nur dann gestärkt aus dieser Krise hervorgehen, wenn alle Akteure dieser neuen Realität Rechnung tragen und ihre Strategien anpassen.

Keynotes

- Atomwaffen nehmen eine zentrale Rolle in Russlands Krieg gegen die Ukraine ein.
- Der Ausgang des Krieges ist bislang nicht abzuschätzen.
- Von extremen Szenarien sind wir heute (noch) weit entfernt.
- Strategische Nuklearverhandlungen werden auch in Zukunft notwendig bleiben.
- Nichtverbreitungsbemühungen werden vom Krieg sowohl behindert als auch befördert.
- Gemischte Auswirkungen sind schon jetzt im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages ersichtliche.
- Österreich sollte sich auf eine zunehmend komplexe strategische Lage einstellen.



Vulnerabilität des Welthandels und der Lieferketten

Inga Heiland

Geopolitische Spannungen, die COVID-19-Pandemie und die Klimaveränderungen stellen globale Lieferketten vor nie dagewesene Herausforderungen. Welche handelspolitischen Maßnahmen stehen der EU und ihren Alliierten zur Verfügung? Risiken und Abhängigkeiten müssen neu bewertet werden, aber ein einfaches Zurückführen der Globalisierung greift zu kurz. Stattdessen bedarf es einer aktiven Handelspolitik, die eine Balance zwischen Effizienzgewinnen der Spezialisierung und Abhängigkeiten von einzelnen Ländern herstellt. Die risikobewusste Handelspolitik muss in die Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet und im Einklang mit den wirtschaftspolitischen Strategien zur Bewältigung des Klimawandels gestaltet werden.

Die globalen Lieferketten, das Rückgrat des internationalen Handels, stehen unter nie dagewesenem Druck. Stark internationalisierte Wertschöpfungsketten und ein hochkomplexes System von Transportwegen treffen aktuell auf mehrere Krisen globalen Ausmaßes. Angesichts der Anfälligkeit des Systems gegenüber selbst kleinen lokalen Krisen – man erinnere sich an die sechstägige Blockade des Suez Kanals durch die „Ever Given“ – ist die Bewältigung der globalen Verwerfungen durch die COVID-19-Pandemie und den russischen Überfall auf die Ukraine eine Herkulesaufgabe. Zudem lassen geopolitische Spannungen, die Schwächung des Multilateralismus und der Klimawandel Krisen in der Zukunft wahrscheinlicher erscheinen.

Systemische Risiken und Abhängigkeiten

Das auf Effizienz getrimmte System globaler Transportrouten ist für Krisen nicht geschaffen. Skaleneffekte haben zu einer enormen Konzentration der Handelsströme auf wenige Transportmittel, beispielsweise riesige Containerschiffe wie die „Ever Given“ und einzelne Logistikknoten wie den Hafen von Shanghai, geführt. Des Weiteren basieren Transportrouten auf einer Kette zahlreicher ineinandergreifender Logistikschritte, die von unabhängig agierenden Akteuren zusammengesetzt wird. Die dezentrale Koordination braucht Zeit, Vorhersehbarkeit ist essenziell, und oftmals gehen die Konsequenzen einer Störung im eigenen Kettenglied für vor- oder nachgelagerte Schritte des Produktion- oder Lieferprozesses nicht ins Kalkül der Akteure mit ein, sodass systemische Risiken entstehen.

Neben der Anfälligkeit der Lieferketten haben die geopolitischen Spannungen die Gefahren der internationalen Spezialisierung aufgezeigt. In den vergangenen Jahrzehnten haben Europa und viele andere Länder die aus der internationalen Spezialisierung resultierenden Wohlfahrtsgewinne ausgeschöpft. Im Krisenfall aber wird die Spezialisierung zur Abhängigkeit. Auch Wertschöpfungsketten haben die Eigenschaft, dass Firmen bei der Auswahl von Bezugsquellen und Absatzmärkten nur ihr individuelles Risiko berücksichtigen und nicht das systemische. Wenn mehrere Firmen gleichzeitig von Lieferausfällen betroffen sind, kann die Versorgungssicherheit eines ganzen Landes bedroht sein.

Im Energiebereich sind die Abhängigkeiten extrem, ebenso im Agrarsektor. Da die Ukraine und Russland für einen Großteil der globalen Getreideproduktion stehen, stellt der Krieg eine fundamentale Bedrohung der Lebensmittelversorgung vieler Länder dar. Ebenso werden Klimaänderungen als erstes die globalen Produktionsmöglichkeiten im Agrarsektor verschieben, in vielen ärmeren Ländern zum schlechteren. Bereits jetzt leidet die Produktion unter häufiger werdenden Extremwetterlagen. Die zu erwartende Zunahme von Hungerkatastrophen und Migrationsströmen beinhaltet großes Konfliktpotenzial.

De-Globalisierung greift zu kurz

Welche handelspolitischen Optionen stehen der EU und ihren Alliierten angesichts dieser Herausforderungen zur Verfügung? Zur Diskussion stehen eine verstärkte Regionalisierung der Lieferketten („Nearshoring“), eine Verlagerung auf politisch und kulturell nahe stehende Länder („Friendshoring“) und im Extremfall die Renationalisierung der Produktion strategisch wichtiger Güter („Reshoring“).

Aus EU-zentrischer Perspektive kann eine Kombination dieser Strategien Abhängigkeiten verringern, ohne die Effizienzgewinne der Spezialisierung vollständig aufzugeben. Aus globaler Sicht jedoch sind diese Strategien zu kurz gedacht. Nearshoring und Renationalisierung sind keine Option für viele Entwicklungsländer, die nicht über die Technologien verfügen, um essenzielle Güter selbst herzustellen. Wenden sich die EU und ihre Alliierten nach innen, bleibt den Entwicklungsländern nur der Handel mit Autokratien – inklusive der damit verbundenen Abhängigkeit. Auch in Hinblick auf die mit dem Klimawandel einhergehende Unsicherheit sind Nearshoring und Renationalisierung problematisch. Tritt eine Naturkatastrophe oder dauerhafte Klimaveränderung ein, so sind mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Nachbarländer betroffen. Die einzige Versicherung ist dann der Handel mit entfernten Teilen der Welt

Handel ist die Ursache des Problems – und die Lösung

Handel ist also die Ursache des Problems – aber gleichzeitig die Lösung. Denn Handel erlaubt nicht nur Spezialisierung, sondern auch Diversifikation. Um die richtige Kombination von Diversifikation und Spezialisierung zu bestimmen, muss neben den Kosten auch das systemische Risiko kontinuierlich neu bewertet werden. Der richtige Grad von Diversifikation und Effizienz kann durch eine aktive Handelspolitik erreicht werden, die Rahmenbedingungen so setzt, dass Firmen die systemischen Risiken implizit berücksichtigen. Gelingt der EU eine solche risikobewusste Handelspolitik, wird die Anpassung der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten gleichzeitig Elemente von Nearshoring, Friendshoring und globaler Diversifikation aufweisen. Eine EU-spezifische Herausforderung wird darin bestehen, aus unterschiedlichen Risikoeinschätzungen und Bedrohungssituationen der Mitgliedsländer sowie einer ungleichen Verteilung der Effizienzgewinne eine gemeinsame Strategie für die Handelspolitik zu formen. Speziell für kleine, bevölkerungsreiche EU-Staaten wie Österreich sind die Effizienzgewinne aus der Spezialisierung enorm – bzw. die Kosten einer Renationalisierung von einzelnen Sektoren, z.B. im Agrarbereich oder Energiebereich prohibitiv.

Handelspolitik im Kontext der Fit-for-55 Initiative

Handelspolitik muss eingebettet werden in die wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung des Klimawandels, allen voran die Fit-for-55-Initiative der EU, um Synergien auszunutzen und Zielkonflikte zu managen. Die Integration des Seeverkehrs in das Emissionshandelssystem und die Umstellung auf umweltfreundliche Kraftstoffe wird den Kostendruck im Schifffahrtssektor erhöhen. Ohne gegensteuernde Maßnahmen kann dies zu einer verstärkten Konzentration des Seehandels auf effiziente große Schiffe und wenige Häfen führen, zu Lasten der Resilienz der Lieferketten. Synergiepotenzial besteht bei der Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystems, das zu einer Neubewertung der Effizienzgewinne aus der internationalen Spezialisierung und stärkerem Intra-EU-Handel führen wird. Die angestrebte Verringerung des Einsatzes fossiler Energieträger kann gemeinsam mit dem Problem der Abhängigkeit von Autokratien angegangen werden.

Ein unverändert wichtiges Ziel der Handelspolitik muss die Schaffung stabiler Regeln für den internationalen Handel sein. Dazu zählt auch der Verlockung zu widerstehen, akute Knappheiten durch Exportrestriktionen zu bekämpfen. Risikodiversifikation durch Handel kann nur erreicht werden, wenn die Rahmenbedingungen verlässlich sind, d.h., wenn die Versicherung im Krisenfall greift. Ein einseitiges Unterwandern des Versicherungssystems wird zu seinem Zusammenbruch führen. In einer von Unsicherheit geprägten Welt kann das nicht in unserem Sinne sein.

Keynotes

- Bestehende Liefer- und Wertschöpfungsketten sind effizient, aber nicht resilient.
- Systemische Risiken und Abhängigkeiten müssen kontinuierlich neu bewertet werden und Teil einer aktiven Handelspolitik sein, ohne sie zu dominieren.
- Weder Nearshoring noch Friendshoring sind die Lösung, es bedarf einer Mischung aus Spezialisierung und globaler Diversifikation.
- Handelspolitik muss im Kontext wirtschaftspolitischer Strategien zur Bewältigung des Klimawandels gestaltet werden, um Synergieeffekte zu nutzen und Zielkonflikte zu managen.



Instabilität der Finanzsysteme aus sicherheitspolitischer Perspektive

Klaus Weyerstraß

Die Stabilität der weltweiten Finanzsysteme ist von mehreren Seiten gefährdet. Hier sind eher kurzfristige Risiken infolge der COVID-19-Krise und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie längerfristige, strukturelle Ursachen wie Finanzinnovationen und die zunehmenden Aktivitäten von Unternehmen außerhalb des klassischen Bankensystems zu nennen.

Krisenhafte Zunahme der Finanzmarktrisiken

Mehrere Faktoren haben dazu geführt, dass die Risiken für die Finanzmarktstabilität seit dem Frühjahr 2020 deutlich zugenommen haben.

Nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben die Regierungen in vielen Ländern die Ausgaben stark erhöht, um die wirtschaftlichen Folgen der Lockdowns abzufedern. Im Jahr 2022 wurden dann massive finanzpolitische Maßnahmen ergriffen, um für die privaten Haushalte und teils für Unternehmen die Folgen der hohen Inflation abzufedern. All dies hat die Staatsschulden massiv in die Höhe getrieben.

Risiken für die Finanzmarktstabilität ergeben sich dadurch, dass viele Banken in ihren Bilanzen Staatsanleihen halten. Ein Anstieg der Zinsen für Staatsanleihen, sei es infolge der Leitzinsanhebungen durch die Zentralbanken oder durch höhere Risikoaufschläge, weil an den Finanzmärkten ein höheres Ausfallrisiko wahrgenommen wird, resultiert in sinkenden Kursen dieser Wertpapiere. Das bedeutet, dass die Banken, die diese Anleihen in ihren Bilanzen halten, ihre Aktiva abwerten müssen. Darüber hinaus belasten Verluste durch Kreditausfälle im Zuge einer gesamtwirtschaftlichen Abschwächung die Kapitalpuffer der Banken. Im Vergleich zum Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 sind die Banken in den Industrieländern aber deutlich besser mit Eigenkapital ausgestattet. Darüber hinaus wurden im Euroraum nach Beginn der COVID-19-Krise einige aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen, um den Bankensektor zu stabilisieren und eine prozyklische Kreditvergabe einschränkung zu verhindern, die die Wirtschaft weiter belasten würde.

Mit dem steigenden Rezessionsrisiko im Euroraum sind die Renditeaufschläge der Staatsanleihen einiger Länder gegenüber Deutschland deutlich gestiegen. Mit der Ankündigung eines neuen Transmissionsschutzinstruments (TPI) durch die Europäische Zentralbank (EZB) sind diese Risikoaufschläge wieder gesunken. Das TPI soll eine gleichmäßige geldpolitische Transmission im gesamten Euroraum unterstützen. Falls sich in den Anleihemärkten aus Sicht der EZB „ungerechtfertigte“ Renditeaufschläge zeigen, darf das Eurosystem dem durch gezielte Anleihekäufe begegnen. Der EZB-Zentralbankrat kann diskretionär das Programm aktivieren sowie „ungerechtfertigte“ Anstiege und Fehlentwicklungen im Anleihemarkt definieren und feststellen. In den Schwellenländern ist die Situation deutlich schwieriger, denn diese sehen sich mit starken Kapitalabflüssen infolge des Zinsanstiegs in den USA konfrontiert, so dass der Druck auf eigene Zinsanhebungen mit negativen Folgen für die Konjunktur zunimmt. Alles in allem haben die COVID-19-Krise und die Folgen des Krieges gegen die Ukraine die Risiken für die Finanzmarkts-

tabilität weltweit erhöht, aber in Europa ist das Finanzsystem gut aufgestellt, um diesen Risiken zu begegnen.

Finanzinnovationen und Finanzmarktstabilität

Finanzinnovationen außerhalb des traditionellen Bankensystems können einerseits das Resultat von Deregulierungen im Finanzsektor sein, andererseits aber auch aus zunehmender Regulierung resultieren, im zweiten Fall als Strategie, sich der Regulierung zu entziehen. Es handelt sich meist um Computerprogramme, die automatisch große Datenmengen auswerten. In diesen scheinbar dezentralen Systemen können neue Formen von Konzentrationsrisiken entstehen. So werden nicht nur ähnliche Technologien verwendet, sondern viele Tätigkeiten und Eigenschaften (z.B. Eigentum an den Vermögenswerten, Kontrolle über den Quellcode, Betrieb der Infrastruktur, Abbau von Krypto-Vermögenswerten und Code-Entwicklung) bleiben auf eine relativ kleine Gruppe von Personen (z.B. Software-Entwickler) oder Unternehmen konzentriert. Damit entstehen nicht nur neue Herausforderungen für die Aufsichtsbehörden, sondern es steigt auch das Risiko von Cyberattacken. Außerdem sind mit diesen technologischen Innovationen geopolitische Risiken verbunden, denn die Betreiber könnten in Staaten sitzen, die eine andere als die westliche Ideologie verfolgen. Somit gibt es dadurch ein Spannungsverhältnis, dass einerseits staatliche Institutionen zur Regulierung der Finanzmärkte nötig sind, diese aber in manchen Ländern auch selbst zur Gefahr werden können, wenn sie Ziel ideologisch geprägter staatlicher Einflussnahme werden.

Sicherheitspolitische Aspekte

Sicherheitspolitische Relevanz gewinnen die Finanzmarktkrisen durch zwei Aspekte: mögliche soziale Verwerfungen und die Cybersicherheit. Die aktuellen Krisen, vor allem die hohe Inflation und die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen, beeinflussen die gesellschaftliche Stabilität. Je mehr Menschen die sozialen Folgen der ökonomischen Krise spüren, umso größer kann die gesellschaftliche Polarisierung werden. Für die Geldpolitik besteht die Herausforderung, die Zinsen einerseits nicht so stark zu erhöhen, dass die Banken über eine Abwertung der Staatsanleihen in ihren Bilanzen in Liquiditätsprobleme geraten, ande-

rerseits aber die Inflation wirkungsvoll zu bekämpfen. Ebenso muss die Finanzpolitik auf der einen Seite die besonders von der Inflation betroffenen Haushalte unterstützen, auf der anderen Seite aber ein Ausufern der Staatsverschuldung vermeiden. Was die Cybersicherheit betrifft, dürfen sich Finanzinnovationen außerhalb des Bankensystems nicht der Aufsicht der Regulierungsbehörden entziehen, und die Finanzmarkt-aufsicht muss eng mit Experten auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie zusammenarbeiten.

Keynotes

- Risiken für die Finanzmarktstabilität sind durch die COVID-19-Krise und den Krieg gegen die Ukraine gestiegen.
- Finanzinnovationen außerhalb des regulierten Bankensystems bergen Risiken für die Finanzmarktstabilität.
- Durch automatisierte Finanzinnovationen auf der Basis von Informationstechnologien steigt die Gefahr von Cyberattacken auf das Finanzsystem.
- Staatliche Institutionen zur Regulierung der Finanzmärkte sind nötig, diese können aber auch selbst zur Gefahr werden, wenn sie Ziel ideologisch geprägter staatlicher Einflussnahme werden.



Geo- und sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels

Christian Kimmich

Der Klimawandel ist geo- und sicherheitspolitisch längst eine entscheidende Größe geworden. Dies betrifft einerseits die Auswirkungen, die sich in politischen Instabilitäten durch Dürren in Afrika und Asien, aber auch in den 2022 entstandenen Energieversorgungsproblemen durch Wasserknappheit in Europa manifestieren. Andererseits ergeben sich auch aus den nun zu treffenden Maßnahmen zum Klimaschutz neue Herausforderungen, etwa die Versorgungssicherheit bei Rohstoffen für die Energiesystemtransformation. Die Streitkräfte nehmen durch ihre sicherheitspolitischen Aufgaben, aber auch aufgrund ihrer eigenen Emissionen wichtige Rollen ein. Entscheidend für globale Lösungen wird ein europäisch abgestimmtes Vorgehen sein.

Klimabedingte politische Instabilität

Die unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels sind bereits seit mindestens zwei Jahrzehnten zunehmend sichtbar, insbesondere auch in den für Europa geopolitisch bedeutsamen Ländern Nordafrikas und Westasiens. Zunehmende Trockenperioden, die gerade durch Starkregenereignisse nicht mehr kompensiert werden können, führen zu einer Übernutzung von Grundwasserressourcen und verschärfen dadurch folgende Dürren zusätzlich. Das führt in Ländern mit bedeutenden agrarwirtschaftlichen Sektoren zu erheblicher gesellschaftlicher Vulnerabilität und entsprechenden Stabilitätsrisiken.

Eine Veröffentlichung der Universitäten Kalifornien und Columbia aus 2015 zu Syrien zeigte beispielsweise einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Ausbruch des Bürgerkrieges und der Dürreperiode von 2007 bis 2010. Die Dürre und eine nicht nachhaltige Agrarpolitik führten zu einer Inflation der Lebensmittelpreise, die bereits existierende interne Spannungen durch Bevölkerungsdruck katalysierte. Vorausgegangen war der Dürre eine Einwanderungswelle aus dem Irak und eine interne Migration in die Peripherie der Städte. Eine tieferliegende Ursache ist auch hier die trockenheitsbedingte Abhängigkeit von Grundwasser für die Bewässerung und eine langjährige massive Übernutzung.

Klimaschutz und Energiesicherheit

Auch die Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels haben geo- und sicherheitspolitische Implikationen. Geopolitik ist eng mit Fragen der Ressourcenverfügbarkeit verknüpft. Durch die Energiesystemtransformation werden neben dem Zugang zu fossilen Energieträgern auch Rohstoffe für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Speicher geopolitisch relevant.

Um die Klimaziele global erreichen zu können, benötigen alle Länder Zugang zu jenen Ressourcen, die für eine Transformation der Energiesysteme nötig sind. Aus dieser Sicht müssten die Interessen aller Länder gleichgerichtet sein, da ein stabiles Klima ein globales Gut ist. Aus Gründen der Energieversorgungssicherheit gibt es gleichzeitig aber auch einen globalen Wettbewerb um knappe Ressourcen und Wertschöpfungsketten, auch für erneuerbare Energietechnologien, der zu

Konflikten führen kann und bereits führt. Das zeigte zuletzt beispielsweise in Serbien ein Widerstand aus der Bevölkerung gegen den geplanten Lithiumabbau.

Die Transformation der Energiesysteme erfordert auch tragfähige Kooperationen mit Ländern, die vorher nicht oberste Priorität hatten. Das wird gerade bei der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien besonders deutlich, wie das Beispiel des reaktivierten Projektes „Desertec“ zeigt – nun in seiner Version 3.0 mit Fokus auf grünen Wasserstoff. Politisch stabile Länder sind hier unabdingbar.

Klimaklub-Chancen vor dem Hintergrund des Krieges

Durch die Sanktionspolitik seit dem Krieg in der Ukraine hat sich eine bereits abzeichnende globale Spaltung sehr vertieft, und sie droht sich zu verstetigen. Hingegen dürften die zunehmend sichtbaren Klimafolgeschäden den Druck verschärfen, bei globalen Klimaabkommen erfolgreich zu sein und mögliche negative Auswirkung der globalen Spaltung auf die Klimaverhandlungen zu verhindern. Zu hoch wären die Kosten, wenn einer der großen Akteure USA, EU und China, die für einen Erfolg entscheidend sind, bei den Klimaverhandlungen aussteigen würde.

Vor dem Krieg wurde der Vorschlag eines Klimaklubs diskutiert, auch im Rahmen der G7 und G20. Ein solcher Klimaklub erfordert aber eine wirtschaftliche Mindestgröße, um erfolgreich Trittbrettfahrer auszuschließen. Neben den USA und Europa wäre deshalb die Teilnahme Chinas wichtig. Ob andere bedeutende Akteure wie Indien, Kanada und Australien China hier ersetzen könnten, hängt voraussichtlich auch von der aktuellen Spaltung und Kooperationsdynamik ab. Eine Einigung zu Klimafragen im Rahmen der G20 war bisher nicht möglich. Wichtig für die Verhandlungen sind die Emissions-Zielbeiträge (NDCs) der Länder und deren Glaubwürdigkeit. Dabei könnte sich die aktuelle Energiekrise in Europa als Chance erweisen, genauso wie der im August 2022 von den USA verabschiedete „Inflation Reduction Act“, der insbesondere auf Erneuerbare setzt. Die durch Gasknappheit in Europa verursachte Krise führt zwar kurzfristig zu einer erhöhten Nutzung von Kohle und Öl, gleichzeitig aber auch zu einer Beschleunigung der Energiewende. Im Sommer 2022 hat die Wasserknappheit bei Wasser- und Kernkraft

sowie bei der Kohleverschiffung die Frage der Versorgungssicherheit unter Klimaveränderung zusätzlich verschärft. Auch wenn die Beschleunigung der Energiewende aus einer Versorgungsnot resultiert, könnten dadurch die Klimaverhandlungen entscheidend gestärkt werden.

Die Rolle(n) der Streitkräfte

Strategische Analysen von Sicherheitsrisiken zur Abschätzung potenzieller Einsätze von militärischen Streitkräften sind mit hoher Unsicherheit behaftet. Die möglichst unmittelbare Einsatzbereitschaft erfordert es, dass Assistenzeinsätze und Unterstützungsleistungen, beispielsweise im Zivilschutz, potenzielle gleichzeitige Verteidigungseinsätze der Streitkräfte immer berücksichtigen müssen. Das Lernen aus Extremwetterereignissen und entsprechenden zivilen Einsätzen ermöglicht eine zunehmend bessere Prognose der Kapazitätsauslastung. Sinnvoll wäre hier eine integrierte Abschätzung potenzieller Ereignisse und Spitzenlasten, um die öffentlichen Güter optimal einzusetzen.

Klimaneutralität der Streitkräfte

Eine mögliche Klimaneutralität der Streitkräfte ist eng mit der Dekarbonisierung im (zivilen) Verkehr verbunden: Gerade hier besteht aber bisher die höchste Abweichung zu den sektorspezifischen Reduktionszielen in Europa. Generell gelten Mobilität und Verkehr als besonders schwer dekarbonisierbar. Wasserstoff im Transport und Elektromobilität im Individualverkehr sind zwar bereits etabliert, aber eine komplette Umstellung erfordert noch erhebliche private und öffentliche Investitionen und wird voraussichtlich an die Grenzen der Ressourcenverfügbarkeit bei Batterien und Wasserstoffbereitstellung stoßen.

Die Versorgungslogistik der Streitkräfte erfordert synthetische Kraftstoffe und strategische Reserven. Ein gut ausgebauter ziviler öffentlicher Verkehr könnte hier eine wichtige Rolle spielen, um die Kraftstoffbereitstellung bei den Streitkräften, wo sie unersetzbar ist, nicht zu gefährden und kosteneffizient zu ermöglichen. Hybride Antriebe, autarke Lösungen mit mobiler Photovoltaik sowie mobile Brennstoffzellen ermöglichen in der Zukunft einen strategischen Vorteil. Forschung und Innovationen in der zivilen Nutzung können auch hier zu Synergien führen.

Im Bereich der Gebäude sollte die Klimaneutralität hingegen schnell realisierbar sein. Hier gilt es, die öffentliche Beschaffung als Market Pull zu nutzen. Grundsätzlich unterstützen auch hier verbindliche und ambitionierte nationale und europäische Ziele die Chancen auf erfolgreiche Klimaverhandlungen.

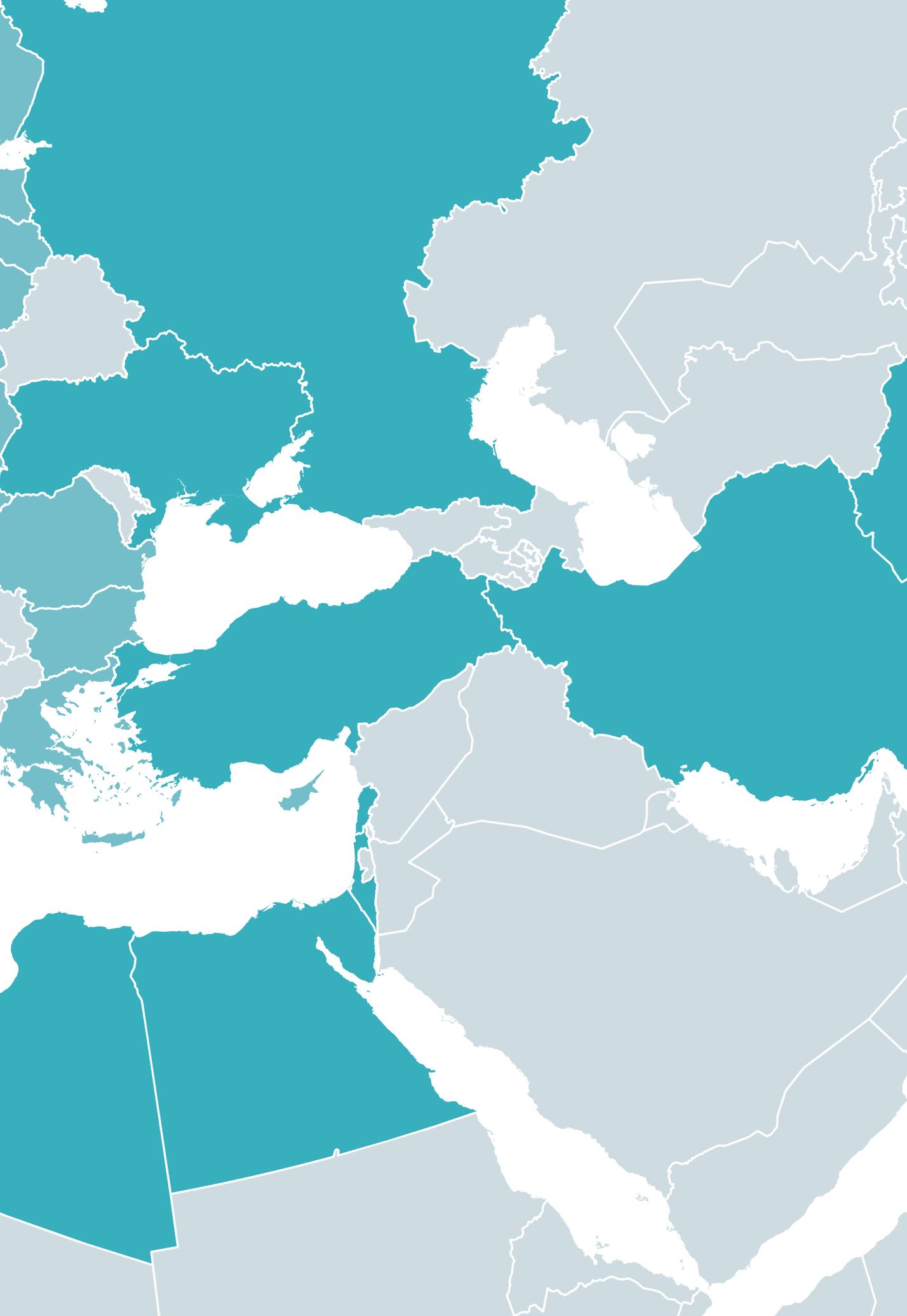
Keynotes

- Klimawandel und Ressourcenknappheit können zu politischer Instabilität führen.
- Die Energiewende erfordert Kooperationen bei der Rohstoffversorgung und bringt zusätzliches Konfliktpotenzial.
- Die Energiekrise 2022 hat in den USA und in der EU die Energiewende bereits massiv beschleunigt und erhöht die Kooperationschancen.
- Die Kosten des Klimawandels drängen auch China zur Klimakooperation.
- Die Streitkräfte können durch ambitionierte, glaubwürdige Ziele die Ausgangsposition der Verhandlungen weiter verbessern.

3

Krisen und Konflikte im Umfeld Europas







Das sicherheitspolitische Umfeld Europas

Krieg oder Frieden?

Günther Barnet

Der Krieg in Osteuropa hat das geostrategische Verhältnis und die Lage in Europa selbst sowie im Umfeld seiner Peripherie nachhaltig verschlechtert. Ob es 2023 auf diesen drei Ebenen zu weiteren Kriegen oder kriegsähnlichen Phänomenen kommen wird bzw. sich der Krieg in und um die Ukraine in jeder Hinsicht ausweiten wird, scheint nach allen vorliegenden Befunden keine Frage des „ob“, sondern nur des „wie“ und mit „welchen Folgen“ zu sein. Bestehende Risiken aller Art werden sich dynamisch und oftmals dramatisch verschärfen, wodurch bestehende bewaffnete Konflikte angeheizt und Dauerkrisen zu Gewalterruptionen unterschiedlichen Ausmaßes katalysiert werden. Der Europäischen Union und Österreich wird es nicht gelingen, diesen Entwicklungen systemisch entgegenzuwirken, und die innere Kohäsion sowie der Wohlstand werden dadurch deutlich spürbar sinken. Diese negative Dynamik wird sich im Win-

ter 2023/24 nochmals deutlich verschärfen und mit hoher Wahrscheinlichkeit die sogenannte „Resilienzspirale“ in weiten Teilen der Union in einen Zustand der Unumkehrbarkeit mit weitreichenden Verwerfungen und Konsequenzen bringen.

Der Krieg in Osteuropa

Für 2023 muss, sofern nicht einschneidende Ereignisse eintreten, von der Fortsetzung verschiedenster Kriegshandlungen in der Ukraine und Europa ausgegangen werden. Diese werden sowohl am Territorium der Ukraine ausgetragen als auch in hybrider und subversiver Form in deren Umfeld, auf dem Gebiet der Europäischen Union, in den Domänen Cyber, Weltraum und Information sowie auch auf geostrategischen und geoökonomischen Ebenen. Die künftigen operativen Erfolge der Kriegsparteien sind schwer vorherzusehen und lassen, trotz der generellen Einschätzung einer wahrscheinlichen Patt-Situation mit wechselnden kleinräumigen Veränderungen, auch andere Entwicklungspfade aufgrund strategischer Einflussfaktoren zu. Die Staaten der EU scheinen vorerst kohärent hinter der Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu stehen, wenngleich der aktive Eintritt in konventionelle Kampfhandlungen zu ihren Gunsten vorerst ausgeschlossen werden kann. Eine Veränderung dieser Haltung würde nur bei einem sichtbaren Angriff auf ein Mitgliedsland von EU oder NATO oder bei der Herbeiführung einer existenziellen Verschlechterung in strategischen Bereichen der europäischen Sicherheit erfolgen. Der Einsatz taktischer Atomwaffen oder ähnlicher Wirkmittel durch Russland wird nicht unbedingt diese Reaktion hervorrufen.

Die Republik Moldau bleibt der am stärksten vom Krieg betroffene Staat in Osteuropa und könnte, abhängig vom Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Russland und allen anderen Konfliktparteien, bereits im Winter 2022/23 in dramatischer Form destabilisiert werden. Ihr überaus fragiles politisches und ökonomisches Gefüge ist bedroht und lässt eine Reihe von Angriffsvektoren zu. Die Unterstützung durch EU und NATO sind unerlässlich und zugleich Gefahr für eine weitere innere wie äußere Eskalation. Nur durch umsichtiges und nicht-provokatives Vorgehen wird das Land vor einer Involvierung in bewaffneter Form geschützt werden können.

Für die Staaten der Kaukasus-Schwarzmeer-Region haben sich ebenfalls Stabilitätsfaktoren verschoben, die generell eine gewisse Distanz zur EU und die Hinwendung zu anderen regionalen Mächten bzw. die Neuordnung ihres Verhältnisses zu Russland, von dem einige mehrfach abhängig sind, zeigen werden. Der bewaffnete Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan kann jederzeit auf niedrigem Niveau erneut ausbrechen, wobei dies weiterhin überwiegend zugunsten Bakus ausgehen wird. Die Kräfte Russlands spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Armenien ist daraus gezwungen, sein Verhältnis zur Türkei und zum Iran zu gestalten. Ähnliches gilt für Georgien, das sich systematisch Russland annähern und von der EU und NATO entfernen könnte. Für Europa ergibt sich daraus die Notwendigkeit zur Sicherstellung alternativer Energielieferungen aus diesem Raum unter veränderten Vorzeichen. Davon profitiert Aserbaidschan konkret am meisten, und die generelle Entwicklung ist vorerst auch zum Vorteil der Türkei. Diese hält sich im östlichen Mittelmeer und in der Region Nahost und Nordafrika (MENA) bis auf Provokationen gegenüber Griechenland tendenziell zurück, um das Verhältnis zur EU zu entspannen, den Kontakt mit Russland aufrechterhalten zu können und v.a. um die schwierige Wirtschaftslage nicht zu überreizen. Dies hat zu Entspannungen in Syrien und für Teile der Kurden geführt, die im Falle eines Sieg Erdogans bei den anstehenden Wahlen neu zu bewerten sein werden. Vorerst ist die aggressive Rhetorik nur diesem geschuldet und nur wenig effektiv.

Ähnlich wie in Osteuropa ist die Situation in Zentralasien. Die Subregion hat zusätzliche Bedeutung für Europa, aber auch für China und die Türkei erhalten. Sowohl Energielieferungen aus dem Raum als auch ein neuer, weitaus teurerer Ast der sogenannten „Seidenstraße“ stehen für die beiden Mächte im Fokus. Kasachstan wird alternative Pipelineverbindungen über die Türkei nach Europa ausbauen und zugleich seine Industrialisierung im Zuge dessen vorantreiben, um nicht nur Rohstofflieferant zu bleiben. Der Einfluss Moskaus in den Ländern der Region ist hoch, geht aber tendenziell zurück. Dies könnte auch zu Versuchen der Destabilisierung im Raum zu Ungunsten Europas führen, das diese sorgfältig bedenken und deshalb präventiv wirksam werden muss. Die befürchteten Auswirkungen auf die zentralasiatischen Länder durch islamistische Radikalisierung oder Massenmigration aus Afghanistan sind vorerst gering. Bei einer weiteren Verschlechterung zu Ungunsten Moskaus könnten aber durch hybride Dynamisierung auch diese Risiken

zu Konfliktlagen mit bewaffneten Momenten führen, weil ethnische Linien über die Grenzen hinweg dies rasch verstärken würden.

Der Westbalkan ist von befürchteten Effekten einer aktiven Destabilisierung bis hin zu bewaffneten separatistischen Ereignissen in Bosnien und Herzegowina vorerst verschont geblieben. Dafür sind vermehrt wesentliche Rückschritte in der Rechtsstaatlichkeit vieler Staaten der Region beobachtbar. Kleptokratie und autoritäre Tendenzen sind im Steigen und mit der v.a. ökonomisch bedingten Hinwendung zu Mächten außerhalb Europas verbunden, die auch auf geschickte Desinformation zurückzuführen sind. Die EU steht gleich wie die Region am Scheideweg: Holt man die Länder aus Angst vor weiterer Einflussnahme und Destabilisierung heran, wissend dass das politisch wie ökonomisch zu weitgehenden Verwerfungen in der eigenen Konsistenz führen wird, oder es entsteht eine neuerliche folgenhafte Distanz im Integrationsprozess, an dessen Ende andere negative Folgen stehen könnten. So ist schon heute eine nahezu vollständige Weiterweisung irregulärer Migranten Richtung Mitteleuropa beobachtbar. Eine verstärkte militärische Präsenz im Raum als Antwort auf dieses Dilemma ist höchst fraglich und führt nur dazu, dass jene Kräfte an der südlichen Peripherie, aus der Migration und Terrorismus nahezu vollständig stammen, fehlen. Der Winter 2023/24 wird in Hinblick auf ihre energiepolitische Abhängigkeit auch für diese Region von weichenstellender Bedeutung sein.

Alternative Energielieferungen und Dekarbonisierung

Die Versuche zur Substitution weggebrochener Energielieferungen aus Russland aufgrund von Sanktionen, Sabotage und weitgehender Lieferreduktion haben eine Fülle von bestehenden Risiken für Europa entscheidend verändert bzw. neue entstehen lassen. Dies würde aus diesem und auch aus anderen zentralen Gründen für 2023 zusätzliche Stabilisierungsmaßnahmen in allen anderen Regionen der Peripherie der EU erfordern, die aber aufgrund der weitgehenden Verschiebung von Mitteln aller Art – insbesondere auch von militärischen Kapazitäten – in Richtung Osteuropa (und allenfalls auch Westbalkan) vor allem in den südlichen Konfliktregionen fehlen werden. Ein Umstand, der bereits im Vorjahr prognostiziert wurde und sich 2022 bestätigt hat. Für die EU ergibt sich die Herausforderung, diese vermehrt substituierenden Lie-

feranten nicht durch künftige Schockentwicklungen zu verlieren, bzw. es entstehen daraus neue Abhängigkeiten. Dies gilt auch für alternative Energieträger wie Wasserstoff oder Solar- und Windenergie aus dem Nahen und Mittleren Osten (NMO) sowie aus Afrika. Rohstoffe, die etwa zur Batterieerzeugung benötigt werden, sind daher jetzt schon im Fokus vieler Mächte – insbesondere Chinas – und können allenfalls geopolitische Konflikte in der mittleren Zukunft auslösen. Unmittelbar trägt diese Entwicklung aber bereits 2023 zur Verschärfung bestehender bewaffneter Auseinandersetzungen v.a. in Afrika und im NMO bei. Für Länder mit bestehenden oder neu explorierbaren Öl- und Gasfeldern haben sich stabilisierende Verbesserungen durch Mehreinnahmen und Chancen für Kapitalzusagen und Investitionen ergeben, wodurch etwa die angespannte Lage des Libanons kurzfristig verbessert werden konnte. Chancen ergeben sich für Länder der beiden Regionen in der Verbindung von Rohstoffabbau und Industrialisierung, wofür es überall zaghafte Ansätze gibt. Ob diese den anderen negativen Trends rechtzeitig entgegenwirken können, muss bezweifelt werden. Die Tendenz zur Ungleichverteilung setzt sich fort, und kontinuierliche Einnahmen aus Rohstoffverkäufen stehen weiterhin steigender Armut und Hunger gegenüber. Negative Klimaeffekte auf traditionelle Wirtschaftsformen sind dramatisch.

Hunger und Armut

Abseits der 2022 erkannten hohen Abhängigkeit von Grundnahrungsmitteln und Dünger aus Russland und der Ukraine, die die bestehende Nahrungsunsicherheit dramatisch vergrößert hat, sind Klimawandel und Wasserknappheit, wiederstrebende Einflüsse durch globale und regionale Mächte, ethnisch-religiöse Differenzen sowie steigende Armut die bestimmenden Faktoren für multiple Risikoverschlechterungen insbesondere in der südlichen Peripherie der EU. Die Zahl der von Lebensmittelunsicherheit betroffenen Menschen hat sich seit 2019 um 210 Mio. erhöht. Ein Zehntel der Weltbevölkerung hungert täglich, und der Bedarf an humanitärer Hilfe explodiert bei zugleich sinkenden Budgetzusagen dafür. Dies ist der Nährstoff für Bürgerkriege und Flucht. Die EU ist, geschwächt durch zahlreiche Faktoren und v.a. die Verwicklung in den Krieg im Osten, darauf schlecht vorbereitet. Die dramatischen Anstiege der irregulären Migration sind trotz der strikteren Grenzregime im Umfeld nicht aufzuhalten, und die „schleichenden Phänomene“ täuschen

darüber hinweg, dass ein nicht konkret vorhersagbarer, aber erwartbarer, Massenexodus – ausgelöst von einer Verkettung singulärer Ereignisse – gleiche oder noch dramatischere Effekte wie 2015 auslösen wird. Die Potenziale an frustrierten und hoffnungslosen Langzeitflüchtlingen aus Afrika und dem NMO in diversen Regionen um Europa sind real und werden 2023 wieder vermehrt zu bewaffneten Auseinandersetzungen, Terrorismus und Flucht führen.

Der Nahe und Mittlere Osten und Afrika

Im Nahen und Mittleren Osten ist daher weiterhin keine friedliche Entwicklung zu erwarten. Im Gegenteil, es werden durch die geostrategischen Verwerfungen zahlreiche Konfliktlinien negativ dynamisiert. Die Abraham Accords Declaration hat, wie zuvor prognostiziert, nicht zu einer generellen Lösung der Palästinenserfrage geführt, sondern eine neue, noch nicht dramatische Bruchlinie innerhalb der arabischen Staaten erzeugt. Die erwartbare Fortsetzung der Siedlungspolitik Israels wird aber den lokalen Konflikt deutlich anheizen und führt zur Radikalisierung der etablierten Gruppierungen an ihren Rändern. Syrien droht zu einem sogenannten „Narco-Staat“ zu werden und wird nicht aus der Isolation heraustreten können. Dies verschlechtert die Situation in Jordanien und im Libanon nochmals und wird mittelfristig neue bewaffnete Auseinandersetzungen herbeiführen, die knapp unter der Schwelle von Bürgerkriegen liegen. Nutznießer, abseits seiner gefährlichen inneren Dynamiken, ist vorerst der Iran, der mit seiner Atomambition drohen kann und zugleich den äußeren Druck verringern konnte und hinsichtlich möglicher Migrationsphänomene aus Afghanistan zum Partner wurde. Seine hybride Einflussausübung im gesamten Raum wird sichtbar aufrecht bleiben.

In Nordafrika zeichnet sich keine Verbesserung in Libyen ab (mit den bekannten Folgen für Europa), Ägypten steht vor den Optionen „Hungerrevolution“ oder „Diktatur“, und in Tunesien, dem ehemaligen Hoffnungsträger des Arabischen Frühlings, entsteht ein von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragenes Präsidialsystem mit autoritären Tendenzen. Der Konflikt zwischen Marokko und Algerien v.a. um die Westsahara hat geringes Potenzial für eine bewaffnete Auseinandersetzung. Dramatischer ist für die gesamte Subregion der Druck durch Flucht aus Subsahara-Afrika und die Verknüpfung dessen mit Netzwerken organi-

sierter Kriminalität, die Hand in Hand mit Aufstands- und Terrorgruppen gehen. Spanien ist das davon am meisten betroffene Land der EU und ringt, wie auch Italien, vor allem mit bilateralen Maßnahmen um die Sicherstellung seiner Energiezufüsse aus dem Raum und die Abwendung von direkten Sicherheitsrisiken. Die Kohärenz der EU ist dabei nicht gegeben und eröffnet Bruchlinien für hybride Aktionen zur Spaltung der europäischen Solidarität durch Russland – u.a. zur Erreichung eigener Ziele.

Diese Tendenz setzt sich in Subsahara-Afrika fort und wird v.a. am Wirksamwerden russischer Kräfte – darunter auch der Gruppe Wagner – sichtbar. Insbesondere in West- und Zentralafrika gelingt es, durch gezielte Desinformation der Bevölkerung und kurzfristig wirksame Machtprojektion zugunsten diverser, im permanenten Abwehrkampf stehender Regierungen die Kohärenz des Westens und insbesondere der EU zu unterminieren und zugleich große Einnahmen aus der Exploration wichtiger Rohstoffquellen zu erzielen. Das sind Teile einer destruktiven Destabilisierungsstrategie zum Zwecke der Unterstützung der globalen Kriegsziele. Die EU befindet sich dem gegenüber in einem ineffektiven Reaktionsmuster und wird auch 2023 vor Ort sprichwörtlich weiter an Boden verlieren – politisch wie geografisch. Der so „frei gewordene Raum“ stürzt die Bevölkerungen mit über 100 Mio. Menschen vor Ort in chaotische Zustände und stärkt Terrorgruppen und Netzwerke der Organisierten Kriminalität. Dies wäre nur mittels kohärenter und realistischer Ansätze der EU zu bewältigen, die auch 2023 nicht erkennbar sind. Die sich daraus ergebenden Folgen sind bereits angesprochen: Krieg, Leid und Flucht.

Keynotes

- Der Krieg in der und um die Ukraine wird sich 2023 mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Eine unmittelbare geografische Ausdehnung ist grundsätzlich nicht auszuschließen, jedoch nur als Verkettung von Einzelereignissen und Fehlentscheidungen denkbar. Für die Republik Moldau ist dies jedenfalls nicht auszuschließen.
- Die Länder der Region Osteuropa, Schwarzmeer und Kaukasus, aber auch Zentralasiens, sind einer Neuorientierung unterworfen, die Distanz zur EU erzeugen könnte. Zugleich bekommen diese eine höhere Bedeutung, vor allem aus energiepolitischen Gründen. Diese Entwicklung fordert auch China heraus und nützt mittelfristig sowohl der Türkei als auch dem Iran.
- Alternative Energieträger und -lieferanten sowie die Dekarbonisierung erzeugen neue Risiken und würden Europa zu weitreichenden Stabilisierungsmaßnahmen zwingen, wofür u.a. durch die Orientierung nach Ost- und Südost Mittel und Kräfte fehlen werden.
- Der Nahe und Mittlere Osten und Afrika leiden unter diesen Entwicklungen besonders und werden generell negativ Tendenzen erfahren, obwohl auch Chancen zur Transformation und Industrialisierung gegeben wären.
- Hunger und Armut steigen dramatisch an. Dies wird neue Gewaltphänomene wie Krieg und Terrorismus hervorrufen, ebenso wie verschiedenste Formen von Massenfluchten.
- Die EU scheint 2023 in ihrer Ablehnung gegenüber Russland und der Unterstützung der Ukraine im Osten geeint. Die Verwerfungen in und aus der südlichen Peripherie sowie die hybride Instrumentalisierung durch Russland im Wege einer destruktiven, globalen Destabilisierungsstrategie könnte – sofern bis dahin keine politische Einigung erzielt werden kann – ab dem Winter 2023/24 zu weitgehenden negativen Wirkungen auch in Europa führen.
- Die Integration des Westbalkans steht am Scheideweg zwischen multiplen realen Hindernissen und Herausforderungen sowie verbaler Hoffnungsdynamik. Die Verstärkung militärischer Mittel vor Ort erscheint angesichts der vielfältigen anders als in den 1990er Jahren gelagerten Herausforderungen nicht als geeignetes Mittel für dieses Dilemma.



Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

Lehren für die Streitkräfteentwicklung in Europa

Franz-Stefan Gady

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt eklatante doktrinaire, strukturelle und technische Fähigkeitslücken westlicher, vor allem europäischer Streitkräfte im Bereich hochintensiver Kriegsführung auf. Obwohl es für eine endgültige Beurteilung noch zu früh ist, kann man dennoch einige generelle Schlüsse aus den Kampfhandlungen in der Ukraine für die konventionelle Streitkräfteentwicklung in Europas ziehen. Mittelpunkt jeder militärischen Weiterentwicklung in diesem Bereich muss die Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen sein. Was die langfristige effektive Weiterentwicklung europäischer Streitkräfte vielleicht am heftigsten ausbremsen kann, ist die Annahme, dass die ukrainischen Erfolge in diesem Krieg auf die Anwendung westlicher Militärdoktrin zurückzuführen sind. Solch eine verfrühte Schlussfolgerung führt, was den zukünftigen Charakter hochintensiver

Kriegsführung betrifft, womöglich zu intellektueller Selbstgefälligkeit und Fehlannahmen.

Doktrin

Weder die russischen noch die ukrainischen Streitkräfte sind bis dato fähig, den Kampf der verbundenen Waffen – die effektive Integration von verschiedenen militärischen Plattformen, Systemen und allgemeinen Fähigkeiten – auf breiter Basis zu führen. Obwohl die ukrainischen Streitkräfte in ihrer Herbstoffensive 2022 in der Region Charkiw auf Kompanieebene vereinzelt den Kampf der verbundenen Waffen führten, kann von einer breiten Implementierung dessen keine Rede sein. Die hohen Verluste beider Seiten in diesem Krieg können größtenteils auf das Unvermögen zu so einer integrierten Kampfweise zurückgeführt werden. Neben den USA ist realiter kein anderes westliches Land fähig, in dieser Form militärische Operationen auf Brigadeebene durchzuführen. Da der Kampf der verbundenen Waffen das Fundament für zukünftige Multi-Domain-Operationen darstellt, muss diese schwere Fähigkeitslücke äußerst rasch adressiert werden.

Neben dem Kampf der verbundenen Waffen sind auch doktrinäre Anpassungen im Bereich der militärischen Kontrolle des Luftraumes sowie die Festigung der zentralen Rolle der Informationskriegsführung notwendig. Die Annahme, dass die militärischen Erfolge der Ukraine auf westliche (d.h. NATO-) Militärdoktrin zurückzuführen sind, kann empirisch nicht bewiesen werden. Entgegen medialer Berichterstattung spielte bis dato weder die Auftragstaktik noch das ukrainische Unteroffizierskorps eine entscheidende Rolle in den anhaltenden militärischen Operationen.

Struktur

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine zeigt, dass die zukünftige hochintensive Kriegsführung mit hohen Verlusten an Menschen und Material verbunden sein wird. Diese Verluste betreffen auf beiden Seiten disproportional die effektivsten Kampfverbände. Verbände, die von beiden Seiten für offensive Operationen herangezogen wurden, vor allem

Panzer- und mechanisierte Brigaden, wurden innerhalb weniger Monate nahezu vollständig aufgerieben.

In dieser Hinsicht ist vor allem die schnelle Regenerationsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte hervorzuheben, die es schafften, trotz großer Verluste neue Verbände aufzustellen bzw. Einheiten nach starken Verlusten wieder aufzufüllen. Das ist einerseits auf die Generalmobilmachung in der Ukraine sowie die stetigen westlichen Waffenlieferungen zurückzuführen. Der Hauptgrund für diese Regenerationsfähigkeit ist jedoch struktureller Natur und auf die große Anzahl an Reservisten mit militärischer Erfahrungen durch den seit 2014 laufenden Krieg im Donbas zurückzuführen, was in europäischen Streitkräfte nur mit einer Struktur, die das schnelle Heranziehen von trainierten Reserven ermöglicht, gewährleistet werden könnte. Hierzu bedarf es regulärer Reserveübungen von Verbänden auf Brigadeebene sowie die Erschaffung einer Struktur, die es ermöglicht, in kürzester Zeit Streitkräfte von Friedens- auf Kriegsstärke zu skalieren.

Technik

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine zeigt erneut, dass der Kampfpanzer vom modernen Gefechtsfeld nicht wegzudenken ist. Es gibt keine Alternative, was Mobilität, Schutz, und Feuerkraft während hochintensiver militärischer Operationen betrifft. Der medial kolportierten Meinung, dass die militärischen Erfolge der ukrainischen Streitkräfte auf den Einsatz von leicht bewaffneten und gepanzerten, aber gleichzeitig äußerst mobilen landgestützten Verbänden zurückzuführen ist, muss in diesem Zusammenhang deutlich widersprochen werden. Der Krieg in der Ukraine ist vor allem ein Artilleriekampf, in dem mechanisierte und gepanzerte Verbände als Speerspitzen für Angriffsoperationen unumgänglich sind.

Europäische Streitkräfteentwickler sollten daher eine hybride Streitkräftestruktur fokussieren, die leichte mit schwer gepanzerten Verbänden integriert. Gleichzeitig sollte man die Rolle des Privatsektors, was technische Hilfsmittel wie kommerzielle Drohnen oder Satellitenaufklärung betrifft, nicht überschätzen. In einem Krieg, der die NATO und Russland involviert, würde im Gegensatz zu jetzt der westliche Privatsektor und dessen Beschaffungsketten Ziel von russischen Angriffen werden.

In diesem Sinn ist auch vor einer falschen Interpretation militärischer Operationen im Cyberraum zu warnen, da die westliche Unterstützung der Ukraine in diesem Bereich, soweit einsehbar, nach wie vor nicht Ziel großangelegter russischer Cyberangriffe war. Außerdem muss darauf hingewiesen werden, dass bis dato wenig verifizierbare Informationen über die Fähigkeiten der USA und anderer NATO-Staaten im Bereich Nachrichtengewinnung, Überwachung, Zielerfassung und Aufklärung (ISTAR) für Präzisionsangriffe verfügbar ist. Die schwach entwickelte technische Kompetenz europäischer Streitkräfte im ISTAR-Bereich ist jedoch evident.

Keynotes

- Die Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen muss in den europäischen Streitkräften stetig weiterentwickelt werden.
- Militärische Erfolge der Ukraine sind nicht auf die Anwendung westlicher Militärdoktrin zurückzuführen, sondern müssen ergebnisoffen für die zukünftige Streitkräfteentwicklung Europas evaluiert werden.
- Zukünftige europäische Militäroperationen sollten auf keinen Fall unter der Annahme der eigenen Luftüberlegenheit geplant werden. Unter anderem bedeutet dies die Stärkung der bodengestützten Flugabwehr bzw. die Verlagerung von Feuerkraft von den Luft- auf die Landsysteme.
- Schnelle Skalierbarkeit europäischer Streitkräfte von Friedens- auf Kriegsstärke muss durch eine geeignete Struktur gesichert werden.
- Europäische Streitkräfte müssen eklatante Fähigkeitslücken im Bereich ISTAR schließen, um militärischen Operationen in einem hochintensiven Krieg führen zu können.



Bosnien und Herzegowina – abermals am Scheideweg

Predrag Jureković

Nach den Wahlen steht Bosnien und Herzegowina (BiH) am Scheideweg, der 2023 entweder zu substantziellen politischen Kompromissen führen oder eine weitere Radikalisierung separatistischer Bestrebungen zur Folge haben wird. Die Verleihung des Status eines EU-Beitrittskandidaten wäre ein ermutigendes Signal für konstruktive Akteure in BiH. Die Fragilität der politischen Prozesse in BiH erfordert die weitere Präsenz des Office of the High Representative (OHR) und einer westlichen Militärmission.

Positive Veränderungen oder Vertiefung der Krise

Die am 2. Oktober 2022 durchgeführten gesamtstaatlichen Wahlen in BiH waren richtungsweisend für den krisengeschüttelten Westbalkan-Staat. Insbesondere wegen der Symbiose aus nationalistischer und

kleptokratischer Politik konnte BiH sein positives Potenzial als multiethnischer und multireligiöser Staat bisher nicht entfalten.

In einem positiven Szenario könnte der Ausgang der Wahlen von 2022 im Jahr 2023 zur Erschütterung des „Systems Dodik“ in der BiH-Entität Republika Srpska (RS) und in weiterer Folge zur Beendigung der separatistischen Politik der RS führen. Auf gesamtstaatlicher Ebene wäre zwischen den bosniakischen, kroatischen und serbischen Nationalparteien sowie den in der BiH-Entität Föderation BiH erstarkten Parteien mit multiethnischer Ausrichtung zumindest ein Kompromiss in staatlichen Kernbereichen möglich. Dazu zählen die Stärkung des demokratischen Systems und der Aufbau einer unabhängigen Justiz sowie die Integration BiHs in die EU.

Bei einem negativen Verlauf würde im Jahr 2023 ein zwar politisch angeschlagenes, aber weiterhin bestimmendes „System Dodik“ separatistische Tendenzen in der RS noch verstärken, um im RS-internen Machtkampf die Oberhand zu behalten. Hierbei könnte Milorad Dodik – neben der Unterstützung von nationalistischen Kreisen aus Serbien – auch auf die Unterstützung nationalistischer Politiker aus Kroatien und national-kroatischer Politiker aus BiH zählen. Letztere zielen auf die Errichtung einer eigenen Entität für die kroatische Bevölkerung in BiH ab. Im geopolitischen Kontext zählt Wladimir Putin zu Dodiks natürlichen Verbündeten – so versuchte dieser, Putins Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen. In einem solchen destruktiven Szenario würde BiH und seiner Zivilgesellschaft von kleptokratischen Machthabern kein Raum für eine fortschrittliche und kooperative Entwicklung gegeben werden.

Zu Redaktionsschluss war noch nicht eindeutig erkennbar, welches der beiden Szenarien mehr Aussicht auf Umsetzung haben wird. Ausschlaggebend dafür war der noch nicht abgeschlossene Wahlprozess. Während in der Föderation die politischen Parameter bald nach den Wahlen mehr oder weniger geklärt schienen (einzelne Wahlerfolge für multiethnisch ausgerichtete Wahlkoalitionen mit Anti-Korruptionsagenda auf Kosten der bosniakischen Partei der Demokratischen Aktion – SDA – sowie anhaltende Dominanz der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft Bosnien und Herzegowinas – HDZ BiH – innerhalb der kroatischen Volksgruppe), war das in der RS nicht der Fall. Wegen zahlreicher Wahlmanipulationen, die im Oktober zugunsten von Dodik und seiner Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) durchgeführt wor-

den waren, war die Legalität des Wahlvorgangs von der RS-Opposition infrage gestellt worden. Die zentrale Wahlkommission von BiH ordnete deshalb eine Neuauszählung der Stimmen an.

Die politische Opposition der RS, die zwar ähnlich wie Dodiks SNSD serbisch-nationale Zielsetzungen verfolgt, jedoch der Föderation eine politische Kooperation angeboten hat, sah darin eine Chance auf einen konstruktiven Neubeginn in BiH. Unabhängig vom letztendlichen Ausgang des Wahlprozesses stand fest, dass die innenpolitische Polarisierung innerhalb der RS 2023 eine zumindest ebenso große Rolle spielen könnte wie (politisch hervorgerufene) Antagonismen zwischen den Volksgruppen und Entitäten in BiH.

Zur Rolle der internationalen Präsenz

Wegen der Fragilität der politischen Prozesse in BiH und der beschriebenen Risikofaktoren stellen das OHR – als Hüterin des Dayton-Abkommens – und die westliche Militärpräsenz (unter EU- oder NATO-Kommando) weiterhin zwei unverzichtbare Elemente des internationalen Sicherheitsnetzes in BiH dar. Der aktuelle High Representative, Christian Schmidt, wird in Hinblick auf seine umfassenden legislativen und exekutiven Vollmachten auch 2023 mit der Herausforderung konfrontiert sein, dass sein Amt in der RS grundsätzlich infrage gestellt und er in der anderen Entität mit dem Vorwurf konfrontiert wird, einseitig Partei zugunsten kroatischer Interessen zu ergreifen. Die Schwachstelle des exekutiven Mandats der EU-Militärmission EUFOR ALTHEA besteht darin, dass es jährlich im Sicherheitsrat der UN verlängert werden muss. Wegen der Abhängigkeit von der russischen Zustimmung ist die Evaluierung von Alternativoptionen zur Erhaltung der westlichen Friedensmission notwendig geworden, falls sich Moskau diesbezüglich zu einer Blockadepolitik entschließen sollte.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Der EU-Kandidatenstatus für BiH wäre eine Ermutigung für konstruktive politische Kräfte in beiden Entitäten, einen kooperativen Reformweg einzuschlagen. Umgekehrt sollten Sanktionen gegen Schlüsselakteure verhängt werden, die mit kleptokratisch-nationalistischen Methoden

politische Spannungen vergrößern wollen. Die nicht-konsolidierte politische Lage in BiH erfordert eine eindeutige Unterstützung für das OHR und eine Fortsetzung der militärischen Friedensmission unter westlicher Führung. Österreichs gute Beziehungen zum EU-Mitglied Kroatien könnten für gemeinsame BiH-Initiativen benutzt werden, die allen Bürgerinnen und Bürgern in BiH zugutekommen.

Keynotes

- In der Republika Srpska hat die innenpolitische Polarisierung nach den gesamtstaatlichen Wahlen signifikant zugenommen.
- Abhängig vom finalen Wahlergebnis besteht einerseits das Risiko eines noch aggressiveren separatistischen Kurses der Republika Srpska und andererseits die Chance auf ein konstruktiveres politisches Klima im Gesamtstaat.
- Der von Österreich unterstützte EU-Kandidatenstatus könnte konstruktiven politischen Akteuren in Bosnien und Herzegowina Rückenwind geben.
- EU-Sanktionen gegen separatistische und kleptokratische Akteure wären notwendig.
- Die politische Fragilität erfordert ein Fortbestehen der westlichen Militärpräsenz und des OHR.



Chinas Vormarsch auf dem Westbalkan

Vedran Dzihic

China ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Drittstaatsakteur am Westbalkan geworden. China legte bislang seinen Schwerpunkt auf strategische infrastrukturelle und wirtschaftliche Ziele und verfolgte keine explizite politische Agenda in Gegnerschaft zur EU und NATO. Politisch unterstützt man das Regime in Serbien, das zunehmend autoritär agiert. Mit großen Investitionen bringt China „zerstörerisches Kapital“ in die Region und verdrängt durch seine Kreditvergabe ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht und Reformvorgaben das „reformorientierte Kapital“ der EU. Der aggressive Kurs Russlands am Westbalkan kommt derzeit den chinesischen Interessen am Westbalkan nicht entgegen. Im Falle einer Zuspitzung von zentralen Konflikten in der Region wie der kosovarisch-serbischen Beziehung oder in Bosnien und Herzegowina lässt sich nicht ausschließen, dass sich China in Zukunft auch politisch offensiver gegen den Westen positioniert.

Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine hat auch die Karten am Westbalkan neu gemischt. Während man sich aus der westlichen Perspektive über den negativen russischen Einfluss in der Region den Kopf zerbricht, verfolgt ein anderer großer geopolitischer Akteur beharrlich seine Interessen – China. Im November 2022 ging die Nachricht fast unter, dass China in der ersten Jahreshälfte 2022 das erste Mal beim Umfang der ausländischen Direktinvestitionen als größter Investor in Serbien aufscheint, noch vor der EU. In den letzten 13 Jahren waren es 13 Mrd. US-Dollar an chinesischen Investitionen alleine in Serbien. Die immer stärkere geostrategische und geopolitische Konkurrenz geht am Westbalkan schon seit Jahren nicht spurlos vorüber.

Bedeutendster Drittstaatsakteur am Westbalkan

Im vergangenen Jahrzehnt ist China zum bedeutendsten „third state actor“ am Westbalkan – nach der EU – aufgestiegen. China legte zwischen 2012 bis 2022 seinen Schwerpunkt auf strategische infrastrukturelle und wirtschaftliche Ziele und verfolgte keine explizite politische Agenda in Gegnerschaft zur EU und NATO. Hierin unterschied sich China bislang etwa von Russland. Chinesische Investitionen, auch im Rahmen der 2013 ausgerufenen „Belt and Road Initiative“ (BRI), wurden überall am Westbalkan willkommen geheißen. In Wahrheit kamen aber chinesische Finanzen zumeist in Form von Krediten, speziell für große Infrastrukturprojekte. Vor allem in Montenegro übertraf man dabei die EU schon vor 2022, nun auch in Serbien, während man sich in Bosnien und Herzegowina sowie in Nordmazedonien recht stark positioniert. Im Kosovo sowie in Albanien gab es solche chinesischen Kredite und Bauaufträge nicht, in Albanien gab es dagegen tatsächlich private chinesische Investitionen, etwa im Erdölsektor. Die chinesischen Investitionen werden 2023 und in den kommenden Jahren weiter steigen.

Mit großen Investitionen bringt China durch seine Kreditvergabe ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht und Reformvorgaben „zerstörerisches Kapital“ („corrosive capital“) in die Region. Damit verdrängt China „reformorientiertes Kapital“ aus der EU, der Reformdruck sinkt, und Brüssel kann weniger leicht Konditionalitäten nutzen, um Demokratisierungsprozesse zu fördern, die Staaten der Region zu sozialisieren, und ihre EU-Integration voranzutreiben. Bei Chinas Infrastrukturprojekten

werden in der Regel EU-Standards zu Staatshilfen und im Umweltbereich verletzt, gerade was nicht mehr zeitgemäße Kohlekraftwerke angeht.

Neuer geopolitischer Einfluss

Neben dem systemischen und wirtschaftlichen Einfluss existiert auch ein neuer geopolitischer Einfluss Chinas, gerade im Gefolge der Pandemie. So hat sich am Beginn der COVID-19-Pandemie vor allem Serbien explizit Beijing zu- und zunehmend von der EU abgewendet, es will die Beziehungen mit China als engstem Partner, „eisernem Freund“ und „Bruder“ entwickeln, nicht nur im gesundheits-, sondern auch im sicherheitspolitischen Bereich. Zuletzt lieferten im April 2022, inmitten des Krieges in der Ukraine, sechs chinesische Militärtransportflugzeuge das neue chinesische HQ-22 Raketenabwehrsystem nach Serbien, was vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić begrüßt wurde. China ist hier auch Lieferant sensibler Technologien, etwa im Bereich der Gesichtserkennung.

Die Meinungsumfragen in Serbien und auch in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina zeigen in den letzten Jahren deutlich, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung zunehmend gegen den liberal-demokratischen Westen positioniert. In der serbischen Bevölkerung zeichnet sich ein großer Vertrauensvorsprung für China ab. In anderen Staaten der Region, vor allem auch im albanisch-sprachigen Teil des Westbalkans, sind hingegen die Sympathien für die EU und die USA sehr viel stärker ausgeprägt, und China ist zumindest in der Popularität in der Bevölkerung keine zentrale Größe. Insgesamt können wir am Westbalkan also davon sprechen, dass Beijing vor allem in Serbien durch die starke Hinwendung des Regimes zu China immer stärker in der Lage ist, den liberal-westlichen EU-Kurs herauszufordern. In anderen Staaten stehen für China derzeit vor allem wirtschaftlich-infrastrukturelle Interessen im Vordergrund, und es zeichnet sich – vorerst – weder ein Trend zur Enteuropäisierung durch den chinesischen Einfluss ab noch wird eine solche von China angestrebt.

Serbien als zentraler chinesischer Brückenkopf

Serbien orientiert sich angesichts des großen Drucks des Westens, sich von Russland abzuwenden, im Stillen immer stärker Richtung China und wird zum zentralen chinesischen Brückenkopf in Europa. Der aggressive Kurs Russlands am Westbalkan kommt den derzeitigen chinesischen Interessen am Westbalkan nicht entgegen. China setzt auf steten und schrittweisen Ausbau seines wirtschaftlichen und in weiterer Folge auch politischen Einflusses in der Region, der sich vorerst nicht gegen die Europäisierung der Region richtet. Dieser Trend wird sich 2023 intensivieren. China inspiriert durch den Erfolg seines Modells, gewinnt Einfluss durch Kreditvergabe, Investitionen und Medizingüterlieferungen und stärkt die zunehmend autoritären Führungen in Serbien und der Republika Srpska, vor allem diplomatisch. Dennoch, sollte die mild ausgeprägte Systemkonkurrenz nicht den gewünschten Erfolg für China bringen, ist zu befürchten, dass man durchaus auch den nächsten Schritt aus Beijing erwarten kann. Ein deutlich offensiveres Vorgehen am Westbalkan, auch in politischer Hinsicht, etwa in Bezug auf die Unterstützung Serbiens in der Kosovo-Frage oder in der Förderung des Separatismus der Republika Srpska, wäre in diesem Szenario nicht auszuschließen.

Europäisierung des Westbalkans erforderlich

Die EU und auch Österreich müssten vor diesem Hintergrund alles daran setzen, den eigenen Einfluss in der Region abzusichern und auszubauen. Eine konsequente und deutlich offensiver betriebene Europäisierung der Region mit möglichen sektoralen Integrationsschritten wie der Einbindung des Westbalkans in den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum wären notwendig. Bei eigenen Investitionen, die im Falle Österreichs sehr groß sind, muss man weiterhin die höchsten Kriterien und Standards erfüllen, vor allem auch im Umweltbereich, um sich damit als bessere Alternative zum chinesischen Investitionsmodell zu positionieren. Zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich gegen die Umweltzerstörung (auch durch chinesische Investitionen) richten, sollten als wichtige Partner und Verbündete in der Region gesehen werden.

Keynotes

- China ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Drittstaatsakteur am Westbalkan geworden.
- China scheint bei ausländischen Direktinvestitionen in der ersten Jahreshälfte 2022 das erste Mal als größter Investor in Serbien auf – noch vor der EU. Im vergangenen Jahrzehnt ist China zum bedeutendsten „third state actor“ am Westbalkan aufgestiegen.
- Die chinesischen Investitionen werden 2023 und in den kommenden Jahren weiter steigen.
- Bei Chinas Infrastrukturprojekten in der Region werden in der Regel EU-Standards zu Staatshilfen und im Umweltbereich verletzt.
- In der serbischen Bevölkerung zeichnet sich ein großer Vertrauensvorsprung für China ab.
- Serbien orientiert sich angesichts des großen Drucks des Westens, sich von Russland abzuwenden, im Stillen immer stärker Richtung China und wird zum zentralen chinesischen Brückenkopf in Europa.



Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei

Cengiz Günay

In den letzten Jahren veränderte sich die außen- und sicherheitspolitische Positionierung der Türkei mehrfach. Die meisten Kurs- und Rollenänderungen (von Status-Quo-Macht und Garant für regionale Sicherheit zum Herausforderer der regionalen Ordnung und zuletzt zum Auftreten als Vermittler) sind innenpolitischen Dynamiken geschuldet oder dienen dazu, neue Möglichkeiten und Räume auf der regionalen und internationalen Ebene zu erschließen. Präsident Recep Tayyip Erdoğan spielt eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung der Außenpolitik. Im Zentrum der Überlegungen steht die Machtmaximierung.

Der gescheiterte Putschversuch

In Folge des gescheiterten Putschversuchs vom 15. Juli 2016 ist eine wachsende Autokratisierung, Personalisierung und Zentralisierung der Macht zu beobachten. Seit der Einführung des Präsidentsystems im Jahr 2018 ist die Exekutive in den Händen des Präsidenten gebündelt. Das Parlament und andere Kontrollorgane wurden geschwächt. Es kam zu einer Neuordnung der Ministerien und staatlichen Verwaltung. Das Außen- und Verteidigungsministerium verloren zu Gunsten des Präsidentenpalastes an Macht. Nach dem Putschversuch kam es zu einer starken Versicherheitlichung des politischen und öffentlichen Raumes. Proteste und Demonstrationen sind weitgehend verboten bzw. werden kriminalisiert.

Der Kampf gegen den Terrorismus stellt die höchste Priorität der Regierung dar. Unter dem Deckmantel des Antiterror-Kampfes werden aber auch politisch Andersdenkende, Oppositionelle und Kritikerinnen und Kritiker verfolgt. Während eine großzügige Auslegung des Antiterror-Kampfes vom Europarat und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert wird, sieht sich die türkische Regierung als Vorreiterin im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Europäische Partner wie Schweden, Finnland, Belgien bzw. die USA werden hingegen der Untätigkeit bzw. sogar der direkten und indirekten Unterstützung von terroristischen Gruppen, insbesondere der Gülen-Bewegung und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beschuldigt.

Nach dem Putschversuch bildete die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ein Bündnis mit der ultranationalistischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP). Diese besetzt nun mehrere Schlüsselpositionen in der Verwaltung und insbesondere im Sicherheitsapparat. Das wirkt sich auch auf die Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Viele Nationalistinnen und Nationalisten sind NATO-kritisch und sehen die Türkei eher in einer Eurasischen Union mit Russland und China. Auch die maritime Strategie, die eine stärkere Präsenz der Türkei im Mittelmeer und auf den Weltmeeren vorsieht, ist eine Folge der politischen Machtverschiebungen.

Allgemein ist die Skepsis gegenüber den westlichen Verbündeten gestiegen. Gründe dafür sind die abweichenden außen- und sicherheitspolitischen Interessenslagen bzw. unterschiedliche Risikoeinschätzungen hinsichtlich der sogenannten Fethullahistischen Terrororganisation

(FETÖ), der PKK bzw. der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) in Nordsyrien, die von der türkischen Regierung als ein verlängerter Arm der PKK und somit als terroristische Organisation eingestuft wird, sowie hinsichtlich der Seegrenzen und Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer.

Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine kam in der denkbar ungünstigsten Zeit für die AKP-Regierung. Durch die Auswirkungen des Krieges verschlechterte sich die ohnehin ungünstige Wirtschaftslage noch weiter. Die Türkei fürchtet in Folge des Krieges auch einen starken Machtgewinn Russlands. Die türkische Position gegenüber dem Krieg und den Kriegsparteien kann als opportunistische Neutralität bezeichnet werden. Diese beinhaltet mehrere widersprüchliche Verhaltensweisen, die allein durch die Gewinnmaximierung für die Türkei bzw. das politische Überleben der Regierung zu erklären sind.

Zum einen untersagt die Türkei unter Berufung auf das Montreux-Abkommen, das die Durchfahrt durch die wichtigen Meerengen (Dardanellen, Marmarameer und Bosporus) und somit die Zufahrt zum Schwarzen Meer regelt, die Passage von Kriegsschiffen. Zum anderen versucht sie, die wirtschaftliche und politische Nähe zu beiden Kriegsparteien in einen Vorteil umzumünzen. Die Türkei verurteilte einerseits den russischen Angriff, und unterstützt andererseits die Ukraine mit Waffenlieferungen (insbesondere Drohnen). Gleichzeitig beteiligt sie sich aber nicht an den Sanktionen gegen Russland. Vielmehr bietet sie sich als Safe Heaven für russisches Kapital, das aus Europa abgezogen wurde, sowie als Drehscheibe für den Flugverkehr von und nach Russland an. Präsident Erdoğan versucht sich zudem aufgrund seiner guten Beziehungen zu beiden Präsidenten als Vermittler im Konflikt zu positionieren. Als Erfolg der türkischen Bemühungen gilt die Einigung über die Getreidelieferungen.

Auswirkungen auf Europa und den östlichen Mittelmeerraum

Die türkische Wirtschaft befindet sich in einer Systemkrise. Angesichts der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 wächst die Nervosität in der Regierung. Präsident und Regierungspartei befinden sich in einem Überlebenskampf. Im Ukraine-Krieg konnte sich Präsident Erdoğan vor den Wählerinnen und Wählern sowie der internationalen Gemeinschaft als erfahrener internationaler Anführer darstellen. Gleichzeitig kann es eine weitere Militarisierung der türkischen Außenpolitik geben. Spannungen mit Griechenland und eine harte Rhetorik gegenüber der griechischen Regierung können in diesem Zusammenhang gesehen werden. Solange es zu keiner Einigung über die Seegrenzen und die maritimen Wirtschaftszonen kommt, sind hier vor allem bis zu den Wahlen in der Türkei und Griechenland, Spannungen zu erwarten.

Die Türkei fühlt sich umzingelt und durch die Kooperation der übrigen Anrainerstaaten bzw. deren Pläne zur Exploration isoliert. Dieses Gefühl wird auch von Oppositionspolitikerinnen bzw. -politikern geteilt. Die türkischen Provokationen im östlichen Mittelmeer zielen darauf ab, auf die Türkei und ihre Interessen hinzuweisen und als unumgänglichen Gesprächspartner zu positionieren und Verhandlungen zu fordern. Die Möglichkeiten sind allerdings durch die Einigung der übrigen Parteien sowie massive wirtschaftliche Interessen von multinationalen und nationalen Energiekonzernen, die sich schon Explorationsrechte sichern konnten, eingeschränkt.

Parallel dazu bemüht sich die türkische Regierung aber auch vermehrt, ihre regionale und internationale Isolation zu überwinden. Es kam zu Verbesserungen in den Beziehungen mit Israel, Ägypten, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und einzelnen europäischen Staaten.

Angesichts der schwachen Umfragewerte Präsident Erdoğan und der AKP gewinnt die türkische Diaspora als Wählerreservoir an Bedeutung. Allerdings fehlt es der Regierung aufgrund der Wirtschaftskrise an Mitteln und Überzeugungskraft. Eine erneute Eskalation rund um Auslandswahlkampfveranstaltungen von Präsident Erdoğan würde den Bemühungen um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und um ein positives

Image im Westen zuwiderlaufen. Zu erwarten ist, dass die Türkei auch in nächster Zeit ein wichtiger Partner für die europäische Migrationspolitik sein wird.

Keynotes

- Seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 ist eine zunehmende Autokratisierung und Zentralisierung der Macht zu beobachten.
- Die Regierung stellt die Terrorismusbekämpfung als höchste Priorität dar, verfolgt allerdings unter diesem Deckmantel auch Oppositionelle und Kritiker.
- Der russische Angriff auf die Ukraine kam in der denkbar ungünstigsten Zeit für die AKP-Regierung. Durch die Auswirkungen des Krieges verschlechterte sich die ohnehin schlechte Wirtschaftslage noch weiter.
- Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage und den anstehenden Neuwahlen steigt die Nervosität in der Regierung.
- Im östlichen Mittelmeer und der Ägäis sind weiterhin Spannungen zu erwarten. Die Wahlen in der Türkei und Griechenland 2023 können diese weiter anheizen.
- Ausländische Wahlberechtigte gewinnen an Bedeutung, durch die Wirtschaftskrise fehlt es der Regierung allerdings an Überzeugungskraft.



Entwicklungen im Libanon

Stephan Reiner

Die sozioökonomische Gesamtlage im Libanon bleibt äußerst angespannt und stellt die Grundlage für eine Weiterführung bewaffneter Konflikte der unterschiedlichen politischen Entitäten um Ressourcen und um politische Gestaltungsspielräume dar. Diese Entwicklungen hemmen die Umsetzung des Mandats der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL). Die regionalpolitische Gesamtlage ist einer innenpolitischen Konsolidierung hinderlich und wird von einer schwachen Zentralregierung in Beirut auch mit inadäquaten politischen Initiativen adressiert. Von einer Verschärfung der Sicherheitslage ist daher auszugehen.

Anhaltende Krisen

Der Libanon verharrt in stabiler Instabilität. Neben den landesweiten regelmäßig auftretenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einzelnen rivalisierenden sowie konfessionell divergierenden bewaffneten Kräften wird auch eine militärische Auseinandersetzung zwischen

der schiitischen Hisbollah und den militärischen Kräften des Staates Israel im Süden des Landes wahrscheinlicher.

Seit dem Jahre 2019 versucht sich die libanesische Politik in der Bildung einer in ihrer Bestehensdauer zeitlich nachhaltigen und für das Land in wirtschaftlich und politischen Fragen stabilisierenden Regierung. Der letzte diesbezügliche Versuch fand im Mai 2022 statt. Eine Wahlbeteiligung von nur rund 41 Prozent der registrierten Wählerinnen und Wähler war ein erneuter Beweis für die Desillusioniertheit der Bevölkerung. Diese Stimmungslage wird durch einen anhaltenden Kursverfall der libanesischen Währung und durch die damit verbundenen anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten befeuert.

Paradoxe Reaktion

Die zentralen Bezirke in Beirut sind seit der Explosion im Hafen im Jahre 2020 mit rund 4,6 Mrd. Euro Volumen an Schäden an der Infrastruktur und an den Wohngebäuden konfrontiert; eine Behebung dieser ist völlig illusorisch. All diese Entwicklungen haben jedoch indirekt auch positive Auswirkungen auf die Sicherheitslage. Den Aufrufen zu Massenprotesten wird zunehmend weniger gefolgt. Ebenso ist die Solidarität mit der palästinensischen Sache abnehmend, weil die Bevölkerung mit der Bestreitung der Sicherstellung des täglichen Lebensunterhaltes bereits überfordert ist. So entsteht die paradoxe Situation, dass allgemeine Demonstrationen abnehmen, die konfessionellen bewaffneten Konflikte jedoch im Zunehmen begriffen sind.

UNIFIL

Das UN-Kontingent im Südlibanon, das mit der Umsetzung des UNIFIL-Mandates im Sinne der Resolution 1701 (2006) und der Resolution 2650 (2022) betraut ist, wird von diesen Entwicklungen ebenso berührt. Die Gewalt gegen die eingesetzten UN-Kräfte steigt, militärische Aktivitäten der Hisbollah im Einsatzraum zeitigen zunehmend Auswirkungen auf die Auftragserfüllung. Israel registriert diese Entwicklungen und adressiert sie mit operativen Vorbereitungsmaßnahmen.

Flüchtlingssituation

Die Flüchtlingssituation im Libanon selbst bleibt angespannt und ist in Kombination mit der Lage der palästinensischen Flüchtlinge in den seit Jahrzehnten existierenden Flüchtlingslagern für die Administration in Beirut und die Sicherheitskräfte des Landes schlichtweg unbeherrschbar. Bei einer geschätzten Zahl von rund sechs Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern setzen die rund 1,5 Mio. an Flüchtlingen den Zedernstaat auf den weltweit ersten Platz der Reihung der Länder nach der Zahl des jeweiligen Pro-Kopf Verhältnisses zwischen Flüchtlingen und regulären Einwohnerinnen bzw. Einwohnern.

Regionale Perspektive

All diese Entwicklungen werden durch die regionalen Aspekte der Sicherheitslage sowie der politischen Lage verschlechtert. Ebenso sind viele der politischen und militärischen Entitäten an einer Verbesserung der Gesamtlage nicht interessiert und speisen mit ihren Aktivitäten die einzelnen Konflikte. Stellvertretend dafür stehen die Bemühungen um eine Einigung zwischen Beirut und dem Staate Israel zur kooperativen Bewirtschaftung der Gasfelder des östlichen Mittelmeeres. Die Hisbollah konterkariert die Umsetzung regelmäßig.

Die konfrontative Haltung Saudi-Arabiens zur Islamischen Republik Iran zeigt regional-politisch ein massives Potenzial zur militärischen Eskalation. Dies wirkt sich auf die übrigen sicherheitspolitisch relevanten Schauplätze aus und beeinflusst auch die einzelnen libanesischen Parteien und Gruppierungen. Ebenso bringt der europäische Wunsch nach Dekarbonisierung seiner Energiewirtschaft ein strategisches Verschieben der Region hin zu den neuen Absatzmärkten in Südostasien mit sich. Dabei stellt sich die strategische Rivalität zwischen der Volksrepublik China und den USA eskalationsfördernd dar.

Die Europäische Union bleibt mit der Entwicklung in der Ukraine und der damit verbundenen russischen Frage in ihrem Fokus völlig gebunden. Eine Verbesserung der Gesamtlage im Libanon ist auszuschließen. Mit zunehmender innenpolitischer und sozioökonomischer Fragilität, mit einem Aufflammen von großflächigen bewaffneten Unruhen und einer zunehmend bürgerkriegsartigen Sicherheitslage mit Potenzial zu einer regional relevanten Eskalation muss gerechnet werden.

Keynotes

- Armut, Perspektivlosigkeit und Korruption werden im Libanon zu anhaltenden bewaffneten Konflikten führen.
- Die sozioökonomische Gesamtlage verschärft sich aufgrund der Dispute um die Gasförderung.
- Die Dekarbonisierungsstrategie der EU führt zu einer Hinwendung der MENA-Region in den ostasiatischen Wirtschaftsraum.
- Für Europa bedeuten die krisenhaften Entwicklungen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ein anhaltend hohes Migrationsaufkommen.
- Für Österreich haben die krisenhaften Entwicklungen in der Region nicht zuletzt aufgrund der zahlenmäßig starken Diasporagruppen im eigenen Land Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die soziale Kohäsion.
- Auch das österreichische UNIFIL-Kontingent ist von der fragilen Sicherheitslage im Libanon betroffen.



Israels Sicherheitspolitik

Michaël Tanchum

Im Jahr 2023 wird Israel mit größeren Bedrohungen konfrontiert sein, allerdings mit einer auch größeren Zahl von Partnern im Nahen Osten, in Afrika und Europa. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wird die europäischen Staaten dazu veranlassen, ihre Verteidigungszusammenarbeit mit Israel weiter zu vertiefen, um israelische Militärtechnologie und Fachwissen zu erwerben. Israel wird versuchen, seine Beziehungen zu Moskau aufrechtzuerhalten, ist jedoch beunruhigt über den Einsatz iranischer Waffen durch Russland in der Ukraine.

Das Bedrohungsumfeld Israels

Die primäre Bedrohung für Israel geht von den unkonventionellen militärischen Fähigkeiten des Iran in drei Bereichen aus: von seinem Atomwaffenprogramm, seinem Programm für ballistische Raketen und Drohnen und von den Stellvertreterstreitkräften an Israels Grenzen im Libanon, in Syrien und den palästinensischen Gebieten sowie im Irak und Jemen.

Alle drei stehen unter dem Kommando des iranischen Parallelmilitärs, des Korps der Iranischen Revolutionsgarden (IRGC). Sofern nicht ein künftiges internationales Abkommen diese drei Fähigkeiten beschränkt, wird der Iran weiterhin die größte Sicherheitsbedrohung für Israel darstellen, selbst wenn Teheran von der Entwicklung einer vollständigen Atomwaffenkapazität absieht.

Durch die vom IRGC koordinierten Stellvertreter-Milizen verfügt der Iran über einen strategischen Korridor von seinem Territorium über den Irak bis zu den Mittelmeerküsten Syriens und des Libanon. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat es dem IRGC ermöglicht, seine Operationen in Syrien auszuweiten und die Fähigkeiten der mit dem IRGC verbündeten Hisbollah im Libanon zu verbessern. Die Hisbollah fungiert als Speerspitze der iranischen Hard Power. Sie verfügt über ein Arsenal aus dem Iran gelieferter ballistischer Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 300 bis 700 km. Das gesamte Arsenal der Hisbollah wird auf 150.000 Raketen geschätzt. Außerdem erhält die Hisbollah vom Iran einen jährlichen Geldtransfer in Höhe von etwa 700 Mio. US-Dollar.

Irans Präsenz in Syrien besteht aus 131 Stützpunkten und Außenposten für IRGC-Kräfte, die Hisbollah und andere Milizen, darunter der mit dem IRGC verbündete Palästinensische Islamische Jihad (PIJ), die zweitgrößte militante palästinensische Organisation nach der Hamas, dem Ableger der Muslimbruderschaft, der den Gazastreifen gewaltsam übernommen hat und vom Iran finanziell und militärisch unterstützt wird. Der PIJ fungiert als palästinensisches Pendant zur libanesischen Hisbollah. Die Verankerung der Hisbollah auf der syrischen Seite der Golanhöhen ist ein weiteres Problem. Israelische Vergeltungsschläge auf Stellungen des IRGC und der Hisbollah in Syrien haben Damaskus dazu veranlasst, darum zu bitten, Israel nicht von seinem Gebiet aus anzugreifen.

Israel ist auch im Roten Meer sowie im Mittelmeer durch den Iran und seine Verbündeten bedroht. Im Jahr 2022 verstärkte der Iran seine Marinepräsenz im südlichen Roten Meer sowie im Golf von Aden und bedroht damit den israelischen Handel. Die Marineeinheiten der Hisbollah verfügen über iranische Marschflugkörper zur Schiffsabwehr, Angriffsboote aus iranischer Produktion und wahrscheinlich auch über iranische Mini-U-Boote vom Typ „Ghadir“. Das israelisch-libanesisches Abkommen über die Seegrenze wird, sofern es ratifiziert wird, die Spannungen verringern.

Das IRGC und die Hisbollah stellen der Hamas und dem PIJ im Gazastreifen finanzielle Mittel, Waffen und technische Unterstützung zur Verfügung und helfen beiden bei der Entwicklung ihrer Raketenfähigkeiten. Während des Konflikts mit dem Gazastreifen vom 10. bis zum 18. Mai 2021 wurden 4340 Raketen auf Israel abgefeuert. Das israelische Luftabwehrsystem „Iron Dome“ fing die Raketen zu 90 Prozent ab. Im Jahr 2022 erhöhte sich die Wirksamkeit des Systems auf 97 Prozent. Israel hat keine klare Strategie, um eine weitere militärische Aufrüstung zu verhindern, ohne dass Operationen mit großen Opfern unter der Zivilbevölkerung des Gazastreifens erforderlich sind.

Das Westjordanland und der Gazastreifen stellen eine wachsende Bedrohung für die nationale Sicherheit Israels dar, da dort eine neue Generation heranwächst, die nicht die verheerenden Folgen der zweiten Intifada (2000–2005) erlebt hat. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die weithin als korrupt und ineffektiv gilt, ist bei dieser neuen Generation in Misskredit geraten. Israel ist aber auf die Palästinensische Autonomiebehörde angewiesen, um die Stabilität im Westjordanland aufrechtzuerhalten. Es braucht daher eine Politik, die eine effizientere Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützt.

Ohne eine Verbesserung der palästinensischen Verhältnisse muss Israel darauf vorbereitet sein, gleichzeitig einen groß angelegten Flächenbrand mit der Hamas sowie dem PIJ und koordinierte militante Operationen, die vom Westjordanland ausgehen, zu bekämpfen. Da Israel weder die Absicht hat, den Gazastreifen wieder zu besetzen, noch für seine Bewohner verantwortlich sein möchte, hat es die Hamas aus Angst vor dem daraus resultierenden Chaos oder einer Übernahme durch noch extremere Gruppierungen nicht vernichtet. Israel verharrt in einer Warteschleife: Es schreckt vor fortgeschrittenen militärischen Fähigkeiten in den palästinensischen Gebieten zurück und schränkt sie ein, während es gleichzeitig folgenschwere Entscheidungen über Israels Beziehung zu den Gebieten und deren Rechtsstatus aufschiebt. Eine Verbesserung der Bedingungen wird wahrscheinlich durch die wachsende Partnerschaft Israels mit wichtigen arabischen Staaten erreicht.

Israels wachsende regionale Sicherheitskooperation

Die „Abraham Accords“ aus dem Jahr 2020, die die Beziehungen Israels zu den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und später auch zu Marokko und zum Sudan normalisierten, haben Israels Sicherheitslage verbessert. Die arabischen Golfstaaten vertiefen ihre Sicherheitsbeziehungen zu Israel, um dem Iran und iranischen Stellvertretern sowie extremistischen sunnitischen Kämpfern zu begegnen. Die VAE und Bahrain erhöhen ihre Interoperabilität mit Israel durch multilaterale Übungen, die von den USA und europäischen Staaten ausgerichtet werden, sowie durch bilateralen Austausch. Die VAE und Marokko bemühen sich um einen besseren Zugang zu israelischer Drohnen- und Raketenabwehrtechnologie einschließlich gemeinsamer Entwicklung.

Die Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Golfstaaten haben sich positiv auf die ägyptisch-israelische Sicherheitszusammenarbeit ausgewirkt. Kairo spielt eine zunehmend wichtige Rolle bei der Stabilisierung des Gazastreifens. Auch wenn Saudi-Arabien seine Beziehungen ohne eine palästinensisch-israelische Friedensregelung wahrscheinlich nicht vollständig normalisieren wird, wächst die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten. Bahrain, ein Aushängeschild der saudi-arabischen Außenpolitik, unterzeichnete 2022 ein Abkommen mit Israel über die Sicherheitskooperation. Von großer Bedeutung für Israel waren 2022 die Wiederherstellung der vollen diplomatischen Beziehungen und die Wiederaufnahme der Sicherheitskooperation mit der Türkei, wie die Zusammenarbeit auf hoher Ebene bei der Vereitelung angedrohter iranischer Anschläge auf israelische Bürger in der Türkei zeigt.

Israel und Russland

Die Tatsache, dass Russland ab Herbst 2022 iranische Drohnen für Angriffe auf die Ukraine einsetzt, ist eine besorgniserregende Entwicklung für Israel, da Russland mittels Luftangriffen gegen das IRGC in Syrien Waffenlieferungen an die Hisbollah verhinderte. Berichten zufolge operieren iranische Drohnenausbildner auf der Krim. Israel hat der Ukraine Informationen über iranische Drohnen geliefert, sich aber geweigert, Kiew sein Iron-Dome-System zur Verfügung zu stellen. Gegen Ende des

Jahres 2022 stellte Israel seine Operationen in Syrien wegen möglicher Vergeltungsmaßnahmen Moskaus vorübergehend ein.

Israel und Europa

Israel ist der zehntgrößte Waffenexporteur der Welt. Im östlichen Mittelmeerraum hat Griechenland von Israel hergestellte Medium Altitude Long Endurance (MALE)-Drohnen geleast. Im Jahr 2021 unterzeichnete Griechenland ein Abkommen im Umfang von 1,68 Mrd. US-Dollar mit Israel, um in Griechenland eine Luftkampftrainingseinrichtung für die griechischen Luftstreitkräfte aufzubauen und zu betreiben. Israel wird weiter ein Sicherheitspartner für Griechenland sein und so die erneuerte Zusammenarbeit mit der Türkei ausgleichen. Im übrigen Mittelmeerraum beauftragte Frontex israelische Verteidigungsunternehmen mit der Luftraumüberwachung des Seeverkehrs mit israelischen MALE-Drohnen.

Israel ist nicht nur im Mittelmeer ein zunehmend wichtiger Partner für Europa, sondern auch an dessen östlichen Grenzen und in der Schwarzmeerregion. Israels Rüstungsexporte beliefen sich 2021 auf insgesamt 8,3 Mio. US-Dollar, wobei davon 30 Prozent auf Europa entfielen. Die Tschechische Republik und Ungarn kauften ELM-2084-Multimissionsradare, die in Israels Iron Dome und anderen Systemen verwendet werden. Im März 2022 kaufte Schweden Israels hochpräzise M339 120-mm-Munition und Dateneinstellgeräte für seine Leopard-Kampfpanzer.

Im Juli 2022 unterzeichneten Österreich und Israel eine umfassende strategische Partnerschaft, in der die gegenseitigen Sicherheitsherausforderungen festgelegt sind. Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer bezeichnete Israel als „einen besonders wichtigen Partner und Freund Österreichs“ und erklärte: „Wir wollen daher unsere engen Beziehungen auf allen Ebenen weiter vertiefen.“ Nehammer deutete an, dass Österreich am Erwerb der israelischen Raketenabwehr- und Drohnentechnologie interessiert sei: „Die Bedrohung durch Raketen ist näher gerückt. Sie hat unser bisheriges strategisches Handeln auf den Kopf gestellt. Wir müssen die Luftverteidigung sicherstellen.“

Keynotes

- Israel wird mit weniger, aber intensiveren Bedrohungen konfrontiert sein, dies jedoch mit mehr Sicherheitspartnern im Nahen Osten, in Afrika und Europa.
- Die arabischen Golfstaaten vertiefen rasch ihre Sicherheitsbeziehungen zu Israel, um gegen den Iran und iranische Stellvertreter sowie gegen extremistische sunnitische Kämpfer vorzugehen.
- Die primäre Bedrohung für Israels Sicherheit geht von drei unkonventionellen militärischen Fähigkeiten des Iran aus: vom Atomwaffenprogramm, vom Programm für ballistische Raketen und Drohnen sowie vom Netzwerk von Stellvertreterkräften an Israels Grenzen.
- Das Westjordanland und der Gazastreifen stellen eine wachsende Bedrohung für die nationale Sicherheit Israels dar, da dort eine neue Generation heranwächst, die nicht die verheerenden Folgen der zweiten Intifada erlebt hat.
- Der Iran und die Hisbollah stellen der Hamas und dem PIJ im Gazastreifen finanzielle Mittel, Waffen und technische Unterstützung zur Verfügung und helfen bei der Entwicklung ihrer Raketenfähigkeiten.
- Russlands Einsatz iranischer Drohnen für Angriffe auf die Ukraine ist eine besorgniserregende Entwicklung für Israel, das sich auf Moskaus Absicht verlassen hat, in Syrien Luftangriffe gegen das IRGC durchzuführen und damit Waffenlieferungen an die Hisbollah zu verhindern.
- Der Krieg Russlands gegen die Ukraine macht Israel zu einem immer wichtigeren Partner für Europa an seinen Ostgrenzen und in der weiteren Schwarzmeerregion, insbesondere als Waffenlieferant für europäische Staaten.



Iran zwischen Eskalation und Evolution

Walter Posch

2023 steht der Iran vor komplexen innen- und außenpolitischen Herausforderungen. Dazu gehören die Auswirkungen der Protestbewegung auf die politische Führung, die Verhandlungen zum Wiener Nuklearabkommen, der Krieg in der Ukraine, die Situation im Kaukasus, in Afghanistan, Syrien und im Irak sowie die Neugestaltung bzw. Verbesserung des Verhältnisses zu den arabischen Golfstaaten. Keines der genannten außenpolitischen Probleme lässt sich mit althergebrachten ideologischen Schablonen bewältigen. Die Regierung unter dem Isolationisten Ebrahim Raisi muss daher versuchen, einen interessenbasierten pragmatischen Kurs zu fahren, den der jetzige Präsident als Oppositionspolitiker noch zu hintertreiben versucht hatte.

Innenpolitische Situation

Der ungeklärte Tod einer kurdisch-stämmigen jungen Iranerin im Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei führte landesweit zu Protesten. Beileidsbekundungen von Seiten sunnitischer Kleriker an die Hinterbliebenen, darunter auch Fundamentalisten aus Belutschistan und Kurdistan, veränderten die politische Dynamik. Die Protestierenden fordern Rechtsstaatlichkeit, ein Ende der Polizeigewalt, Prozesse gegen die Verantwortlichen für Vergewaltigungen und Massaker, die Auflösung der Sittenpolizei und die Aufnahme von Sunniten in den Sicherheitsapparat. Mittlerweile muss das Regime sich entscheiden, ob es auf die reine ideologische Lehre setzt, dann muss es mit aller Härte durchgreifen, oder ob es die Evolution hin zu einem Rechtsstaat wagt, womit es sein ideologisches Kernelement opfern würde.

Außenpolitisches Profil

Auf die Außenpolitik wirken sich diese Proteste zunächst nur indirekt aus. Zum einen, weil die arabischen Nachbarn, insbesondere die Golfstaaten, die Vorbildwirkung zivilgesellschaftlicher Forderungen sowie unkontrollierbare Konfessionskonflikte fürchten, zum anderen, weil sie den iranischen Staat nach wie vor als voll handlungsfähig beurteilen. Die Positionen im Irak, im Jemen und in Syrien sind weitgehend abgesteckt, und es findet eine vorsichtige Annäherung zwischen dem Iran und den Emiraten und Saudi-Arabien statt, ohne wirklich zur Normalisierung der Beziehungen zu führen.

In Afghanistan war es der jetzige Präsident selbst, der unmittelbar nach seiner Wahl die Hilfe sunnitischer Religionsgelehrter aus dem Osten des Landes für Vermittlung bei den Taliban in Anspruch nahm. Teherans Wunsch nach Besserstellung der afghanischen Schiiten durch die Taliban ist nur dann glaubwürdig, wenn die Diskriminierung der iranischen Sunniten ein Ende findet. Etwas stärker wirken sich die Proteste auf die internationale Kurdenszene aus. Kurdischen Politikerinnen und Politikern von Erbil bis Kandil bleibt keine andere Wahl, als sich mit den iranischen Kurdsinnen und Kurden solidarisch zu erklären, selbst wenn sie bis in jüngste Zeit nachrichtendienstlich und politisch eng mit Teheran zusammengearbeitet haben. Außerdem hoffen kurdische Parteien und Organisationen infolge ihrer offenen antiiranischen Positionierung auf Unterstützung

durch regionale und internationale Akteure. Das dadurch gewonnene Selbstvertrauen birgt das hohe Risiko politisch-militärischer Fehlkalkulationen, die bis zur unkontrollierbaren Eskalation führen können.

Eine erste regionalpolitische Herausforderung stellte Baku an Teheran. Der schiitische Iran, dessen zweites Staatsvolk nach den Perserinnen bzw. Persern die Aserbaidtschanerinnen und Aserbaidtschaner sind, befindet sich seit den frühen 1990er Jahren in einer Partnerschaft mit dem christlichen Armenien. Diese Rolle nimmt in dem Maße zu, in dem die Bedeutung Russlands als Garant für die Sicherheit Armeniens abnimmt. Das ist vor allem seit dem letzten armenisch-aserbaidtschanischen Krieg um Nagorno-Karabach und seit dem Beginn des Ukrainekrieges der Fall. Als im Oktober 2022 aserbaidtschanische Politikerinnen und Politiker die Unversehrtheit des armenischen Staatsgebiets in Frage stellten, antwortete Teheran mit umfangreichen Manövern an seiner Grenze. Die rasche Mobilmachung und der reibungslose Ablauf bestätigten die Handlungsfähigkeit des Iran.

Der Iran und Russland

Teheran war stets um gute Beziehungen zu den beiden Wirtschaftspartnern Russland und Ukraine bemüht. Der russische Einmarsch weckte im Iran unangenehme historische Erinnerungen an die russische Expansionspolitik gegen den Iran im 19. und die sowjetische Besatzungspolitik im 20. Jahrhundert. Gleichzeitig zeigte sich, dass trotz großer Auffassungsunterschiede in wichtigen bilateralen Politikfeldern die gemeinsamen Interessen – nicht zuletzt das Feindbild „Westen“ – eine solide Kooperationsbasis bilden. Dass im Zuge des Ukrainekrieges die Russen erstmals iranische Drohnen und Raketen zum Einsatz brachten, stellt zunächst der von den Revolutionsgarden kontrollierten iranischen Rüstungsindustrie ein gutes Zeugnis aus. Gleichzeitig widerspricht die Proliferation dieser Waffensysteme der vorsichtigeren Politik des Außenministeriums, das über die eigenen Waffenlieferungen nicht informiert worden war und dessen Diplomateninnen und Diplomaten sich während des entsprechenden UN-Votums über Russlandsanktionen absentiert hatten. Abhängig vom weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine ist davon auszugehen, dass das russisch-iranische Verhältnis sich 2023 intensivieren wird.

Russland bleibt nach wie vor eine diplomatische Großmacht und ist Teil des Formats für die Nuklearverhandlungen in Wien. Eine Fortsetzung der Verhandlungen zum Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) ist erst zwischen Weihnachten und dem persischen Neuen Jahr (21. März) auf Basis des letzten, vorliegenden Angebots möglich. Noch sind alle Beteiligten überzeugt, dass die Verhandlungen für sich genommen Sinn machen. Fraglich ist, ob die US-amerikanische Administration genügend politisches Kapital besitzt, das Nuklearabkommen in den USA durchzusetzen, und ob die Regierung Raisi flexibel genug ist, vorhandene Chancen zu ergreifen. Es ist daher gut möglich, dass im Jahr 2023 eher Gespräche als Verhandlungen stattfinden werden.

Keynotes

- Die iranische Bürgerrechtsbewegung wirkt sich bei der Kurdenfrage und hinsichtlich Afghanistans indirekt auf die iranische Außenpolitik aus.
- 2023 wird sich herausstellen, ob die Lieferung iranischer Waffensysteme für Moskau eine Neuaufstellung der iranisch-russischen Beziehungen zur Folge haben wird.
- Auch im Verhältnis zu Armenien und Aserbaidschan muss sich der Iran erst in die Rolle einer Schutzmacht für Armenien einfinden.
- Die Verhandlungen zum Wiener Nuklearabkommen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit als Expertinnen- bzw. Expertengespräche geführt werden.



Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Kräfte

Auswirkungen auf die regionale Sicherheitslage und die EU

Thomas Ruttig

Die Taliban-Herrschaft in Afghanistan hat sich konsolidiert. Der örtliche Ableger des Islamischen Staates (ISKP) und bewaffnete Widerstandsgruppen gefährden sie nicht. Die größten Gefahren für innerafghanische Konflikte stellen die humanitäre und wirtschaftliche Krise sowie ethnische Spannungen dar. Für Befürchtungen, dass Afghanistan erneut ein Zentrum des internationalen islamistischen Terrorismus wird, gibt es kaum Belege. Terroris­mus­gefahr aus Afghanistan richtet sich in erster Linie gegen Afghaninnen und Afghanen. Obwohl es für Menschen in Afghanistan jetzt mehr Gründe als je zuvor gibt, das Land zu verlassen, liegt die Zahl afghanischer Asylwerberinnen und -werber aufgrund der

Abschottungsmaßnahmen in der EU weit unter jener der Jahre 2015/16, bei vielen Opfern auf den Fluchtwegen.

Politische Situation und Sicherheitslage

Die Taliban haben seit der erneuten Einnahme Kabuls Mitte August 2021 ihre Macht konsolidiert und ihr Islamisches Emirat Afghanistan wiedererrichtet. Dies geht mit einer weitgehenden Außerkraftsetzung von Menschen-, insbesondere Frauen-, und Bürgerrechten einher. Das delegitimiert das Taliban-Regime in großen Teilen der Bevölkerung und isoliert es international, allerdings weniger als während ihrer ersten Herrschaftszeit von 1996 bis 2001.

Ähnlich wie alle Vorgängerregierungen sind die Taliban nicht in der Lage, das gesamte Territorium permanent zu besetzen und zu kontrollieren. Anhaltende, wenn auch begrenzte Proteste von Frauen und sporadischer, zersplitterter bewaffneter Widerstand in Teilen des Landesnordens sowie Terrorangriffe des ISKP gefährden mangels unterstützender zivilgesellschaftlicher Strukturen bzw. einer breiteren sozialen Basis ihre Herrschaft aber nicht. Die bewaffneten Widerstandsgruppen sind wenig populär, da sie ähnliche terroristische Mittel einsetzen wie die Taliban während ihrer Insurgency-Phase und auf Fraktionen zurückgehen, die Bestandteil des korrupten politischen Systems vor 2021 waren und für ihren Ethnozentrismus bekannt sind. Vor allem die allgemeine Kriegsmüdigkeit, die die Bevölkerung in vielen Landesteilen dazu brachte, sich mit der Taliban-Herrschaft zu arrangieren, begrenzt ihr Mobilisierungspotenzial. Ihre fehlende Koordination erlaubte es den Taliban bisher stets, konzentriert Kämpfer gegen örtliche Rebellionen in den Kampf zu werfen.

Die Regierungsstrukturen der Taliban unterscheiden sich formal wenig von denen ihrer Vorgängerregierungen. Allerdings gibt es keine Verfassung, kein Parlament und keine Wahlen mehr. Ihre Regierung bezeichnen die Taliban als „provisorisch“. Oberste Entscheidungsinstanz ist Taliban-Chef Hebatullah Achundsada mit seinem Titel Amir ul-Momenin (Befehlshaber der Gläubigen), beraten vom Taliban-Führungsrat in Kandahar. Hebatullah machte mehrmals klar, dass die Umsetzung des islamischen Rechts politische Priorität genießt. Dabei lehnt er Kompro-

misse ab. Alle nicht auf der Scharia beruhenden Gesetze sollen abgeschafft werden. Gleichzeitig ist wegen der Notwendigkeit moderner Regierungsführung, z.B. im Finanz- und Steuerwesen, pragmatisches Handeln erkennbar. Das überlässt die Taliban-Führung aber dem zweithöchsten Regierungsorgan, dem Kabinett in Kabul. Der Amir greift nur bei der Überschreitung roter Linien ein, etwa als er die Wiedereröffnung weiterführender staatlicher Mädchenschulen verhinderte.

Insgesamt bleibt die Regierungsführung erratisch, unberechenbar und wenig zentralisiert. Die Taliban-Führung lässt subnationalen Taliban-Akteuren weiten Spielraum. So sind weiterführende Mädchenschulen in mehreren Provinzen weiter aktiv. Ausmaß und Zielgruppen von Repression differieren örtlich und zeitlich. Dissens zu vermeiden und die Einheit der Taliban-Bewegung zu bewahren ist eine zweite Priorität.

Bedrohungslage

Seit August 2021 äußerten Regierungen und Analytikerinnen bzw. Analytiker die Befürchtung, dass das Land erneut zum Zentrum des internationalen islamistischen Terrorismus wird. Dafür gibt es aber wenig konkrete Belege. Bis zu ihrer erneuten Machtübernahme zeigten sich die Taliban willens und in der Lage, nichtafghanische Terrororganisationen zu kontrollieren und grenzüberschreitende Aktivitäten zu verhindern. Das entspricht ihrem Interesse an einem möglichst spannungsfreien Verhältnis mit China, Russland und den Staaten Zentralasiens. Auch die Anwesenheit von al-Qaeda-Chef Aiman al-Zawahiri in Kabul, der dort im Juli 2022 durch einen US-Drohnenanschlag getötet wurde, bedeutet nicht unbedingt, dass die Taliban dieser Gruppe mehr Spielraum gewähren. Einige Analytikerinnen und Analytiker gehen davon aus, dass Zawahiri zuletzt nur noch wenig praktischen Einfluss auf Untergruppen der Organisation in anderen Weltteilen hatte. Auch in Afghanistan scheint al-Qaeda kein eigenständiger militärischer Akteur mehr zu sein.

Mehr Spielraum in Afghanistan genießen militante Gruppen aus Pakistan, darunter die Pakistanische Talibanbewegung TTP. Sie bilden eine wichtige Schnittstelle zum ISKP, der auch Pakistan als sein Operationsgebiet betrachtet. Afghanistans Taliban vermitteln daher in Verhandlungen zwischen der TTP und Pakistans Regierung.

Gegen den ISKP sowie das lokale salafistische Milieu, aus dem die Gruppe sich rekrutiert, gehen die Taliban rabiat vor. Der ISKP findet außer in marginalen, ultraslamistischen Kreisen keine Zustimmung. Es sind auch keine Versuche zu erkennen, wieder Kontrolle über Teile des afghanischen Territoriums herzustellen. Gestützt auf klandestine Zellen beschränkt sich die Gruppe auf Terrorangriffe auf nicht-sunnitische religiöse Minderheiten sowie die Taliban. Behauptungen, dass Verarmung Kämpfer der Taliban oder der früheren Regierungskräfte in die Reihen des ISKP führen, sind über wenige Einzelfälle hinaus nicht belegt. Terrorismus aus Afghanistan richtet sich in erster Linie gegen Afghaninnen und Afghanen.

Eine größere Gefahr, weil mit höherem Mobilisierungspotenzial verbunden, stellen ethnische Spannungen dar. Dass bis auf wenige Ausnahmen Paschtunen das nationale Führungspersonal der Taliban dominieren, tendenziell abnehmend auch auf der subnationalen Ebene, sorgt bereits für Unmut. Die Rebellion des einzigen höheren Funktionärs aus der Hasara-Bevölkerungsgruppe konnten die Taliban schnell niederschlagen. Ein Rückzug hoher afghano-usbekischer Militärführer aus der Taliban-Bewegung im Frühherbst 2022 könnte sich längerfristig als problematischer erweisen.

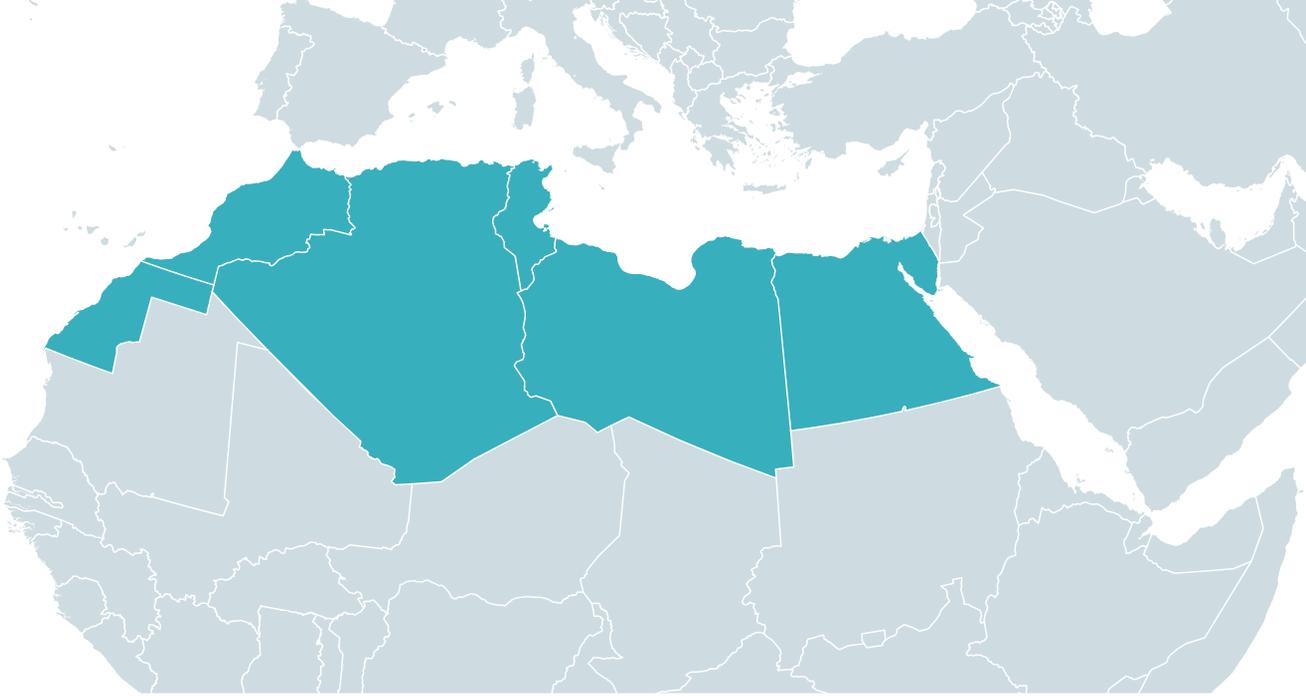
Langfristig geht die größte Gefahr für das Taliban-Regime von der wirtschaftlichen und insbesondere von der drohenden zyklischen humanitären Krise aus. Die internationale Isolierung führte zum Ausfall von Entwicklungszahlungen zur Bekämpfung von Krisenursachen. Aus eigenen Mitteln ist Afghanistan auch nicht in der Lage, den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, von denen es laut UN überdurchschnittlich betroffen sein wird.

Obwohl für Menschen in Afghanistan in Folge der Taliban-Herrschaft mehr Gründe als je zuvor bestehen, das Land zu verlassen, verzeichnete die EU 2021/22 bisher einen vergleichsweise moderaten Anstieg an Asylanträgen von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Die Zahlen verdoppelten sich 2021 gegenüber dem Vorjahr zwar, lagen aber weit unter den Spitzenwerten von 2014/15. Abschottungsmaßnahmen verhindern weitgehend effektiv, aber mit vielen Opfern, dass Afghaninnen und Afghanen Schutz in Europa finden können. Nur knapp zehn Prozent der über die Mittelmeerroute meist in Griechenland ankommenden Flüchtlinge stammen aus Afghanistan.

Angesichts der auf absehbare Zeit krisenhaften wirtschaftlichen und humanitären Lage in Afghanistan werden die EU und ihre Mitgliedsländer allerdings gefordert sein, dauerhaft humanitäre Hilfe zu leisten. Sie stehen vor der Herausforderung, Wege zu finden, wie die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan wiederaufgenommen werden kann, ohne das Taliban-Regime politisch anzuerkennen, bevor nicht deutliche Verbesserungen der Menschenrechtslage eintreten.

Keynotes

- Dass, wie befürchtet, Afghanistan erneut ein Zentrum des internationalen islamistischen Terrorismus wird, ist kaum belegbar.
- Terrorismus aus Afghanistan richtet sich in erster Linie gegen Afghaninnen und Afghanen.
- Al-Qaeda scheint in Afghanistan kein eigenständiger militärischer Akteur mehr zu sein.
- Der örtliche Ableger des Islamischen Staates und bewaffnete Widerstandsgruppen gefährden die Herrschaft der Taliban nicht.
- Die größten Gefahren für innerafghanische Konflikte stellen die Wirtschaftskrise und ethnische Spannungen dar.



Nordafrika zwischen Stagnation und Turbulenz

Canan Atilgan

Nordafrika ist geprägt von fragiler Staatlichkeit, politischer Unsicherheit sowie sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Der Arabische Frühling vor einer Dekade gilt allgemein als gescheitert, während der Ruf nach sozialem, wirtschaftlichem und politischem Wandel anhält. Die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg trafen die wirtschaftlich und sozial ohnehin fragilen Länder besonders hart und fungieren als Brandbeschleuniger für die vielen Herausforderungen. Parallel dazu prägen Konflikte wie in der Westsahara oder in Libyen und zwischenstaatliche Streitigkeiten die geopolitischen Dynamiken.

Politische Stagnation

Die mit dem demokratischen Aufbruch vor einer Dekade angestoßenen Transformationsprozesse sind inzwischen vollständig zum Erliegen ge-

kommen. Selbst in Tunesien, dem Geburtsland des Arabischen Frühlings, mündeten die großen Hoffnungen der Revolution im politischen Chaos und wirtschaftlichen Niedergang. Die umfassende sozioökonomische Krise, die den Unruhen zugrunde lag, bleibt auch heute weitgehend ungelöst, sodass die Auseinandersetzung zwischen den Menschen und ihren politischen Eliten in der Region noch nicht beendet ist und sich möglicherweise ausweiten wird. Die Resilienz und staatliche Stabilität in den meisten nordafrikanischen Ländern schwindet weiter – und damit auch das Vertrauen der Menschen in den Staat, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Dabei ist bemerkenswert, dass sich der Unmut der Menschen nicht nur gegen Paläste und Regierungen, sondern zunehmend gegen politische Parteien und Parlamente richtet. Dieser Vertrauensschwund in Parteien und Parlamente lässt sich an dem dramatischen Rückgang in der Wahlbeteiligung quer durch die Region ablesen. Wir sehen hier eine de facto Absage eines Großteils der Bevölkerung an wesentliche Elemente einer repräsentativen Demokratie. Ein positiver Trend lässt sich identifizieren: Konfessionelle Motive in Teilen der arabischen Welt, insbesondere unter der Jugend, haben an Überzeugungskraft verloren. Politik entlang religiöser Bruchlinien stößt laut Studien und Umfragen auf breite Ablehnung. So war es nicht verwunderlich, dass bei den Parlamentswahlen in Marokko, Algerien, Tunesien oder anderswo islamistische politische Parteien schwere Niederlagen erlitten.

Wirtschaftliche und soziale Turbulenzen

Die wirtschaftliche Regression und die sozialen Verwerfungen in Ländern wie Tunesien, Ägypten oder Algerien haben ein autokratisches bzw. ein anti-pluralistisches Moment unter den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Eliten entstehen lassen, weil es Stabilität, Effizienz und Modernisierung verspricht. Heute überwiegen in der Problemanalyse schlechte Regierungsführung, Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit unter jungen Menschen. Tatsächlich hat sich der wirtschaftliche und soziale Verfall in den letzten Jahren weiter verschärft und mit der Pandemie noch zugespitzt. So ist beispielsweise die durch COVID-19 ausgelöste Rezession der vermutlich tiefste wirtschaftliche Einbruch in der Geschichte Tunesiens seit seiner Unabhängigkeit. Pandemiebedingt ist im gesamten nordafrikanischen Raum der Tourismus um 62 Prozent

eingebrochen. Ägypten und Marokko gehören zudem zu den Ländern, die weltweit am stärksten von den BIP-Verlusten infolge des Rückgangs des Tourismus betroffen sind.

Die Region ist nunmehr auch von den Folgen des ukrainisch-russischen Krieges stark betroffen. Von den Energiepreisen und den Weizenimporten bis zum Tourismus – die Auswirkungen der Kämpfe auf die Region sind vielfältig. Insbesondere ist die Ernährungssicherheit ernsthaft bedroht, weil alle Länder bis zu 80 Prozent ihrer Weizenimporte aus der Ukraine bzw. aus Russland beziehen. Lebensmittelpreise schnellen bereits in die Höhe, aufgrund fiskalischer Engpässe werden viele Staaten wichtige Grundnahrungsmittel nicht subventionieren können, und das kann zu neuen, erheblichen Unruhen führen, allen voran in Ägypten, aber auch im Maghreb. Nordafrika stand bereits vor dem Ukraine-Krieg unter Druck. 2021 entfielen auf die Region Naher Osten und Nordafrika nur sechs Prozent der Weltbevölkerung, aber über 20 Prozent der Menschen, die weltweit in akuter Ernährungsunsicherheit leben.

Geopolitische Dynamiken

Überlagert werden diese wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen von einer beispiellosen Geopolitisierung der Region, in der regionale und globale Rivalitäten ausgefochten und Einflussphären abgesteckt werden. Neue mächtige regionale und globale Akteure wie China, Russland, die Golfmonarchien oder die Türkei umwerben die Länder der Region mit wirtschaftlichen und militärischen Kooperationsangeboten. Diese sind selbst auf der Suche nach neuen Wirtschafts- und Sicherheitspartnern im Norden und Osten. Der gewaltsam ausgetragene Konflikt in Libyen hat sich im Zuge der wachsenden Rivalitäten zwischen Regional- und Großmächten zu einem endlosen Stellvertreterkrieg entwickelt. Der Westsahara-Konflikt belastet nicht nur das marokkanisch-algerische Verhältnis, sondern hat Ausstrahlungskraft auf das Beziehungsgeflecht zwischen Europa und Nordafrika. Der vorangeschrittene Staatszerfall in der gesamten Sahelzone setzt die nordafrikanischen Länder aus dem Süden zusätzlich unter Druck.

Diese geopolitische Dynamik hat Konsequenzen für die Gestaltungsmacht Europas in seiner direkten Nachbarschaft. Seit einigen Jahren zeichnet sich eine Entfremdung der nordafrikanischen Nachbarn von

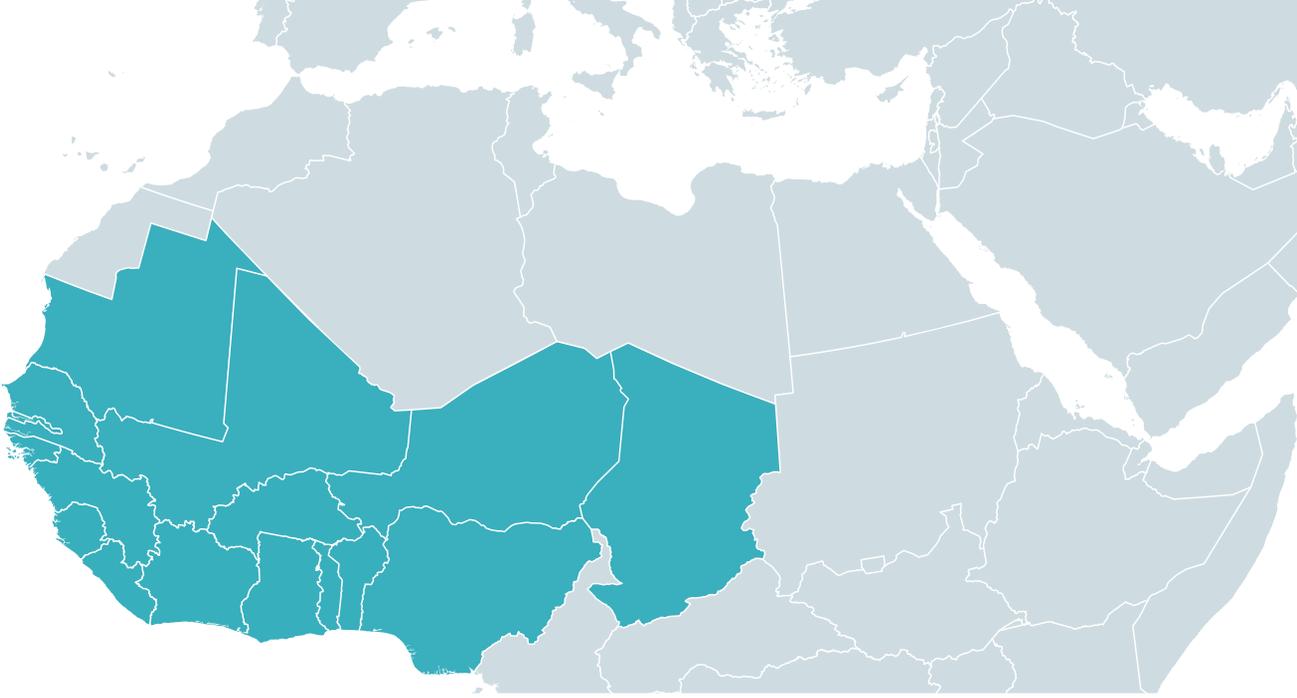
Europa ab. Dies gilt auch für die traditionell europäisch orientierten Partnerländer wie Tunesien oder Marokko. Weder die Eliten noch andere relevante Akteure trauen Europa den Willen oder die Fähigkeit zu, den Verlauf von Konflikten zu beeinflussen, dem wirtschaftlichen Niedergang in der Region entgegenzuwirken oder aber neuen mächtigen Akteuren wie Russland Einhalt zu gebieten. Konkret zeigt sich das in der wachsenden Bereitschaft in diesen Ländern, europäische Kooperationsangebote zurückzuweisen. Regierungen werfen Europa eigennützige Interessenpolitik vor, die Zivilgesellschaft stellt Europas Glaubwürdigkeit mit Blick auf seine eigene Werteagenda in Frage. Umgekehrt ist auch Nordafrika aus dem Fokus Europas gerückt, sodass der Einfluss Europas in seiner südlichen Nachbarschaft – trotz großem Mitteleinsatz – abgenommen hat, während die Abhängigkeiten von dieser Region zunehmen. Das ist in der Migrationsfrage besonders deutlich, und ein ähnlicher Trend ist in der aktuellen Frage der Energiesicherheit erkennbar.

Handlungsempfehlungen für Europa

Wenn Europa langfristige und nachhaltige Wege finden will, um in der eigenen Nachbarschaft relevant zu bleiben und die Zukunft mitzugestalten, dann braucht es nicht nur finanzielle Anreize, umfangreiche Programme und vielfältige Initiativen, sondern ein eigenes Narrativ für die Region und die Definition seiner eigenen Interessen. Europa braucht vor allem eine klare Agenda, eine Priorisierung seiner Ziele und die Bereitschaft, diese mit Entschiedenheit zu verfolgen. Dazu gehört an erster Stelle die Erkenntnis, dass der Ansatz „One size fits all“, der Versuch, allen Nachbarländern unabhängig von ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten das gleiche Kooperationsangebot zu machen, kein besonders strategisches Vorgehen ist. Vielmehr muss es um die Identifizierung von Schlüsselpartnern gehen, mit denen Europa gemeinsam seine Interessen durchsetzen und, wenn erforderlich, gegen andere Akteure agieren kann.

Keynotes

- Die Resilienz und staatliche Stabilität in den meisten nordafrikanischen Ländern schwindet weiter – und damit auch das Vertrauen der Menschen in den Staat, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
- Der soziale und wirtschaftliche Verfall hat sich im Schatten der COVID-19-Pandemie und des Krieges um die Ukraine weiter verschärft und setzt die Regierungen weiterhin unter Druck.
- Der Ruf nach Wandel, Modernisierung und guter Regierungsführung in der Region ertönt weiter und wird sich angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen möglicherweise noch verstärken.
- Überlagert werden diese innen- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen von einer beispiellosen Geopolitisierung der Region, die die regionale Machthierarchie grundlegend verändert hat.
- Der Einfluss Europas in seiner südlichen Nachbarschaft hat – trotz großem Mitteleinsatz – abgenommen, während die Abhängigkeiten Europas von dieser Region zunehmen.
- Europa muss dringend neue Ansätze für und neue Zugänge in die Region finden. Dafür braucht es eine klare Agenda, eine Priorisierung seiner Ziele und die Bereitschaft, diese mit Entschiedenheit zu verfolgen.



Destabilisierung und Staatszerfall in Westafrika

Melissa Mujanayi

Der Mangel an menschlicher Sicherheit in der westlichen Sahelregion wird weiter zunehmen. In Verbindung mit steigendem ökonomischen und ökologischen Druck, Korruption, schlechter Regierungsführung und mangelnder Demokratie führte dies jüngst zu sechs Militärputschen in Westafrika. Die im Raum verbliebenen europäischen und internationalen Kräfte stehen vor zusätzlichen Herausforderungen, und die Handlungsfähigkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU wird in Zweifel gezogen. Die globale Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland hat die Projektion eines hybrid geführten neuen Kalten Krieges in die Region zur Folge. Ein „New Scramble for Africa“, der vor allem durch Fragen der Energiesicherung und der Energiewende katalysiert wird, ist zu beobachten, und es besteht die Gefahr, dass Europa im globalen Machtkampf weiter an Einfluss und Relevanz verliert.

Terroranschläge, interkommunale Gewalt und die Anzahl der intern Vertriebenen in der westlichen Sahelregion sind signifikant gestiegen und werden weiter steigen. In Burkina Faso wurden allein im Jänner 2022 etwa 160.000 Menschen vertrieben. Das Epizentrum terroristischer Aktivitäten befindet sich in Mali sowie im Dreiländereck mit Niger und Burkina Faso. Sie verbreiten sich Richtung Süden, an die Landgrenzen der Küstenstaaten des Golfs von Guinea, sodass diese hierdurch zusätzlich zur steigenden Piraterie unter Druck geraten.

Auf globaler Ebene erhöht sich der Druck auf Westafrika durch den Klimawandelbedingten Ressourcenmangel bei gleichzeitig hohem Bevölkerungswachstum. Naturkatastrophen haben in den letzten Jahrzehnten an Häufigkeit und Schwere zugenommen.

Auf Ebene der politischen Systeme haben Korruption, schlechte Regierungsführung sowie ein Mangel an Demokratie und menschlicher Sicherheit jüngst zu Putschen durch das Militär in Mali (2020 und 2021), im Tschad (April 2021), in Guinea (September 2021) und Burkina Faso (Jänner und September 2022) sowie zu Putschversuchen in Niger (März 2021) und Guinea-Bissau (Februar 2022) geführt.

Ein grundlegender demokratischer Transformationsprozess und ein Zugewinn an menschlicher Sicherheit nach Ende der jeweiligen Transitionsperiode sind in keinem der genannten Fälle zu erwarten. Viele Länder der Region befinden sich in einem Graubereich zwischen Demokratie und Autokratie, in dem die Regierungen zwar einige politische Rechte und bürgerliche Freiheiten achten, aber weit nicht genug, um freie und faire Wahlen zu gewährleisten.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sowohl politisch als auch ökonomisch signifikante Auswirkungen auf Westafrika und die Sahelzone. Die größten wirtschaftlichen Herausforderungen sind die Verfügbarkeit von notwendigen Gütern und die hohen Weltmarktpreise.

Der Abzug Frankreichs und die Verhärtung der Fronten

Die Ankündigung des Abzugs der französischen Operation „Barkhane“ aus Mali und die verstärkte Präsenz russischer Kräfte haben eine Negativspirale ausgelöst, welche die im Raum verbliebenen europäischen und internationalen Kräfte vor zusätzliche sicherheits- und verteidigungspolitische Herausforderungen stellt und nun auch Zweifel an der Handlungsfähigkeit der GSVP anstößt.

So kam es nach der temporären und reversiblen Einstellung der Trainingsaktivitäten der EU-Trainingsmission in Mali (EUTM Mali) und dem Rückzug wesentlicher Truppensteller zu einer drastischen Reduktion von Stärke und Aufgaben der Mission. Die zunächst angestrebten Bemühungen um Regionalisierung haben sich kurz- bis mittelfristig durch den zweiten Putsch in Burkina Faso erübrigt. Es ist denkbar, dass EUTM Mali wie die Schwestermission in der Zentralafrikanischen Republik einer Schließung aufgrund mangelnder Teilnahme der Mitgliedsstaaten nur knapp entgeht.

Die Mission der Vereinten Nationen in Mali ist von der Entwicklung ebenso betroffen, und selbst der zusätzliche deutsche Beitrag kann den Abzug der französischen Missionen nicht kompensieren. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) verliert wie deren Schwestermission in der Demokratischen Republik Kongo an Zustimmung seitens der lokalen Bevölkerung, da sie nicht in der Lage ist, diese zu schützen.

Auch die Verhärtung der Fronten zwischen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) einerseits sowie Guinea und Mali andererseits ist symptomatisch für den Mangel an Legitimation, den sub-regionale und regionale Organisationen wie die Afrikanische Union (AU), aber auch internationale Institutionen erfahren.

Blockfreiheit und „New Scramble for Africa“

Die Negativeffekte der Globalisierung und des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems betreffen Westafrika stark, sodass Narrative über die Verantwortlichkeit westlicher Akteure für den Mangel an menschlicher Sicherheit in der Region auf fruchtbaren Boden fallen. Der Diskurs der malischen Übergangsregierung steht exemplarisch für die Instrumentalisierung dessen zum Machterhalt. Gleichzeitig wird die Hoffnung auf Besserung durch die Machtübernahme von „starken Männern“ und die Zuwendung zu alternativen Partnern wie Russland im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich oder China und der Türkei im Bereich der Wirtschaft geschürt.

Durch die globale Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland sind diese Entwicklungen nochmals dynamisiert worden. Desinformationskampagnen sind ein wesentliches Element der Projektion des hybrid geführten neuen Kalten Krieges in die Region.

In diesem Zusammenhang erlangt auch die Idee der Blockfreiheit wieder an Bedeutung, denn insgesamt fällt der Blick der (west-)afrikanischen Staaten auf den vorherrschenden globalen Antagonismus differenzierter aus. Die Ziele der Blockfreien Staaten ab den 1960ern wie Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Kampf gegen den (Neo-)Kolonialismus und globale Ungleichverteilung haben in Zeiten eines „New Scramble for Africa“, der vor allem durch Fragen der Energiesicherung und der Energiewende katalysiert wird, noch immer Gültigkeit. Nicht Parteinahme, sondern die ökonomische Abhängigkeit vieler afrikanischer Staaten hat Macky Sall, Senegals Staatspräsident und zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der AU, nach Sotschi reisen und über die Sicherstellung von Getreidelieferungen nach Afrika verhandeln lassen.

Europa, der „alte“ Kontinent

Die bisherige Interventionslogik der westlichen Welt – ökonomisch, außen- und sicherheits- oder auch entwicklungspolitisch – hat nicht zu den gewünschten Effekten geführt. Die unterschiedliche Handhabung der politischen Umbrüche in Mali und im Tschad durch die EU zeigen den unglücklichen Versuch eines Spagats zwischen wertebasiertem Engagement mit Konditionalität und der Verfolgung strategischer Interessen. Es besteht die Gefahr, dass Europa im globalen Machtkampf weiter an Einfluss und Relevanz verliert, wenn es seine Herangehensweise nicht hinterfragt.

Auch dem Anspruch eines gemeinschaftlichen Vorgehens im Rahmen des integrierten Ansatzes konnte die Union nicht gerecht werden. Bilaterale Alleingänge, wie von Frankreich, aber auch von Deutschland im Rahmen der Operation „Gazelle“ in Niger praktiziert, hatten nicht nur unter den Mitgliedstaaten der EU, sondern auch innerhalb der G5-Sahel eine eher trennende als einende Wirkung.

Ziel in den kommenden Jahren muss ein möglichst gemeinschaftliches, europäisches Vorgehen auf Basis einer realpolitisch angeleiteten Risikoanalyse des Raums sein. Jedoch ist zu befürchten, dass die nationalen Interessen einiger EU-Mitgliedstaaten einen größeren Einfluss auf die GSVP haben, als dass es zu einer Europäisierung der Politiken der Mitgliedsstaaten und damit mehr Kohärenz im europäischen Vorgehen kommt.

Keynotes

- Die Destabilisierung in Westafrika und der westlichen Sahelregion setzt sich fort.
- Die Handlungsfähigkeit der GSVP steht in Frage.
- Subregionale und regionale Organisationen, aber auch internationale Institutionen verlieren an Legitimation.
- Die Versuche der Einflussnahme unterschiedlicher Akteure auf einzelne westafrikanische Staaten werden im Rahmen des hybrid geführten neuen Kalten Kriegs zunehmen.
- Fragen der Energiesicherung und der Energiewende lösen einen „New Scramble for Africa“ aus.
- In Verfolgung ihrer eigenen nationalen Interessen setzen viele (west-) afrikanische Staaten auf die Blockfreiheit.
- Es besteht die Gefahr, dass Europa im globalen Machtkampf weiter an Einfluss und Relevanz verliert, wenn es seine Herangehensweise nicht in Frage stellt.

A stylized map of Europe and Africa, rendered in various shades of blue and teal. The map is semi-transparent, allowing the text to be clearly visible. The European continent is shown in a darker teal, while the African continent is in a lighter shade. The map covers most of the page, with the text overlaid on the upper left portion.

4

Risiken und Herausforderungen für die EU





Der Krieg in der Ukraine

Dynamik und Auswirkungen auf Europa

Ronald Vartok

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes erhofften Entwicklung in Richtung einer friedlichen Koexistenz von Staaten auf europäischem Boden ihre optimistische Basis entzogen. Die jahrzehntelang propagierte Globalisierung als probates Mittel zur Hintanhaltung revisionistischer Ansprüche und ihrer aggressiven politischen Umsetzung hat nicht nur die in sie gesetzte Hoffnung enttäuscht, sondern verkehrt sich zunehmend ins Gegenteil. Die Ausweitung der globalen Auswirkungen des Konfliktes wird durch hybride Kampfführung zusätzlich befeuert. Die Ambition der EU, zukünftig als glaubhafter globaler Sicherheitsakteur wahrgenommen zu werden, stößt an ihre Grenzen. Darüber hinaus stufen die meisten Unionsstaaten nach nüchternem sicherheitspolitischem Kalkül die NATO als primären oder alleinigen Sicherheitsgaranten in Europa ein, und sie lassen ihre Verteidigungsanstrengungen in die Stärkung der NATO fließen. Selbst wenn der bewaffnete Konflikt auf

das Staatsgebiet der Ukraine beschränkt bleibt, ist dessen Dauer derzeit nicht prognostizierbar. Ebenso bleibt offen, wie die Beziehungen zu Russland nach Beendigung des Konflikts wieder auf eine halbwegs vertrauensfördernde Basis gebracht werden können.

Hybride Kampfführung

Wladimir Putins Drohung, den Einsatz von Nuklearwaffen im Krieg in der Ukraine nicht ausschließen zu können, hat erwartungsgemäß weltweit für Entsetzen und Empörung gesorgt. Diese Drohung kann jedoch auch als konsequente Umsetzung der russischen Verteidigungsdoktrin mit dem Prinzip „Eskalieren, um zu deeskalieren“ eingestuft werden. Die Leitlinie, im Falle einer militärischen Auseinandersetzung den Faktor „Geschwindigkeit in der Kriegsführung zugunsten eines raschen militärischen Erfolges für Russland“ als entscheidende Determinante festzulegen, prägt russisches strategisches Denken und dessen operative Umsetzung auf dem Schlachtfeld. Dies hat beispielsweise der zu Beginn der militärischen Aggression gegen die Ukraine massive, gegen die Hauptstadt Kiew gerichtete Stoß gezeigt. Dass der Erfolg von auf dem Reißbrett formulierten Doktrinen keineswegs als gesichert angenommen werden darf, wird durch den unerwartet schlagkräftigen Widerstand der Ukraine – sowohl militärisch als auch psychologisch – verdeutlicht.

Die rein militärische Auseinandersetzung darf nicht einer isolierten Betrachtung unterzogen werden, auch wenn Beobachter oftmals dazu neigen, Erfolge bzw. Misserfolge an Verlustzahlen, zerstörten Waffensystemen oder an Geländegewinnen messen zu wollen. Der Wunsch, durch mathematisches Gegenrechnen dieser Parameter der Ungewissheit Klarheit zu verschaffen, ist zwar nachvollziehbar, steht jedoch der Doktrin der domänenübergreifenden hybriden Kampfführung diametral entgegen. Diese setzt u.a. bewusst auf die Schaffung von Unsicherheit. Die Unberechenbarkeit in all ihren Facetten mutiert zum strategischen Faktor.

So muss auch Putins Androhung nuklearer Gewalt als Teil der hybriden Kampfführung im Sinne des bewussten Schürens von Ängsten eingestuft werden. Die „hybride Ermüdung im Krieg“, wie im Beitrag von Gaub und Kiparski treffend formuliert, stellt ein klares Ziel Putins dar. Das Auslösen von Ängsten gilt als überaus wirksames Mittel, um demonst-

rierte Geschlossenheit zu zerschlagen. Das „wir müssen auf uns selbst schauen“ ersetzt das „wir halten an einem geeinten Vorgehen gegen den Aggressor fest“. Selbst leicht widerlegbare Anschuldigungen seitens Russlands, wie etwa, dass die Ukraine biologische Kampfstoffe zum Einsatz bringen würde, stellen angesichts einer generell zunehmenden Bereitschaft, in der global vernetzten, anonymen Internet-Community Verschwörungstheorien unreflektiert gegenüberzustehen, ein wesentliches Element dieser hybriden Kriegsführung dar. Gezielte Desinformation erfährt dadurch ihre angestrebte Wirkung: Welcher Seite sei denn nun wirklich zu glauben?

Darüber hinaus werden Nationen und Organisationen, die gemäß Kriegsvölkerrecht per se nicht als kriegsführende Parteien gelten, dennoch zu geforderten Akteuren im Ringen der zwei militärischen Kontrahenten, so etwa die NATO, die EU und ihre Mitgliedstaaten, Belarus, die USA, das Vereinigte Königreich oder China. Sie sehen sich gefordert, adäquate Antworten zu finden sowie der eigenen Bevölkerung gegenüber vertretbare Reaktionen zu setzen. Selbst völlig passive Staaten werden mit den harschen Auswirkungen des hybriden Konflikts konfrontiert.

Die vormals als friedensbegünstigend eingestufte Globalisierung kehrt sich ins Gegenteil: Militärische Konflikte lassen sich nicht mehr regional eingrenzen, ihre Auswirkungen treffen die globalisierte Staatengemeinschaft in ihrem innersten Kern. Als aktuelle Herausforderungen gelten vor allem die angefachte Energiekrise, ausgelöste Migrationsströme, bedrohte Ernährungssicherheit, steigende Inflation, Cyberattacken zur Lahmlegung einer elementaren Grundversorgung und staatlicher Handlungsfähigkeit, die Gefahr des Aufbrechens bzw. der Ausweitung von Konflikten in entfernten Regionen sowie die bewusste Desinformation zur Zerschlagung von Einigkeit, um dadurch die Sanktionspolitik zu unterlaufen und letztendlich zu Fall zu bringen.

Um dieser hybriden Ermüdung entgegenwirken zu können, bedarf es seitens der politischen und wirtschaftlichen Akteure einer signifikant gesteigerten proaktiven Bewusstseinsbildung. Es gilt, einsetzenden Verunsicherungen bewusst entgegenzuwirken, um auch der eigenen Bevölkerung die elementare Bedeutung der Aufrechterhaltung von Sanktionen gegen Russland, dessen Rolle als Aggressor neben jedem Zweifel steht, zu verdeutlichen.

Auswirkungen des Konflikts auf Europa

Die EU, die vom Beginn der militärischen Aggression am 24. Februar offenkundig überrascht wurde, im Anschluss jedoch rasch starke Reaktionen gezeigt hat, ist gefordert, diese unabdingbare Geschlossenheit unter ihren Mitgliedsstaaten aufrechtzuerhalten. Damit wird der Krieg in der Ukraine für sie zur Nagelprobe, ob sie ihrer Ambition, als globaler und glaubhafter Sicherheitsakteur wahrgenommen zu werden, auch tatsächlich gerecht werden kann.

Eine stabile, robuste europäische Sicherheitsordnung gewährleisten zu können, ist gleichbedeutend mit der Ambition, eine attraktive Perspektive für beitrittswillige Nationen anbieten zu können. Die EU als prioritär wirtschaftlichen Zusammenschluss für das Erzielen von Prosperität verstehen zu wollen, greift zu kurz. Die EU ist mittlerweile ein sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur. Dessen ungeachtet bleibt die Herausforderung bestehen, potenziellen Beitrittskandidaten nicht durch übereilte Zugeständnisse eine zu verheißungsvolle Perspektive anzubieten.

Die NATO hingegen untermauert mit ihrem neuen Strategischen Konzept und dem damit verbundenen Streitkräftenmodell ihre Ambition, der zentrale Eckpfeiler für die Sicherheit in Europa zu sein. Eine signifikant vertiefte Zusammenarbeit zwischen EU und NATO ist angestrebt, harrt jedoch noch ihrer Umsetzung.

Die in der Ukraine geführte militärische Auseinandersetzung lässt kein baldiges Ende erwarten. Politisch offen deklarierte und in ihrer Basis unvereinbare Prämissen der beiden kriegführenden Nationen erlauben derzeit keine Hoffnung auf die Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen. Die Rückkehr zu einer befriedeten Normalität scheint auf unabsehbare Zeit außer Reichweite.

Das unter hohen Anstrengungen und mühevoll erzielte grundsätzliche Einvernehmen der Staatengemeinschaft hinsichtlich der elementaren Bedeutung des Schutzes von Zivilisten in bewaffneten Konflikten wird durch die aktuellen Entwicklungen – z.B. Bombardierung von ziviler Infrastruktur wie Schulen und Spitäler – auf zutiefst verstörende Art und Weise konterkariert. Selbst die gezielte Vertreibung bzw. Entführung von Zivilisten im großen Stil wird seitens Russlands als probates Mittel

zur Gewinnung von Vorteilen herangezogen. Dieser aktuellen Entwicklung ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Keynotes

- Der Krieg in der Ukraine darf nicht nur als klassische militärische Auseinandersetzung zwischen zwei Kontrahenten aufgefasst werden, er wird auch durch eine hybride Kriegsführung determiniert.
- Die Auswirkungen des Krieges lassen sich in einer globalisierten Welt nicht mehr eingrenzen. Selbst völlig passive Staaten sind massiv betroffen, die Resilienz der Nationen wird auf eine harte Probe gestellt.
- Eine Beendigung des Konflikts ist nicht absehbar. Optimistische Prognosen entbehren des hierfür erforderlichen soliden Fundaments.
- Die EU wurde vom russischen Angriff auf die Ukraine überrascht, hat dann aber durch rasche und massive Reaktion sicherheitspolitisches Profil bewiesen. Sie wird an der Aufrechterhaltung ihrer Geschlossenheit gemessen werden.
- Die NATO untermauert ihre Position als auch Europas Sicherheit gewährendes kollektives Verteidigungsbündnis.
- Die Zukunft der Ukraine und die künftige Position Russlands in einer auf Frieden und Koexistenz ausgerichteten internationalen Staatengemeinschaft bleiben vorerst ungewiss.



Zhenya Voevodina/Shutterstock

Russlands hybrider Kopfkrieg

Eine europäische Überforderung?

Florence Gaub und Sarah Kiparski

Um die hybriden Angriffe Russlands zu verstehen, ist eine Erweiterung des Begriffs um die Instrumentalisierung von Emotionen notwendig. Gerade Angst kann kostengünstig geschürt und mittels hybrider Elemente viral gestreut werden, oft repetitiv, performativ und indirekt.

Hybride Erweiterung

„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, wie Clausewitz sagte. Hybride Angriffe erweitern das bisherige Waffenarsenal. Es sind koordinierte Handlungen, die systemische Verwundbarkeiten ausnutzen. Sie beschränken sich nicht auf Kriegszeiten und versuchen

Entscheidungsprozesse auf lokaler, regionaler, staatlicher oder institutioneller Ebene so zu beeinflussen, dass ein Maximum an Schaden erzielt wird. Hybride Kriegsführung nach russischem Verständnis ist expansiv und kontinuierlich, kann also nicht erst auf den 24. Februar 2022 datiert werden, inkludiert auch konventionelle Waffen, umfasst bereits laufende Konflikte und wird nicht als Phänomen, sondern als Weiterentwicklung der klassischen Kriege gesehen.

Was hybride Bedrohungen – besonders im Cyberspace als souveränitätslosen Raum – auszeichnet, ist ihre Vielfalt (in Whac-A-Mole-Manier poppen immer neue Arten auf), ihre inhärente Ambivalenz (eine klare Zuschreibung des Verursachers ist selten möglich) und ihre Leistbarkeit (ein virales Meme kann kostengünstig erstellt werden). Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist primär ein klassischer kinetischer Krieg. Dennoch zeigen die Ereignisse Mitte Oktober 2022 rund um Starlink, dass die Grenzen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren noch weitaus gravierender verschoben wurden. Welche Position internationale Player wie Microsoft, SpaceX oder Anonymous einnehmen und welche freiwilligen Unterstützungsleistungen geliefert werden, kann nur beschränkt durch staatliche Kräfte beeinflusst oder reglementiert werden. Es durchbricht den Einflussraum der Diplomatie, wenn auf Twitter geäußerte Statements zu Schuldigkeit oder Friedensverhandlungen mehr in realiter Schlagkraft haben als Abstimmungen im UN-Sicherheitsrat. Der gemeinsame Nenner hier ist Emotion, und diese wird durch implizite Drohungen, repetitive Äußerungen und performatives Handeln geschürt.

Implizit, repetitiv, performativ

Bereits die russische Militärdoktrin kann als ein Instrument hybrider Kriegsführung gesehen werden. Die Grenze zwischen Basisdokument und performativer öffentlicher Drohung verschwimmt. Zentral ist hierbei, dass Russland seit 2020 eine neue Doktrin hat, die zwar weiterhin den präemptiven Einsatz von Atomwaffen ausschließt, doch ein Element enthält, das Sorgen bereitet: „Eskalieren, um zu deeskalieren“, gegebenfalls auch mit nuklearen Mitteln. Zwei Elemente charakterisieren die russische Militärstrategie: Abschreckung und Geschwindigkeit. Man versucht, mit allen verfügbaren Mitteln (also konventionellen und nuklearen Waffen, aber auch mit nichtmilitärischen Instrumenten wie Propaganda

und Infiltration) Gegner davon abzuhalten, einen Krieg anzuzetteln. Hat ein Krieg begonnen, setzt man auf Geschwindigkeit und ein schnelles Ende zugunsten Russlands. Neu ist der Einsatz der Abschreckung auch während eines Konfliktes. Diese Instrumentalisierung der Angst kommt zum Einsatz, wenn es für Russland (unerwartet) eng wird. Lesen wir die zumeist indirekte Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen als hybrides Event, fällt auch Präsident Wladimir Putins medienwirksames Verkünden der erhöhten Bedrohungsstufe hier hinein – ebenso wie der Verweis auf Russlands Atomwaffenarsenal in seiner Rede vor dem russischen Sicherheitsrat.

Mit Emotion umgehen lernen

„Gaslighting“ - die gezielte Verunsicherung bis zum Zusammenbruch – auf höchster politischer Ebene kann als Teil dieser Strategie verstanden werden. Es wird Zweifel gesät, ob oder eben ob nicht der Einsatz solcher Mittel infrage käme, und dadurch wird Furcht bis Panik erzeugt sowie damit verbunden Verwirrung und Verunsicherung in der Bevölkerung gestiftet, die auf alle politischen Ebenen überzuschwappen drohen. Je öfter Russland das nukleare Thema auf den Tisch legt, desto mehr wächst die Angst, da wir als Gesellschaft konditioniert sind, etwas mit genug Repetition zu verinnerlichen und stark öffentlichen Aussagen Glauben zu schenken. Die unermüdliche Wiederholung, wer wo wann und wie erfolgreich sei, soll Zweifel säen und ablenken. Menschen sind gern auf der sicheren Seite des vermeintlichen Gewinners. Dieser Selbstschutzmechanismus wird ebenso genutzt wie die akuten Stressreaktionen Nachgeben (fawn), Kampf (fight), Flucht (flight) und Abwarten (freeze). Panik ist der Feind der Voraussicht. Eine kontinuierliche zukunftsgerichtete Lagebeurteilung schafft Abhilfe. Szenarien auch aus der Perspektive des Gegenspielers zu entwickeln und prospektiv zu denken, ist ressourcenschonend. „What ifs“ sind für das individuelle und kollektive Sicherheitsgefühl greifbarer als epochale Waffenarsenale, die man eigentlich nicht einsetzen möchte. Gerade auf der höchsten politischen Entscheidungsebene kann mit gelungener Vorbereitung eine Überforderung vermieden werden.

Hybride Ermüdung im Krieg

Hybrid ist nicht mehr Sonderfall, sondern unser täglich Brot und insofern auch zu erwarten. Krieg ist eine Kosten-Nutzen-Rechnung, Zeit noch kostbarer als sonst. Wolodymyr Selenskyj verwendet langfristige Ausdrücke wie „Krieg der Generationen“. Putin nutzt kurzfristige Ausdrücke und suggeriert durch Begriffe wie militärische Spezialoperation ein kurzes Engagement. Umso länger der Konflikt sich hinzieht, desto mehr wird auf (teils improvisierte) hybride Mittel zurückgegriffen werden, um erschöpfte kinetische Mittel zu ersetzen. Neben dem Bewusstsein, dass der Konflikt sich mit der Zeit stärker hybridisiert, bleibt strategische Geduld die wichtigste Ressource gegenüber Russland. Ein schnelles Konfliktende ist zu kurz gegriffen.

Keynotes

- Hybride Kriegsführung ist als neue Norm statt als Sonderform der Kriegsführung zu begreifen.
- Emotionen können kostengünstig manipuliert werden – implizit und explizit.
- Strategische Vorausschau als Mittel gegen Angst muss ebenfalls repetitiv und performativ eingesetzt werden.
- Zeit nicht rationieren – ein gelungenes Konfliktende ist besser als ein Provisorium, um Folgekriege zu verhindern.



Die Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland

Filip Medunic

Die EU-Sanktionen gegen Russland zielen darauf ab, die russische Wirtschaft so stark und so nachhaltig zu schwächen, dass die Finanzierung der militärischen Ambitionen Moskaus ausgebremst wird. Diesem Ziel kommt die EU mit ihren Sanktionen nach, jedoch können Sanktionen nicht alleine wirken, sondern nur als Teil einer komplexeren außenpolitischen Strategie.

Die Europäische Union hat in bisher nicht gekanntem Ausmaß Sanktionen gegen Russland verhängt. Exportkontrollen dienen dazu, eine zukünftige Handlungseinschränkung des sanktionierten Staates zu erzielen. Importverbote sollen der russischen Wirtschaft wichtige Einnahmen entziehen. Die umfassenden Finanzsanktionen zielen darauf ab, den russischen (Auslands-) Zahlungsverkehr einzuschränken bzw. die Kosten dafür zu steigern sowie das Vermögen der russischen Zentralbank im Ausland einzufrieren, um der russischen Wirtschaft Kapital vorzuenthalten. Individuelle Sanktionen richten sich gegen einzelne Perso-

nen, die in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, diese ermöglichen oder vom Handeln der russischen Regierung profitieren.

Der wirtschaftliche Effekt der Sanktionen

Der zu Beginn von vielen Beobachterinnen und Beobachtern prognostizierte sofortige Einbruch der wirtschaftlichen Leistung im zweistelligen Prozentbereich ist ausgeblieben. Die Sanktionen der EU gegenüber Russland zeigen nach neusten Erkenntnissen wirtschaftlich dahingehend Wirkung, dass die Produktion von bestimmten Gütern bis hin zu ganzen Sektoren mittlerweile eingeschränkt ist. Eine produktionshemmende Wirkung, die durch einen Mangel an knappen Vorprodukten oder schwer bis nicht zu substituierenden Teilkomponenten entsteht, wirkt sich mit einer gewissen Zeitverzögerung aus. Die von russischer Seite ergriffenen Gegenmaßnahmen wie Kapitalkontrollen und eine temporäre Erhöhung der Zinssätze durch die Zentralbank haben den zwischenzeitlich gefallen Rubelkurs stabilisieren können. Ebenso konnten zwischen Februar und August 2022, bedingt durch gestiegene Weltmarktpreise, die Einnahmen aus dem Verkauf von Fossilen Energieträgern gesteigert werden. Niedrigere Weltmarktpreise, insbesondere für Rohöl, und stark gefallene Exportmengen, insbesondere von Gas nach Europa, lassen diese Einnahmen jedoch ab August 2022 beträchtlich fallen. Der wieder angestiegene Wert des Rubels hat die Einnahmen aus Öl- und Gasverkäufen zusätzlich geschmälert, da diese meist in US-Dollar oder Euro abgewickelt werden.

Zielsetzung der Sanktionen

Politisch sollen Sanktionen die sanktionierte Partei dazu bewegen, das eigene Verhalten zu ändern und ein Zeichen zu senden. Das Ziel ist, durch wirtschaftlichen Druck die Handlungsträgerinnen und -träger bzw. Entscheiderinnen und Entscheider des sanktionierten Staates zu einem Umdenken zu bewegen und die Ablehnung gegenüber der Politik des sanktionierten Staates zu zeigen. Es ist jedoch wichtig, dieses Ziel zu konkretisieren. In den ersten Monaten des Jahres 2022 schien es einigen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie Beobachterinnen und Beobachtern mitunter noch darum zu gehen, Russland durch Wirtschaftssanktionen zu einem unmittelbaren Stopp seiner militärischen

Bewegung zu drängen. Dieses Ziel ist jedoch schwer erreichbar, wie die Forschung zur unmittelbaren Wirkung von Sanktionen zeigt. Die aktuelle Strategie zielt nun darauf ab, die russische Wirtschaft so stark und so lange zu schwächen, dass die Finanzierung der militärischen Ambitionen zunehmend erschwert wird. Außerdem soll die politische Elite Russlands spürbare wirtschaftliche und politische Kosten auferlegt bekommen.

Auswirkungen auf die EU und Alternativen

In der EU sind insbesondere Mitgliedstaaten von den Sanktionen betroffen, die wichtige Importe wie Energie aus Russland beziehen. Die Energielieferungen sind teilweise durch EU-Beschlüsse, aber ebenso durch russische Antworten eingeschränkt und führen dazu, dass alternative Zulieferer gefunden und höhere (Weltmarkt-) Preise bezahlt werden müssen. Hierdurch steigt auch der Druck auf Regierungen, diese finanzielle Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe abzufedern und Hilfsmaßnahmen zu beschließen.

Die Sanktionen der EU werden von Teilen der Bevölkerung Europas mitunter auch kritisch gesehen. Hohe wirtschaftliche Kosten für das eigene Land können dazu beitragen, die Unterstützung schwinden zu lassen, insbesondere dann, wenn Ziele und Wirkungsweisen unzureichend kommuniziert werden. Die gestiegenen Energiekosten führen dazu, dass der Nutzen mancherseits in Zweifel gezogen wird, wenn die militärische Eskalation weiter voranschreitet.

Ein militärisches Eingreifen seitens der EU-Mitgliedstaaten, die zumeist auch NATO-Staaten sind, wurde aufgrund der hohen Eskalationsgefahr eines Krieges zwischen Russland und der NATO und der damit einhergehenden Gefahr einer nuklearen Konfrontation von Beginn an ausgeschlossen.

Bilanz und Ausblick

Die Sanktionen der EU sind – gemessen an ihren Zielen – teilweise erfolgreich. Russlands Wirtschaft wird immer stärker durch die Sanktionen belastet, und die Einnahmen aus dem Verkauf von fossilen Energieträ-

gern gehen seit August 2022 zurück. Dadurch sinken die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel des Staatshaushalts. Die gesamte Wirtschaft verliert durch fehlende Komponenten und ausbleibende ausländische Investitionen an Produktivität, wovon auch die politischen Eliten direkt betroffen sind.

Mittelfristig gesehen wird die Lage an den Energiemärkten durch mögliche Förderkürzungen und steigende Nachfrage bei schwankenden Preisen volatil bleiben, wodurch Einnahmen aus fossilen Energieträgern wieder steigen könnten. Dem entgegen stehen Bemühungen der EU, die Preise zu deckeln, die Umsetzung der bestehenden Sanktionen voranzubringen und auf militärische Entwicklungen mit weitere Sanktionen zu reagieren. Die Maßnahmen der EU stehen in Kontrast zu denen anderer Staaten, die keine Sanktionen gegen Russland verhängt oder ihren Handel sogar intensiviert haben.

Sanktionen brauchen viel Zeit, um die Wirtschaft eines Staates zu schwächen, insbesondere, wenn andere Staaten die Sanktionen nicht mittragen. Letztlich führt wirtschaftlicher Druck nicht unmittelbar zu einem Einlenken des sanktionierten Staates, und er kann über sehr lange Zeit von diesem unter erheblichen Einschränkungen der sozioökonomischen Lage ausgehalten werden. Als außenpolitisches Instrument können Sanktionen daher nur als Teil einer komplexeren Strategie angesehen werden und nicht alleinstehend wirken.

Keynotes

- Sanktionen brauchen viel Zeit, um die Wirtschaft eines Staates zu schwächen.
- Russlands Wirtschaft wird durch die Sanktionen zunehmend belastet, und die Einnahmen aus dem Verkauf von fossilen Energieträgern gehen zurück.
- Von den Folgen sind insbesondere EU-Mitgliedstaaten betroffen, die viel Energie aus Russland beziehen, wodurch der Druck auf Regierungen steigt, diese finanzielle Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe abzufedern und Hilfsmaßnahmen zu beschließen.
- Sanktionen als außenpolitisches Instrument können nur als Teil einer komplexeren Strategie angesehen werden.



Die EU als objektiver Sicherheitsakteur

Sven Biscop

Objektiv gesehen ist die Europäische Union ein sicherheitspolitischer Akteur. Sie investiert in militärische Fähigkeiten, entsendet Truppen und hat eine globale Strategie. Allerdings sind nicht alle EU-Mitgliedstaaten der Meinung, dass die Union ein unabhängiger Akteur in der Diplomatie und Verteidigung sein sollte. Die EU ist somit kein konsequenter Sicherheitsakteur. Sie kann nicht immer handeln, wenn ihre Interessen dies erfordern würden. Und selbst wenn sie strategische Entscheidungen trifft, kann sie diese nicht immer umsetzen. Die Haltung der EU zu Russlands langem Krieg gegen die Ukraine seit 2014 ist ein deutliches Beispiel dafür.

Als die Ukraine ihre europäischen Ambitionen entwickelte, erhielt sie eine positive Antwort aus Brüssel, im Geiste der Nichtexklusivität: Für die EU konnte die Ukraine gleichzeitig enge Beziehungen zu Russland unterhalten. Das war eine gute geopolitische Position, die Ukraine hätte eine Brücke zwischen Europa und Russland werden können. Dieselbe

Räson hatte die Europäerinnen und Europäer dazu veranlasst, sich 2008 gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine (und Georgiens) auszusprechen, aber sie gaben den USA nach und akzeptierten diese in der Hoffnung, dass die Nichtfestlegung eines Datums unerwünschte Folgen verhindern oder aufschieben würde. Da der russische Präsident Wladimir Putin jedoch auf die Wiederherstellung einer exklusiven Einfluss-sphäre bedacht war, ließen sich die EU und die NATO auf ein geopolitisches Nullsummenspiel ein, ob sie wollten oder nicht.

Die Invasion 2014

Im Jahr 2014 stürzte der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch, als er unter russischem Druck seine Entscheidung, ein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, rückgängig machte. Als Russland überreagierte und einmarschierte, blieb die EU standhaft und unterstützte die Ukraine. Ein Assoziierungsabkommen und ein umfassendes Freihandelsabkommen banden die Ukraine an den EU-Binnenmarkt, und die Union stellte zwischen 2014 und 2022 mehr als 16 Mrd. Euro für die Ukraine bereit. Diese Rettungsleine der EU war die wichtigste strategische Entscheidung, die von allen Akteuren als Reaktion auf die Invasion getroffen wurde. Darauf folgten alle weiteren Reaktionen: EU-Sanktionen, Abschreckung durch die NATO und die Diplomatie der Mitgliedstaaten. Hätte die EU die grundlegende strategische Frage nicht positiv beantwortet, ob sie sich für das Überleben einer unabhängigen Ukraine einsetzen sollte oder nicht, wären wohl nicht einmal die USA in der Lage gewesen, einen lebensfähigen ukrainischen Staat zu stützen.

Statt einer Brücke wurde die Ukraine nun aber zu einem Pufferstaat. Die EU hat ihre Strategie nicht vollständig an diese neue Situation angepasst. Die militärische Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten war überschaubar. Die EU verhängte zwar Sanktionen gegen Russland, aber auch diese waren relativ begrenzt, und die Mitgliedstaaten blieben in der Frage der künftigen Beziehungen zu Moskau uneins. Vor allem aber wurde wenig getan, um die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern.

Die Invasion 2022

Als Putin Ende 2021 erneut eine Krise in der Ukraine herbeiführte, fanden die Verhandlungen auf hoher Ebene mit den USA statt, ohne die EU. Die EU herabzusetzen war eine bewusste russische Strategie, auch die USA bestanden nicht auf ihrer Präsenz und die EU war zu gespalten, um sich durchzusetzen. Die US-Geheimdienste schätzten die Gefahr einer Invasion richtig ein, aber nur wenige in Europa glaubten daran. Als Russland am 24. Februar 2022 im großen Stil einmarschierte, war die Überraschung weit größer, als sie hätte sein müssen.

Die EU reagierte jedoch sehr schnell und tat alles, was sie als Nicht-Kriegsteilnehmerin tun konnte, um die Ukraine zu unterstützen, ohne dabei selbst in den Krieg einzutreten: zusätzliche finanzielle Unterstützung, strenge Sanktionen, teilweise wirtschaftliche Abkopplung, über drei Mrd. Euro aus der Europäischen Friedensfazilität (EPF) zur Finanzierung von Waffen- und Ausrüstungstransfers durch die Mitgliedstaaten und eine militärische Ausbildungsmission.

Am 23. Juni ging die EU noch einen Schritt weiter und bot der Ukraine den Kandidatenstatus für die Mitgliedschaft an. Man könnte in der Tat argumentieren, dass die russische Invasion die Idee eines Pufferstaats unhaltbar gemacht hat und dass die Ukraine nur als Vollmitglied des Westens lebensfähig sein kann. Die Realität sieht jedoch so aus, dass eine effektive Mitgliedschaft nicht möglich ist, solange die Ukraine auf dem Schlachtfeld nicht ausreichend erfolgreich ist, um ein zufriedenstellendes Friedensabkommen mit Russland zu schließen. Da der Vertrag über Europäische Union (EUV) in Art. 42.7 eine militärische Garantie für den Fall einer Aggression enthält, wird die Ukraine so lange ein Pufferstaat bleiben, wie Russland einen Teil ihres Territoriums illegal besetzt hält. Es sei denn, die Mitglieder der EU und der NATO ändern ihren Kurs und treten direkt in den Krieg ein, um die Ukraine zu verteidigen. Der Kandidatenstatus ist sicherlich ein sehr starker Ausdruck politischer Unterstützung. Er kann aber auch anders gesehen werden: als ein Angebot, das nur dann gilt, wenn die Ukraine den Krieg gewinnt, in den die EU selbst nicht eintreten wird – also kein sehr mutiges Angebot.

Strategie und Moral

Hat die EU in ihrer moralischen Entrüstung die Strategie aus den Augen verloren? Moral und Emotionen prägen oft den Willen zum Handeln. Aber eine Strategie sollte immer auf einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung eines Vorgehens beruhen. Die EU unterstützt die Ukraine, weil sie das Recht auf ihrer Seite hat, und solange es im Interesse der EU liegt, dies zu tun. Sie sollte sich daher über ihre Ziele als Nicht-Kriegsteilnehmerin im Klaren sein: erstens das Überleben einer unabhängigen Ukraine auf einem möglichst großen Territorium und zweitens die Verhinderung einer Eskalation des Krieges in den nuklearen Bereich und/oder auf andere Staaten. Die Entwicklungen auf dem Schlachtfeld und die politischen Entwicklungen in Kiew und Moskau werden in Verbindung mit den Kosten und Risiken, die die EU zu tragen bereit ist, bestimmen, was machbar ist und was nicht.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es fraglich, ob weitere Sanktionspakete zu den Zielen der EU beitragen. Entweder ist das Argument für zusätzliche Sanktionen ein moralisches, dann sollten alle wirtschaftlichen Interaktionen eingestellt werden. Oder es ist ein strategisches, dann spricht das Kosten-Nutzen-Kalkül eher dafür, dass die Durchsetzung der bestehenden Sanktionen wichtiger ist. In ähnlicher Weise agieren manche, als seien diplomatische Beziehungen zu Russland moralisch nicht mehr zulässig, und lehnen jegliche Interaktion als bereits ein Zugeständnis und daher als inakzeptabel ab. Der Vorteil des Nichtangriffsstatus der EU (und der USA) besteht jedoch gerade darin, dass die diplomatischen Kanäle offenbleiben und für das strategische Ziel der Eskalationsverhinderung genutzt werden können.

Strategischer Kompass

Die EU hat im Strategischen Kompass vom März 2022 wichtige strategische Entscheidungen getroffen, die sich direkt oder indirekt auf ihre Strategie für die Ukraine auswirken. Der Kompass ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Verteidigungsanstrengungen anzugleichen und in die vorrangigen Fähigkeiten zu investieren, die insbesondere die kollektive Verteidigung durch die NATO stärken würden. Außerdem wird ein neues Instrument für die gemeinsame Beschaffung angekündigt, mit dem sowohl die Auffüllung der eigenen Bestände der Mitgliedstaaten als auch

Transfers in die Ukraine unterstützt werden. Der Kompass führt auch das Konzept der Abschreckung hybrider Bedrohungen ein. Schließlich sieht der Kompass die Schaffung einer wirksamen schnellen Einsatzkapazität vor, um Bedrohungen, die nicht unter Art. 5 des Nordatlantikvertrags fallen, zu begegnen, vor allem an der Südflanke Europas.

Der Kompass, an dem zwei Jahre lang gearbeitet wurde, wurde unmittelbar nach der Invasion angekündigt, und viele tun daher so, als ob er bereits von den Ereignissen überholt worden wäre. In Wirklichkeit haben alle Entscheidungen des Kompasses seit dem 24. Februar an Bedeutung gewonnen, nicht verloren! Dennoch besteht die große Gefahr, dass die Umsetzung darunter leidet, vor allem, weil der Beschluss der NATO, zu einem neuen Streitkräftenmodell (New Force Model – NFM) überzugehen, die Aufmerksamkeit der Verteidigungseinrichtungen der Bündnispartner absorbieren wird. Das ist keine Kritik an der NATO, das NFM wird für die Verteidigung Europas von entscheidender Bedeutung sein, aber die Nationen und die Apparate der EU und der NATO müssen begreifen, dass die Instrumente der EU und der NATO sehr viel wirksamer sein werden, wenn sie koordiniert eingesetzt werden.

Verfahren und Ideen

Die Art und Weise, in der mehrere Mitgliedstaaten den Kompass ablehnen und sich an die USA wenden, um sich strategisch zu orientieren, weist auf ein größeres Problem hin. Letztlich sind sich die Mitgliedstaaten nach wie vor uneins über die Rolle der EU in der internationalen Politik, so wie seit der Gründung der Union. Ist die EU ein unabhängiger Pol in der multipolaren Welt, gleichberechtigt mit den USA, Russland und China? Oder soll sie der wichtigste Verbündete eines anderen Pols wie beispielsweise der USA sein?

Diese Frage lässt sich nicht durch eine Anpassung der Entscheidungsverfahren in der EU lösen, auch wenn ein Übergang zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in der Verteidigungsdiplomatie die Dynamik der Beratungen zweifellos zum Besseren wenden würde. Es geht um die Frage, welche Art von Grand Strategy die EU-Mitgliedstaaten bevorzugen. Die erste Regel bei der Entwicklung einer Grand Strategy lautet: Erkenne dich selbst. Solange sich die Mitgliedstaaten nicht darüber einig sind, wer sie sind, wird die EU niemals ein kohärenter Sicherheitsakteur sein.

Keynotes

- Die EU hat vor dem Einmarsch in die Ukraine 2014 solide geopolitische Einsicht bewiesen, nach 2014 hat Brüssel seine Strategie aber nicht ausreichend angepasst.
- Der Einmarsch im Jahr 2022 hat die EU überrascht, aber sie hat eine starke Antwort darauf formuliert.
- Moralische Erwägungen könnten strategische Kosten-Nutzen-Kalkulationen über die Erweiterung und die diplomatischen Beziehungen überlagern.
- Der Strategische Kompass der EU enthält wichtige strategische Entscheidungen, aber die Mitgliedstaaten setzen ihn möglicherweise nicht vollständig um.
- Eine Änderung der Entscheidungsverfahren wird nicht ausreichen, um die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern.
- Solange sich die Mitgliedstaaten nicht über die Rolle der EU einig sind, kann diese keine wirksame Grand Strategy verfolgen.



Alexandros Michailidis/Shutterstock

Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen NATO und EU

Bastian Giegerich

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat das geostrategische Koordinatensystem Europas nachhaltig verändert. Diese neue Realität prägt sowohl den Strategischen Kompass der EU als auch das neue Strategische Konzept der NATO. Die Rückkehr hochintensiver Kriegsführung zwischen Staaten in Europa führt zu einer Schwerpunktverschiebung hin zur Landes- und Bündnisverteidigung. Diese Entwicklung ist für die NATO einfacher zu handhaben als für die EU. Wenngleich das Thema der strategischen Autonomie der EU in den Hintergrund getreten ist, scheint es denkbar, dass 2023 neue Impulse für eine Autonomiediskussion entstehen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Brutalität, mit der Moskau diesen nicht zuletzt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung

seit dem 24. Februar 2022 führt, haben das geostrategische Koordinatensystem Europas nachhaltig verändert. Russland ist zu einer realen Bedrohung für NATO und EU geworden, und es ist aus heutiger Perspektive nicht denkbar, dass kurz- oder mittelfristig ein partnerschaftliches politisches, wirtschaftliches, oder gar militärisches Verhältnis zu Putins Russland wiederhergestellt werden kann.

Strategie für Europa in Zeiten des Krieges

Diese neue Realität prägt sowohl den im März 2022 angenommenen Strategischen Kompass der EU als auch das neue Strategische Konzept der NATO vom Juni 2022. Die wesentlichen Teile des Kompasses einschließlich der Bedrohungsanalyse und der Maßnahmen, die die EU verfolgen will, wurden Ende 2020 und vor allem während des Jahres 2021 erarbeitet. Somit hinkte dieses Dokument bei Veröffentlichung der Gegenwart etwas hinterher, woran auch die punktuellen Ergänzungen und Verweise auf den Krieg Russlands, die kurz vor Erscheinen erarbeitet wurden, nichts ändern. Die NATO genoss den Vorteil, dass sie mehr Zeit hatte, den ebenfalls 2021 begonnenen Strategieprozess an die veränderte Lage anzupassen. Das Strategische Konzept der Allianz erklärt, „im euroatlantischen Raum herrscht kein Frieden“, bezeichnet Russland als „größte und unmittelbarste Bedrohung“ und richtet die Kernaufgaben Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit auf das Gesamtziel der kollektiven Verteidigung aus.

Unter anderem entschieden sich die NATO-Staaten auf dieser Grundlage für ein neues Streitkräftenmodell, demgemäß innerhalb von 30 Tagen mindestens 300.000 Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz zu Verfügung stehen sollen. Diese Forderung ersetzt die NATO Response Force, die nach Beschlüssen von 2015 innerhalb von 30 Tagen 40.000 Soldatinnen und Soldaten stellen sollte. Auf Seiten der EU ist die Einrichtung einer 5000 Soldatinnen und Soldaten starken Rapid Deployment Capacity (RDC) für Kriseneinsätze eine wesentliche Forderung des Kompasses.

Beiden Dokumenten ist gemein, dass Mitgliedstaaten aufgefordert werden, noch stärker in ihre Fähigkeiten zu investieren, hierbei Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen und auch neue Technologiefelder zu er-

schließen. Tatsächlich haben zwischen Februar und September 2022 bereits mehr als 20 EU- und NATO-Mitgliedstaaten zum Teil deutliche Erhöhungen ihrer Verteidigungsausgaben angekündigt, was vor allem ein Ausdruck der durch die russische Invasion geänderten Bedrohungswahrnehmung ist.

NATO mit Rückenwind

Die EU hat vor allem durch die rasche Einigung auf Sanktionen gegen Russland von präzedenzlosem Ausmaß sicherheitspolitische Wirkung entfaltet, sie hat aber auch mit Stand Oktober mehr als die Hälfte des Budgets der Europäische Friedensfazilität der Ukraine zur Verfügung gestellt bzw. eingesetzt, um eine Mission zu finanzieren, die ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausbilden soll. Zudem hat die Europäische Kommission im Mai 2022 Vorschläge erarbeitet, die politische und finanzielle Anreize für die gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung und Munition unter EU-Mitgliedern setzen sollen.

Trotzdem ist der Revitalisierungseffekt auf Seiten der NATO größer. Die Rückkehr hochintensiver Kriegsführung zwischen Staaten in den Erfahrungshorizont von Politikerinnen und Politikern sowie von Wählerinnen und Wählern in Europa (und Nordamerika) führt zu einer Schwerpunktverschiebung hin zur Landes- und Bündnisverteidigung und einem schwächeren Fokus auf die militärische Krisenbewältigung. Dies wird durch die Rückschläge der internationalen Anstrengungen zum Krisenmanagement, z.B. in Afghanistan und Mali, noch verstärkt. Diese Verschiebung ist für die NATO, die damit ihren Kernauftrag aufwertet, einfacher zu handhaben als für die EU, deren Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) trotz ihres Namens auf Krisenmanagement und nicht auf Verteidigung abzielt.

Die Tatsache, dass zwei Staaten, die seit dem frühen 19. Jahrhundert (Schweden) und den 1950er Jahren (Finnland) neutral bzw. allianzfrei waren, trotz EU-Mitgliedschaft nunmehr ihre Sicherheit in der NATO besser geschützt sehen als außerhalb, ist ein klares Zeichen dieser Entwicklung. Finnland und Schweden entschieden, vor dem Gipfeltreffen der Allianz Anträge auf Aufnahme in der NATO zu stellen. Die Ratifizierung dieser Beitrittsgesuche durch die NATO-Staaten ist nicht reibungsfrei, schreitet aber voran und dürfte 2023 abgeschlossen sein.

Für die NATO bedeutet diese Erweiterung zwar eine erheblich längere gemeinsame Grenze mit Russland, aber auch einen geschlossenen Operationsraum in Nordeuropa und im Ostseeraum. Zudem verfügen beide Kandidaten über für die NATO nützliche militärische Fähigkeiten, wenngleich in begrenzter Anzahl. Es steht zudem zu erwarten, dass sich Schweden und Finnland in Zukunft noch klarer an den Prioritäten der Verteidigungsplanung der NATO ausrichten und außerdem Positionen in den Führungsstrukturen der NATO einnehmen werden.

Autonomes Handeln braucht Profil

Ein Thema, das durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in den Hintergrund getreten ist, ist das der strategischen Autonomie der EU. Zum einen unterstreicht dieser Krieg erneut die Bedeutung der militärischen Ressourcen der USA für die Sicherheit Europas, zum anderen hat er auch zu einer zumindest temporären Rückbesinnung amerikanischer Entscheidungsträger auf Europa geführt, die sich auch in entsprechendem militärischen Engagement ausdrückt. Indirekt führt auch das Verhalten anderer maßgeblicher Akteure wie China und Indien, die das Vorgehen Russlands nicht oder nur zurückhaltend verurteilen, zur aktuellen Aufwertung des euro-atlantischen Schulterchlusses. Auch bei den Aktivitäten vieler europäischer Staaten, die nunmehr offenbarten militärischen Fähigkeitslücken zu schließen oder durch Abgaben an die Ukraine leergefegte Bestände schnell aufzufüllen, ist der Gedanke der strategischen Autonomie eher Nebensache. Dadurch, dass einige Verteidigungshaushalte zudem signifikant steigen, scheint auch der wahrgenommene Druck zur Kooperation in einigen Hauptstädten zumindest mit Blick auf militärische Beschaffungen zu sinken.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die dargestellten Entwicklungen jene Stimmen stärken, die die Komplementarität zwischen NATO und EU durch eine klarere Arbeitsteilung befördern wollen, was auf der einen Seite bei der Prioritätensetzung in NATO und EU helfen kann, auf der anderen aber auch die Entwicklungsmöglichkeiten der EU als sicherheitspolitischer Akteur einschränkt. Erneute Impulse für eine Diskussion über eine strategische Autonomie Europas werden vermutlich entweder extern durch eine noch stärkere Fokussierung der USA auf China als schlussendlich wesentliche und damit für Washington handlungsleitende Herausforderung oder intern durch die Umsetzung der vor allem von

der Europäischen Kommission beförderten Kooperationslogik bei militärischer Forschung, Entwicklung und nunmehr auch Beschaffung entstehen.

Keynotes

- Russland ist zu einer realen Bedrohung für die NATO und die EU geworden.
- Die Rückkehr hochintensiver Kriegsführung zwischen Staaten in Europa führt zu einer Schwerpunktverschiebung hin zur Landes- und Bündnisverteidigung. Das fällt der NATO leichter als der EU.
- Die Tatsache, dass Finnland und Schweden trotz EU-Mitgliedschaft ihre Sicherheit nunmehr innerhalb der NATO als besser geschützt ansehen als außerhalb, ist ein klares Zeichen
- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht die Bedeutung der militärischen Ressourcen der USA und marginalisiert die Vision einer strategischen Autonomie Europas.
- Impulse für eine Diskussion über eine strategische Autonomie Europas können entweder extern durch eine stärkere Fokussierung der USA auf China oder intern durch die Umsetzung der vor allem von der Europäischen Kommission beförderten Kooperationslogik entstehen.



Die Zukunft der Energie- und Rohstoffsicherung in Europa

Miriam Kraus

Eine vollständige Autarkie in der Energieversorgung wird Europa nicht alleine durch den Ausbau von Wind- und Solarenergie erreichen. Neben dem Ausbau von Speicherkapazitäten und Kernkraft wird eine technische Energierevolution den massiven Aufbau von Biogas und synthetischen Kraftstoffen notwendig machen.

Europa (Europäische Union plus Schweiz, Norwegen und Vereinigtes Königreich) hat die Möglichkeit, aus der Energiekrise des Jahres 2022 wie ein Phönix aus der Asche aufzusteigen und damit die Wiege der neuen Energierevolution zu werden. Hierfür muss das gesamte europäische Energie-Rohstoffpotenzial genutzt werden.

Erdöl – Unabhängigkeit langfristig nicht möglich

Aktuell produziert Europa ohne Russland etwa 192 Mio. Registertonnen (RT) Erdöl und verbraucht 637 Mio. RT pro Jahr. Europa weist Erdölreserven in Höhe von 1,8 Mrd. RT auf, das entspricht rund 0,8 Prozent der globalen Reserven. Neue Untersuchungen ergaben für das Gatwick-Ölfeld in der Nähe Londons zusätzliche Reserven in Höhe von 5,6 Mrd. RT. Davon sind unter den aktuellen ökonomischen und technischen Gegebenheiten allerdings nur bis zu 842 Mio. RT abbaubar.

Synthetische Kraftstoffe als Wegbereiter der Energierevolution

Da der Transport- und Verkehrssektor rund 50 Prozent des Erdölverbrauchs ausmacht und Europas Stromproduktion nicht ausreicht, um den Gesamtbedarf des Sektors über Elektroautos zu decken, müssen Alternativen vor allem im Treibstoff-Bereich gesucht werden. Vielversprechend ist hier die Produktion von synthetischen Kraftstoffen. Neue Verfahren sind in der Lage, aus H_2O und CO_2 Kraftstoffe zu erzeugen, allerdings sind dafür hohe Mengen an Energie notwendig. Ein idealer Standort für den Aufbau einer solchen Synthese-Industrie wäre Island, das aufgrund der vorhandenen Erdwärme eine einzigartige Lage aufweist, um günstig hohe Mengen an Strom über geothermische Energie zu produzieren. Ebenfalls verdient ein ganz neuer Ansatz eines Spin-Offs der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich mit dem Namen „Synhelion“ Beachtung. Hier gelang die Entwicklung einer Technologie, mit der synthetischer Treibstoff aus CO_2 und H_2O mit Hilfe gebündelter Sonneneinstrahlung hergestellt wird. Der Bau der ersten Anlage im deutschen Jülich ist für 2023 geplant, ab 2024 soll sie jährlich 700.000 Tonnen Synfuel herstellen – die Hälfte des jährlichen Kerosinverbrauchs der Swiss Airlines, die bereits als Abnehmer gilt. Auch die Produktion von Kerosin aus Algen hat Potenzial, deren Effizienz ist aber standortabhängig und wäre optimal in den südeuropäischen Ländern.

Erdgas – keine Autarkie möglich

Europa verbraucht pro Jahr rund 571 Mrd. Kubikmeter (cbm) an Erdgas, produziert allerdings selbst nur 210 Mrd. cbm, wobei über die Hälfte

der Produktion auf Norwegen entfällt. Andererseits verfügt Europa plus Ukraine über nachgewiesene Reserven in Höhe von 3,2 Bio. cbm, wovon mehr als ein Drittel auf die Ukraine entfällt. Eine Autarkie erreicht Europa ohne Russland im Falle fossilen Erdgases nicht.

Die Antwort auf die europäische Gasversorgung lautet Biogas

Europa wird den Ausbau der Versorgung mit Biogas forcieren müssen. Höhere Erdgaspreise machen den Einsatz von Biogas zunehmend rentabel. Überdies wird an vielen Standorten das Potenzial des Einsatzes von Wirtschaftsdüngern wie Gülle und Mist sowie Bioabfällen noch längst nicht ausgereizt. Je nach Land werden bislang nur 5 bis 20 Prozent der vorhandenen Ressourcen eingesetzt. In Österreich produziert eine Pilotanlage eine Mio. cbm Biogas pro Jahr, rein aus Küchenabfällen. Ein Ansatz, der weiterverfolgt werden muss. Ein weiterer Faktor, der klar für den gesamteuropäischen Ausbau der Biogaserzeugung spricht, ist die Nebenproduktion hochwertigen Düngers, welche die hohe Importabhängigkeit der europäischen Landwirtschaft von den Phosphatdüngern deutlich senken könnte. Eines der wenigen positiven Beispiele beim Ausbau der Biogaserzeugung ist Dänemark, das bis 2034 die Unabhängigkeit von fossilem Erdgas anstrebt. Schon jetzt deckt Biogas 25 Prozent des dänischen Gasbedarfs.

Ausbau der unabhängigen Energien muss weitergehen

Daneben wird Europa den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, sowie, wo noch möglich, von Wasserkraft vorantreiben müssen. Notwendig ist allerdings der gleichzeitige Ausbau von Speicherkapazitäten. Neben den in Europa aktuell favorisierten Wasserstoffspeicherlösungen sollten dringend auch die neuen Salzspeichertechnologien weiterentwickelt werden. Auch der Ausbau der Kernenergie wird zum energetischen Unabhängigkeitsbestreben beitragen müssen. Europa verfügt inklusive der Ukraine über abbaubare Uranreserven in Höhe von 226.000 Tonnen (t) bei einem Preis von 260 US-Dollar pro Kilogramm (kg). Zu Preisen von 440 US-Dollar pro kg ist auch die Urangewinnung aus Meerwasser rentabel, worin

vier Mrd. t gelöstes Uran enthalten sind. Ein 1000-Megawatt-Kernkraftwerk benötigt pro Jahr rund 200 t Natururan.

Die Zukunft der Energie- und Rohstoffsicherung in Europa muss auf Gemeinsamkeit, Unabhängigkeit, Innovation und Emissionsfreiheit beruhen. Dann kann jenes Europa, das einen gemeinsamen Wertekonsens teilt, Wegbereiter einer Zeitenwende hin zu unabhängigen Energien sein.

Keynotes

- Europa verfügt über zu geringe Erdölreserven.
- Angesichts der Defizite im Strommarkt müssen Alternativen in Form von Synthetischen Kraftstoffen ausgebaut werden.
- Synthetische Kraftstoffe bieten Europa Unabhängigkeit und CO₂-Neutralität bei bestehender Infrastruktur. Neue Technologien bei der Herstellung haben hohes Potenzial.
- Europas Erdgasreserven sind zu gering für Autarkie.
- Der Ausbau von Biogas muss dringend forciert werden und bietet hohes, ungenutztes Potenzial.
- Wind-, Solar-, Wasser-, und Kernenergie tragen zu Europas Energieunabhängigkeit bei.



Chancen und Risiken der EU-Erweiterungsbestrebungen

Barbara Lippert

Mit der Beitrittsperspektive für die Ukraine, Moldau und Georgien hat die Europäische Union im Juni 2022 eine strategische Weichenstellung in der Erweiterungspolitik vorgenommen. In einem Umfeld kriegerischer und geopolitischer Auseinandersetzung besteht der Beitrag der Erweiterungspolitik vor allem darin, die Assoziierungsprozesse mit den zehn Ländern im Erweiterungsraum substanziell auszubauen. So kann die EU zu spürbaren wirtschaftlichen sowie politischen Verbesserungen und Resilienz beitragen und den Beitrittsaspirationen der Partnerländer entgegenkommen. Ergänzende Handlungsrahmen wie die Europäische Politische Gemeinschaft können in einer Übergangszeit nützlich sein.

Krieg als Treiber der Erweiterungspolitik

Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beschleunigte die Union der Ukraine, Moldau und Georgien im Juni 2022 eine Beitrittsperspektive in der EU. Der Europäische Rat verlieh Kiew und Chişinău den Kandidatenstatus, quasi eine politische Vorstufe zu Aufnahmeverhandlungen. Damit hebt die EU die Begrenzung der Beitrittsversprechen auf die sechs Länder des Westbalkans und die Türkei auf. Nimmt man die EU nun beim Wort, so geht sie in Richtung von 37 Mitgliedern.

Osterweiterung 2.0

Das überragende Motiv der EU für eine Erweiterung nach Südosteuropa und in den post-sowjetischen Raum hinein ist sicherheitspolitischer und geostrategischer Natur. Daraus ergeben sich Zielkonflikte mit integrationspolitischen Interessen und Präferenzen der Mitgliedstaaten, die nicht neu sind. Neu ist, dass die Union einen Beitrittsprozess mit einem Land anstrebt, das sich in einem heißen Krieg mit einer Nuklearmacht befindet. Die EU signalisiert damit Moskau, dass sie die Westbindung einer souveränen Ukraine nicht zur Disposition stellen wird. Im Zuge des russischen Angriffskrieges sind die USA wieder zum zentralen Sicherheitsakteur in Europa geworden. Künftige Beitrittsverhandlungen werden nicht der Rahmen für die Aushandlung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine sein. Die EU- und NATO-Staaten werden jedoch in ihrem Erweiterungskurs auf eine robuste europäische Sicherheitsordnung zielen müssen.

Strikte Konditionalität für alle

Im Prinzip beurteilt die EU alle beitragswilligen Länder danach, ob sie die politischen und wirtschaftlichen Aufnahmekriterien von Kopenhagen erfüllen, und sie hält einstweilen an der strikten Konditionalität fest. Ein Eil- oder Schnellaufnahmeverfahren für die Ukraine und Moldau hat sie abgelehnt. Zunächst müssen beide Länder die in der Stellungnahme der Kommission vom Juni 2022 geforderten sieben bzw. neun Maßnahmen angehen, die konkrete wie allgemeine Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung

und Minderheitenschutz betreffen. Georgien muss für den Kandidatenstatus erst zwölf explizite Prioritäten angehen. Wie bei den Staaten des Westbalkans werden für das Assoziierte Trio die „Fundamentals“ (Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Justiz, Korruptionsbekämpfung, institutionelle Stabilität) große Beitrittschürden darstellen, ebenso wie die Ent-Oligarchisierung der Wirtschaft.

Problemregion Westbalkan und der Sonderfall Türkei

Die materiellen Angebote der EU führen im westlichen Balkan selbst in Kombination mit der Mitgliedschaftsperspektive nicht zu einer dynamischen Konvergenz mit dem EU-Acquis. Konkret werden die Beitrittsverhandlungen durch bilaterale Streitthemen belastet, so das Zerwürfnis zwischen Bulgarien, latent auch Kroatien und Nordmazedonien über Symbolik, Sprache und Geschichte, der Unabhängigkeitsstreit zwischen Serbien und dem Kosovo oder Abspaltungstendenzen der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. Die Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräften schwächt die kleinen Volkswirtschaften zusätzlich, was in der Folge auch Investoren abschreckt. Der Berliner Prozess, von Österreich mitinitiiert, legt den Schwerpunkt auf Projekte zur wirtschaftlichen Belebung, regionalen Zusammenarbeit, Stabilität, Aussöhnung und sozialen Kohäsion sowie die Schaffung eines gemeinsamen regionalen Marktes.

Bei großen Infrastrukturprojekten gehen Aufträge auch an geopolitische Konkurrenten der EU, an Russland oder China. Serbien betreibt eine gezielte Schaukelpolitik, weil es um seine strategische Bedeutung für den gesamten Beitrittsprozess weiß. Mit Nordmazedonien und Albanien wurden im Juli 2022 offiziell die Beitrittsgespräche nach der neuen Erweiterungsmethodologie aufgenommen. Die Länder des Westbalkans wollen ihren zeitlichen Vorsprung vor dem Assoziierten Trio absichern und werden darin von ihren Förderern in der EU – darunter besonders Österreich, die Visegrád-Staaten und Griechenland – unterstützt.

Wegen der schleppenden Fortschritte werden vermehrt Alternativen zum Beitritt und neue Formen abgestufter Integration in Politiksektoren und EU-Institutionen diskutiert. Mit Blick auf das „Größere Europa“ soll die im Oktober 2022 ins Leben gerufene, rein intergouvernementale

Europäische Politische Gemeinschaft mit einer geopolitischen Agenda 2023 fortgesetzt werden.

Die Türkei agiert aus EU-Sicht als agiler „Swing State“ und teils auch als Gegenspieler, der umfassende Autonomie und Handlungsspielräume zwischen Russland und dem Westen sucht. Die Beitrittsverhandlungen sind kein relevanter Rahmen mehr. Auch nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2023 dürften außen- und sicherheitspolitische Streitthemen – Zypern, östliches Mittelmeer, Syrien und Libyen – fortbestehen. Eine Re-Demokratisierung könnte zu einer Wiederbelebung der ruhenden Beitrittsverhandlungen führen, zugleich würden in der EU die traditionellen Konfliktlinien in der Frage des EU-Beitritts der Türkei wieder aufleben.

Ausblick

Kurz- und mittelfristig führt für alle zehn potenzielle Kandidaten der Weg in die EU über die Implementierung der Assoziierungsabkommen. Die Westbalkan-Länder und die Türkei haben Assoziierungsabkommen älterer Generationen. Es stellt sich die Frage nach der Novellierung des Vertrags über die Zollunion und ggf. des Ankara-Abkommens mit der Türkei. Eine Reform der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den Westbalkan-Ländern wäre zwar sinnvoll, würde aber als Rückschlag wahrgenommen. Deshalb wird hier die mühsame Verhandlungsroutine vorherrschen.

Keynotes

- Seit 2022 umfasst der Erweiterungsraum zehn Länder, darunter die Ukraine, Moldau und Georgien, deren territoriale Integrität Russland bedroht. Damit verschärfen sich die Zielkonflikte zwischen geo- und integrationspolitischen Aspekten in der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik.
- Künftige Beitrittsverhandlungen werden nicht der Rahmen für die Aushandlung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine sein. Die EU- und NATO-Staaten müssen ihre Erweiterungskurse auf eine robuste europäische Sicherheitsordnung abstimmen.
- Die EU benötigt weiterhin eine länderspezifisch differenzierte Heranführungspolitik gegenüber dem Westbalkan, der Türkei und den osteuropäischen assoziierten Ländern.
- Bei der Türkei rückt die Vertiefung der Zollunion, bei den Westbalkan-Ländern die Förderung der regionalen Kooperation und gutnachbarschaftlicher Beziehungen in den Fokus. Für das Assoziierte Trio wird die EU zunächst die beiden Politikstränge Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik parallel verfolgen.
- Die „Compliance und Enforcement“-Regeln mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit und guten Regierungsführung müssen geschärft werden.



Flucht in Europa, Flucht nach Europa

Fakten und politisches Handeln

Gerald Knaus

Die Fluchtursache Nummer eins im Europa des Jahres 2022 ist Wladimir Putins Krieg. Die Vertreibung von Menschen aus der Ukraine ist ein klares Ziel Moskaus. Als beste Gegenstrategie erscheint die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine. Die vergleichsweise hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2022 sind nicht auf irreguläre, sondern auf reguläre Migration zurückzuführen. Wir sehen eine Krise des Flüchtlingschutzes, die mit einer Missachtung des Nichtzurückweisungs-Gebots der Genfer Flüchtlingskonvention zu tun hat. Es braucht humane und grundrechtskonforme Grenzkontrollregime sowie Vorschläge, wie irreguläre Migration ohne Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen reduziert werden kann.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte dar. Der Anführer einer Atommacht rechtfertigt die Anwendung von Gewalt und den Angriff auf eine benachbarte Demokratie mit dem Argument, die nationale Identität der Bevölkerung sei künstlich und müsse zerstört werden. Zivilistinnen und Zivilisten in friedlichen Vorstädten werden hingerichtet. Krankenhäuser und Theater werden bombardiert. Mariupol, eine Stadt von der Größe Liverpools oder Dresdens, wird innerhalb weniger Wochen zerstört. Nach wenigen Monaten Krieg waren bereits über vier Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer allein in die Europäische Union geflohen. Gleichzeitig ist der Großteil der Vertriebenen bislang in der Ukraine geblieben, und seit Mitte April sind viele wieder zurückgekehrt. Dabei ist die Vertreibung von Menschen aus der Ukraine ein klares Ziel des Kremls und wird offen im russischen Fernsehen als Strategie diskutiert: Terror gegen Zivilistinnen und Zivilisten sowie Zerstörung der Infrastruktur und Energieversorgung sollen eine neue Flüchtlingsbewegung in Gang setzen.

Der Grund für höhere Asylantragszahlen

Die Ukraine, so die Propaganda des Kremls, soll in die „Finsternis gestürzt“ und „20 Millionen“ sollen in die EU vertrieben werden. Die Krise liegt noch nicht hinter uns, sie könnte sich im Winter sogar noch weiter verschärfen. Es ist umso wichtiger, der Ukraine auch dabei zu helfen, im Land Binnenvertriebene so zu unterstützen, dass sie dort bleiben können.

Die Fluchtursache Nummer eins im Europa des Jahres 2022 ist Wladimir Putins Krieg. Die beste Fluchtursachenbekämpfung ist die Unterstützung der Ukraine, finanziell und militärisch. Die allermeisten Ukrainerinnen und Ukrainer, die in die EU kommen, wollen sobald wie möglich wieder in ihre Heimat zurückkehren, doch über den Winter kann es sein, dass mehr Frauen und Kinder in die EU fliehen werden müssen. Hierfür müssen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Gleichzeitig gibt es 2022 aber auch eine hohe Zahl von Asylanträgen in Österreich und eine etwas höhere Zahl von Asylanträgen in Deutschland als im letzten Jahr, ungefähr so wie 2018. Das sind Zahlen, die deswegen ins Gewicht fallen, weil wir die Ukrainekrise haben. Für sich

genommen ist das kein Vergleich mit 2015. Im Jahr 2015 kamen in zwölf Monaten eine Mio. Menschen aus der Türkei nach Griechenland, die sofort in Richtung Mitteleuropa weitergezogen sind. 2022 waren es bis Oktober 12.000.

Auf der Route nach Mitteleuropa gibt es zwei Gruppen. Viele waren oft schon Jahre in anderen Ländern in Südosteuropa, etwa in Griechenland. Auf den griechischen Inseln waren Anfang 2020 noch 40.000 Menschen, heute sind es 3000. Auf dem Festland waren es damals über 70.000, heute sind es 30.000. Dazu kamen seit Anfang 2020 etwa 30.000 Menschen nach Griechenland. Die Mehrheit ist nicht mehr dort. Dazu kommen Menschen, die visafrei über Serbien reisen und dann irregulär in die EU kommen. Serbien ist dazu verpflichtet, illegal weiterreisende Menschen zurückzunehmen. Das war eine wesentliche Bedingung der Aufhebung der Visumpflicht der EU für Serbien 2009. Alternativ kann es seine Regelungen zur Einreise denen der EU anpassen.

Der Grund für die insgesamt historisch hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2022 ist daher nicht irreguläre, sondern reguläre Migration. In Deutschland kommen dieses Jahr zehn von elf Flüchtlingen aus der Ukraine.

Mythos einer Masseneinwanderung

Manche Autorinnen und Autoren arbeiten immer wieder am Mythos einer Masseneinwanderung aus Afrika und eines wachsenden Migrationsdrucks. Dann werden Zahlen von Millionen bis Milliarden „Klimaflüchtlingen“ postuliert. So zum Beispiel in einem Bericht der internationalen Expertengruppe „Global Humanitarian Forum“ im Vorfeld der UN-Klimawandel-Konferenz 2009 in Kopenhagen: „Allein in Afrika südlich der Sahara werden bis 2020 schätzungsweise 60 Millionen Menschen aus versandeten Gebieten nach Nordafrika und Europa ziehen.“ Doch in der Realität sind die Zahlen von regulärer und irregulärer Einwanderung aus afrikanischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten kaum gewachsen – trotz Bevölkerungswachstums. Solche Zahlen bleiben Fantasie.

Und auch die Zahl der Flüchtlinge weltweit wächst sehr langsam. So nahm laut UN Refugee Agency (UNHCR) die Zahl der Flüchtlinge von 2017 bis 2021 in der ganzen Welt von 19,9 Mio. auf 21,4 Mio. zu, also um 1,4 Mio. in vier Jahren. Tatsächlich schätzt UNHCR, dass in dieser Zeit

in jedem Jahr im Durchschnitt 350.000 Kinder als Flüchtlinge geboren werden. Das zeigt sich in den hohen Wachstumszahlen in der Türkei, wo seit 2017 nur noch wenige erfolgreich die Grenze aus Syrien überschreiten können. Nicht nur in Europa, sondern weltweit gelingt es seit Jahren nur noch sehr wenigen Flüchtlingen, Schutz in anderen Ländern zu finden. Und die meisten Flüchtlinge, die es schaffen, schaffen es, weil Aufnahmeländer ihre Grenzen offenhalten. Sie kommen regulär, nicht irregulär, wie im Fall der Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer seit dem 24. Februar 2022 in die EU, der Syrerinnen und Syrer 2011 bis 2016 in die Türkei oder in den Libanon oder der Bürgerinnen und Bürger Venezuelas nach Kolumbien (die in den UNHCR-Statistiken als Sonderkategorie geführt werden).

Aktuelle Situation

Heute gelingt es weltweit nur noch wenigen Flüchtlingen, über Grenzen Schutz zu finden. Auch die irreguläre Migration über das Mittelmeer blieb in den letzten Jahren weit von diesen dramatischen Szenarien entfernt. Denn entscheidend dafür, wie viele Menschen irregulär Grenzen überschreiten, ist, wie die Politik von Staaten an Grenzen aussieht. Und die meisten Grenzen weltweit sind heute – oft aufgrund von Gewalt – irregulär kaum passierbar.

Stattdessen sehen wir heute eine weltweite Krise des Flüchtlingschutzes, denn der Kern der Genfer Flüchtlingskonvention, das Nicht-zurückweisungs-Gebot, wird weltweit missachtet. Das ist dramatisch. Regelmäßig – in Australien, den USA, Griechenland, Kroatien oder Polen – entschieden sich Regierungen für Pushbacks. In den USA hat Präsident Joe Biden zwar im Wahlkampf die Politik seines Vorgängers Trump scharf kritisiert, doch als eine immer größere Zahl von Migrantinnen und Migranten – die größte in einem Jahr seit 1960 – versuchte, aus Mexiko irregulär in die USA zu kommen, setzte Biden die Politik von Rückführungen ohne Asylverfahren seines Vorgängers fort. Allein in den letzten beiden Jahren betraf das über zwei Mio. Menschen.

Um etwas zu verändern, braucht es Vorschläge humaner Grenzkontrollen, die nicht im Widerspruch zu Grundrechten stehen, Vorschläge, wie irreguläre Migration ohne Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen reduziert werden kann. Dazu braucht es Einigungen mit Drittstaaten,

schnelle Verfahren und strategische Rückführungen. Davon müssen Mehrheiten überzeugt werden.

Keynotes

- Die Vertreibung von Menschen aus der Ukraine ist ein klares Ziel des Kremls.
- Die beste Bekämpfung der Fluchtursachen ist die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine.
- Der Grund für die insgesamt historisch hohen Flüchtlingszahlen 2022 ist nicht irreguläre, sondern reguläre Migration.
- Heute ist eine weltweite Krise des Flüchtlingsschutzes zu beobachten, da das Nichtzurückweisungs-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention missachtet wird.
- Für eine Verbesserung braucht es Vorschläge humaner Grenzkontrollen, die mit den Grundrechten vereinbar sind.

5

Risiken und Herausforderungen für Österreich







Risiken und Herausforderungen für Österreich

Silvia Angerbauer

Die Tendenz des Risikobildes für Österreich zeigt in den letzten Jahren eine zunehmend konfrontative geopolitische Lage, eine Verschärfung von regionalen Konflikten und ein vermehrtes Auftreten resilienzgefährdender Extremereignisse, die durch die Pandemie und nunmehr auch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine beschleunigt und verstärkt wurden. Erstmals seit Beginn der Risikobilderstellung im Bundesministerium für Landesverteidigung haben sich auch nahezu alle militärischen Risiken für Österreich signifikant verstärkt. Insgesamt läuft es auf eine deutliche Schwächung der regelbasierten und wertegestützten Weltordnung hinaus, wo auch wieder offen auf militärische Abschreckung gesetzt wird. Die Sicherheitslage für und in Europa und damit Österreich wird sich daher in absehbarer Zeit sehr wahrscheinlich weiter deutlich verschlechtern.

Analyse der Beiträge

Die Einzelbeiträge in diesem Kapitel mit speziellem Blick auf die Risiken und Herausforderungen für Österreich zeigen überwiegende Übereinstimmung mit den Erkenntnissen des Risikobildes. Folgende Parallelen lassen sich aus Sicht der Verfasserin ableiten und unterstreichen damit dessen Kernaussagen:

Wie im Risikobild wird in der Mehrzahl der Beiträge die Erhöhung der Eintrittswahrscheinlichkeit militärstrategischer Risiken gegenüber Österreich deutlich hervorgehoben. Konkrete militärische Bedrohungen sind für Europa und damit Österreich wieder wahrscheinlicher geworden. Auch eine mögliche Konfrontation Russlands mit der NATO sowie der Einsatz von Massenvernichtungswaffen wird als wahrscheinlicher wahrgenommen. Der hybrid geführte Krieg Russlands gegen die EU und damit auch gegen Österreich wird weitergeführt und intensiviert. Aber auch das Eintreten eines konventionellen Krieges wird als zumindest möglich eingeschätzt. Daher wird die Ausrichtung militärischer Fähigkeiten auf die Kernaufgabe "militärische Landesverteidigung" als erforderlich erachtet.

Nahezu gänzlich einvernehmlich besteht darüber, dass kein EU-Staat auf sich alleine gestellt – und auch die EU in ihrer Gesamtheit nicht – dazu befähigt ist, die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Eine Vertiefung der Verteidigungskooperation auf Ebene der Europäischen Union bzw. mit Drittstaaten, die sich westlichen Werten verpflichtet sehen, ist demzufolge das Gebot der Stunde.

Initiativen zur Stärkung der strategischen Autonomie der EU sowie deren militärischer Handlungsfähigkeit wären im Interesse Österreichs und der EU zu unterstützen. Kooperation – insbesondere auch mit der NATO – bleiben ein Grundprinzip der europäischen und österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch ein Beitrag des Bundesheeres bei der Beilegung oder Stabilisierung militärischer Konflikte im Umfeld Europas mit Auswirkungen auf Österreich ist hierbei zwingend mitzudenken.

In mehreren Beiträgen wird betont, dass die Konflikte der Zukunft mit Sicherheit anders aussehen werden als jene der Vergangenheit. Auch der gerade laufende Krieg in Europa sei beileibe keine Blaupause für das Gefechtsfeld der Zukunft. Technologische Veränderungen werden eine massive Beschleunigung der Transformation der Kriegsführung mit sich bringen. Zwar ist Künstliche Intelligenz, die feindliche Kräfte selbständig erkennt und bekämpft, noch nicht im Einsatz, teilautonome Waffensysteme sind jedoch in vielen Konflikten bereits in Verwendung.

Die rasante Veränderung der Technologien erfordert einen kontinuierlichen Überprüfungsprozess jeglicher Beschaffungs- und Fähigkeitsüberlegungen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und die Interoperabilität des Österreichischen Bundesheeres sicherstellen zu können. Auch Chancen und Substitutionsmöglichkeiten in Zusammenschau mit einem heranstehenden strategisch relevanten Arbeitskräftemangel in Europa sind hierbei zu erkennen.

Eine ständig steigende Bedeutung erlangen in der Mehrzahl der in diesem Kapitel befindlichen Beiträge auch die Faktoren Vernetzung und Abhängigkeiten sowie die damit verbundenen Vulnerabilitäten. Die vielfältigen Gefahren der Digitalisierung äußern sich nicht nur in der Konkurrenz um die digitale Vormachtstellung, sondern auch lokal, etwa durch Risiken für kritische Infrastrukturen und die Bevölkerung Österreichs. Insbesondere der Cyber- und Informationsraum sowie das elektromagnetische Spektrum werden bereits für die individuelle und staatliche Konfliktaustragung genutzt. Die disruptiven Folgen neuer Technologien werden vor allem Staaten mit technologischem Rückstand treffen. Die wachsende digitale Kluft zwischen Staaten und in Gesellschaften wirkt sich weltweit als destabilisierender Faktor aus und hat nachteilige Folgen für die europäische und österreichische Sicherheit.

Gegenüber dem Vorjahr haben in einigen Beiträgen in diesem Kapitel auch eine Reihe sozialer Risiken und ökonomischer Risiken stark an sicherheitspolitischer Bedeutung gewonnen. COVID-19, der russische Angriffskrieg, aber auch weitere Konflikte im Umfeld Europas haben nicht nur großes menschliches Leid verursacht, sondern zeitigen erhebliche Auswirkungen auf die global vernetzte Wirtschaft – so auch in Österreich. Nicht nur bei den Ärmsten schwinden dadurch existenzielle Grundlagen – auch die Mittelschicht ist mittlerweile von der In-

flation deutlich bedroht. Eine aus vielen Faktoren herausgebildete, politisch vorerst unbeantwortete Unzufriedenheit hat unterschiedliche Akteure hervorgebracht, die sich gegen den Staat und dessen Institutionen richten könnten. Die Situation ändert sich ständig und sollte genau beobachtet werden, um Schaden für den sozialen Frieden, den demokratischen Rechtsstaat insgesamt sowie die Grund- und Freiheitsrechte abwenden zu können.

Welche Schlussfolgerungen für Österreich und das Österreichische Bundesheer?

Auf der Systemebene Österreichs zeigt sich nunmehr eine deutliche Erhöhung von Eintrittswahrscheinlichkeiten etlicher Risiken sowie auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Resilienz Österreichs. Folgenden drei Handlungsfeldern sollte besondere Aufmerksamkeit beigemessen werden.

Erstens: die Verschärfung militärstrategischer Risiken. Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben sich erstmals seit Beginn der Risikobilderstellung nahezu alle militärstrategischen Risiken gegenüber Österreich verschärft. Eine militärische Bedrohung durch Russland ist für Europa damit wieder real geworden. Dies führt zu einem Mentalitätswechsel im sicherheitspolitischen Diskurs in ganz Europa. Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Rolle des Verteidigungsauftrages im Speziellen haben wieder enorm an Bedeutung gewonnen, nachdem diese gerade auch in Österreich im Schatten anderer Politikfelder gestanden sind.

Es ist daher erforderlich, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wettzumachen und den Fokus entschlossen auf die nachhaltige Stärkung der militärischen Fähigkeiten zur Landesverteidigung zu legen. Hierzu braucht es einerseits national vernetzte Innovationsüberlegungen, um technologische Potenziale auszuschöpfen und europäische Forschungs- und Beschaffungsprojekte synergetisch zu nützen. Andererseits erfordert das langfristige Finanzierungs- und damit Planungssicherheit, die mit dem Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz eingeleitet wurde. Um den nachhaltigen Aufbau der Streitkräfte sicherstellen zu können ist es aber auch erforderlich, das Budget „Militärische Angelegenheiten“ auf einem erhöhten Niveau fortzuführen.

Nur so kann der Weg für ein modernes und handlungsfähiges Bundesheer gesichert werden.

Zweitens: eine hohe Interdependenz. Die Risiken weisen vermehrt eine hohe Interdependenz auf. So hat etwa zum Beispiel Russlands Angriffskrieg bereits jetzt erhebliche Auswirkungen auf die bestehende Ressourcenknappheit auf dem afrikanischen Kontinent, das verursacht weitere Destabilisierung bis hin zum Staatszerfall, was wiederum steigende Migrationsströme nach Europa und damit Österreich zu Folge hat. Hier wird deutlich erkennbar, dass es eine umfassende Betrachtung erfordert, um Risikowirkungsketten in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Diese Komplexität und Vernetztheit legt gemäß dem Risikobild neue systemische Risiken wie beispielsweise eine potenzielle mangelnde Strategiefähigkeit Österreichs offen.

Eine isolierte Vorbereitung von Streitkräften auf diese neuen Gegebenheiten ist unzureichend. Stattdessen sind gesamtstaatliche Ansätze notwendig, um einerseits als Republik gewappnet zu sein und andererseits die Streitkräfte zu befähigen, ihren verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können. Dazu muss die in der Verfassung festgeschriebene Umfassende Landesverteidigung weiterentwickelt und dabei insbesondere ein gesellschaftliches Bewusstsein geschaffen werden, dass alle staatlichen Stellen sowie auch die Zivilgesellschaft im Krisen- und Konfliktfall konzertiert zusammenwirken müssen.

Auch Aspekte der Auswirkungen des Klimawandels müssen hierbei verstärkt berücksichtigt und in den bestehenden Säulen der umfassenden Landesverteidigung bzw. Sicherheitsvorsorge stets mitgedacht und integriert werden. Bislang scheint dazu jedoch auf gesamtstaatlicher Ebene kein ausreichend entwickeltes Instrumentarium für Krisenfrüherkennung, Risiko- und Folgenabschätzung, Entwicklung von Handlungsoptionen und strategische Entscheidungsfindung vorhanden zu sein. Inwieweit und ob sich hier das Ende 2022 vorgestellte Krisensicherheitsgesetz als ausreichend strategische Organisationsform bewähren wird, bleibt abzuwarten.

Drittens: Wirkungszusammenhänge. Risiken stehen über Grenzen und Systemebenen hinweg in einem Wirkungszusammenhang. Frieden und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger lassen sich von keinem Staat vollumfänglich gewährleisten. Österreich muss daher weiterhin oder vielmehr noch verstärkt proaktiv bei der Weiterentwicklung und Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union mitwirken. Diese ist der zentrale sicherheitspolitische Handlungsrahmen Österreichs und ein entscheidender Faktor für die Sicherheitsvorsorge für den gesamten EU-Raum.

In dieser Hinsicht wird langfristig die Idee einer strategischen europäischen Autonomie zu verfolgen sein. Dabei sollte es aus Sicht der Verfasserin in der Diskussion nicht mehr darum gehen, ob wir eine solche wollen, sondern vielmehr darum, wie diese strategische Autonomie gemeinsam erreicht und ausgestaltet werden soll. Und auch, welchen Beitrag Österreich hierbei leisten kann und will. Dabei könnte es zu einem fortgesetzten Spannungsfeld zwischen der realpolitischen Ausgestaltung der Neutralität und europäischen Entwicklungen kommen. Die realen Rahmenbedingungen, die vermutlichen Zukunftsentwicklungen und das eigene Leistungsvermögen sollten daher als Grundlage einer redlichen Diskussion für die bestmögliche Ausgestaltung einer adaptierten Neutralitätspolitik dienen.

Keynotes

- Krieg als Mittel der Konfliktaustragung ist für und in Europa wieder real geworden; die nachhaltige Stärkung der militärischen Landesverteidigung ist alternativlos.
- Risiken stehen über Grenzen und Systemebenen hinweg in einem Wirkungszusammenhang und weisen vermehrt eine hohe Interdependenz auf. Nur gesamtstaatliche Ansätze können erfolgreich sein, die ULV muss wiederbelebt werden.
- Ein ausreichend entwickeltes gesamtstaatliches Instrumentarium für Krisenfrüherkennung, Risiko- und Folgenabschätzung, Entwicklung von Handlungsoptionen und strategische Entscheidungsfindung ist bislang nicht vorhanden.
- Frieden und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger lassen sich von keinem Staat vollumfänglich gewährleisten. Eine Vertiefung der Verteidigungskooperation auf Ebene der EU bzw. mit Drittstaaten, die sich den westlichen Werten verpflichtet sehen, ist demzufolge das Gebot der Stunde.



Der Strategische Kompass der EU

Bedeutung für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Klaus Anderle

Angesichts der aktuellen und künftigen Herausforderungen und Bedrohungen ist kein EU-Staat auf sich alleine gestellt und auch nicht die EU in ihrer Gesamtheit befähigt, die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Mit der Indossierung des Strategischen Kompasses geben die 27 Staats- und Regierungschefs der Union nunmehr die weitere strategische Ausrichtung insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor. Entlang von 81 Umsetzungsmaßnahmen soll die Verteidigungskooperation vertieft und integrativ gestaltet sowie die kollektive militärische Handlungsfähigkeit der EU-27 glaubhaft verbessert werden.

Herausforderungen

Bereits in der Österreichischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013 wird festgeschrieben, dass die EU den zentralen Handlungsrahmen der österreichischen Sicherheitspolitik darstellt. Dieses Postulat hat angesichts der bisherigen globalen Entwicklungen seit 2013, besonders aber seit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine, zusätzlich an Relevanz gewonnen.

Die EU und damit Österreich sind im 21. Jahrhundert mit einem Risikobild konfrontiert, das bestimmt ist durch die Rückkehr militärischer Machtpolitik mit all den möglichen konventionellen und nicht-konventionellen militärischen und zivilen Mitteln in koordinierter Anwendung mit Desinformation bis hin zur Androhung des Einsatzes nuklearer Waffen. Hinzu kommen ökonomische Risiken, Energieunsicherheit, Migration, Inflation und Zinspolitik, um nur einige Herausforderungen zu nennen. Damit werden die Sicherheitsherausforderungen für die EU immer komplexer und verändern sich in atemberaubendem Tempo, allerdings zum Nachteil der EU und damit Österreichs. Dies verstärkt die bereits bestehenden existenziellen Abhängigkeiten der EU-Staaten voneinander, fördert aber auch ein krisenfestes Vertrauen ineinander, das Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern erfordert.

Weiterentwicklung der GSVP

Der am 25. März 2022 indossierte Strategische Kompass, dessen Inhalt auf Basis eines zuvor erstellten nachrichtendienstlichen Risikobildes zwei Jahre lang verhandelt wurde, gibt nunmehr für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit 81 Umsetzungsmaßnahmen und Zeitleisten vor, wie sich die EU und die EU-27 auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen und Bedrohungen vorbereiten sollen.

Damit einigten sich die 27 Staats- und Regierungschefs sowie Regierungen der Union darauf, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU künftig integrierter zu gestalten. Das Fundament bildet dabei vor allem die Einheit und Entschlossenheit der EU-27. In Entsprechung der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs sollen die strategische

Autonomie und die Handlungsfähigkeit der EU, u.a. auch deren militärische Handlungsfähigkeit, optimiert werden. Letzteres hat angesichts des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine noch an Dringlichkeit gewonnen. Hinzu kommt, dass eben nur eine glaubhaft militärisch handlungsfähige EU einen konstruktiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten und mehr zum Erhalt einer regelbasierten Weltordnung mit den Vereinten Nationen als Mittelpunkt beitragen kann.

Der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung stellt daher einen Meilenstein in der Weiterentwicklung der GSVP und ein klares Bekenntnis der EU-27 zur Stärkung der dringlich notwendigen strategischen Autonomie der EU dar, die die existenzielle Sicherheit der EU (und damit Österreichs) notfalls auch ohne Beistand garantieren können muss. Der Strategische Kompass umfasst neben dem Einleitungskapitel zum strategischen Umfeld vier handlungsorientierte Kapitel zu den Aspekten Krisenmanagement, Fähigkeiten, Resilienz und Partnerschaften. Er schließt an die EU-Globalstrategie von 2016 an und liefert die bisher fehlende konkrete Anleitung zur Umsetzung des 2016 festgelegten Ambitionsniveaus der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung mit den drei Zielen:

1. Bewältigung externer Konflikte und Krisen,
2. Verstärkung der Kooperation mit Partnern und
3. Schutz der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Voraussetzung für eine konsequente Umsetzung der aus dem Kompass abgeleiteten 50 Verpflichtungen ist einerseits eine Fokussierung der politischen aber auch militärischen Eliten auf ein kohärentes und optimiertes gemeinsames außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisches Verständnis der EU. Andererseits bedarf es an Rückhalt in der Bevölkerung. Letztlich soll jegliche sicherheits- und verteidigungs-politische Entscheidung dazu dienen, den Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger und unseres europäischen Lebensmodells (Demokratie und Freiheit, Wohlstand und Eigentum, Wohlfahrts- und Sozialstaat, Meinungs-, Medien- und Pressefreiheit usw.) existenziell zu garantieren und nötigenfalls gemeinsam zu verteidigen.

Sicherheit Österreichs in der EU

Der Strategische Kompass bewegt sich innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen der GSVP, an der Österreich in Entsprechung des rechtsstaatlichen Prinzips gem. Art. 23j B-VG in vollem Umfang teilnimmt. Die Einbettung in den sich vertiefenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Rahmen der EU ist eine Notwendigkeit, und die beschlossene Optimierung der strategischen Autonomie der EU, u.a. auch im Bereich der militärischen Handlungsfähigkeit, optimiert den Grad der Sicherheit und des Schutzes der Österreicherinnen und Österreicher, da Österreich die existenzielle Sicherheit des Staates selbst bei Erhöhung des Verteidigungsbudgets nicht ohne militärischen Beistand gewährleisten kann. Im globalen Maßstab sind selbst größere EU-Staaten wie Frankreich und Deutschland nicht mehr als Mittelgewichte. Beide sind zwar in der NATO eingebettet, aber auch die treibenden Kräfte, wenn es um die tatsächliche Implementierung der Verpflichtungen aus dem Strategischen Kompass geht.

Keynotes

- Die Bevölkerung ist über das veränderte Risikobild, die aktuellen und künftigen Herausforderungen und Bedrohungen und die Notwendigkeit der Einbettung Österreichs in den sich vertiefenden sicherheits- und verteidigungs-politischen Rahmen der EU zu informieren.
- Die Mitarbeit an der Implementierung der Umsetzungsmaßnahmen mit Fokus auf Optimierung der Sicherheit und des Schutzes der EU und damit Österreichs in Entsprechung des Artikels 23j B-VG ist erforderlich.
- Die sich in Implementierung befindlichen Verteidigungs- und Rüstungsinitiativen für künftige europäische und nationale Rüstungsbeschaffungen sind zu nützen.
- Eine gesamtstaatliche Kommunikations- und Informationslinie zur Stärkung des Rückhaltes einer weiteren Integration der Verteidigung im Raum der Union in der Bevölkerung ist zu erarbeiten.



Die Neutralität der Schweiz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine

Pälvi Pulli

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sicherheits- und verteidigungspolitische Annahmen und Erwartungen über den Haufen geworfen. Im Vordergrund für die westliche Staatengemeinschaft stehen bereits seit Jahren nicht mehr die Bekämpfung des Terrorismus oder Nation-Building, sondern die Bedrohung durch Russland, dessen Regime die Ukraine in offenem Bruch des Völkerrechts und vertraglicher Verpflichtungen angegriffen hat. Diese Entwicklungen erfassen auch die Schweiz. Sie hat die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen übernommen. Sie hat wie viele andere Länder Europas entschieden, mehr Mittel für die Verteidigung aufzuwenden. In der Schweiz wird öffentlich diskutiert, ob und wie die Neutralität in den neuen Realitäten, die wahrscheinlich Europa für Jahrzehnte prägen werden, angewendet werden soll.

Neutralität im Wandel der Zeit

Die Neutralität aufzugeben und, wie Finnland und Schweden, eine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, steht in der Schweiz nicht zur Debatte. Dafür ist die militärische Bedrohung zu weit weg und die Bedeutung der Neutralität im nationalen Bewusstsein zu groß. Es geht vielmehr um die Frage, wie die Neutralität situationsgerecht zu interpretieren ist. Dominant ist die Haltung, dass sich die Schweiz in dieser Lage politisch und wirtschaftlich klar auf der Seite des Westens positionieren soll – sie ist nicht nur geografisch Teil des Westens, sondern teilt seine Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Achtung des Völkerrechts. Es gibt aber auch Stimmen, die aus eng verstandenem nationalen Eigennutz verlangen, dass die Schweiz keine Position beziehen und Äquidistanz zwischen Russland und dem Westen halten soll.

Das Konzept der Neutralität stammt aus einer Zeit, in der Kriege als grundsätzlich legitimes Mittel der Konfliktaustragung zwischen Staaten angesehen wurde. Für einen kleinen Staat wie die Schweiz, dem nicht nur das militärische Potenzial zur Verteidigung gegen Großmächte fehlt, sondern der zudem noch sprachlich und kulturell aus mehreren Gruppen besteht, war Neutralität in einer solchen Welt die naheliegende, vielleicht sogar die einzige Strategie, sich aus dem Elend des Krieges herauszuhalten – zumal bis 1945 die traditionellen Linien militärischen Konflikts die Schweiz direkt berührten und die Hauptkontrahenten oft Nachbarstaaten der Schweiz waren.

Seit dieser Zeit hat sich Manches verändert. Vor allem werden Kriege rechtlich und politisch nicht mehr als legitimes Mittel der Konfliktaustragung betrachtet. Alle Staaten der Welt sind – durch die Mitgliedschaft in den UN – formell gehalten, sich gegen Staaten zu stellen, die den internationalen Frieden brechen. Auch das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat sich stark gewandelt. Militärische Konflikte drohen nicht zwischen ihren Nachbarstaaten auszubrechen, sondern weiter weg. Zusammen mit Österreich und Liechtenstein ist sie von NATO-Mitgliedstaaten umgeben. Und für den nationalen Zusammenhalt ist die Neutralität auch weniger wichtig als im 20. Jahrhundert.

Das Kernelement der Neutralität besteht darin, dass der Neutrale keiner Partei in internationalen bewaffneten Konflikten militärische Unter-

stützung zukommen lässt, z.B. mit Truppen oder durch die Zurverfügungstellung seines Territoriums oder Luftraums. Dies ist in der Schweiz kaum umstritten. Auch die Praxis spricht gegen militärisches Kampfengagement im Ausland: Die Schweiz hat sich seit Jahrhunderten nicht mehr an internationalen bewaffneten Konflikten beteiligt, und es ist für die Schweiz kaum vorstellbar, Truppen für Kampfeinsätze in einem bewaffneten Konflikt im Ausland zu entsenden. Selbst in der militärischen Friedensunterstützung mit einem Mandat der UN ist die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung per Gesetz ausgeschlossen.

Zwischen Recht und Politik

Niemand fordert, die Neutralität im Sinne des Neutralitätsrechts aufzugeben. Anders verhält es sich aber mit der Neutralitätspolitik, der Ausgestaltung der Neutralität jenseits des vom Neutralitätsrecht Geforderten. Die Schweiz hat sich, mit Verweis auf die Neutralität, tendenziell zurückhaltend zu internationalen bewaffneten Konflikten oder Streitigkeiten geäußert, obwohl sie geografisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell und wertebezogen Teil des Westens ist. Nicht erst im Kontext des Krieges in der Ukraine, aber jetzt ganz besonders akut stellt sich die Frage, wie Neutralität und Solidarität zueinander gewichtet werden sollen. Angesichts des klaren Bruchs fundamentaler internationaler Regeln durch Russland und des brutalen Vorgehens in der Ukraine ist es ein politisches und moralisches Gebot, Russlands Aktionen deutlich zu verurteilen und sich mit der Ukraine solidarisch zu zeigen. Das ist eine politische Positionierung; sie ändert nichts daran, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen aus dem Neutralitätsrecht einhalten wird. In diesem Kontext war die voreilige Interpretation der Schweizer Sanktionsentscheide in manchen anderen Ländern nicht hilfreich. Die Meldungen, dass die Schweiz ihre Neutralität aufgegeben habe, waren sachlich falsch und leisteten dem Gedanken Vorschub, Neutralität bestehe darin, selbst bei krassem Unrecht keine Wertung vorzunehmen, geschweige denn diese zu äußern.

Es ist zu erwarten, dass die Schweiz – zumindest in der Praxis – in einer stärker zwischen Russland und dem Westen polarisierten Welt sich am Westen orientieren, aber die Vorgaben des Neutralitätsrechts weiterhin einhalten wird. Es ist die Absicht des Bundesrates, die internationale Zusammenarbeit mit der NATO und der EU zu intensivieren. Für den

Fall, dass sich die Schweiz gegen einen Angriff verteidigen muss, soll die Kooperation mit ihren Nachbarstaaten, die der NATO angehören, und der Allianz selbst erleichtert werden. Wie weit diese Zusammenarbeit gehen wird, hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab: Was ist mit dem Neutralitätsrecht kompatibel, welche Beiträge kann die Schweiz leisten und woran sind unsere Partner interessiert? Ersteres ist leicht zu beantworten: Die Kooperation darf, wenn die Schweiz neutral bleiben will, keine ein- oder gegenseitigen militärischen Beistandsverpflichtungen enthalten; auch Sachzwänge mit gleicher Wirkung müssen vermieden werden. Für das Zweite soll mehr in die eigenen Fähigkeiten zur Verteidigung investiert werden, um kritische Fähigkeitslücken rascher zu schließen. Und schließlich: Wie weit die NATO in der Kooperation mit der Schweiz zu gehen bereit ist, muss – auch wenn die Schweiz seit 26 Jahren an der Partnerschaft für den Frieden teilnimmt – in Gesprächen mit der Allianz herausgefunden werden.

Der Krieg in der Ukraine hat die Bedrohungsperzeption in der Schweiz massiv und vermutlich nachhaltig verändert, wie in anderen Ländern Europas auch. In Europa rücken die Länder angesichts der russischen Aggression näher zusammen. Das gilt auch für die Schweiz, unter Einhaltung der neutralitätsrechtlichen Pflichten.

Keynotes

- Eine NATO-Mitgliedschaft der Schweiz steht nicht zur Debatte.
- Der Krieg wird nicht mehr als legitimes Mittel der Konfliktaustragung gesehen.
- Das Kernelement der Neutralität – keine militärische Unterstützung für eine Partei in internationalen bewaffneten Konflikten – ist in der Schweiz kaum umstritten.
- Die Frage nach der Gewichtung zwischen Neutralität und Solidarität ist ständig abzuwiegen und neu zu bewerten.
- Die Frage nach einer vertieften Zusammenarbeit sowie Kooperationen mit Nachbarstaaten, die gleichzeitig NATO-Mitglieder sind, hängt von drei wesentlichen Punkten ab: Kompatibilität mit dem Neutralitätsrecht, Beitrag der Schweiz sowie Interessen der Partner.



Vitalii Vodolazskyi/Shutterstock

Neutralität zeitgemäß interpretiert

Michael Jonsson

Nach dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der Finnland und Schweden dazu veranlasste, der NATO beizutreten, stellt sich intuitiv die Frage, ob das Konzept der Neutralität in Europa überholt ist. Die Neutralität im engeren Sinne, die militärische Blockfreiheit, ist jedoch nicht per se überholt, sondern hängt von der militärischen Geografie eines Landes ab. Im Gegensatz dazu wäre Neutralität im weiteren Sinne, das Verbleiben an der Seitenlinie eines scharfen geopolitischen Konflikts zwischen Europa und Russland, kontraproduktiv, da sie als stillschweigende Billigung einer Aggression oder zumindest als Unzuverlässigkeit als Alliiertes und Unionsmitglied ausgelegt werden könnte. Daher sollte die militärische Blockfreiheit mit einer soliden Unterstützung von Maßnahmen wie Sanktionen, einer scharfen Haltung gegenüber den russischen Sicherheitsdiensten und der Bereitstellung militärischer Mittel bzw. Ausbildung für die Ukraine einhergehen.

Nach dem Ausbruch des umfassenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 ist es naheliegend sich zu fragen, ob das Konzept der Neutralität noch zeitgemäß ist. Dies gilt umso mehr, als Finnland und Schweden umgehend die Mitgliedschaft in der NATO beantragt haben, was einen entscheidenden Bruch mit ihrer traditionell neutralen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darstellt. Vor dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine schien dies noch undenkbar, da sowohl die regierenden Parteien als auch mehrheitlich die öffentliche Meinung in beiden Ländern gegen eine NATO-Mitgliedschaft waren; wenn auch in Schweden weniger entschieden.

Nachdem die russischen Streitkräfte die ukrainischen Grenzen überschritten hatten, wurden rasche und folgenschwere Entwicklungen in Gang gesetzt, und bereits Anfang April war klar, dass Finnland einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft stellen würde. Schweden folgte kurz darauf. Die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin erklärte: „Russland ist nicht der Nachbar, für den Finnland es hielt“, während die damalige schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson feststellte: „Es gibt nach dem 24. Februar ein Vorher und ein Nachher ... die Sicherheitslandschaft hat sich völlig verändert.“ Vor diesem Hintergrund ist es in der Tat an der Zeit zu fragen, ob das Konzept der Neutralität – für Europa im Allgemeinen und für Österreich im Besonderen – noch zeitgemäß ist oder einer Neuinterpretation bedarf.

Das Konzept der Neutralität

Im Rahmen dieser Analyse wird der schwedische Umgang mit der Neutralität zur Veranschaulichung herangezogen. Ein erster Schritt bei der Analyse des Neutralitätsbegriffs besteht darin, eine Arbeitsdefinition zu erstellen oder zumindest seine Bestandteile zu bestimmen. Erstens ist der Begriff beziehungsorientiert, da er die Neutralität zwischen zwei Antagonisten impliziert, die ausdrücklich identifiziert werden sollten (neutral zwischen wem/was?). Zweitens ist er mehrdimensional, da ein Land wie Schweden während des Kalten Krieges gleichzeitig militärisch bündnisfrei, aber politisch, diplomatisch und wirtschaftlich stark mit dem Westen verbündet sein kann (neutral in welchem Sinne?). Drittens gibt es einen deklaratorischen Aspekt der Neutralität insofern, als ein Land zwar nominell neutral sein kann, aber dennoch weithin erwartet

wird, dass es sich im Falle eines Krieges auf eine Seite schlägt. So wurde Schweden von der Eisenhower-Regierung in den 1950er Jahren als „neutral on our side“ bezeichnet.

Die schwedische Erfahrung mit der Neutralität

Hinsichtlich der Aktualität des Neutralitätsbegriffs ist auch zu fragen, welchem Zweck eine neutrale Haltung dienen soll. Im Falle Schwedens lautete die übliche Formulierung „militärische Blockfreiheit im Frieden, Neutralität im Kriegsfall“. Ob dies zu einem bestimmten Zeitpunkt eine realistische Strategie ist, hängt natürlich zum Teil von den Berechnungen des mutmaßlichen Gegners, aber auch von den geografischen Gegebenheiten ab. Traditionell hoffte der schwedische Verteidigungsapparat, sich zumindest in der Anfangsphase eines Großmachtkonflikts in Nordeuropa heraushalten zu können. Mit dem NATO-Beitritt der baltischen Staaten und der Entwicklung von präzisionsgelenkter Munition immer größerer Reichweite durch Russland wurde dies aufgrund der regionalen militärischen Geografie zunehmend in Frage gestellt.

Nach der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 wiesen schwedische Verteidigungsexpertinnen und -experten darauf hin, dass Moskau im Falle eines russischen Krieges gegen die baltischen Staaten in großer Versuchung wäre, Schiffs- und Luftabwehrsysteme auf die schwedische Insel Gotland zu verlegen. Dies würde es Russland ermöglichen, die Seewege zu den baltischen Staaten zu sperren und alle Luftstreitkräfte in der Region zu gefährden, was eine Verstärkung des Baltikums langsamer und gefährlicher machen würde. Daher begannen die schwedischen Verteidigungsbehörden zunehmend daran zu zweifeln, dass sich Schweden aus einem großen Machtkampf im nahen Ausland heraushalten könnte. Als Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann und Finnland beschloss, die Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen, schien die militärische Blockfreiheit Schwedens nicht mehr angemessen, da sie zwar die nationale Verteidigung erschweren, das Land aber nicht aus regionalen Konflikten heraushalten würde. Damit war das Konzept der Neutralität für Schweden in gewisser Weise überholt.

Damit soll nicht behauptet werden, dass dies automatisch auch für andere kleine oder mittelgroße europäische Länder gilt. Sollte ein Land wie Österreich beschließen, militärisch bündnisfrei zu bleiben, eine Ent-

scheidung, die eindeutig das Vorrecht jeder einzelnen Nation ist, würde sich dieses Konzept in diesem spezifischen Kontext nicht automatisch als überholt erweisen. Im Gegenteil: Umgeben von Verbündeten und EU-Mitgliedern (mit Ausnahme der Schweiz und Liechtenstein) ist es schwer vorstellbar, dass die militärische Bündnisfreiheit Österreichs ein größeres Hindernis für die eigene Landesverteidigung oder die seiner Nachbarn darstellen würde. Während die Neutralität in der Ostseeregion durch den russisch-ukrainischen Krieg obsolet geworden ist, gilt dies nicht unbedingt für andere Regionen.

Schwedische Sicherheit und die NATO

Die schwedische Entscheidung, so lange neutral zu bleiben, war nicht in erster Linie verteidigungspolitisch motiviert, sondern durch die außenpolitische Identität, die Tradition und die Diplomatie. Die schwedische Außenpolitik war lange Zeit als neutral gebrandet, mit starker Unterstützung der Mitte-Links-Parteien und einer Mehrheit der Öffentlichkeit. Auf diplomatischer Ebene mag dies Schweden zeitweise eine Verhandlungsplattform als „ehrlicher Makler“ verschafft haben, und umgekehrt wurde ein NATO-Beitritt in bestimmten Kreisen als provokativ oder destabilisierend gesehen. Dies alles änderte sich rasch nach dem umfassenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Aus verteidigungspolitischer Sicht erleichtert ein NATO-Beitritt jedoch nahezu jeden denkbaren Aspekt der nationalen und regionalen Verteidigung. Mit einer stärkeren Interoperabilität und gemeinsamen Verteidigungsplänen kann Schweden seine knappen militärischen Ressourcen für bestimmte Aufgabenbereiche oder Einsatzrichtungen einsetzen und andere Aufgaben seinen Verbündeten überlassen. Auch die Lagebeurteilung, die Unterstützung des Aufnahmestaates bei der Verstärkung und die Versorgung mit qualifizierter Munition und anderen notwendigen Gütern werden durch die Mitgliedschaft im transatlantischen Bündnis stark erleichtert. Der Beitritt Schwedens zur NATO wird daher seine Verteidigung stärken, ohne seine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der nationalen Fähigkeiten und die Gewährleistung der nichtmilitärischen Sicherheit zu schmälern.

Schlussfolgerungen für Europa, die EU und Österreich

Eine NATO-Mitgliedschaft an der Seite Finnlands verbessert Schwedens Verteidigungsfähigkeit, da die Ostsee durch ein koordiniertes Vorgehen mit anderen Demokratien gewissermaßen zu einer „NATO-See“ wird. Dies ist sowohl für Schweden und Finnland als auch für die derzeitigen NATO-Mitglieder und insbesondere für die baltischen Staaten von Vorteil.

Eine österreichische NATO-Bewerbung würde sicherlich ebenso begrüßt werden wie die schwedische und finnische, nur hätte die Mitgliedschaft Österreichs aufgrund der militärischen Geografie nicht so drastische Auswirkungen auf die österreichische Verteidigung oder die seiner Nachbarn und wäre daher weniger entscheidend. In anderen Politikbereichen – Sanktionen gegen Russland, scharfe Maßnahmen gegenüber seinen Sicherheitsdiensten oder die Bereitstellung von Rüstungsgütern und militärischer Ausbildung für die Ukraine – sind die gegenseitigen Abhängigkeiten der europäischen Länder und insbesondere der EU-Mitglieder jedoch weniger von der geografischen Lage bestimmt. In dem Maße, in dem das Konzept der Neutralität einer Neuinterpretation bedarf, könnte eine moderne Version der traditionellen schwedischen Haltung – militärisch bündnisfrei, aber in allen anderen Bereichen eng verbunden, „neutral auf unserer Seite“ – besonders willkommen sein. Andernfalls könnte das Ausbleiben einer entschlossenen Reaktion auf einen Angriffskrieg in Europa als stillschweigende Zustimmung oder zumindest als Unzuverlässigkeit als Alliiertes und Unionsmitglied ausgelegt werden, wie unbeabsichtigt dies auch sein mag. Mit dem Ende der Ära nach dem Kalten Krieg und vor dem Hintergrund sich verschärfender geopolitischer Konflikte ist der Spielraum für eine strikte Neutralität im umfassenden Wortsinn begrenzt. Die Neutralität ist also nicht tot, sie könnte sich aber als neuinterpretationsbedürftig erweisen.

Keynotes

- Neutralität, verstanden als militärische Blockfreiheit, ist nicht per se ein überholtes Konzept, sondern kann je nach geografischen Gegebenheiten durchaus praktikabel bleiben.
- Neutralität in einem sich verschärfenden Interessenkonflikt zwischen Europa und Russland kann als stillschweigende Akzeptanz einer Aggression missverstanden werden, oder zumindest als Unzuverlässigkeit als Alliiertes und Unionsmitglied.
- Man könnte sich militärisch bündnisfrei verhalten und gleichzeitig gemeinsame Maßnahmen wie Sanktionen, eine scharfe Haltung gegenüber Russland und die Bereitstellung militärischer Mittel bzw. Ausbildungsmaßnahmen für die Ukraine mittragen.
- Von Gewohnheiten wie der Neutralität trennt man sich ungern, doch würde das Ausbleiben einer starken und klaren Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ein sehr ungünstiges Signal aussenden.



Streitkräfteentwicklung in Europa

Bruno Günter Hofbauer

Die Streitkräfte sind nach Jahren der Konzentration auf Stabilisierungseinsätze wieder gefordert, den Kampf gegen einen ebenbürtigen konventionellen Gegner in den Fokus zu rücken. Der Wiederaufwuchs wird auch auf Grund der mangelnden industriellen Kapazitäten nur langfristig erfolgen können. Alle Teilstreitkräfte werden sich auf diese neuen Herausforderungen einstellen müssen.

Streitkräfte im Umbruch

Die Streitkräfteentwicklung in ganz West- und Mitteleuropa ist im Umbruch. Die russische Invasion hat den Trend, der bereits mit der russischen Inbesitznahme der Krim und den Kampfhandlungen im Donbas ab dem Jahr 2014 in der NATO begonnen hat, massiv dynamisiert. Die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung sind in den Fokus gerückt, und die Expeditionary-Einsätze in weit entfernten Operationsgebieten

sind in den Hintergrund getreten. Der NATO-Gipfel von Wales im Jahr 2014 hat diese Entwicklung in der NATO zwar bereits eingeleitet, das Bedrohungsbewusstsein der europäischen Bevölkerung insgesamt hat sich jedoch erst mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 geändert. Das unvorstellbare war eingetreten, der konventionelle Krieg war in voller Härte und für alle sichtbar nach Europa zurückgekehrt.

Darauf reagieren die europäischen Staaten in unterschiedlicher Art und Weise. Schweden und Finnland haben sich entschieden, der NATO beizutreten, beinahe alle Staaten der EU bzw. NATO erhöhen ihre Verteidigungsausgaben. Die Staaten mussten feststellen, dass sie militärisch auf die Herausforderungen der konventionellen Kampfführung nicht mehr vorbereitet sind und weder ihre Streitkräfte noch die Rüstungsindustrie befähigt sind, die bestehenden und bekannten Mankos kurzfristig auszugleichen. Die Abhängigkeit von der militärischen Unterstützung durch die USA wurde neuerlich vor Augen geführt. Hatte sich schon im Rahmen des übereilten Abzuges der westlichen Nationen aus Afghanistan der Mangel der eigenständigen Handlungsfähigkeit der europäischen Nationen offenbart, so wurde dieser Faktor in Folge des Ukraine-Krieges noch offensichtlicher.

Was ist nun für die nächsten Jahre zu erwarten?

Die europäischen Nationen werden sich unter dem Schock des russischen Angriffskrieges verstärkt auf den konventionellen Krieg ausrichten. Dies bedeutet, dass die Fähigkeiten primär auf den Kampf gegen einen ebenbürtigen Gegner ausgerichtet werden und Streitkräfte mit allen verfügbaren Kräften und Einsatzmitteln gleichzeitig in den Einsatz gebracht werden müssen. Vollausrüstung der Verbände lautet das Gebot der Stunde. Dies stellt auch hohe Anforderungen an die europäische Rüstungsindustrie, die nach dreißig Jahren der reduzierten Auftragslage kurzfristig solche Bedarfe nicht decken kann.

In der Domäne Land wird die nötige weitreichende Feuerkraft, mechanisierte Stoßkraft und der vollumfängliche Kampf der verbundenen Waffen im Rahmen der Großverbände wiederherzustellen sein. Aber auch unterstützende Fähigkeiten wie das Forcieren von Gewässern oder das Einschränken der feindlichen Bewegung werden wieder benötigt.

Bei den Seestreitkräften muss die Fähigkeit zum Kampf gegen Luft-, Überwasser- und Unterwasserziele wieder vollumfänglich abgebildet werden. Zusätzlich werden die Fähigkeiten der amphibischen Kräfte weiterhin für Machtdemonstrationen und Truppenverlegungen benötigt. U-Boote werden mit erweiterten Aufklärungs- und Wirkungsfähigkeiten eine zunehmend erhöhte Bedeutung erringen.

Die Luftstreitkräfte haben sich wieder auf ihre Kernrollen zu besinnen. Luftherrschaft wird künftig nicht als gegeben anzunehmen sein. Offensive und defensive Luftkriegsführung rücken wieder in den Fokus. Die Luftstreitkräfte werden auch als Sensorträger eine wesentliche Aufgabe bei der Herstellung eines aktuellen Lagebildes übernehmen. Ähnlich verhält es sich bei der bodengebundenen Luftabwehr, die mangels wahrgenommenem Luftfeind in den letzten dreißig Jahren massiv reduziert wurde. Der flächendeckende Schutz von Räumen gegen Angriffe aus der Luft wird rasch wiederherzustellen sein.

Präzisionswirkung ist für alle Teilstreitkräfte essenziell. Das betrifft nicht nur Steilfeuerwaffen oder beispielsweise auch die Nutzung von Loitering Ammunition, sondern auch Kampfdrohnen, Hyperschallwaffen und Abstandswaffen mit erhöhter Überlebensfähigkeit.

Teilstreitkräfte übergreifender Datenaustausch in Echtzeit ist eine Voraussetzung für den Erfolg im Gefecht der Zukunft. Dabei werden die raschen technologischen Erneuerungszyklen mannigfache Möglichkeiten, aber auch Probleme für die Sicherheit der Hard- und Software mit sich bringen. Unbemannte Systeme werden sowohl im Kampf wie auch in dessen Vorbereitung und Unterstützung in allen Teilstreitkräften zu integrieren sein. Der Feind wird stets danach trachten, das eigene Lagebild nicht nur zu verfälschen und den eigenen Führungszyklus zu unterlaufen, sondern auch die Sensoren zu übersättigen. Der über alle militärischen Führungsebenen hinwegreichende, Teilstreitkräfte und Domänen übergreifende Verbund von Aufklärung, Führung und Wirkung wird in der künftigen Entwicklung der Streitkräfte eine noch bedeutendere Position einnehmen, wobei der Einsatz und die Nutzung von Artificial Intelligence entscheidend sein wird.

Der Kampf im Cyberraum wird künftig bis auf die untersten Ebenen geführt. Nicht nur strategische Infrastruktur und militärische Führungssysteme werden zu schützen sein. Alle Steuerungs-, Informations- und

Kommunikationssysteme der Streitkräfte werden zum Angriffsziel im Cyberraum und im elektromagnetischen Spektrum. Die Streitkräfte werden sich zusätzlich für den umfassenden Kampf um und mit Information wappnen und dafür eigene Fähigkeiten aufbauen müssen, die feindliche Falschinformation enttarnt und diese erwidert.

Insgesamt werden Lösungen für die Beherrschung großer Räume mit einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Truppen zu finden sein. Die erfolgte quantitative Reduktion der Streitkräfte und die in absehbarer Zeit nicht zu erwartende massive personelle Aufstockung verschärfen dieses Problem. Alle Streitkräfte werden gezwungen sein, mit technischen Mitteln in allen denkbaren Bereichen Soldatinnen und Soldaten zu ersetzen.

Die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte stellt für alle Berufsarmeen eine enorme Herausforderung dar, die besonders bei einem Konflikt, bei dem es zu hohem Kräfteinsatz kommt, kaum bewältigt werden kann. Daher werden Lösungen für einen rechtzeitigen Aufwuchs und Ausbildung von Reserven und gegebenenfalls auch Mobilmachungsmaßnahmen zu finden sein.

Ausblick

Es ist festzuhalten, dass die Konflikte, die in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auf uns zukommen, mit Sicherheit anders aussehen werden, als jene, die in den letzten Jahren in weit entfernten Gebieten absolviert wurden, und sie werden auch anders als der gerade in der Ukraine laufenden Krieg gestaltet sein. Streitkräfte sind breit aufzustellen, wozu die europäischen Nationen noch intensiver zusammenarbeiten müssen. Gewisse Fähigkeiten werden bis 2030 weiterhin nicht durch die europäischen Staaten alleine gewährleistet werden können. Dazu fehlen derzeit die erforderlichen Mittel und auch die industriellen Kapazitäten.

Auf absehbare Zeit ist davon auszugehen, dass trotz der verschiedenen Initiativen der EU eine höhere Autonomie und militärisch Unabhängigkeit von den USA zu erreichen, die wesentlichen Entwicklungen dennoch innerhalb der NATO erfolgen werden. Eine eventuelle Stärkung des europäischen Pfeilers ist möglich, aber auch massiv von der Fortsetzung bereits angelaufener Programme abhängig. Vor allem in den

nächsten fünf bis sieben Jahren werden die zusätzlich verfügbaren Mittel jedoch primär zum Aufholen verlorener Fähigkeiten genutzt werden, um den Kampfwerte der derzeit verfügbaren Streitkräfte zu erhöhen. Mit einer substanziellen Fähigkeitserweiterung kann erst danach gerechnet werden.

Keynotes

- Die europäischen Nationen werden sich unter dem Schock des russischen Angriffskrieges verstärkt auf den konventionellen Krieg ausrichten.
- Bei den Landstreitkräften werden die weitreichende Feuerkraft und die mechanisierte Stoßkraft der Großverbände wiederherzustellen sein.
- Luftherrschaft wird künftig nicht als gegeben anzunehmen sein. Offensive und defensive Luftkriegsführung rücken wieder in den Fokus.
- Entscheidend ist der über alle militärischen Führungsebenen hinwegreichende, Teilstreitkräfte und Domänen übergreifende Verbund von Aufklärung, Führung und Wirkung.
- Der Einsatz und die Nutzung von Artificial Intelligence werden entscheidend sein.
- Eine Reihe von Fähigkeiten werden bis 2030 weiterhin nicht durch die europäischen Staaten alleine gewährleistet werden können. Dazu fehlen nicht nur die erforderlichen Mittel, sondern auch die industriellen Kapazitäten.



© HBF/Daniel Trippolt

Militärische Konflikte und ihre Auswirkungen auf Österreich

Georg Podlipny

Die laufenden Konflikte, denen wir in verschiedenen Teilen der Welt gegenüberstehen, stellen Österreich weiterhin vor große Herausforderungen. Unsere derzeitigen Lösungsansätze sind augenscheinlich nicht von Erfolg gekrönt. Aber es gilt weiterhin, dass die militärischen Beiträge nur einen Teil des Gesamtansatzes darstellen. Notwendige Anpassungen im militärischen Bereich werden vorzunehmen sein, um mit diesem Instrument auch effizient an der Problemlösung teilhaben zu können.

Die Entwicklungen und Dynamiken der aktuellen Konflikte zeigen uns, dass die Antworten, die wir geglaubt haben zur Lösung von Konflikten geben zu können, nicht zielführend scheinen. Ein kurzer beispielhafter Überblick soll helfen, einer Antwort auf die Frage, welche Auswirkungen aktuelle Konflikte auf das internationale Engagement des Österreichi-

schen Bundesheeres bzw. der Republik Österreich haben, näherzukommen.

Afrika

Die EU und in manchen Bereichen auch Österreich haben sich bei diversen Konflikten in Afrika engagiert, um zu einer Lösung beizutragen. Die Ergebnisse, die bisher erbracht wurden, unterstreichen jedoch nicht die Rolle als Sicherheitsprovider, die die EU spielen sollte.

Die Entwicklung bei der EU-Trainingsmission in der Zentralafrikanischen Republik zeichnete bereits einen Weg vor, den auch die Trainingsmission in Mali nunmehr beschreitet. Andere Akteure wie die Gruppe Wagner bzw. staatliche Akteure wie Russland oder China drängen in diese Räume und bieten ihre Konzepte zur Lösung der Probleme vor Ort an. Die EU und mit ihr Österreich verlieren im afrikanischen Raum immer mehr an Boden. Die Versuche, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern, zeigen bisher keinen großen Erfolg. Dies ist zum Beispiel auch an der Dynamik in Burkina Faso zu sehen, wo die Entwicklung in Richtung weiterer Destabilisierung deutet.

Westbalkan

Die für Österreich wesentlichsten militärischen Engagements sind nach wie vor im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina. Der Konflikt zwischen dem Kosovo und Serbien ist weiter ungelöst, und auch das militärische Engagement bleibt unverändert bestehen. Im Kosovo ist eine Veränderung und Weiterentwicklung des militärischen Dispositivs derzeit nicht absehbar. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Kosovo Force (KFOR) liegt bei der NATO.

Dies verhält sich in Bosnien und Herzegowina ein wenig anders. Hier liegt die Verantwortung für die European Union Force ALTHEA (EUFOR ALTHEA) bei der Union. Die Konfliktlage ist aufgrund des politisch komplexen Systems wesentlich unübersichtlicher. Das Mandat muss jährlich vom UN-Sicherheitsrat erneuert werden, in dem auch die Russische Föderation ein Vetorecht hat. Am 2. November 2022 erfolgte im Zuge einer Sitzung des Sicherheitsrats der Beschluss über die Verlängerung für ein weiteres Jahr.

Ukraine

Der Konflikt begann in der Ukraine nicht erst mit dem plötzlichen Einmarsch der russischen Truppen am 24. Februar 2022. Vielmehr war er bereits mehrere Jahre schwelend und militärisch manifest, spätestens seit der Besetzung der Krim 2014. Es werden permanent Beurteilungen in der EU angestellt, mit welchen Möglichkeiten die Ukraine zusätzlich zu den materiellen Unterstützungen, beispielsweise auch im Ausbildungsbereich, gestärkt werden kann. Der Europäische Rat hat am 17. Oktober 2022 beschlossen, eine militärische Mission zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) einzurichten. Ziel der Mission ist es, zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte beizutragen.

Mehr als Know-how gefragt

Die Debatte über die Auswirkungen, die die Konflikte und die getroffenen Maßnahmen auf das internationale Engagement des Bundesheeres bzw. der Republik Österreich haben, wird jedenfalls folgenden Aspekt beinhalten müssen: Das bloße Zurverfügungstellen von Know-how, wie es im Rahmen der EU-Trainingsmissionen vielfach geschehen ist, ist offenbar zu wenig, um einen Bedarfsträger von der Rolle der EU als Sicherheitsprovider zu überzeugen. Die Lücken werden dann offenbar von anderen Akteuren gefüllt. Es wird daher weiterhin in der Union diskutiert werden müssen, ob nicht Überlegungen hinsichtlich eines Gesamtpaketes, das möglicherweise auch Aspekte der Ausrüstung und Ausstattung beinhaltet, angestellt werden müssen. Die ersten Indikatoren, dass die Entwicklung in diese Richtung gehen könnte, sind in aktuell laufenden Diskussionen in der EU erkennbar.

Mögliche Rolle Österreich im Rahmen der EU GSVP

Mit dem Beitrittsantrag von Schweden und Finnland hat sich das Gewicht der NATO für die europäische Verteidigung markant erhöht. Die EU wird aber ihren Stellenwert als Plattform für zum Beispiel verbesserte militärische Mobilität oder gemeinsame Beschaffungsbemühungen behalten. Die EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig NATO-Mitglieder

sind, werden mit Hochdruck das Herstellen des geforderten NATO-Dispositivs verfolgen. Dies wird sich auch in den für andere Vorhaben wie zum Beispiel der GSVP verfügbaren Ressourcen widerspiegeln. Hier ist Österreich als nicht-NATO-Mitglied gefordert, im Rahmen der GSVP einen angemessenen Beitrag zu leisten.

UN und OSZE

Das Engagement Österreichs im Rahmen der UN und der OSZE wird im Wesentlichen stabil bleiben. Die Rolle der beiden Institutionen ist für Österreich unverändert hoch, was auch in den nationalen strategischen Dokumenten seinen Niederschlag findet.

Strategische Grundlagen

Die Vertrauenswürdigkeit, vor allem aber die Berechenbarkeit eines demokratischen Staates hinsichtlich seiner verteidigungspolitischen Außenwirkung ist eng mit Doktrinen beziehungsweise demokratisch legitimierten Strategiedokumenten verknüpft. Für Österreich sind hier jedenfalls die Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013 und die folgende Teilstrategie Verteidigungspolitik aus dem Jahr 2014 anzusprechen. Aufgrund der drastischen Veränderung des sicherheitspolitischen Umfeldes scheint es sinnvoll zu sein, diese beiden Dokumente hinsichtlich ihrer Aussagen und Aktualität zu überprüfen.

Konsequenzen für Europa

Da das internationale Engagement des Bundesheeres eng mit der Weiterentwicklung der EU verbunden ist, ist es wichtig, auch die Konsequenzen der aktuellen Entwicklungen für Europa in die Beurteilungen einzubeziehen. Eine wesentliche Ableitung aus den aktuellen Ereignissen ist, dass die militärische Verteidigung Europas derzeit nur im Rahmen der NATO erfolgen kann. Eine Veränderung dieser Situation ist auf lange Sicht zwar denkbar, allerdings abhängig von der Fähigkeit der EU, sich im Bereich Verteidigung wesentlich tiefer zu integrieren. Auch der Strategische Kompass der EU wird an dieser Frage gemessen werden müssen. Höhere Integration würde einhergehen mit der Abgabe von

Entscheidungskompetenzen, dies ist in militärischen Fragestellungen derzeit aber nicht absehbar.

Konsequenzen für Österreich

Da derzeit keine Anzeichen einer unmittelbaren markanten Änderung der sicherheitspolitischen Ausrichtung Österreichs erkennbar sind, wird es sinnvoll sein, das internationale Engagement in jenen Bereichen der GSVP, die für Österreich aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich sind, zu fokussieren.

Keynotes

- Die derzeitigen militärischen Lösungsansätze im Bereich der GSVP müssen überdacht werden.
- Vermittlung von Know-how alleine unterstreicht nicht die Rolle der EU als vertrauenswürdiger Sicherheitsprovider.
- Die strategischen Grundlagen sollten aufgrund der Dynamik des sicherheitspolitischen Umfeldes auf ihre Aktualität überprüft werden.
- Die militärische Verteidigung Europas obliegt derzeit der NATO.
- Österreich als nicht-NATO Mitglied kann im Rahmen der GSVP einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten.



Risiko Raketenangriffe

Philipp Eder

Angriffe mit Raketen auf Europa sind aufgrund der geostrategischen Lageentwicklung nicht auszuschließen. Einer Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres im Bereich der bodengebundenen Luftabwehrkapazitäten bis zu mittleren Reichweiten und der Fähigkeit zur Bekämpfung von Luftfahrzeugen, Drohnen sowie Marschflugkörpern mit modernen Luft-Luft-Raketen durch Abfangjäger kommt daher entsprechende Bedeutung zu. Auch der Verteidigung gegen strategische Raketenangriffe im europäischen Verbund ist angemessenes Augenmerk zu schenken.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine fundamentale Änderung der globalen und europäischen Sicherheitsordnung eingeleitet. Die sicherheitspolitische Ausgangslage in Europa hat sich markant geändert. Es ist davon auszugehen, dass der hybrid geführte Krieg Russlands gegen die EU und damit auch Österreich andauern wird. Die westliche Antwort auf die militärische Bedrohung durch Russland ist zur Priorität geworden. Im Zuge dessen ist ein sicherheitspolitisches Umdenken in Europa erforderlich und auch bereits erkennbar. Aber auch

Bedrohungen wie Terrorismus und Extremismus oder Auswirkungen von Konflikten außerhalb der EU, die bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wahrgenommen wurden, sind nicht verschwunden.

In Österreich ist die militärische Landesverteidigung mit Schwergewicht auf hybrid agierende, vorwiegend subkonventionell angreifende irreguläre staatliche Gegner bzw. subkonventionell agierende nicht-staatliche Angreifer neu auszurichten. Dies bedeutet, dass die Bedrohung durch Raketenangriffe entsprechende Beachtung in der Weiterentwicklung der Fähigkeiten des Österreichischen Bundesheeres finden muss.

Kategorisierung von Raketen und Marschflugkörpern

Von welchen Raketen wird hier überhaupt gesprochen? Raketen mit verschiedenen Reichweiten sowie Marschflugkörper können als Trägersysteme angesprochen werden. Mit ihnen zum Einsatz gebracht werden konventionelle Mittel wie Sprengstoffe, aber auch nicht-konventionelle Wirkmittel wie nukleare, chemische oder biologische Sprengsätze. Hier nicht gemeint sind bemannte Flugzeuge mit diversen Fähigkeiten oder unbemannte Luftfahrzeuge, sogenannte Drohnen.

Raketen mit kurzer Reichweite sind in der Regel Boden-Boden-Raketen. Dabei wird unterschieden zwischen Gefechtsfeld-Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite bis ca. 150 km sowie Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von ca. 150 bis 800 km. Darüber hinaus gibt es Mittelstreckenraketen, die von ca. 800 bis ca. 5500 km wirken können. Noch weitere Entfernungen von 5500 bis 15.000 km decken ballistische Interkontinentalraketen ab.

Marschflugkörper unterscheiden sich von Raketen durch einen meist permanenten Antrieb sowie durch die Möglichkeit der Steuerung bis zum Einschlag. Ihre Reichweite beträgt 100 bis 3000 km. Sie fliegen entweder mit Unterschallgeschwindigkeit, Überschallgeschwindigkeit oder Hyperschallgeschwindigkeit. Man kategorisiert sie in luftgestützte, landgestützte und seegestützte Marschflugkörper gegen Landziele bzw. gegen Schiffsziele.

Zu den bekanntesten Abwehrsystemen gegen Boden-Boden-Gefechtsfeld-Kurzstreckenraketen gehört das System „Iron Dome“ in Israel, ein mobiles bodengestütztes System zur Abwehr von Raketen, Artillerie- und Granatwerfergranaten mit einer Reichweite von unter 70 km. Ergänzt wird „Iron Dome“ durch das System „David's Sling“. Dieses dient der Bekämpfung von Raketen mit einer Reichweite von ca. 70 bis 300 km.

Verschiedene Staaten und auch die NATO arbeiten an Raketenabwehrsystemen zur Verteidigung gegen alle Luftbedrohungen inklusive ballistischer Raketen. Im Atlantischen Bündnis ist die Bezeichnung dafür „NATO Integrated Air and Missile Defence – NATO IAMD“. Dabei zum Einsatz kommen u.a. die US-amerikanischen „Patriot“, das sind bodengestützte Luftabwehrraketen-Systeme gegen Angriffe mit Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Mittelstreckenraketen. Ein anderes Raketenabwehrsystem zum Abfangen von Lang- und Mittelstreckenraketen ist die israelische „Arrow“.

Mit modernen Luft-Luft-Raketen können Marschflugkörper mit Unterschallgeschwindigkeit oder Überschallgeschwindigkeit durch Abfangjäger bekämpft werden. Vom Boden aus erfolgt dies durch vernetzte und radargesteuerte Luftabwehrraketen bzw. Luftabwehrkanonen. Gegen Hyperschallwaffen gibt es offiziell noch in keinen Streitkräften ein zur Abwehr befähigtes System.

Gegen Interkontinentalraketen wird in den USA an der National Missile Defense gearbeitet. Sie soll anfliegende Flugkörper mit satellitengestützter Überwachung erkennen und mit Raketen oder Lasern zerstören. Ursprünglich gegen „Schurkenstaaten“ wie den Iran oder Nordkorea geplant, kritisiert u.a. Russland die Etablierung dieses Systems, da es aus Sicht Moskaus die beiderseitige nukleare Abschreckung einseitig unterläuft.

Folgerungen für Österreich

Österreich hat bis heute keine Abwehrmöglichkeit gegen die oben genannten Raketen und Marschflugkörper. Zum Aufbau der entsprechenden Verteidigung sind Systeme der bodengebundenen Luftabwehr mit Kanonen und Raketen erforderlich. Die Weiterentwicklung der eigenen bodengebundenen Luftabwehrkapazitäten bis zu mittleren Reichweiten

(bis zu einer Entfernung von 50 km und in den Höhenbereich von 15 bis 20 km) ist daher dringend geboten. Auch die Fähigkeit zur Bekämpfung von Marschflugkörpern mit modernen Luft-Luft-Raketen durch Abfangjäger wird zu berücksichtigen sein.

Die Verteidigung gegen strategische Angriffe mit ballistischen Mittel- und Langstreckenraketen wird vorrangig im europäischen Verbund realisierbar sein. Gegebenenfalls ist dabei die Beteiligung an einem europäischen Frühwarnsystem ins Auge zu fassen. Besonders die Realisierung der Forderung des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz im Sommer 2022 bezüglich eines neuen Luftverteidigungssystems für Europa wird in diesem Zusammenhang auch von österreichischer Seite zu beachten sein. Sein Land werde in den kommenden Jahren stark in die Luftverteidigung investieren. Dabei könnten sich laut Scholz von Beginn an europäische Nachbarn beteiligen.

Keynotes

- Die Möglichkeit von Angriffen mit Raketen oder Marschflugkörpern gegen Europa ist gegeben.
- Im Umfeld Österreichs bzw. Europas existiert eine Vielzahl von Raketen und Marschflugkörpern mit diversen Reichweiten und Zielsetzungen.
- Verschiedene Abwehrsysteme gegen Angriffe mit Raketen und Marschflugkörpern sind am Markt verfügbar.
- Der Realisierung der Weiterentwicklung der eigenen bodengebundenen Luftabwehrkapazitäten bis zu mittleren Reichweiten hat mit Priorität zu erfolgen.
- Auch die Fähigkeit zur Bekämpfung von Marschflugkörpern mit modernen Luft-Luft-Raketen durch Abfangjäger wird zu berücksichtigen sein.
- Der Verteidigung gegen strategische Raketenangriffe wird im europäischen Verbund entsprechendes Augenmerk zu schenken sein.



Massenvernichtungswaffen

Raphael Spötta

Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, also nuklearer, biologischer, chemischer oder radiologischer Waffen gegen Österreich ist zwar unwahrscheinlich, hätte jedoch gravierende Konsequenzen. Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und das Österreichische Bundesheer (ÖBH) sollten daher ihre internationalen und europäischen Kooperationen im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen intensivieren.

„Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen und darf daher niemals geführt werden.“ Dieser Satz entstammt einer gemeinsamen Erklärung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 3. Jänner 2022. In dieser Erklärung bekräftigten diese fünf Staaten die defensive Natur ihrer Nuklearstreitkräfte und ihre Bereitschaft, Verhandlungen zu deren Reduktion zu führen. Fast ein Jahr nach Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW), an dessen Verhandlung Österreich federführend beteiligt war, stellte diese gemeinsame Erklärung ein scheinbar wichtiges Zeichen für die nukleare Non-Proliferation dar.

Entfernung vom „Nuclear Zero“

Dies änderte sich grundlegend mit Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022. Mit einem Mal war keine Rede mehr von nuklearer Abrüstung oder gar einer atomwaffenfreien Welt. Seit dem Angriffskrieg in der Ukraine drohte der russische Präsident Wladimir Putin mehrmals offen mit dem Einsatz des russischen Atomwaffenarsenals. Mit dieser Drohung eskalierte er das Risiko für die westliche Staatengemeinschaft, die sich aus einer möglichen Intervention in der Ukraine ergibt. Das soll einer etwaigen Einmischung möglichst vorbeugen – mit gewissem Erfolg, wie sich etwa an der deutschen Debatte über die Lieferung von Kampfpanzern zeigt.

Ob Putin nur eine Neuinterpretation der sogenannten „Madman-Theorie“ vornimmt, um unberechenbar zu wirken und seiner Drohung so Glaubwürdigkeit zu verleihen, oder ob er tatsächlich bereit ist, Atomwaffen einzusetzen, muss an dieser Stelle zwangsläufig unbeantwortet bleiben. Letzten Endes kann niemand exakt prognostizieren, wie sich Putin verhalten wird. Faktum ist jedoch: Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen schirmt den russischen Angriffskrieg in der Ukraine bis zu einem gewissen Grad erfolgreich ab.

Verifikation bei Bio- und Chemiewaffen

Putin nutzte Massenvernichtungswaffen auch als Rechtfertigung für seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine. So behauptete er im März 2022, die Ukraine unterhalte Labore, die zur Produktion von biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen genutzt werden könnten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wies diese Vorwürfe zurück.

Damit kommen wir zu einem Kernproblem des Bio- und Chemiewaffenkontrollregimes, der Verifikation. Da Herstellung, Lagerung und Einsatz biologischer und chemischer Waffen durch die Biowaffenkonvention und die Chemiewaffenkonvention verboten sind, ist das Wissen um staatliche Programme in diesen Bereichen grundsätzlich begrenzt, unabhängige Informationen gibt es nicht. Bestehen also Vorwürfe wie jener Russlands gegenüber der Ukraine, müsste von unabhängiger Stelle festgestellt (also verifiziert) werden, ob diese Vorwürfe begründet sind oder nicht. Im Gegensatz zur Chemiewaffenkonvention sieht die Bio-

waffenkonvention jedoch kein internationales Verifikationsregime vor. Zwar könnten Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen auch ad hoc Verifikationsmaßnahmen beschließen, dies hängt jedoch wiederum von deren politischem Willen ab.

Proliferation und Kontrollregime

Massenvernichtungswaffen erlangen vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine erneut an Relevanz für die internationale Sicherheitslage. Insbesondere in Bezug auf Atomwaffen ist festzuhalten, dass sich eine zunehmend verschlechternde internationale Sicherheitslage und eine zunehmende konfrontative Großmachtspolitik (selbstverständlich) auch negativ auf die Non-Proliferation auswirken. Der Trend scheint generell in Richtung Modernisierung und Erweiterung der nuklearen Arsenale zu gehen, deren Größe laut Informationen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zuletzt zunahm.

Dies lässt den Schluss zu, dass Massenvernichtungswaffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wieder an Bedeutung gewinnen werden. Als Resultat dessen ist zu befürchten, dass die internationale Politik künftig vermehrt einem Recht des Stärkeren folgen und der Multilateralismus auf diese Weise unterminiert werden wird. Dem entgegen stehen weitgehend intakte Institutionen mit dem Ziel der Abrüstung, Rüstungskontrolle bzw. Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen – zu nennen wären hier beispielhaft der Atomwaffensperrvertrag, der Atomtest-Stoppvertrag oder auch staatliche Initiativen wie die Nuclear Suppliers Group oder auch das Trägertechnologie-Kontrollregime.

Österreich: Engagiert und dem Multilateralismus verpflichtet

Als kleinem Staat im Zentrum Europas liegt es im österreichischen Interesse, dass Konflikte durch Dialog und multilaterale Organisationen gelöst werden. Zudem wären die Auswirkungen eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen auf Bundesgebiet, wenngleich ein solcher Einsatz nicht wahrscheinlich ist, derart dramatisch, dass Österreich dieses Risiko jedenfalls im Blick behalten sollte.

Es ist und bleibt im Zentrum des österreichischen Interesses, Erwerb, Lagerung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen jeglicher Art nach Möglichkeit zu begrenzen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Republik ist den Grundsätzen des Multilateralismus verpflichtet, und der Einsatz für ein internationales Rüstungskontrollregime liegt im österreichischen Interesse. Folgerichtig unterzeichnete das BMLV ein Kooperationsabkommen mit der in Wien ansässigen Vorbereitungscommission für die Atomteststopp-Organisation (CTBTO), sowohl das ABC-Abwehrzentrum als auch das Amt für Rüstung und Wehrtechnik (ARWT) sind international aktiv, und verschiedene Dienststellen unterstützen die Ausbildung von Inspektorinnen und Inspektoren der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Bemühungen des BMLV in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Massenvernichtungswaffen werden zumeist von der Abteilung Militärpolitik koordiniert und initiiert.

Das BMLV und das Österreichische Bundesheer engagieren sich im Bereich der Rüstungskontrolle – von der Stärkung internationaler Verträge wie dem Atomwaffensperrvertrag oder der Biowaffenkonvention bis hin zur Teilnahme an europäischen und internationalen Initiativen im Bereich der Verifikation und der Forensik. Das bedingt auch den weiteren Vorhalt von Fähigkeiten in diesen Bereichen. Ein nachhaltiger Kapazitätenaufbau wäre zudem anzuraten.

Keynotes

- Der russische Angriffskrieg in der Ukraine vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden internationalen Sicherheitslage verleiht Massenvernichtungswaffen erneute Relevanz.
- Der russische Angriffskrieg in der Ukraine macht den Einsatz von Massenvernichtungswaffen in Europa zu einem möglichen (jedoch nicht unbedingt wahrscheinlichen) Szenario.
- Eine Verschlechterung der internationalen Sicherheitslage und eine daraus folgende Schwächung des Multilateralismus widersprechen den österreichischen Interessen.
- Das BMLV und das ÖBH sollten sich weiter für die Stärkung des internationalen Rüstungskontrollregimes, insbesondere im Bereich Massenvernichtungswaffen, einsetzen.



Drohnen und Drohnenabwehr

Notwendiger Fähigkeitsausbau im Österreichischen Bundesheer

Markus Reisner

Drohnen werden Kriege zukünftig verstärkt prägen. Einen ersten Vorgeschmack erhielt man im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan 2020. Drohnen variieren in Größe, Bauart, Reichweite, Leistungsfähigkeit, Gewicht und Fähigkeiten. Speziell vor dem Hintergrund von Kamikazedrohnen, die in großen Schwärmen eingesetzt werden, stellt sich die Frage nach der zukünftigen Bedeutung von Panzern. Da Drohnen zunehmend das moderne Gefechtsfeld prägen, ist hinsichtlich der Weiterentwicklung ein Wettlauf entbrannt, der von Staaten wie den USA, China oder der Türkei angeführt wird. Für das Österreichische Bundesheer bedarf es einer exakten Systemkonfiguration, um einen Fähigkeitszuwachs sowie Kompatibilität im Einsatz erreichen zu können – dafür ist Kooperation mit internationalen Partnern unerlässlich.

Drohnen als Einsatzmittel zukünftiger Kriege

Die sich überschlagenden Ereignisse in Armenien und Aserbaidschan im September und Oktober 2020 sowie die Ereignisse in der Ukraine ab dem Jahr 2014 sowie im Speziellen ab dem Februar 2022 zeigen die neue Realität. Der Krieg der Zukunft wird vor allem mit Drohnen geführt. Der umfassende Einsatz von Drohnen in einem weiten Fähigkeitsspektrum ist als Teil der modernen Kriegsführung nicht mehr wegzudenken. Der Begriff „Drohne“ deckt tatsächlich ein großes Spektrum an unbemannten zivilen und militärischen Flugobjekten ab. Dieser reicht von kleinen, handelsüblichen Drohnen bis hin zu militärischen Drohnen in der Größe von Verkehrsflugzeugen. Die Einteilung kann nach unterschiedlichen Gesichtspunkten erfolgen, wie z. B. Gewicht, Leistungsfähigkeit, Reichweite, Größe oder Bauart (Flächenmodell oder Helikopter mit Rotoren) und Fähigkeit (Aufklärung oder Angriff).

Bei Drohnen gilt: Je kleiner, desto günstiger und geringer der technische Aufwand. Je größer, desto höher der Aufwand und Preis – dafür gibt es ein breiteres Spektrum an Einsatzmöglichkeiten. Je nach Einsatzart entscheidet sich auch, ob man eine Aufklärungs- oder eine bewaffnete Drohne verwendet. Reine Aufklärungsdrohnen können sich nicht nur staatliche, sondern vor allem auch nichtstaatliche Akteure (beispielsweise durch Crowdfunding) leicht selbst beschaffen. Der Konflikt in Nagorno-Karabach und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen, dass es vielen Fliegerabwehrsystemen aufgrund des kleinen Radarquerschnitts der angreifenden Drohnen nicht gelingt, diese zu detektieren. Zusätzlich sorgten unterstützende Störmaßnahmen im elektromagnetischen Feld für das Ausbleiben einer effektiven Luftabwehr. Letztere werden zudem durch den Einsatz langsam fliegender Drohnen (welche die Luftabwehr zur Ausstrahlung eines Detektionssignals verleitet) lokalisiert und neutralisiert.

Bandbreite und Fähigkeiten von Drohnen

Drohnen sind mit ihrer weiten Bandbreite an Fähigkeiten – von der Mini-Aufklärungsdrohne bis zum hochfliegenden Waffenträger – das ideale Mittel für den Einsatz. Gerade selbstzielsuchende „Loitering“-Drohnen sind billig, schwer zu detektieren und zugleich präzise tödliche Waffensysteme. Und das zum Vorteil, keine eigenen Piloten einsetzen zu müs-

sen. Der Einsatz der „Loitering“-Drohnen wird zudem von einem nicht zu unterschätzenden psychologischen Effekt begleitet. So kündigen sich in Nagorno-Karabach und auch in der Ukraine die Annäherung der „Loitering“- oder „Kamikaze“-Drohnen mit einem unverkennbaren Motorengeräusch an. Dieses steigert sich im Sturzflug zu einem durchdringenden Heulen, gefolgt von der Explosion beim Einschlag. Für die Soldatinnen und Soldaten oder Zivilistinnen und Zivilisten am Boden, welche die herabstürzende Drohne zudem kaum sehen konnten, hatte dies enorme demoralisierende Folgen.

Besonders der Einsatz von Kamikazedrohnen in Schwärmen lässt unter anderem die Frage entstehen, ob der Panzer auch in Zukunft noch eine Bedeutung auf dem Gefechtsfeld haben wird. Tatsächlich ist es so, dass Panzer nach wie vor die einzige Möglichkeit darstellen, Gelände in einer Kombination aus Panzerung, Feuerkraft und Beweglichkeit in Besitz zu nehmen. Um das auch in Zukunft zu können, müssen sie gegen Drohnenbedrohungen entsprechend geschützt werden, besonders mechanisierte Verbände auf dem Marsch zum Angriffsziel. Alle mitfahrenden Systeme der Abwehr müssen dennoch in der Lage sein, Drohnen zu erkennen und entgegenzuwirken. Werden viele Drohnen gleichzeitig eingesetzt, müssen die Abwehrsysteme so gestaltet sein, dass diese nicht übersättigt werden können. So kann der Panzer in Zukunft seine Bedeutung behalten.

Am Beispiel des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigt sich die Transformation der modernen Kriegsführung. Drohnen können sowohl bei der Aufklärung als auch beim Angriff den entscheidenden Vorteil am Gefechtsfeld bringen. Gleichzeitig ergeben sich aber Herausforderungen in Bezug auf Beschaffung, Bedienung und Einsatz. Zudem eröffnet sich ein ethisches und moralisches Dilemma, wenn derartige Systeme in zukünftigen Versionen auch autonom – ohne menschliches Zutun – Aktionen durchführen. Es wäre jedoch grob fahrlässig, die aktuellen internationalen waffentechnischen Entwicklungen im Bereich von Drohnen- und Drohnenabwehrsystemen zu ignorieren. Dies würde nicht nur den Schutz der eigenen Soldatinnen und Soldaten, sondern vor allem jenen der Bevölkerung gefährden. Gerade während der Diskussion über eine mögliche Neuausrichtung der österreichischen Streitkräfte und ihrer Fähigkeits- und Leistungsfelder scheint dieser Hinweis angebracht.

Erfordernisse der Streitkräfteplanung

Die derzeitigen bedingungslosen Rüstungsanstrengungen potenter Staaten (z. B. USA, Russland, China aber auch Türkei und Iran) kulminieren immer mehr im Bereich Künstliche Intelligenz und in der Schaffung disruptiver Waffensysteme. Die sich rasch ändernde globale Sicherheitslage begünstigt dieses neue Wettrüsten, und erste Entwicklerteams lassen damit aufhorchen, dass der Luftkampf der Zukunft wohl von hochautonomen „Unmanned Combat Aerial Vehicles“ (UCAV) bestritten bzw. ein mechanisierter Kampfverband ohne verfügbaren Eigenschutz unweigerlich ein Opfer von Schwärmen hochautonomer „fliegender Panzerminen“ werden wird. Eine nähere Betrachtung der Kämpfe in Syrien, Armenien, Aserbaidschan und der Ukraine zeigt dies nur zu gut.

Es ist notwendig, möglichst exakt zu definieren, welche denkbaren Systemkonfigurationen – den Einsatz von Drohnen- und Drohnenabwehrsystemen betreffend – einen bedeutenden eigenen Fähigkeitszuwachs auch im Bundesheer ermöglichen können. Dies muss im Rahmen internationaler Kooperationen (z. B. der EU und der NATO) erfolgen, um eine Kompatibilität vor allem im Ausland sicherstellen zu können. Zukünftige Ressourcenplanungen und -zuordnungen der Streitkräfteentwicklung sind daher auch im Hinblick auf teilautonome Drohnensysteme und deren Abwehr zu planen, entsprechend abzustimmen und vorausschauend durchzuführen.

Keynotes

- Drohnen werden zukünftig verstärkt die Gefechtsfelder prägen.
- Kamikazedrohnen könnten die Bedeutung des Einsatzes von Panzern verändern.
- Der Rüstungswettlauf hat die Drohnen vollumfänglich umfasst und wird diesbezüglich von den USA, China und der Türkei angeführt.
- Eine exakte Systemkonfiguration für den Einsatz von Drohnen ist für das Bundesheer unerlässlich und bedarf einer internationalen Kooperation, um die Kompatibilität im Einsatz sicherzustellen.



Herausforderungen im und aus dem Cyberraum

Hermann Kaponig

Bedingt durch den rasanten technologischen Wandel und die damit verbundene Digitalisierung werden Gesellschaft und Militär zunehmend mit der virtuellen Welt verwoben. Wir befinden uns mit der Digitalisierung und der fortschreitenden Vernetzung von Systemen, Sensoren und Effektoren in einem echten Game changing process. Dieser wird durch die Komponente der Künstlichen Intelligenz zusätzlich erweitert. Mit der digitalen Transformation verändern sich bekannte analoge Prozesse und verlagern sich in den virtuellen Raum. Diese Entwicklung erstreckt sich von der Cyberkriminalität über die Cybersicherheit bis hin zur hybriden Konfliktbewältigung mit dem Kampf im Cyber- und Informationsraum. Mit der Digitalisierung werden Prozesse neu abgebildet, angepasst oder gänzlich neu geformt. Damit steigen die Performance und Handlungsgeschwindigkeit, aber auch die Gefährdung für die Systeme und Daten. Dabei eine bestmögliche Cybersicherheit gewährleisten zu können bedeutet vorrangig, ein aktuelles gesamtheitliches Cyberlagebild verfügbar zu haben. Informations-

austausch, Kooperation und Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene sind dabei unabdingbare Erfolgskriterien.

Wo sind die Herausforderungen?

Die größten Herausforderungen im und aus dem Cyberraum ergeben sich aus einer exponentiell zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung von Systemen und Komponenten, aus den neuen Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz und der Ausnutzung hybrider Formen der Konfliktaustragung.

Eine Systemvernetzung nie dagewesenen Umfanges, die verschiedenste Sensoren und Effektoren miteinander verbindet, erhöht einerseits die Funktionalität, birgt andererseits aber auch Vulnerabilitäten. Diese Vernetzung – ob in Kraftfahrzeugen, Haushalten oder ganzen Städten – wirkt auch auf andere Bereiche. Beispielhaft zu nennen sind hier die Industrie, das Gesundheitswesen, der Energiebereich und natürlich auch die öffentliche Verwaltung sowie das Militär. Besonders Augenmerk verdient die auf uns zukommende totale Vernetzung Kritischer Infrastrukturen eines Staates. „Security by Design“ wird hier eine wesentliche Rolle spielen.

Hybride Formen der Konfliktaustragung werden zunehmend unter Nutzung des Cyber- und Informationsraums und des elektromagnetischen Spektrums erfolgen. Die Gesellschaft oder öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft, das Bankenwesen oder aber auch militärische Einsätze funktionierten nur, wenn die Vernetzung der jeweiligen Teilsysteme funktioniert. Um diese Handlungsbereiche zu beeinträchtigen oder gar funktionsunfähig zu machen, werden im Rahmen einer konventionellen militärischen oder hybriden Kriegsführung Cyber- und Informationskräfte verstärkt zum Einsatz kommen.

Für diesen Wandlungsprozess der modernen Gesellschaft ist es eine enorme Herausforderung, die entsprechenden personellen Ressourcen in Qualität und Quantität für den Cyberbereich in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen. Weiters ist ein durchgängiges Risikomanagement ein zentrales Element zur Beherrschung aktueller Bedrohungen.

Letzten Endes brauchen wir gute Notfall-, Krisen- und Katastrophenpläne, die auf den Worst Case und Gleichzeitigkeitsbedarf ausgelegt sind und regelmäßig verinnerlicht werden.

Staatliche Souveränität im Cyberraum

Eine weitere Herausforderung ist die Gewährleistung der staatlichen Souveränität im Cyberraum. Die Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der eigenen staatlichen Handlungsfähigkeit ist die systemische Härtung der Akteure und ihrer Infrastrukturen. Staatliche Souveränität im Cyberraum kann nur durch ausreichende Resilienz aller dafür erforderlichen Akteure und ihrer Infrastrukturen gewährleistet werden.

Niemand kann die Herausforderungen alleine bewältigen. Informationsaustausch, Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Stellen sind unerlässlich. Nur ein konzertiertes Vorgehen aller maßgeblichen Stellen und Behörden führt letzten Endes zum Erfolg. Dieses Miteinander über die verschiedenen Bundesministerien hinweg wird in Österreich in beispielhafter Art und Weise gelebt. Dieses „Better Together“ ist natürlich auch auf internationaler Ebene entscheidend. Bi- sowie multinationale und institutionelle Zusammenarbeit auf internationalen Ebenen (EU und NATO) sind hier unumgänglich. Besonders erfreulich ist, dass die Europäische Union nunmehr auch für den militärischen Bereich entsprechende Strukturen aufbauen will.

Um in und für Österreich staatliche Souveränität im Cyberraum bestmöglich sicherstellen und aufrechterhalten zu können, müssen die für die Bereiche Cybersicherheit, Cyberkriminalität, Cyberdiplomatie und Cyberverteidigung zuständigen Stellen ihre Kompetenz und Aufgabenerfüllung laufend an die sich wandelnden Erfordernisse anpassen.

Attribuierung im Cyberbereich

Um vorausschauend Vorbereitungen und Bedrohungen im Cyberraum erkennen zu können, ist die nachrichtendienstliche Aufbereitung durch nationale Stellen sowie in Kooperation mit internationalen Partnern laufend zu gewährleisten. Die Arbeit der Cyberintelligence im Vorfeld stellt eine wesentliche Grundlage für ein schnelleres und zielgerichtetes

Agieren im Anlassfall sicher. Die laufende Aufklärung ermöglicht oftmals die entscheidende Anreicherung eines akkuraten Lagebildes mit in Frage kommenden Akteuren (staatliche oder nichtstaatliche; letztere sind dabei meist unmöglich zu identifizieren) und allenfalls konkreten Angriffsvektoren.

Fähigkeiten im Verteidigungsressort

Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und das Österreichische Bundesheer (ÖBH) verfügen über umfangreiche Fähigkeiten zum Eigenschutz. Die erforderlichen Qualitäten sind größtenteils vorhanden. Notwendig wäre ein Ausbau der Strukturen mit Erhöhung der personellen Quantitäten, um den durch die Digitalisierung der Streitkräfte stetig steigenden Schutzbedarf zu bewältigen.

Das BMLV bzw. ÖBH hat neben dem Schutz der eigenen Systeme erweiterte Cyberverteidigungsfähigkeiten – z.B. in Form von Rapid Response Teams – vorzuhalten und autarke Ausbildungskapazitäten – z.B. in Form von Cyber Ranges – bereitzustellen.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Im Bereich Hard- und Software wäre es in Europa höchst zweckmäßig, eigene Akzente zu setzen und damit die Abhängigkeit vom asiatischen und amerikanischen Markt zu verringern. Neben den EU-Aktivitäten zu einer eigenen Chip-Produktion wäre ein eigenes europäisches Betriebssystem mit hohen Sicherheitsstandards höchst wünschenswert. Dieses würde die Abhängigkeit von Monopolisten verringern und bezüglich der Datensicherheit die Einhaltung der europäischen Rechtsnormen garantieren.

Es ist entscheidend, den Austausch von Informationen und Know-how im Rahmen der europäischen Partnerschaft zu fördern.

Im Themenbereich Cybersecurity werden die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Kritischen Infrastrukturen und zum Schutz der Betreiber wichtiger digitaler Dienste im Hinblick auf die steigenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Vulnerabilitäten zunehmend an Bedeutung gewinnen.

nen. Es sind zusätzliche staatliche Kapazitäten (z.B. Rapid Response Teams) aufzubauen, in den Unternehmen der Kritischen Infrastrukturen zwingend Computer Emergency Readiness Teams (CERTs) und Security Operations Centres (SOCs) einzurichten sowie die notwendigen Branchen-CERTs zu etablieren.

Im Bereich Cybercrime wird sich der Anteil krimineller Delikte aus der physischen Welt substantiell weiter in die digitale Welt verschieben. Die Leistungsfähigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung im virtuellen Raum (z.B. im Darknet) ist weiter zu schärfen.

Im Bereich Cyber Defence wird die Bedeutung des Kampfes in der militärischen Domäne Cyberraum weiter steigen. Kein militärischer Einsatz wird ohne Cyberkräfte und Informationskräfte durchführbar sein. Der Cyber- und Informationsraum sowie das elektromagnetische Spektrum werden im Rahmen hybrider Konfliktaustragungen künftig noch mehr an Bedeutung gewinnen. Dazu sind weitere militärische Kapazitäten mit entsprechender Durchhaltefähigkeit aufzubauen.

Keynotes

- Die Digitalisierung stellt eine wesentliche Herausforderung für Einzelpersonen, Organisationen und das Staatsganze dar.
- Cybersicherheit, Digitalisierung, Vernetzung, Künstliche Intelligenz und Datenschutz sind gemeinsam zu denken.
- Ziel ist immer eine Ausgewogenheit zwischen Nutzbarkeit und Sicherheit von Systemen und Services.
- Der Cyber- und Informationsraum und das elektromagnetische Spektrum gelten als wesentliche Handlungsräume einer hybriden Kriegsführung.
- Das Verinnerlichen von Abläufen ist ein wesentlicher Faktor.
- Niemand kann alleine die Herausforderungen bewältigen; koordiniertes gemeinsames Vorgehen, Kooperation, Zusammenarbeit und Informationsaustausch sind die Schlüssel zum Erfolg.



© HBF/Daniel Trippolt

Terrorismus: Risiken und Bedrohungen für Österreich

Peter R. Neumann

In den letzten Jahren hat sich die Bedrohung durch den Terrorismus stark verändert. Die Bedrohung durch den Jihadismus ist zurückgegangen, eine potenziell größere, wenn auch schwer zu greifende kommt von sogenannten Staatsverweigerern. Auch wenn die Bedrohung durch den Terrorismus aktuell noch relativ überschaubar ist, gibt es mehrere Faktoren und Entwicklungen, die Anlass zur Sorge geben. Die Situation verändert sich rapide und sollte genau beobachtet werden, um Risiken vom Land und seiner Bevölkerung abzuwenden.

Während vor zehn Jahren noch der jihadistische Terrorismus die Hauptbedrohung war, ist das Bild heutzutage weitaus komplexer. Die gute Nachricht ist, dass die Bedrohung durch den Jihadismus zurückgegangen ist, was mit der erfolgreichen Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS), aber auch einer veränderten Strategie jihadistischer Gruppen zusammenhängt. Die schlechte Nachricht ist, dass sich – be-

sonders im Zuge der Pandemie – eine diffuse Mischung aus verschiedenen Akteuren gebildet hat, die gegen den Staat und seine Institutionen gerichtet ist und zunehmend sogenannte Widerstandsnarrative propagiert. Hinzu kommt eine politische und ökonomische Situation, die von großer, zum Teil existenzieller Unsicherheit geprägt ist und damit die Ansprechbarkeit für die Narrative der sogenannten Staatsverweigerer potenziell erhöht.

Jihadismus

Die entscheidende Entwicklung im Bereich des jihadistischen Terrorismus ist der Niedergang des IS, durch den die noch vor wenigen Jahren mächtigste jihadistische Gruppe nicht nur ihre Organisationsbasis, sondern auch einen Großteil ihrer Anziehungskraft verloren hat. Obwohl die Gruppe nach wie vor existiert und im Internet Terrorismus in westlichen Staaten bewirbt, stoßen solche Aufrufe auf immer weniger Resonanz. Die intensive Bekämpfung der Gruppe im Laufe der letzten Jahre hat außerdem dazu geführt, dass es IS-affinen Netzwerken auch in Europa und Österreich immer schwerer fällt, sich zu organisieren und terroristische Anschläge vorzubereiten. Die Hauptbedrohung besteht aktuell aus sogenannten Einzeltätern, die oftmals in jihadistischen Strukturen sozialisiert wurden, aber Anschläge auf eigene Faust durchführen. Das Attentat am 2. November 2020 in Wien war hierfür ein Beispiel.

Ein weiterer Faktor für die geringer gewordene Bedrohung durch den jihadistischen Terror ist eine veränderte Strategie. Anders als noch vor fünf Jahren geht es jihadistischen Gruppen derzeit vor allem um den Aufbau lokaler Stärke. Gruppen wie al-Qaeda haben aus dem Fehlschlagen des „Kalifats“ die Lehre gezogen, dass man nicht an allen Fronten gleichzeitig kämpfen kann und lokale Verankerung die Basis für nachhaltige Stärke ist. Während die Bedrohung für den Westen deshalb abgenommen hat, sind einige der Konflikte außerhalb des Westens eskaliert. Besonders Afrika, wo Jihadisten mittlerweile in allen Teilen des Kontinents aktiv sind, ist hiervon betroffen. Auch in Syrien gibt es mit Tahrir al-Sham (HTS) nach wie vor eine jihadistische Gruppe, die Territorium hält und stark in der Bevölkerung verankert ist. Für Österreich und Europa sind solche Gruppen aktuell keine direkte Bedrohung, aber dies kann sich jederzeit ändern.

Staatsverweigerer

Eine potenziell größere, wenn auch schwer zu greifende Bedrohung kommt von sogenannten Staatsverweigerern. Ihr politischer und organisatorischer Nährboden ist die Bewegung, die sich als Opposition zu den staatlichen Anti-COVID-Maßnahmen gebildet hat. Die große Mehrheit der Menschen, die damals auf die Straße gingen, haben mit Terrorismus natürlich nichts zu tun. Doch es gibt mindestens zwei Gründe, weshalb ihre weitere Entwicklung genau beobachtet werden muss. Erstens sind die Narrative dieser Bewegung im hohen Maße von sogenannten Verschwörungstheorien geprägt. Aus ihrer Sicht sind alle staatlichen Maßnahmen ein Komplott „globaler Eliten“, mit dem Freiheit und Demokratie beendet werden sollen – also ein ganz existenzieller Konflikt. Zweitens ist die Bewegung von Rechtsextremen unterwandert. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich haben rechtsextreme Gruppen relativ früh das enorme Mobilisierungspotenzial der Bewegung erkannt und versuchen seitdem, es für die eigenen Zwecke zu nutzen.

Inwiefern und in welchem Umfang diese Bewegung politisch motivierte Gewalt produzieren wird, lässt sich nach wie vor schwer einschätzen. Klar ist, dass es in den vergangenen zwei Jahren ein bisher nicht gekanntes Maß an Gewalt- und Morddrohungen gegen Beschäftigte im Gesundheitswesen und Amtsträgerinnen und Amtsträger, besonders Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, gab, die aus dem Umfeld der Bewegung stammen. Auch lässt sich eine Zunahme an sogenannten Widerstandsnarrativen beobachten, mit denen Anführerinnen bzw. Anführer der Bewegung – oft aus dem rechtsextremen Milieu – begründen, dass Kooperation mit dem Staat sinnlos geworden sei, weil die verfassungsmäßige Ordnung durch die „Eliten“ außer Kraft gesetzt worden und „Widerstand“ – in welcher Form auch immer – legitim sei. Nicht selten begreifen sich Anhängerinnen und Anhänger solcher Argumente als „Verfolgte“, ähnlich den Juden während der Nazizeit, die sich mit allen Mitteln wehren dürften.

Auch wenn die Bewegung nach Beendigung der meisten Maßnahmen an Zulauf verloren hat, deutet sich bereits an, dass ein harter Kern sich über die Pandemie hinaus radikalisiert hat. Dieselben Telegram-Kanäle, die bis Anfang 2022 Desinformation zum Thema Impfung und COVID-19-Maßnahmen verbreitet haben, beschäftigen sich nunmehr mit dem Krieg in der Ukraine und der Energiekrise. Angesichts der zunehmend schwieri-

gen ökonomischen Situation ist es nicht nur vorstellbar, sondern wahrscheinlich, dass eine radikalisierte Staatsverweigerer-Bewegung wieder an Popularität gewinnt und eine zunehmend aggressive Konfrontation mit dem Staat provoziert. Neben dem jihadistischen Terrorismus ist dies das größte Risiko, mit der Österreich aktuell konfrontiert ist.

Keynotes

- In den letzten Jahren hat sich die Bedrohung durch den Terrorismus stark verändert.
- Die Bedrohung durch den Jihadismus ist zurückgegangen, was mit der erfolgreichen Bekämpfung des IS und einer veränderten Strategie jihadistischer Gruppen zusammenhängt.
- Besonders im Zuge der Pandemie hat sich eine diffuse Mischung aus verschiedenen Akteuren gebildet, die gegen den Staat und seine Institutionen gerichtet ist und zunehmend sogenannte Widerstandsnarrative propagiert. Dies könnte zu Terrorismus führen.
- Die Situation verändert sich rapide und sollte genau beobachtet werden, um Risiken vom Land und seiner Bevölkerung abzuwenden.



Ein Sturm – viele Boote

Vertrauen und soziale Sicherheit in einer Welt im Umbruch

Martin Schenk

Vertrauen ist eine wichtige Währung im persönlichen wie im gesellschaftlichen Bereich. Einsamkeit entfremdet. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt, in die Gesellschaft, in die Demokratie. Die Daten zeigen, wie wichtig ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld ist, wie massiv sich beengtes Wohnen auf Bildung und Gesundheit der Kinder auswirkt, welche zerstörerischen Folgen eine schlechte Sozialhilfe zeitigt, wie stark Depressionen und Einsamkeit mit Existenzangst verbunden sind. Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, geförderte Mietwohnungen und öffentliche Schulen sichern den Lebensstandard und verhindern gerade in unsicheren Zeiten ein Abrutschen nach unten. Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt sollten sowohl die Ärmsten, als auch die (untere) Mitte erreichen.

„Wir sitzen alle im selben Boot“, hieß es in Hinblick auf die COVID-19-Pandemie und jetzt auch auf die Teuerung. Wir sitzen alle im selben Sturm, würde ich sagen, aber die Boote sind sehr unterschiedlich: Da gibt es robuste Schiffe, kleine Nussschalen, starke Yachten, schmale Ruderboote. Laut einer Analyse des Büros des Fiskalrats (2022) können durch die jüngsten Preissteigerungen die einkommensschwächsten 35 Prozent der Haushalte ihre durchschnittlichen Konsumausgaben nicht durch ihr verfügbares monatliches Einkommen finanzieren. Laut Konsumerhebung 2019/20 war dies bislang für die einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte der Fall. Der Inflationsanstieg führte damit zu einem Anstieg dieser Gruppe um zehn Prozent der Haushalte. Von diesen Haushalten beziehen mehr als 50 Prozent als Haupteinnahmequelle ein Erwerbseinkommen. Damit liegt der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Gruppe deutlich höher als bei den einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte.

„Die Welt dreht sich halt weiter“

„Die Welt dreht sich halt weiter, und ich komme irgendwie nicht nach.“ Das sagt ein junges Mädchen, das in einer Familie mit wenig Geld lebt. Eine Studie (Armutskonferenz 2021) hat ihre Stimme und die Stimmen vieler anderer hörbar gemacht. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie Ich-AGs, prekäre Künstlerinnen und Künstler, Leute mit Sozialhilfe und Notstandshilfe, Alleinerziehende und sozial benachteiligte Jugendliche sprachen über ihr Leben in der COVID-19-Krise. Der Abzug der Wohnbeihilfe in der neu eingeführten „Sozialhilfe“ führt zu massiven Problemen. Um ihre Miete zu zahlen, müssen die Betroffenen das aufbrauchen, was eigentlich für den notwendigsten Lebensunterhalt dienen sollte. Hungern für die Miete. Diese Erhebung „von unten“ zeigt uns, wie wichtig ein existenzsicherndes und gutes Arbeitslosengeld ist, wie massiv sich beengtes Wohnen auf Bildung und Gesundheit der Kinder auswirkt, welche zerstörerischen Folgen eine schlechte Sozialhilfe zeitigt, wie stark Depressionen und Einsamkeit mit Existenzangst verbunden sind.

Vertrauen: Sich der Welt zugewandt fühlen

Die Welt-Unsicherheiten drücken ganz schön auf die Seele. COVID-19 wäre an sich schon genug, Krieg in nächster Nähe kommt jetzt auch

noch dazu, die Teuerung engt ökonomisch ein. Die meisten können das gut bewältigen, haben Ressourcen und Kraft, das zu schaffen. Andere aber sind verletzlicher, sind chronisch Druck und Enge ausgesetzt, haben weniger Reserven.

Vertrauen ist eine wichtige Währung im persönlichen wie im gesellschaftlichen Bereich. Vertrauen heißt sich der Welt zugewandt fühlen. „Den meisten kann man vertrauen. Stimmt das?“ Am wenigsten „Ja“ darauf sagen können diejenigen, die schlechte Jobs haben, die am sozialen Rand stehen oder befürchten, sozial abzustiegen. Einsamkeit bedeutet, sich von der Welt getrennt fühlen. Die Welt gibt es da draußen, aber ich bin nicht mehr mittendrin. Die Welt mag tönend, farbig, warm und frisch sein. Meine Welt ist es nicht. Die Welt ist fremd geworden zu einem selbst. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum, in die Gesellschaft, in die Demokratie.

Wenn die Freiheit fehlt, über Nähe und Distanz selbst entscheiden zu können, dann kommt es zu Problemen. Sei es, dass zu viel Nähe in beengten und überbelegten Wohnungen die Autonomie verletzt, oder, dass zu wenig Nähe Menschen sozial isoliert. Einander zu erleben als welche, die Einfluss haben, deren Handeln Sinn macht, wird als Selbstwirksamkeit bezeichnet. Die Welt bekommt einen Sinn. Mit Ohnmacht vergeht dieser Weltsinn. Je geringer der soziale Status, desto eher erleben die Betroffenen Situationen der Ohnmacht, der Einsamkeit und der Beschämung. Achtung und Wertschätzung bedeuten, in der Welt gesehen zu werden. Um diese Gefühle der Respektabilität wurden in der Geschichte des Sozialstaats stets die zentralen Auseinandersetzungen geführt.

Die Freiheitsfrage liegt im Begriff „prekär“. Unsicherheit ist eine zu schwache Übersetzung. Eigentlich heißt precarius durch Bitten erlangt, aus Gnade bekommen, auf Widerruf gewährt. Das beschreibt ein abhängiges und freiheitsbeschränkendes Verhältnis. Keine Handlungsspielräume haben, weniger Anerkennung bekommen und von Dingen ausgeschlossen zu sein, über die andere sehr wohl verfügen, ist Ausdruck einer sozialen Krise, in der auf Dauer das Weltvertrauen der betroffenen Personen leidet. Der Giftcocktail für den sozialen Zusammenhalt besteht aus großer Anstrengung bei gleichzeitiger Ohnmacht und mangelnder Anerkennung. Das Gegengift findet sich genau im jeweili-

gen anderen der möglichen Weltbeziehungen: Selbstwirksamkeit, Achtung, Vertrauen, sozialer Ausgleich.

Schlussfolgerungen

Die einen wollen jetzt in der Teuerung, dass alle Maßnahmen „treffsicher“ an die Ärmsten gehen und nicht mit der „Gießkanne“ verteilt werden. Die anderen finden, dass die Armen nicht so viel bekommen sollen, sondern die Mittelschicht, die jetzt von der Inflation bedroht ist. Wirksam für sozialen Ausgleich ist nur beides. Leistungen des Sozialstaats reduzieren in Österreich die Armutsgefährdung von 45 Prozent auf 14,7 Prozent. Starke Sozialstaaten vermindern offensichtlich die Abstiegsgefahr und schützen die Mitte vor Armut. Am stärksten wirken Arbeitslosengeld, Notstands- und Mindestsicherung sowie Wohnbeihilfe und Pflegegeld (WIFO 2019). Die Erhöhung der Ausgleichszulage oder die Angleichung der Notstandshilfe auf das zuletzt bezogene Arbeitslosengeld in der COVID-19-Krise haben präventiv gewirkt und den sozialen Absturz vieler aus der unteren Mittelschicht verhindert.

Bezieht man neben Einkommen auch Konsum und Vermögen in die Analyse ein, dann zerfällt die Mitte in einen Teil mit Rücklagen und in einen ohne, wie Daten der Nationalbank (Fessler, Schürz 2017) zeigen. Die untere Hälfte hat kaum nennenswerten Besitz. Wobei „Unten“ und „Mitte“ einander näher sind als „Mitte“ und „Oben“. Und das macht einen Riesenunterschied. Die untere Mittelschicht lebt nämlich so lange in relativem Wohlstand mit Mietwohnung, Auto, Urlaub, Hobbies und Zukunftschancen für die Kinder, solange Systeme des sozialen Ausgleichs existieren. Ihre Lebensqualität wird durch den Sozialstaat möglich gemacht. Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, geförderte Mietwohnungen und öffentliche Schulen sichern den Lebensstandard und verhindern gerade in unsicheren Zeiten ein Abrutschen nach unten. Die untere Mitte hat kein Vermögen, um Einschnitte wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit einfach aufzufangen. Und wäre sie gezwungen, Vermögen für Alter, Bildung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit anzusparen, wäre ihr Lebensstandard und ihr Konsumniveau vernichtet. Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt sollten sowohl die Ärmsten, als auch die (untere) Mitte erreichen. Die Mitte ist dort weniger gefährdet, wo es ein starkes Netz sozialer Sicherheit gibt.

Keynotes

- Vertrauen ist eine wichtige Währung im persönlichen wie im gesellschaftlichen Bereich.
- Mangelnde Handlungsspielräume, geringe Anerkennung und sozialer Ausschluss sind Ausdruck einer sozialen Krise, in der das Weltvertrauen leidet.
- Die Daten zeigen, wie wichtig ein existenzsicherndes und gutes Arbeitslosengeld ist und welche zerstörerischen Folgen eine schlechte Sozialhilfe zeitigt.
- Sozialleistungen und öffentliche Schulen sichern den Lebensstandard und verhindern ein Abrutschen nach unten.
- Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt sollten sowohl die Ärmsten, als auch die (untere) Mitte erreichen.
- Die Mitte ist dort weniger gefährdet, wo es ein starkes Netz sozialer Sicherheit gibt.



Wirtschaftliche Resilienz Österreichs und Europas

Mariana Kühnel

Eine krisenresiliente heimische Wirtschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung von Wohlstand und eine funktionierende Versorgung der Bevölkerung – und damit auch für den sozialen Frieden und die Sicherheit im Land. Es ist eine gemeinsame Herausforderung, Verantwortung und Anstrengung für die öffentliche Hand, Unternehmen und Interessenvertretungen wie die Wirtschaftskammer Österreich. Denn nur durch entsprechende Vorkehrungen wird es möglich sein, dass heimische Unternehmen auch in herausfordernden Zeiten den Betrieb aufrechterhalten können.

Herausforderungen durch geopolitische Entwicklungen

Insbesondere Europa kämpft aktuell mit den Auswirkungen einer Situation, ausgelöst durch einen militärischen Konflikt, der großes menschl-

ches Leid verursacht und die Wirtschaft in vielfältiger Weise belastet. Die Folgen sind nicht nur in den Konfliktregionen spürbar, sondern durch die global vernetzte Wirtschaft auch in weiten Teilen der Welt.

Eine der essenziellen Erkenntnisse aus dieser Situation ist das möglichst breite Aufstellen von Bezugs- und Absatzmärkten, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden (Konzept einer Non-Dependence). Gerade für kleine offene, export- und importorientierte Volkswirtschaften, wie Österreich eine ist, spielen internationale Handelsbeziehungen eine ganz wesentliche Rolle. Insofern ist gerade der Ausbau des Netzwerks der EU-Handelsabkommen eine große Chance und trägt zur Resilienzsteigerung bei. Ebenso wichtig für die wirtschaftliche Resilienz Österreichs ist die Absicherung heimischer Investitionen in Drittstaaten (Investitionsschutzabkommen), aber auch der sorgsame Umgang mit ausländischen Investitionen in strategische heimische Assets. Ziel muss es sein, sicherheitspolitisch bedenkliche Versorgungsabhängigkeiten zu vermeiden und den Transfer von sicherheitspolitischem Know-how an Drittstaaten zu verhindern.

Stabilität von Lieferketten

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie zeigt sich die Vulnerabilität von Lieferketten im globalen Warenaustausch. Der Ausfall von Produktionsstätten und das Schließen von Häfen in China verursachten weltweite Mangellagen, die nur zum Teil kompensiert werden konnten. Der globale Mangel an Rohmaterialien und Komponenten stellte im Frühling 2022 für fast die Hälfte der heimischen Industrieunternehmen das größte Produktionshemmnis dar.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Verhängung von Sanktionen wurde der Import bestimmter Rohstoffe und Produkte aus der Ukraine sowie aus Russland und Belarus massiv eingeschränkt, was die Situation für die heimische Wirtschaft weiter verschlechterte.

Insgesamt gilt es daher, sich darauf zu konzentrieren, Lieferketten zu diversifizieren und damit die Abhängigkeiten von einzelnen Märkten zu reduzieren. Hier muss Europa auch verstärkt auf die Märkte in Afrika und Südamerika zugehen. Die Produktion insbesondere von strategisch

bedeutsamen Produkten in Europa soll forciert werden. Eine Reindustrialisierung in Europa erhöht die Eigenversorgung und damit die Resilienz auch in Österreich. Gerade in diesem Bereich ist die Wirtschaftskammer mit ihrem Netzwerk der Außenwirtschaft Austria mit weltweit rund 100 Stützpunkten gut aufgestellt, um heimische Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Produktionsfähigkeit durch Diversifizierung der Lieferketten zu erhöhen.

Zuverlässige und leistbare Energieversorgung

Die Zuverlässigkeit der Energieversorgung und ein nachhaltiger Energiemix waren in den letzten Jahrzehnten ein wesentlicher Standortvorteil Österreichs. Die aktuelle Energiekrise betrifft fast alle europäischen Volkswirtschaften enorm, und die explodierenden Energiepreise sind für viele Unternehmen tatsächlich existenzbedrohend. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass durch regional unterschiedliche Energiekosten ein Nachteil für den Industriestandort Österreich im Vergleich zu anderen Märkten wie den USA, in denen Energie billiger ist, entsteht.

Es muss daher auf europäischer Ebene gelingen, die Energiepreise zu stabilisieren. Programme und Investitionen für eine Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau und die Digitalisierung der Stromnetze, den Einsatz erneuerbarer Energien, die Erhöhung der Gebäudeenergieeffizienz sowie den Aufbau CO₂-armer industrieller Versorgungsketten müssen auch in Österreich verstärkt werden.

Vorsorgepläne und Krisenprävention für Unternehmen

Nachdem die Auswirkungen von globalen Krisen bei der COVID-19-Pandemie deutlich wurden, erhielten Themen wie das betriebliche Kontinuitätsmanagement verstärkt Aufmerksamkeit. Unternehmen bereiten sich vermehrt mit Risikoabschätzungen und Krisenplänen auf unerwartete Ereignisse vor.

Im Fokus einer staatlichen Unterstützung bei der Krisenprävention standen bislang die Unternehmen bzw. Betreiber der kritischen Infrastrukturen. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat sich deutlich

gezeigt, dass auch viele andere Unternehmen für die Versorgung der Bevölkerung wesentliche Aufgaben übernehmen. Diese bilden gemeinsam mit den Unternehmen der kritischen Infrastrukturen die systemrelevanten Unternehmen, die zur Unterstützung der Aufgaben des Staates und zur Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar sind. Krisenvorsorge muss noch stärker im Bewusstsein der Unternehmensleitungen ankommen, und die öffentliche Hand muss entsprechende Unterstützungsprogramme anbieten.

Cybersicherheit

Die Digitalisierung ist ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor und Wirtschaftsturbo, der nicht zuletzt durch die Pandemie gezündet wurde, aber gerade in dieser einen essenziellen Rettungsring darstellte. Unternehmen stehen durch Technologie und Globalisierung in einem weltweiten Wettbewerb, für den Staat ist es mittlerweile eine Standortfrage, ob digitale Dienste und die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt werden. Die Durchdringung sowohl unternehmerischer als auch staatlicher Bereiche mit der digitalen Technologie bietet viele Möglichkeiten, stellt die Unternehmen und den Staat aber gleichzeitig vor große Sicherheitsfragen.

Die mit Cyberangriffen verbundenen Risiken und Probleme sind für Unternehmen insgesamt herausfordernd, aber speziell die kleinen und mittleren Unternehmen verfügen oft über wenig Ressourcen zur Prävention und Bekämpfung. Publik gewordene, existenzbedrohende Cyberattacken auf österreichische mittelständische Unternehmen führen allerdings zu einem Umdenken, und die Aufmerksamkeit der Unternehmen wird vermehrt auf das Thema Cybersicherheit gelenkt.

Im letzten Jahr wurden zwei von drei Unternehmen Opfer von Cyberangriffen. In Österreich sind die großen Cyberattacken zwar bislang ausgeblieben, das Risiko steigt aber stetig. Cyberangriffe können nicht gänzlich verhindert werden, wichtig ist daher neben präventiven Sicherheitsmaßnahmen auch die Stärkung der Resilienz der Unternehmen, um nach einem Cyberangriff rasch wieder die Arbeit aufnehmen zu können. Um die Sicherheit für die Unternehmen zu steigern, ist ein allgemeines Verständnis für die Problematik nötig, ebenso ausreichendes Know-how, entsprechend ausgebildete Cybersicherheitsexpertinnen und experten

und Programme, um allfällige Ressourcenknappheiten bei den Unternehmen ausgleichen zu können. Eine besondere Herausforderung wird es sein, künftig genügend Fachkräfte im Bereich Cybersicherheit zur Verfügung zu haben. Auch hier ist die aktive Kooperation der Interessenvertretungen mit den staatlichen Behörden ein wesentlicher Faktor der Resilienzsteigerung der heimischen Wirtschaft.

Konsequenzen für Unternehmen in Europa

Es muss Europa ein gemeinsames Anliegen sein, Rahmenbedingungen sicherzustellen, die europäische Unternehmen in der globalen Wirtschaft wettbewerbsfähig halten. Trotz hoher Sozial- und Umweltstandards muss eine Konkurrenzfähigkeit gewährleistet sein, zudem müssen die Abgabenlasten reduziert und an internationale Verhältnisse angepasst werden. Das Funktionieren des Binnenmarktes ist essenziell und muss auch in zukünftigen Krisen sichergestellt werden, denn das Hochgehen von Grenzen würde die europäische Wirtschaft und internationale Lieferketten schwächen.

Zukunftstechnologien wie Big Data, Künstliche Intelligenz und Machine Learning müssen auch bei uns massiv gefördert und vorangetrieben werden, damit europäische Unternehmen auf dem internationalen Markt weiterhin erfolgreich sein können.

Gleichzeitig braucht es geeignete Maßnahmen, um ausreichend Arbeits- und Fachkräfte in Europa zu halten und die Versorgung mit Grundstoffen, leistbarer Energie sowie technologischer Infrastruktur für die Unternehmen in Europa zu gewährleisten. Nur damit lassen sich Versorgung und Wohlstand in Europa sichern.

Keynotes

- Bezugs- und Absatzmärkte müssen möglichst breit aufgestellt sein, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.
- Eine zuverlässige und leistbare Energieversorgung ist ein Standortvorteil und unverzichtbar für die heimischen Unternehmen.
- Das Funktionieren der systemrelevanten Unternehmen in Krisenzeiten muss sichergestellt werden. Ergänzende staatliche Unterstützungsprogramme sind dazu erforderlich.
- Es muss weiter in die Prävention von Cyberangriffen investiert sowie mehr Bewusstsein für diese Gefahr geschaffen werden.
- Fachkräfte und Zukunftstechnologien wie Big Data, Künstliche Intelligenz und Machine Learning müssen in Österreich und Europa verstärkt gefördert werden.



Blackout-Risiko vor dem Hintergrund der Energiekrise

Gerhard Christiner und Kurt Misak

Die Themen Stromausfall und Blackout stehen seit einigen Jahren in der öffentlichen Diskussion. Ein Blackout ist aus Sicht der technischen Expertinnen und Experten aber unwahrscheinlich. Die Stabilität der Synchronzone des kontinentaleuropäischen Systems ist sehr hoch. Der Krieg in der Ukraine hat einen Unsicherheitsfaktor deutlich gemacht: die Abhängigkeit unserer Energieversorgung von Gas – im gesamteuropäischen Kontext allgemein von fossilen Brennstoffen – aus dem Ausland. Die Versorgungssicherheit ist ein Projekt gemeinsamer Anstrengungen. Der Ausbau erneuerbarer Energiequellen und die dafür notwendige Transformation müssen weiter vorangetrieben werden.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine sowie die damit einhergehende Energiekrise haben das Thema Versorgungssicherheit

mit Gas und Strom als zentrales Thema in das öffentliche Interesse gerückt. Das Thema Stromausfall bis hin zum Blackout wird bereits seit einigen Jahren intensiv diskutiert, öffentlich bekannt gewordene Cyberattacken, heftiger werdende Wetterkapriolen oder eine Frequenzstörung im kontinentaleuropäischen Stromnetz am 8. Jänner 2021 mit einzelnen Auswirkungen auf Endkundinnen und -kunden erwecken den Eindruck, dass das Stromsystem den steigenden Herausforderungen bald nicht mehr länger standhalten kann.

Szenario Blackout

Ein Blackout ist aus Sicht der technischen Expertinnen und Experten dennoch ein unwahrscheinlicher Extremfall, der unvorhergesehen und in Folge eines zeitgleichen Aufeinandertreffens weiterer systemschwächender Ereignisse wie Störungen in Kraftwerken oder Netzen eintritt. Ein Blackout ist definitionsgemäß ein großflächiger, überregionaler Stromausfall und praktisch unabhängig von der Dauer. Die aus Sicht der technischen Expertinnen und Experten als gering eingeschätzte Wahrscheinlichkeit lässt sich sachlich begründen. Es sind zahlreiche nationale und internationale Sicherheitsmechanismen und Prozesse implementiert, die auch bei größeren Störungen eine sofortige Begrenzung der Auswirkungen sicherstellen. Zudem sind die heutigen netzbetrieblichen Planungsprozesse wesentlich vorausschauender, detaillierter und basieren auf nationalen und internationalen Abstimmungen zwischen allen beteiligten Partnern.

Die Stabilität der kontinentaleuropäischen Synchronzone ist aufgrund ihrer großen räumlichen Ausdehnung äußerst hoch, die Netzfrequenz schwankt im Normalfall nur $\pm 0,2$ Hz um ihren Sollwert von 50 Hz. Aus diesem Grund hat auch der ukrainische Übertragungsnetzbetreiber „Ukrenergo“ schon im Jahr 2017 um Zuschaltung (Synchronisation) ihres Netzes mit jenem in Kontinentaleuropa angesucht, weshalb dies bereits über die letzten Jahre gründlich geplant und im März 2022 kurzfristig umgesetzt wurde. Auf Basis zahlreicher Untersuchungen im Vorfeld konnten die nötigen technischen Maßnahmen rechtzeitig implementiert werden, sodass selbst im Falle einer schweren Störung im ukrainischen Netz keinerlei Gefahr für das kontinentaleuropäische Stromsystem droht.

Unsicherheiten durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Vor allem der Krieg in der Ukraine hat einen Unsicherheitsfaktor deutlich gemacht: die Abhängigkeit unserer Energieversorgung von Gas – im gesamteuropäischen Kontext allgemein von fossilen Brennstoffen – aus dem Ausland. Analysen zu verschiedenen zukünftigen Verknappungsszenarien auf Basis von Methoden mit Wahrscheinlichkeitsfunktionen als auch Lastdeckungsuntersuchungen der Vergangenheit zeigen, dass Österreich über bestimmte Zeiträume Stromimporte für eine Vollversorgung benötigt. Dies gilt auch für den Fall einer uneingeschränkten Gasversorgung für die Gaskraftwerke, in Österreich sind hier aktuell mehr als 4000 MW elektrischer Leistung installiert.

Eine elektrische Vollversorgung Österreichs hängt demnach einerseits von den Exportmöglichkeiten des Auslands ab, die aus unterschiedlichen Gründen wie Kohle-Embargo, Gasmangellage, Trockenheit oder AKW-Sicherheitsbedenken eingeschränkt sein könnten. Andererseits sind die Importmöglichkeiten für Strom durch die begrenzten Kapazitäten im österreichischen Stromübertragungsnetz limitiert. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das mögliche Ausmaß einer nationalen Strommangellage hängen noch von weiteren Faktoren ab. Dazu zählen u.a. die Verfügbarkeit von Gas für heimische Gaskraftwerke, die Wetterbedingungen und damit die Einspeisung aus erneuerbaren Energiequellen, die Verbrauchsentwicklung, Substitutionseffekte z.B. durch Heizlüfter, die tatsächliche Wirksamkeit von Sparaufrufen sowie etwaige Störungen.

Zwischen einem Blackout und einer Strom-Mangellage ist klar zu unterscheiden. Letztere kann unter verschiedenen Bedingungen eintreten, die in der Regel absehbar sind und eine Vorbereitungsphase ermöglichen. In Österreich wurde dazu das Energielenkungsgesetz geschaffen, in dem der rechtliche Rahmen für notwendige Maßnahmen geschaffen wurde, um im Ernstfall ein Blackout zu verhindern. Die entsprechenden Maßnahmen reichen von allgemeinen Sparaufrufen über Leistungsbeschränkungen für Kundengruppen bis hin zum vorübergehenden Ausschluss vom Bezug elektrischer Energie, was eine zeitweilige Abschaltung bestimmter Endverbraucherinnen und -verbraucher oder ganzer Netzgebiete („Flächenabschaltung“) bedeuten würde. Im Falle von Flächenabschaltungen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oberstes Gebot. Dabei ist ein massiver Bedarf an Einsatzkräften an

verschiedenen Orten zu erwarten, die schnell an ihre Grenzen kommen könnten. Die Polizeikräfte des Bundesministeriums für Inneres benötigen dann voraussichtlich die Unterstützung des österreichischen Bundesheeres, was die Bedeutung des Bundesministeriums für Landesverteidigung vor allem in solchen Situationen unterstreicht.

Elemente der Versorgungssicherheit

In der Stromversorgung zeigt sich aufgrund verschiedener Einflüsse eine immer komplexer werdende Gesamtsituation: Reduktion von thermischen Kraftwerken, steigende Schwankungen der Einspeisung aus erneuerbaren Energiequellen, transnationale Stromflüsse, Digitalisierung des Energiemanagements, Erfordernis einer hohen Stromqualität für Industrie und Gewerbe, Elektrifizierung neuer Bereiche wie zum Beispiel Mobilität, Dekarbonisierung zahlreicher Wirtschaftszweige oder stark zunehmende Wetterkapriolen. Die Netze werden immer stärker bis zu ihren Sicherheitsgrenzen belastet, was häufig zu Notmaßnahmen führt, bei denen meist Gaskraftwerke zur Netzstützung zum Einsatz kommen. Der erforderliche Netzausbau zur sicheren Integration erneuerbarer Energiequellen als nachhaltige Lösung gestaltet sich äußerst schwierig. Notwendige Genehmigungsverfahren dauern noch immer viel zu lang. Erschwerend werden ein Mangel an qualifizierten Fachkräften zur Umsetzung der Vielzahl an Projekten zur Bestandssicherung, Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur sowie eine Steigerung der Lieferzeiten und Preise benötigter Komponenten wahrgenommen.

Versorgungssicherheit ist keine rein technische Aufgabe einiger weniger Partner. Es sind gemeinsame Anstrengungen nötig, um den Ausbau erneuerbarer Energiequellen zur Erreichung der gesetzten Klimaziele und die dafür nötige Transformation des gesamten Energiesystems zu schaffen. Dies erfordert ein Bekenntnis der Bevölkerung, der politischen Akteure, der Behörden und der betreffenden Kraftwerks- und Infrastrukturbetreiber zur gemeinsamen, ganzheitlichen und abgestimmten Ausbauplanung. Gerade die Herausforderungen beim nötigen Netzausbau werden trotz der maßgeblichen Verbindungsfunktion der Netze noch immer massiv unterschätzt.

Keynotes

- Ein Blackout ist aus Sicht der technischen Expertinnen und Experten unwahrscheinlich.
- Die Stabilität der Synchronzone des kontinentaleuropäischen Systems ist aufgrund ihrer räumlichen Ausdehnung sehr hoch.
- Der Krieg in der Ukraine hat uns die Abhängigkeit unserer Energieversorgung gnadenlos vor Augen geführt.
- Ein Blackout und eine Strom-Mangellage sind zu unterscheiden; letztere kann aufgrund verschiedener Bedingungen eintreten, ist in der Regel absehbar und bietet eine Vorbereitungsphase.
- Die Versorgungssicherheit ist ein Projekt gemeinsamer Anstrengungen; der Ausbau erneuerbarer Energiequellen und die dafür notwendige Transformation muss weiter vorangetrieben werden.



© HBF/Carina Karlovits

Militärmedizinische Lehren aus der Pandemie

Andreas Kaltenbacher

Die aktuellen Krisensituationen in Europa mit der nach wie vor bestehenden pandemischen COVID-19-Situation, den wirtschaftlichen Turbulenzen, aber vor allem dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben der Welt drastisch vor Augen geführt, wie rasch vermeintlich stabile Systeme ins Schlingern geraten können. Die politischen Reaktionen auf diese Entwicklungen zielen nach einer längeren Phase der systematischen Reduktion von vor allem konventionellen militärischen Kräften auf einen neuerlichen Aufwuchs derselben ab. Dieser strategische Richtungswechsel hat auch für das militärische Gesundheitswesen massive Auswirkungen.

Verändertes Lagebild

Im Gegensatz zu früheren Planungen werden Soldatinnen und Soldaten heute vor allem zum Schutz von kritischer Infrastruktur und der Bevölkerung, aber auch für Verteidigungs- und Gegenstoßaufgaben eingesetzt. Das bedeutet für Österreich, dass aufgrund der bestehenden Bebauungsdichte ein Einsatz weit abseits der zivilen Bevölkerung eher unwahrscheinlich ist. Zugleich zeichnen sich sehr unterschiedliche Konfliktgegner und Bedrohungen ab, wie man auch in der Ukraine sehen kann. Militärisch organisierte, milizartige Kräfte sind ebenso zu erwarten wie weit reichende Raketen und konventionelle Kräfte. Die aktuellen Bilder zeigen, dass zivile Ziele durch massive Waffenwirkung zerstört werden, Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und Angriffe auf die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten parallel erfolgen und daher eine klare Trennung von zivilen und militärischen Opfern nicht mehr gerechtfertigt erscheint.

Konsequenzen für die militärmedizinische Versorgung

Somit wären auch andere, neue Formen der sanitätsdienstlichen und medizinischen Versorgung aller Betroffenen anzudenken. Ein solch neues Konzept der Versorgung, primär im Rahmen der militärischen Landesverteidigung im Inland, könnte das „kooperative Versorgungsmodell“ sein. Dabei sollte die optimale Versorgung aller Betroffenen, von Zivilistinnen, Zivilisten, Soldatinnen und Soldaten, durch alle Fähigkeitsträger des Sanitätsdienstes und der medizinischen Leistungsträgerinnen und -träger erfolgen.

Das würde bedeuten, dass die Erstversorgung von Verletzten und Verwundeten durch die ersten vor Ort verfügbaren Kräfte zu erfolgen hätte. Hier wären vor allem in den stark gefährdeten Bereichen die militärischen Fähigkeitsträger gefordert. Sie hätten die persönliche Ausbildung und Ausrüstung und vor allem die geschützte und gehärtete Transportfähigkeit für Patientinnen und Patienten aus einer Gefährdungszone. Aber auch zivile Sanitätskräfte wären einzusetzen. In weiterer Folge könnte die notwendige initiale fachärztliche Behandlung, etwa notfallchirurgische Eingriffe und intensivmedizinische Ver-

sorgung, in der nächsten verfügbaren Einrichtung, egal ob in einer Militärkrankenanstalt oder in einem zivilen Krankenhaus erfolgen.

Zusätzlich könnten in besonders betroffenen Gebieten durch hochmobile, rasch verlegbare und schnell einsatzbereite Module von militärischen Feldspitälern zusätzliche Versorgungskapazitäten verfügbar gemacht werden. Um diese Einrichtungen dann entlasten zu können und eine neuerliche Aufnahmebereitschaft zu schaffen, wären Weitertransporte der initial behandelten Patientinnen und Patienten zu entfernteren Anstalten für die Weiterbehandlung vorzusehen. Dies wäre auch deshalb zielführend, da in einer derartigen Situation sehr unterschiedliche Verletzungsmuster auftreten und entsprechend unterschiedliche medizinische Expertisen, als Beispiel seien hier etwa Verbrennungsspezialistinnen und -spezialisten genannt, zur optimalen Versorgung benötigt werden.

Ein derartiges Konzept würde natürlich neuartige und anfänglich aufwendige strukturelle Maßnahmen erfordern, wenn man zum Beispiel nur an die komplexe Patientinnen- und Patientenleitung regional, überregional und anlassbezogen auch international denkt. Derartige konzeptionelle Überlegungen beschränken sich aber nicht nur auf die zukünftigen Planungen für Situationen im Rahmen einer militärischen Eskalation, sondern könnten sehr wohl auch auf andere krisenhafte Entwicklungen im Gesundheitsbereich mit gesamtstaatlicher Auswirkung umgelegt werden.

Lehren aus der COVID-19-Pandemie

Die seit 2020 bestehende Pandemie mit dem Corona-Virus und seinen unterschiedlichen Mutationen, die die Welt aufgrund der absoluten Neuheit der Erkrankung vor noch nie dagewesene Herausforderungen stellt, zeigt, dass im staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagement alle Kräfte und alle Fähigkeitsträgerinnen und -träger benötigt werden, um krisenhafte Entwicklungen zu beherrschen. Alle Leistungsträgerinnen und Leistungsträger aus dem zivilen und dem militärischen Bereich haben in unterschiedlichsten Aufgabenstellungen ihre Beiträge zur Eindämmung der Auswirkungen der Pandemie erbringen müssen. Daher wäre gerade im so sensiblen Gesundheitsbereich die kooperative Versorgungsleistung durch eine entsprechende Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen weiter zu forcieren. Das Zu-

sammenführen der diversen Expertisen sollte in den unterschiedlichsten Szenarien die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.

Sowohl die zivilen als auch die militärischen Szenarien erfordern eine permanente fachliche medizinische Planungs- und Führungsleistung sowie entsprechende Strukturen, die die Vorgaben für logistische und unterstützende Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer zu erstellen hätten. Die Letztverantwortung für eine optimale Versorgung der Bevölkerung in Krisensituationen liegt bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, deren Beurteilungen grundsätzlich auf fachlich fundierten Beratungen basieren müssen. In diesem Zusammenhang könnte die militärmedizinische Kompetenz aufgrund der Kombination von medizinischem und organisatorischem Wissen sowie der Erfahrung in Führung und Entscheidung eine hilfreiche Komponente sein. Um eine bestmögliche Nutzung dieser Expertise zu erreichen, sollte man eine frühzeitige Einbindung in Planungen und in der Krisenbewältigung selbst andenken.

Die hier dargestellten konzeptiven Überlegungen sollten in weiterer Folge die Grundlagen für die Weiterentwicklung des militärischen Gesundheitswesens darstellen, um zukünftigen Herausforderungen und Aufgaben, sowohl im zivilen, vor allem aber im militärischen Bereich begegnen zu können.

Keynotes

- Aufgrund der immer schwieriger werdenden Trennung zwischen zivilen und militärischen Opfern braucht es neue Formen sanitätsdienstlicher und medizinischer Versorgung.
- Im stark gefährdeten Bereich sind bei der Erstversorgung die militärischen Fähigkeitsträgerinnen und -träger gefordert.
- Die Evakuierung aus Gefahrenzonen muss durch geeignete Ausrüstung sowie Ausbildung der Fähigkeitsträgerinnen und -träger in Verbindung mit geschützten und gehärteten Transportfähigkeiten erfolgen.
- Unterschiedliche Verletzungsmuster erhöhen den Bedarf an entsprechender unterschiedlicher medizinischer Versorgung.
- Konzepte einer zukünftig effektiveren zivil-militärischen Zusammenarbeit müssen die Lehren aus der Pandemie ziehen. Nur so kann man zukünftigen Herausforderungen im militärmedizinischen Bereich besser begegnen.

Autorinnen und Autoren

Oberst MMag. **Klaus Anderle**, geboren 1967, ist Leiter des Referates Interessenvertretung zur EU im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien. 2016 bis 2021 war er Leiter der österreichischen Militärvertretung bei der Europäischen Union und stellvertretender österreichischer Militärvertreter in Brüssel.

Silvia Angerbauer, BA MA, geboren 1968, ist Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien. Zuvor war sie sicherheitspolitische Beraterin im Kabinett des Verteidigungsministers und Referatsleiterin für Vereinte Nationen und Internationale Kooperationen in der Abteilung Militärpolitik des BMLV. Neben ihrer hauptamtlichen Funktion fungiert sie als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen und ist in dieser Eigenschaft Beraterin für das gesamte Ressort sowie das Österreichische Bundesheer.

Dr.ⁱⁿ **Canan Atilgan**, geboren 1968, leitet seit Mai 2020 die Abteilung Naher Osten und Nordafrika in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zuvor leitete sie vier Jahre lang als Direktorin das Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer mit Sitz in Tunis und von 2011 bis 2015 das Regionalprogramm Südkaukasus in Tiflis. Sie promovierte in Politikwissenschaften mit Schwerpunkt internationale Beziehungen.

Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist Angehöriger der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien. Neben der Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er seit 2012 eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen. Darüber hinaus ist er Milizoffizier der Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheeres.

Prof. Dr. **Sven Biscop**, geboren 1976, lehrt an der Universität Gent und leitet das Programm „Europa in der Welt“ am Egmont-Royal Institute for International Relations in Brüssel. Er ist assoziiertes Mitglied der Königlichen Akademie für Überseewissenschaften Belgiens und Ehrenmitglied des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs.

DI Mag. (FH) **Gerhard Christiner**, geboren 1970, studierte Elektrotechnik im Studiengang Elektrische Energietechnik und Energiewirtschaft an der TU Graz und Marketing und Sales an der Fachhochschule der Wiener Wirtschaft. Er ist seit Anfang 2012 Mitglied des Vorstandes der Austrian Power Grid AG. Nach Tätigkeiten bei Verbundplan GmbH und bei Energie Control Austria GmbH trat Gerhard Christiner 2002 in die Verbund Austrian Power Grid AG ein und war bis 2006 Leiter der Abteilung „Betriebs- und Marktmanagement“. 2006 wurde er Leiter der Abteilung „Asset Management“.

Mag. Dr. **Vedran Dzihic**, geboren 1976, ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und unterrichtet an der Universität Wien sowie der Universität für angewandte Kunst Wien. Er ist einer der Direktoren des Center of Advanced Studies Southeastern Europe an der Universität Rijeka und Mitbegründer bzw. Mitglied des Executive Boards des Institute for Democratic Engagement Southeastern Europe (IDESE) in Belgrad sowie Mitglied der Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG).

Brigadier Mag. **Philipp Eder**, geboren 1968, ist Leiter der Abteilung Militärstrategie des Generalstabes im Österreichischen Bundesheer. Davor war er u.a. Kommandant des ersten österreichischen Kontingents der International Stability and Assistance Force (ISAF) in Kabul, Afghanistan, Kommandant des Panzergrenadierbataillons 35, Leiter des Instituts für Höhere Militärische Führung der Landesverteidigungsakademie Wien sowie Projektleiter des Strategischen Führungslehrgangs der Bundesregierung.

Franz-Stefan Gady, geboren 1982, ist Politikberater und Militär Analyst am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den Vereinigten Staaten zu Themen der Strukturreform, organisatorische, doktrinaire Weiterentwicklung, sowie der Zukunft des Krieges.

Dr.ⁱⁿ **Florence Gaub**, geboren 1977, berät den Europäischen Rat und die Kommission zu strategischer Vorausschau. Bis Mai 2022 Vizedirektorin des European Institute for Security Studies, ist Gaub promovierte Militärsoziologin mit einem Schwerpunkt auf Zukunftsszenarien und -perspektiven. Sie unterrichtet unter anderem am College of Europe in Brügge.

Mag. Dr. **Alfred Gerstl**, MIR, geboren 1971, ist Associate Professor am Department of Asian Studies an der Palacky-Universität in Olmütz. Er leitet dort das EU-geförderte Projekt „The EU in the volatile Indo-Pacific region“ (EUVIP). Zudem ist er Präsident des transnationalen Think-Tanks Central European Institute of Asian Studies sowie Lektor an der Universität Wien, der Donau-Universität Krems und der Theresianischen Militärakademie.

Dr. **Bastian Giegerich**, geboren 1976, ist seit 2015 Abteilungsleiter für Defence and Military Analysis am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London.

Dr. **Cengiz Günay**, geboren 1973, ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für internationale Entwicklung sowie dem Institut für Orientalistik an der Universität Wien. 2018/19 war er Visiting Fellow an der Nitze School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington DC.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Inga Heiland**, B.Sc. M.Sc., geboren 1986, ist Professorin für Internationale Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Leiterin des Forschungszentrum Handelspolitik am Kiel Institut für Weltwirtschaft. Nach ihrer Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München und am ifo Institut war sie an der Universität Oslo und bei Statistics Norway tätig.

Generalmajor Mag. **Bruno Günter Hofbauer**, geboren 1967, ist Überleitungsverantwortlicher der Direktion Fähigkeiten und Grundsatzplanung sowie Fähigkeitsdirektor des Österreichischen Bundesheeres. Zuvor war er Leiter der Generalstabsabteilung und Kommandant der 3. Panzergrenadierbrigade.

Dr. **Liviu Horovitz**, geboren 1983, ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er arbeitet hauptsächlich zu Themen der nuklearen Abschreckung und Rückversicherung im Rahmen des Strategic Threat Analysis and Nuclear (Dis°)Order (STAND) Projektes.

Dr. **Michael Jonsson**, MSFS von der Georgetown University, geboren 1978, ist seit 2017 stellvertretender Forschungsdirektor und Leiter des Programms für Verteidigungsstudien bei der schwedischen Verteidigungsforschungsagentur (FOI). Von 2007 bis 2014 war er Doktorand und Berater des Internationalen Währungsfonds.

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Er ist zudem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes.

Oberstarzt Dr. **Andreas Kaltenbacher**, geboren 1968, ist stellvertretender Überleitungsverantwortlicher der Direktion Militärisches Gesundheitswesen im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien. Nach dem Studium der gesamten Heilkunde absolvierte er eine Ausbildung zum Allgemeinmediziner und Facharzt für Chirurgie. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt liegt in den strategischen Planungen für das militärische Gesundheitswesen.

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit 2022 Generalsekretär und seit 2020 verteidigungspolitischer Direktor des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien. Von 2018 bis 2019 war er Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt. Davor war er von 2004 bis 2018 Research Fellow, Generalsekretär und Direktor des Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES).

Generalmajor Ing. Mag. **Hermann Kaponig**, geboren 1963, ist seit 2021 Direktor IKT und Cyber in der Generaldirektion Landesverteidigung im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien sowie Kommandant der Cyberkräfte des Österreichischen Bundesheeres. Davor war er Kommandant des Führungsunterstützungszentrums und Kommandant des Kommandos Führungsunterstützung und Cyber Defence und des IKT- und Cybersicherheitszentrums.

Dr. **Christian Kimmich**, MSc, geboren 1980, ist Sprecher für Umwelt- und Klimapolitik und Senior Researcher am Institut für Höhere Studien in Wien. Er hat in zahlreichen nationalen und internationalen Forschungs-

projekten in Deutschland, Indien, Schweiz, Tschechien und seit 2020 in Österreich zur Energiewende sowie Infrastruktur- und Ressourcenfragen aus volkswirtschaftlicher Perspektive geforscht und publiziert.

Sarah Kiparski, MSc, geboren 1989, ist COO des von Florence Gaub im April 2022 gegründeten Futurate Institute, mit Sitz in Paris, das sich auf Foresight konzentriert.

Gerald Knaus, geboren 1970, ist Gründungsdirektor der Denkfabrik European Stability Initiative. Er berät Regierungen und Institutionen bei Fragen zu Flucht, Migration und Menschenrechten. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations und war fünf Jahre lang am Carr Center for Human Rights Policy an der Harvard Kennedy School of Governance tätig.

Miriam Kraus, geboren 1979, ist Expertin für Rohstoffanlagen, Chefredakteurin des Börsen-Newsletters Rohstoff Daily und seit 2007 selbstständige Finanzanalystin. Sie studierte Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau und war als Research-Analystin beim Börsennachrichtendienst Emfis tätig.

Mag.^a **Mariana Kühnel**, MA, geboren 1983, ist seit 2018 Generalsekretär-Stellvertreterin der Wirtschaftskammer Österreich. Zu ihren Schwerpunkten und Verantwortungsbereichen gehören u.a. europäische und internationale Angelegenheiten inklusive die Außenwirtschaft sowie Innovations-, Digitalisierungs- und Bildungspolitik, Krisenmanagement und Sicherheitsvorsorge.

Dr.ⁱⁿ **Barbara Lippert**, geboren 1962, ist seit 2009 Forschungsdirektorin des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie beschäftigt sich mit EU-Erweiterungspolitik, Europäischer Nachbarschaftspolitik und Grundsatzfragen der europäischen Integration.

Filip Medunic, B.Sc. MA, geboren 1993, ist Programme Coordinator im European Power Programme beim European Council on Foreign Relations. Er arbeitet zu Geopolitik und Wirtschaft, Sanktionen und Energiethemen.

DI **Kurt Misak**, geboren 1971, hat Energietechnik an der TU Wien studiert. Er leitet die Abteilung „Versorgungssicherheit und operative Energiewirtschaft“ bei Austrian Power Grid und ist Mitglied nationaler und internationaler Arbeitsgruppen im Bereich „Schutz kritischer Infrastruktur“. Weiters ist er Vorsitzender des „Arbeitskreises für Versorgungssicherheit und Netzführung“ innerhalb Oesterreichs Energie sowie der „Working Group Critical Systems Protection“ der ENTSO-E (Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber).

Melissa Mujanayi, BA MA, geboren 1985, ist Referentin für Afrika in der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen sicherheitspolitische Kooperationen mit afrikanischen Partnerländern und die gesamtstaatliche Koordinierung des Nexus Sicherheit und Entwicklung.

Prof. **Patrick Müller**, geboren 1974, ist Professor für Europäische Studien an der Universität Wien und der Diplomatischen Akademie. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und die Rolle der EU im globalen Regieren. Zuvor hatte er wissenschaftliche Positionen an der Universität von Bilbao, der Johns-Hopkins-Universität in Washington D.C., dem Institut Français des Relations Internationales (IFRI) in Paris, und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin inne.

Univ.-Prof. Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, hatte von April 1992 bis September 2018 den Lehrstuhl Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin inne. Seit 1993 ist er Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Politische Theorie und Ideengeschichte, Politische Kulturforschung, Theorie und Geschichte des Krieges sowie Risiko und Sicherheit als sozio-politische Kategorien.

Peter R. Neumann, geboren 1974, ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und leitete dort lange das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR). Als international gefragter Experte war Neumann 2014 Berater der USA bei den Vereinten Nationen und 2017 Sonderbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE).

Oberst des Generalstabsdienstes Mag. (FH) **Georg Podlipny**, geboren 1976, ist Leiter des Referates Internationales Krisenmanagement in der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien. In dieser Funktion ist er an der militärpolitischen Begleitung aller Auslandseinsätze auf ministerieller Ebene sowie an der Weiterentwicklung des Auslandseinsatzengagements beteiligt.

Mag. Dr. **Walter Posch**, geboren 1966, ist Orientalist und seit 2000 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Von 2004 bis 2009 war er am European Union Institute for Strategic Studies (EUISS) in Paris und von 2010 bis 2014 an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem sicherheitspolitische Probleme der Türkei, des Irak und des Irans sowie die Kurdenfrage.

Päivi Pulli, geboren 1970, ist seit 2018 Chefin der Sicherheitspolitik im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Zuvor war sie Chefin der Abteilung für Internationale Beziehungen und des Stabes sowie stellvertretende Chefin des Direktionsbereiches Internationale Polizeikooperation. Von 1992 bis 1998 studierte sie an der Université de Neuchâtel Geschichte, Englisch und Politikwissenschaften.

Oberst **Stephan Reiner**, BA MA, geboren 1975, ist seit Mai 2019 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie in Wien tätig. Er studierte Orientalistik sowie Islamwissenschaft an der Universität Wien. Sein Forschungsschwergewicht am IFK liegt auf der Arabischen Halbinsel.

Oberst des Generalstabsdienstes Dr. **Markus Reisner**, PhD, geboren 1978, ist Offizier des österreichischen Bundesheeres. Er studierte Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien und war wiederholt in Auslandsverwendungen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Einsatz und der Zukunft von unbemannten Aufklärungs- und Waffensystemen sowie historischen und aktuelle militärische Themenstellungen.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. **Nikolaus Rottenberger**, BA MAIS, geboren 1970, ist seit 2022 mit der Leitung der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung beauftragt. Zuvor war er Verteidigungsattaché für Italien sowie Albanien, Griechenland, Malta und Spanien mit Sitz in Rom.

Thomas Ruttig, geboren 1957, ist Diplom-Afghanist (Humboldt-Universität zu Berlin), spricht Dari und Paschto und arbeitet seit 1985 immer wieder in Afghanistan. 2009 begründete er das Afghanistan Analysts Network mit, dessen Co-Direktor er bis 2021 war. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher und journalistischer Publikationen.

Martin Schenk, geboren 1970, ist Sozialexperte und stellvertretender Direktor der Diakonie Österreich, Psychologe, Mitbegründer der Armutskonferenz. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Campus Wien.

Prof. Dr. **Peter Sloterdijk**, geboren 1947, ist deutscher Philosoph und Kulturwissenschaftler. Bis ins Jahr 2017 lehrte er an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe Philosophie und Ästhetik. Er ist Autor zahlreicher Bücher und wurde mit diversen Auszeichnungen, darunter das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst (2005), bedacht.

Raphael Spötta, BA MA, geboren 1992, ist Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Er ist Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien und der Universität Wien.

Dr. **Michaël Tanchum**, geboren 1964, lehrt internationale Beziehungen und politische Ökonomie an der Universidad de Navarra, Spanien. Er ist außerdem Senior Fellow am Österreichischen Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) und Non-Resident Fellow am Middle East Institute (MEI).

Brigadier Mag. **Ronald Vartok**, geboren 1966, ist seit August 2021 Leiter der Abteilung Militärpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er von 2015 bis 2021 stellvertretender Leiter dieser Abteilung.

Brigadier Ing. Dr. **Peter Vorhofer**, geboren 1967, ist Überleitungsverantwortlicher der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen und Leiter der Abteilung Militärdiplomatie des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien. Zuvor war er sicherheitspolitischer Berater des Bundesministers und Leiter des Instituts für militärische Führung an der Theresianischen Militärakademie. Er hatte zudem führende Positionen bei EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina inne.

Em. Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Susanne Weigelin-Schwiedrzik**, geboren 1955, ist deutsche Sinologin und Expertin für Zeitgeschichte und Politik Chinas. 2022 wurde sie zur Vizepräsidentin des Rates der Österreichischen Akademie der Wissenschaft gewählt. Weiters lehrt sie an der Universität Wien am Institut für Ostasien Studien sowie an der Diplomatischen Akademie.

Priv.-Doz. Dr. **Klaus Weyerstraß**, geboren 1969, ist seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien in Wien. Er ist dort Sprecher für Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft sowie seit Oktober 2022 Leiter der Forschungsgruppe Regionalwissenschaft und Umweltforschung. Er hat Lehraufträge an der Wirtschaftsuniversität Wien.

